

40. Sitzung

Potsdam, Donnerstag, 19. Januar 2017

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen der Präsidentin	3976	2. Fragestunde	
1. Aktuelle Stunde		Drucksache 6/5846	
<u>Thema:</u>		Drucksache 6/5847	3988
Schulterschluss mit Polen und den baltischen Republiken		Frage 752 (Betonkrebs an Autobahnen in Brandenburg)	
Antrag		Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung	
der Fraktion der CDU		Schneider	3989
Drucksache 6/5834		Frage 750 (Elterngeldzahlung in Brandenburg)	
Entschließungsantrag		Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Golze	3990
der Fraktion der AfD		Frage 754 (Fachlexikon der Sozialen Arbeit)	
Drucksache 6/5883	3976	Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Golze	3990
Senftleben (CDU)	3976	Frage 755 (Einflussmöglichkeiten der Kommunen bei der Genehmigung von Tierhaltungsanlagen)	
Frau Geywitz (SPD)	3978	Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung	
Dr. Gauland (AfD)	3980	Schneider	3991
Kurzintervention		Frage 739 (Ruhestandszahlungen für Minister und Staatssekretäre)	
des Abgeordneten Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)	3981	Minister der Finanzen Görke	3992
Dr. Gauland (AfD)	3981	Frage 757 (Betreungsverhältnis an Hochschulen in Brandenburg)	
Christoffers (DIE LINKE)	3982	Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur	
Persönliche Erklärung des Abgeordneten Wiese (AfD)	3983	Dr. Münch	3993
Bretz (CDU)	3983	Frage 758 (Kompetenzzentren)	
Vogel (B90/GRÜNE)	3984	Minister für Wirtschaft und Energie Gerber	3993
Kurzintervention		Frage 759 (Engagements von Künstlerinnen und Künstlern durch das Land Brandenburg)	
des Abgeordneten Christoffers (DIE LINKE) ...	4985	Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur	
Vogel (B90/GRÜNE)	3985	Dr. Münch	3993
Kurzintervention			
des Abgeordneten Königer (AfD)	3985		
Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)	3985		
Ministerpräsident Dr. Woidke	3986		
Senftleben (CDU)	3988		

	Seite		Seite
Frage 760 (Schienengüterverkehr am Flughafen BER)		Drucksache 6/5830	
Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Schneider	3994	Entschließungsantrag der Fraktion der AfD	
Frage 765 (Auswirkungen der Stallpflicht auf Geflügelhalter)		Drucksache 6/5872	
Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Vogelsänger	3994	Entschließungsantrag der Fraktion der CDU	
Frage 762 (Fördermittel für die Erweiterung der Schweinemastanlage Tornitz)		Drucksache 6/5876	
Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Vogelsänger	3995	Entschließungsantrag der Fraktion der SPD der Fraktion DIE LINKE	
Frage 763 (Kulturprojekte für Integration von Flüchtlingsen)		Drucksache 6/5878	
Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Dr. Münch	3995	Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frage 764 (Jugendliche aus Brandenburg in ge- schlossenen Heimen)		Drucksache 6/5881	4012
Minister für Bildung, Jugend und Sport Baaske. . .	3996	Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)	4012
3. Gemeinsames Lernen in der Schule (gemäß Beschluss des Landtages vom 17.12.2015 - Drs. 6/3157-B)		Holzschuher (SPD)	4013
Konzept der Landesregierung		Homeyer (CDU)	4014
Drucksache 6/5781	3996	Kurzintervention des Abgeordneten Holzschuher (SPD)	4015
Minister für Bildung, Jugend und Sport Baaske. . .	3996	Domres (DIE LINKE)	4016
Frau Koß (SPD)	3999	Schröder (AfD)	4017
Hoffmann (CDU)	4001	Frau Schinowsky (B90/GRÜNE)	4018
Frau Dannenberg (DIE LINKE)	4002	Minister für Wirtschaft und Energie Gerber . . .	4019
Königer (AfD)	4004	Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)	4020
Frau von Halem (B90/GRÜNE)	4005	6. Kündigung des Rundfunkstaatsvertrages	
4. Unterhaltsvorschuss als familienpolitische Leis- tung erhalten		Antrag der Fraktion der AfD	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Drucksache 6/5817	4021
Drucksache 6/5835	4006	Kalbitz (AfD)	4021
Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE)	4006	Frau Geywitz (SPD)	4022
Frau Müller (SPD)	4008	Dr. Redmann (CDU)	4023
Frau Augustin (CDU)	4009	Dr. Schöneburg (DIE LINKE)	4024
Frau Große (DIE LINKE)	4010	Frau von Halem (B90/GRÜNE)	4026
Frau Bessin (AfD)	4010	Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Kralinski. . .	4027
Minister für Bildung, Jugend und Sport Baaske. . .	4011	Kalbitz (AfD)	4027
5. Ministerpräsident Woidke beim Wort nehmen - Energiestrategie Brandenburgs ändern - Auf steigende Netzentgelte und höchsten Strom- preis reagieren		7. Raus aus dem Funkloch - Für eine flächende- ckende Mobilfunkversorgung in Brandenburg	
Antrag der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe		Antrag der Fraktion der CDU der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
		Drucksache 6/5828 (Neudruck)	4029
		Homeyer (CDU)	4029
		Barthel (SPD)	4030
		Kalbitz (AfD)	4031

	Seite		Seite
Loehr (DIE LINKE)	4032	Homeyer (CDU)	4038
Frau Schinowsky (B90/GRÜNE)	4033	Schröder (AfD)	4039
Frau Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)	4034	Jungclaus (B90/GRÜNE)	4040
Kurzintervention		Minister für Wirtschaft und Energie Gerber	4041
des Abgeordneten Barthel (SPD)	4034	Frau Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)	4041
Minister für Wirtschaft und Energie Gerber	4035	Frau Hackenschmidt (SPD)	4042
Homeyer (CDU)	4035		
8. Flächenraubbau für Kies in Mühlberg und Umgebung stoppen		Anlagen	
Antrag		Gefasster Beschluss	4043
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 19. Januar 2017	4043
der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe		Anwesenheitsliste	4045
Drucksache 6/5829			
(Neudruck)	4036	Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	
Frau Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)	4036		
Frau Hackenschmidt (SPD)	4037		

Beginn der Sitzung: 10.01 Uhr**Präsidentin Stark:**

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie sehr herzlich zur 40. Sitzung des Landtages Brandenburg.

Des Weiteren begrüße ich am heutigen Morgen Schülerinnen und Schüler der Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule Potsdam, die gerade hereinkommen. Fühlen Sie sich im Plenarsaal des Landtages Brandenburg herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Weiterhin freue ich mich sehr, dass ich unserem Abgeordnetenkollegen Herrn Rupprecht herzlich zum Geburtstag gratulieren darf. Er feiert heute mit uns gemeinsam. Herzlichen Glückwunsch, alles Gute und auf gute Zusammenarbeit!

(Dem Abgeordneten Rupprecht werden unter Beifall Blumen überreicht.)

Werte Abgeordnete, gibt es Ihrerseits Bemerkungen zum Entwurf der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Daher lasse ich über die Tagesordnung abstimmen. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Tagesordnung einstimmig beschlossen worden.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde**Thema:****Schulterschluss mit Polen und den baltischen Republiken**

Antrag
der Fraktion der CDU

Drucksache 6/5834

Des Weiteren liegt ein Entschließungsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 6/5883 vor.

Bevor ich die Aussprache eröffne, begrüße ich unter unseren Gästen den Botschafter der Republik Polen in Deutschland, Herrn Prof. Przemyslaw, sehr herzlich. Herzlich willkommen bei uns im Landtag!

(Allgemeiner Beifall)

Wir beginnen mit der Aussprache. Zu uns spricht der Abgeordnete Senftleben für die CDU-Fraktion.

Senftleben (CDU):

Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Botschafter! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor etwa zehn Jahren fuhr ich als Bürgermeister meiner Heimatstadt Ortrand in die polnische Stadt Żagań - übrigens die Heimatstadt meines Urgroßvaters und Großvaters -, um eine Partnerschaft zwischen unseren Städten - Ortrand und Żagań - zu begründen. Das war für mich also nicht nur eine Rückkehr zu unseren, auch familiären Wur-

zeln, sondern war - viel wichtiger - unser kleiner Beitrag zum großen Werk der Versöhnung von Deutschen und Polen.

Zehn Jahre nach dem Partnerschaftsvertrag unserer Städte - ich wurde übrigens immer mit viel Herzlichkeit in Polen empfangen - und 25 Jahre nach dem Deutsch-Polnischen Freundschaftsvertrag erscheint mir diese Freundschaft ganz selbstverständlich, obwohl sie eigentlich noch immer ein kleines Wunder ist. Denn was sind zehn Jahre Freundschaft gegen all die Jahrhunderte, in denen wir Deutschen den Polen genug Grund zur Feindschaft gegeben haben?

(Beifall CDU, SPD, DIE LINKE, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Es ist nur ein Menschenleben her - es war im Jahre 1939 -, dass Hitler und Stalin Polen in einem Geheimpakt aufteilten. Und nur wenige Wochen später fielen die Nazis und Sowjets in Polen ein.

In der Nähe von Żagań errichteten die Nazis später ein Lager für bis zu zehntausend meist amerikanische Kriegsgefangene, die für die Befreiung Europas gekämpft hatten. Durch einen spektakulären Fluchtversuch erlangten einige von ihnen traurige Berühmtheit. Sie gruben einen Tunnel durch sandigen Boden. Nur dreien gelang die Flucht in die Freiheit, 50 wurden gefasst und von der Gestapo hingerichtet. - Sie kennen diese Geschichte vielleicht aus dem amerikanischen Kinofilm „Gesprenkte Ketten“.

Ketten sprengen mussten aber auch die Polen - ebenso übrigens wie ihre baltischen Nachbarn - immer wieder in ihrer Geschichte, ihrer langen Geschichte.

Mehrmals haben Deutschland und Russland Polen unter sich aufgeteilt. Die anderen Großmächte haben es dabei übrigens stets vergessen und verraten. So war es auch nach dem Zweiten Weltkrieg. Kaum waren die Nazis besiegt, besetzten die Sowjets ganz Polen und annektierten die jungen baltischen Republiken, die sich gerade erst aus dem alten Zarenreich gelöst hatten.

Deswegen sage ich: Diese geschichtlichen Erfahrungen darf niemand - ich betone: niemand - als Befindlichkeiten abtun. Sie sind das Trauma ganzer Nationen in Europa, ja auf der ganzen Welt, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD, DIE LINKE, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Erst 1989 triumphierte der Wille zur Selbstbestimmung. Wer wusste besser als wir Ostdeutschen - damit auch wir Brandenburger -, dass der Wind der Freiheit in jenen Tagen aus Polen zu uns herüberwehte? Gemeinsam haben wir 1989 eine Ordnung geschaffen, in der nicht länger das Recht des Stärkeren gilt, sondern die Stärke des Rechts, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Deshalb sage ich aus vollem Herzen: Wir Deutschen akzeptieren: die alte schlesische Stadt Żagań gehört heute zu Polen. Dieses Bekenntnis zu unverletzlichen Grenzen erwarten wir

von allen Staaten, die heute unsere Partner sein wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, SPD, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Gerade wir Deutschen sind in der Pflicht, unseren Freunden zu versichern, dass ihr historisches Trauma heute maximal noch ein böser Traum ist.

Meine Damen und Herren! Damals, vor zehn Jahren, erzählten mir unsere Partner in Żagań von ihrem Misstrauen gegenüber Russland. Das hat mich damals überrascht - oder sagen wir aus heutiger Sicht: damals noch überrascht. Russland erschien mir ganz selbstverständlich als ein Partner. Warum sollten die Russen nicht auch zur europäischen Völkerfamilie gehören wie die Polen, die Letten, die Litauer und die Esten? Ich glaubte, der Wille zu Frieden und Freiheit lebe auch in den Herzen der Russen. Und daran glaube ich noch heute.

(Beifall CDU und des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Ich muss aber auch einsehen, dass in den Köpfen ihrer Machthaber heute wieder Ideen vergangener Jahrhunderte herrschen. Putins Armee hält die Krim besetzt. Er unterstützt gewalttätige Rebellen in der Ostukraine, und er spielt sich zudem als Schutzmacht aller ethnischen Russen in Europa auf. Meine Damen und Herren, deswegen sage ich: Es hat niemand anders die Tür zum europäischen Haus zugeschlagen als Putin selbst.

(Beifall CDU und B90/GRÜNE)

Dennoch gilt: Wie die allermeisten Brandenburger wünsche ich mir Freundschaft mit Russland. Aber für mich und damit - das sage ich ausdrücklich - für die gesamte CDU kann es keine Freundschaft geben zu dem Preis, dass wir andere Freunde verraten und im Stich lassen. Das geht mit uns definitiv nicht.

(Beifall CDU, SPD, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Natürlich stimmt auch: Unsere Nachbarn können wir uns nicht aussuchen. Wer in Sicherheit leben will, muss mit ihnen auskommen. Deswegen sage ich auch: Niemand setzt leichtfertig die gute Nachbarschaft mit Russland aufs Spiel.

Meine Damen und Herren, in unserer Partnerstadt Żagań gab es am letzten Wochenende ein Volksfest zur Begrüßung der amerikanischen Truppen. In Lehnin in Brandenburg gab es Demonstrationen, und auf Plakaten war „Kriegstreiber“ und „Ami, go home!“ zu lesen.

Es ist jedermanns gutes Recht, zu demonstrieren, und ich erwarte auch von niemandem, dass er die Außenpolitik der Amerikaner in den letzten Jahrzehnten gutheißt. Aber ich verlange - gerade auch mit Blick auf das Seminar zum Thema „postfaktisch“ im Dezember hier im Landtag -, dass jeder bei den Fakten bleibt.

(Beifall CDU, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und des Abgeordneten Vogel [B90/GRÜNE])

Und die Fakten lauten: Nicht die Amerikaner haben den Truppentransport angestoßen. Die Polen, die Esten, die Litauer und die Letten haben darum gebeten, meine Damen und Herren. Das sind die Fakten.

(Beifall CDU sowie vereinzelt SPD, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Deshalb haben die Bundeskanzlerin und auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier diese Bitte bei der Beschlussfassung damals in Warschau und auch im Vorfeld unterstützt. Sie haben zugleich auch für Mäßigung gesorgt, denn mit viel Geduld und auch gegen manchen Widerstand haben sie im Kreis der NATO-Partner eine, wie ich finde, kluge Balance gefunden. Balance heißt: Das Kontingent ist stark genug, um unsere Entschlossenheit zu demonstrieren, Solidarität mit Polen und dem Baltikum zu bekunden, das Vertrauen in das Bündnis auch zu rechtfertigen, aber - ehrlich gesagt - nicht so stark, dass es Putins Armeen ernsthaft bedrohen könnte, meine Damen und Herren. Deshalb sage ich aus Brandenburg: Die Stunde der Diplomatie läuft niemals ab; unsere Hand bleibt ausgestreckt. Es muss sie aber auch jemand ergreifen - oder besser - ergreifen wollen in Europa und darüber hinaus.

Deshalb, meine Kollegen von der Fraktion DIE LINKE und der SPD, Herr Ministerpräsident: Haben Sie den Bundesaußenminister, als er vor zwei Wochen hier zu Gast war, gefragt, wie oft die ausgestreckte Hand von Putin ausgeschlagen wurde? Haben Sie ihn das an der Stelle gefragt oder nicht? Deswegen: Nicht nur die Polen, auch die Menschen in unserer Heimat Brandenburg haben Angst vor der Rückkehr einer bedrohlichen Welt. Ich verstehe diese Ängste.

(Zuruf von der AfD: Dann rüsten Sie ab!)

Aber Angst ist ein schlechter Ratgeber. Unser Frieden fußt auf der Entschlossenheit, ihn auch zu verteidigen. Deswegen bin ich fest davon überzeugt, dass die Brandenburger in bedrohlichen Zeiten von ihrem Ministerpräsidenten nicht nur die Russland ausgestreckte Hand, sondern auch den Schulterchluss mit Polen und den Balten erwarten, und diese Erwartung haben nicht nur die Brandenburger, sondern auch ich und die Brandenburger CDU, Herr Ministerpräsident.

(Beifall CDU und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Sehr geehrter Herr Woidke, über Sie ist eine Geschichte aus Ihrer Wehrdienstzeit bei der NVA bekannt. In Ihnen, so sagten Sie, sei die DDR gestorben, als Ihre Truppe zur Aufrechterhaltung des Jaruzelski-Regimes nach Polen geschickt wurde. Damals rief die Diktatur die NVA, um den Freiheitsdrang der Solidarność zu unterdrücken und zu ersticken. Heute ruft ein demokratisches Polen nach unserer Solidarität, um seine Freiheit zu beschützen, und anders als die NVA-Einheiten damals, meine Damen und Herren, werden die amerikanischen Freunde heute auch als Freunde begrüßt und in Polen gefeiert.

(Beifall CDU und des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Deshalb geht es heute um eine relativ einfache Frage - ich habe großen Respekt davor, wie Sie vor 35 Jahren zwischen Recht und Unrecht unterschieden haben -: Besitzen Sie gerade in die-

sen Zeiten diesen klaren Kompass und diese Klarheit noch immer? Wir fordern Sie auf, diese Klarheit nicht zu verlieren und als Polenbeauftragter diese Aufgabe als Partner für Polen und Deutschland wahrzunehmen.

(Beifall CDU sowie vereinzelt B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Sehr geehrter Herr Botschafter, nehmen Sie bitte mit: Deutschland und natürlich auch Brandenburg stehen als Freunde an Ihrer Seite. Das gilt heute, und das gilt morgen. Wir stehen für Ihre Sicherheit ein, wie auch Sie für unsere eintreten. - Vielen herzlichen Dank.

(Starker Beifall CDU sowie Beifall B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Abgeordneten Geywitz fort. Sie spricht für die SPD-Fraktion.

Frau Geywitz (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Exzellenz Herr Botschafter! Szanowny Panie Ambasadorze Rzeczypospolitej Polskiej, cieszę się, że śledzie Pan dziś naszą debatę w Parlamencie Brandenburgii!

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Die Russland-Ukraine-Krise und ihre Folgen bewegen die Gemüter der Brandenburger, aber auch die Herzen unserer Nachbarn Polen und die baltischen Staaten. Daher danke ich für die Gelegenheit zu einer differenzierten außenpolitischen Debatte. Ich danke auch meinem Vorredner, Herrn Senfleben. Denn in den letzten Jahren hat sich die deutsche, aber auch die europäische Russlandpolitik mehr und mehr zu einer Gretchenfrage entwickelt: Wie hältst du es mit Moskau? - Die Frage kann seit geraumer Zeit offenbar nur noch mit Ja oder Nein beantwortet werden. Im einen Fall ist man ein guter Atlantiker und Verteidiger der westlichen Freiheit, im anderen Fall ein prorussischer Putinversther.

Doch natürlich ist besonders die Außenpolitik die hohe Kunst des Differenzierens.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Außenpolitik lebt von der Fähigkeit, sich in andere hineinzuversetzen, ohne gleich jede Ansicht des anderen zu teilen, des Verstehens von Politik als Prozess, der gerade in Europa mit seiner jahrhundertealten gemeinsamen Geschichte voller Leid und Krieg nie eine Anfangspunkt hat, sondern bei dem Gefühle, Erfahrungen und Interessen miteinander verwoben sind. Ein guter Außenpolitiker muss in diesem Verständnis sowohl ein Polenversther als auch ein Russlandversther sein.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Verständnis für beide Seiten zu haben heißt aber nicht, dass man keine Position bezieht.

(Vogel [B90/GRÜNE]: Das ist schon mal gut!)

Für Brandenburg ist klar, wo wir stehen. Polen ist unser nächster Nachbar, und die baltischen Staaten sind unsere NATO-Verbündeten. Wir sind eine Gemeinschaft in der Europäischen Union.

(Beifall SPD, CDU, DIE LINKE, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Die gute Nachbarschaft zu Polen ist für Brandenburg Verfassungsauftrag. Das war für die Sozialdemokratie in diesem Land immer mehr als ein Lippenbekenntnis. Brandenburg ist der Motor der deutsch-polnischen Beziehungen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir haben die Viadrina-Universität wiedergegründet. Die Viadrina ist nicht nur eine Brücke, sondern gehört zu den unendlich vielen Brücken zwischen Ost- und Westeuropa. Sie hat einer ganzen akademischen Generation von Polen, Ukrainern und Belarussen den Weg in die Wissenschaftslandschaft der Europäischen Union geebnet. Bei uns ist nicht nur das deutsch-polnische Jugendwerk zu Hause, wir haben auch eine deutliche Mittelerrhöhung erkämpft.

Unser Ministerpräsident ist der Beauftragte der Bundesregierung für die Beziehungen zu Polen. Ob bei der Polizei oder der Staatsanwaltschaft: Brandenburg und Polen sind Vorreiter bei der bilateralen Kooperation.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Es ist meine Fraktion, die regelmäßig ihre Klausurtagungen in Polen abhält. Es ist meine Fraktion, die eine polnische Wahlfrau für die Bundesversammlung zur Wahl unseres nächsten Präsidenten nominiert hat. Und ich habe mich sehr gefreut, als ich vom Bundeskabinett in den Vorstand der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit entsandt worden bin.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Erst im Dezember konnten wir bei der Feierstunde im Warschauer Teatr Wielki gemeinsam mit beiden Außenministerien den Abschluss des Jubiläumsjahres zu 25 Jahren gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit begehen.

Wir können dankbar sein für die Offenheit und die Versöhnungsbereitschaft, die uns die polnische Seite entgegengebracht hat. Wir können dankbar sein für die vielen Freundschaften und Kooperationen der Vereine, Städte, Feuerwehren und Sportler. Wir können dankbar sein für die vielen Menschen, die beiderseits der Grenze ihr Glück suchen und finden.

Die Freundschaft zwischen Polen und Deutschen ist gewachsen. Sie hat mittlerweile tiefe Wurzeln geschlagen, und wir wissen, sie übersteht auch die Stürme der Tagespolitik. Einer dieser Stürme ist die Frage, ob die Forderung nach einem Dialog mit Moskau automatisch bedeutet, dass man damit die Interessen unserer östlichen Nachbarn verrät. Auch hier begegnen wir wieder der Gretchenfrage mit ihrem moralischen Entweder-oder.

Wir alle wissen jedoch, dass die Realität aus mehr Farben als Schwarz und Weiß besteht. Der polnische Außenminister Witold Waszczykowski hat sich erst am letzten Samstag zum Verhältnis zu Russland geäußert. Er betonte, dass eine Verbesserung der Beziehungen zu Russland nicht zu kritisieren ist, dass dies aber nicht

auf Kosten der Polen geschehen dürfe. Genau das ist doch die wesentliche Messlatte für die Frage, ob wir mit Russland reden. Gespräche ja, aber nicht auf Kosten der Polen und der Balten.

(Beifall SPD, CDU, DIE LINKE, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Donald Trump entwickelt ja gerade seine eigenen Ideen zum Umgang mit Russland. Manche fürchten, dass er Deals mit Moskau machen könnte, ohne dabei die Interessen der osteuropäischen Länder sonderlich zu beachten. So etwas gab es leider schon einmal in der Geschichte. Für uns Deutsche ist der Vertrag von Jalta nur ein ferner Gruß aus dem Geschichtsunterricht. Für unsere mittel- und osteuropäischen Partner ist er das Symbol für den Verrat des Westens, ein Symbol der eigenen Ohnmacht, mit der die Völker Osteuropas zuschauen mussten, wie Großmächte ihre Claims absteckten.

Dieses Ereignis wirkt in den betroffenen Ländern bis heute fort. Die Schatten dieser Geschichte reichen bis in die Zeiten von heute, die in Warschau, Riga oder Kiew erscheinen.

Zu einem neuen Jalta darf es nie kommen.

(Beifall SPD, CDU, DIE LINKE, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Das Selbstbestimmungsrecht der Staaten ist im Völkerrecht fixiert. USA, Russland und Großbritannien haben im Budapester Memorandum 1994 die Unabhängigkeit der Ukraine garantiert. Deswegen tolerieren wir einen Bruch dieses Völkerrechts, wie auf der Krim geschehen, nicht.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe sowie vereinzelt DIE LINKE)

Vor diesem Hintergrund scheint die Lösung des Krimkonflikts in weite Ferne zu rücken.

Moskau hat die Krim zwar vor allem wegen ihrer militärstrategischen Bedeutung besetzt, hat dies aber mit einer Rechtfertigung getan, die sich für weitere Territorialkonflikte ebenfalls anwenden lässt.

Russlands Sorge um die russische Bevölkerung in der Ukraine lässt einen hellhörig werden, wenn man weiß, dass in Estland und Lettland über ein Viertel der Bevölkerung russischer Herkunft ist. Deswegen ist es richtig, dass die NATO militärische Präsenz zeigt.

Allen Beteiligten muss aber auch klar sein, dass wir uns in einer durchaus gefährlichen Situation befinden, die sich nicht zu einer Spirale der Gewalt steigern darf. Und genau so muss man auch die Äußerungen des Ministerpräsidenten verstehen.

(Beifall SPD)

Wer jedoch bei der Verlegung von 87 Panzern davon spricht - wie Sahra Wagenknecht oder die AfD -, dass die NATO einen Angriffskrieg vorbereitet, der verbreitet fahrlässig Fake News.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe sowie des Abgeordneten Christoffers [DIE LINKE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die USA sind heute die einzige verbliebene Weltmacht. Letztes Jahr im Mai war ich auf einem US-Stützpunkt, der Lackland Air Force Base in Texas. Danach war mir - erstens - klar: Der nächste Krieg, der hoffentlich nie geführt werden wird, wird nicht mit Panzern, sondern mit Computern geführt. Und zweitens: Die weltweite militärische Präsenz der USA kostet Unsummen an Geld.

Die USA geben für die von der NATO gewährleistete Sicherheit mehr Geld aus als alle anderen NATO-Staaten zusammen. Das hilft auch Deutschland, sich wirksam zu schützen. Wer sich da in Brandenburg aus Antiamerikanismus mit einem „Ami, go home!“-Plakat vor die Kaserne stellt, könnte schnell mit einem Problem aufwachen.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe sowie des Abgeordneten Christoffers [DIE LINKE])

Nämlich dann, wenn die USA unter Präsident Trump genau das machen und Europa für seine eigene Sicherheit einstehen und bezahlen lassen. Das wird für alle Finanzminister eine teure Sache.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wir Deutschen und Europäer leben nämlich derzeit ganz schön gut von der Friedensdividende, die die Amerikaner finanzieren.

(Beifall des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Aber das muss nicht so bleiben. Ich war letztes Jahr - kurz vor den Wahlen - auch in den USA, in Ohio, oben in der Mitte. Das ist ein alter Industriestaat im Rust Belt. Die Leute leiden dort unter der Globalisierung. Die Infrastruktur ist schlecht, das Gesundheitssystem ist mies und die College-Ausbildung sündhaft teuer. Es ist kein Wunder, dass sich der einfache Amerikaner fragt, warum er denn die Armee in Europa finanziert.

Natürlich, es gibt neben Antiamerikanismus auch andere Argumente. Es gibt Pazifisten mit unzweifelhaft edlen Motiven gegen Panzer und Manöver. Aber gerade die Freunde einer Abrüstungspolitik will ich auch an das Budapester Memorandum erinnern.

Die Ukraine hat auf das weltweit drittgrößte Arsenal an Atomwaffen verzichtet. Dafür verpflichteten sich die USA, Russland und Großbritannien, ihre Souveränität und die bestehenden Grenzen der Länder zu achten. Wenn wir jetzt nicht alles tun, um die Rechte der Ukraine zu verteidigen, erweisen wir ein für alle Mal allen Abrüstungsinitiativen der Zukunft einen Bärendienst.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Niemand wird nach diesem Beispiel dann auf eigene Abschreckungsmaßnahmen verzichten.

Nein, kein Zweifel: Die SPD ist für eine differenzierte Sicht. Wir sind für gute Beziehungen zu Russland, aber nicht auf Kosten unserer mittel- und osteuropäischen Nachbarn, von EU und von NATO-Mitgliedern. Wir stehen zur NATO und den da-

mit verbundenen Verpflichtungen, und ich hoffe, dass alle deutschen Soldaten, die jetzt in Litauen im NATO-Einsatz sind, gesund nach Hause kommen.

(Beifall SPD, CDU, B90/GRÜNE, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe sowie des Abgeordneten Christoffers [DIE LINKE])

Wir Sozialdemokraten sind stolz darauf, dass wir immer und zu jeder Zeit einen besonderen Wert auf Dialog gelegt haben. Die Ostpolitik von Willy Brandt hat nicht umsonst eine ganze Generation geprägt. Man muss den jeweiligen Herrscher in Moskau nicht lieben, um die Notwendigkeit des Dialogs zu begreifen.

(Beifall SPD)

Wir haben gestern über die Grüne Woche gesprochen, und heute sprechen wir über Geopolitik. Das mag auf den ersten Blick etwas erheitern. „Kleiner Mann ganz groß.“

Es ist aber nur zu richtig, denn die Sanktionen nach der Krimkrise wirken bis zum märkischen Bauern, und dass Russland im zweiten Jahr in Folge nicht auf der Grünen Woche vertreten ist, bedauern viele; war doch die große Halle mit ihren Volksliedern, mit den russischen Spezialitäten und den Reisetipps für dieses Riesenreich immer einer der Publikumsmagnete.

Auch wenn Russland mit seiner Fläche zu 75 % in Asien liegt - es ist ein europäisches Land,

(Beifall des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

mit dessen Menschen viele in unserer Region freundschaftlich verbunden sind.

(Beifall SPD, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe sowie vereinzelt AfD und B90/GRÜNE)

Und ich bin stolz darauf, dass sich die Politiker der SPD Brandenburg immer für die Verhältnisse außerhalb unserer Ackerkrume interessiert haben - zum Wohle unseres kleinen Landes, das schon so viel Geschichte erleiden musste. - Danke schön.

(Beifall SPD, B90/GRÜNE, BVB/FREIE WÄHLER Gruppe sowie vereinzelt DIE LINKE)

Präsidentin Stark:

Der Abgeordnete Gauland setzt die Debatte fort. Er spricht für die AfD-Fraktion.

Dr. Gauland (AfD):

Frau Präsidentin! Herr Botschafter! Meine Damen und Herren! Es kommt nicht oft vor, dass wir von der AfD in diesem Hause dem Ministerpräsidenten beispringen. Aber mit seinen kritischen Bemerkungen zu der US-Militäroperation „Atlantic Resolve“ hat er leider den Nagel auf den Kopf getroffen.

(Beifall AfD)

Der Antrag der CDU-Fraktion atmet den Geist williger Unterordnung unter eine falsche Politik;

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Das ist doch Unsinn!)

denn darin wird nur mit dem Säbel gerasselt oder - besser - mit den Panzerketten geknirscht, statt einmal die Frage zu stellen, woher die Spannungen in Osteuropa rühren.

Es ist einfach zu billig, Russland allein dafür verantwortlich zu machen, weil es zu einer Großmachtpolitik zurückgekehrt ist, die Amerika und die NATO leider nie aufgegeben haben.

(Ja! bei der AfD)

Denn anders als bei der Henne und dem Ei kann man hier eindeutig sagen, was zuerst da war. Schließlich gab es im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen klare Zusagen, die NATO nicht über die Oder hinaus auszudehnen.

(Dr. Redmann [CDU]: Stimmt doch gar nicht!)

- Dann fragen Sie mal Ihre eigenen Leute, liebe Kollegen von der CDU!

(Beifall AfD - Zurufe von der CDU - Dr. Redmann [CDU]: Fragen Sie mal Gorbatschow!)

Horst Teltschik, Helmut Kohls außenpolitischer Scherge, bestritt solche Zusagen auch heute nicht; ich habe vor kurzem mit ihm darüber gesprochen.

(Zurufe von der CDU)

Nun ist es zwar richtig, dass damals der Warschauer Pakt noch existierte und die Welt ganz anders aussah. Aber ein gegebenes Wort ist nun einmal ein gegebenes Wort.

(Zuruf des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Doch während der Westen vom Ende der Geschichte schwärmte, vollzog man gegenüber Russland Machtpolitik, indem man den ehemaligen Ostblock, die osteuropäischen Staaten, geschlossen in die NATO übernahm.

Als Gorbatschow gehen musste und die Sowjetunion zerfiel, war das neue Russland unter Jelzin zu schwach, um auf die Einhaltung gemachter Zusagen zu drängen. Statt einer neuen, dauerhaften Friedensordnung mit Russland ist diese US-Militäroperation Ausdruck eines neuen Antagonismus zu Russland, eines Antagonismus, der vermeidbar gewesen wäre, hätten wir 1989 nicht in Sieg und Niederlage gedacht - auf unserer Seite die Sieger der Geschichte, auf der anderen die Unterlegenen.

(Beifall AfD)

Doch mit dem Kommunismus ist nicht das alte Russland untergegangen, und Ordnung, meine Damen und Herren, lässt sich nicht verordnen, sie muss aus einem Gleichgewicht der Kräfte hervorgehen, das von allen Seiten akzeptiert wird. Diese vor-

behaltslose Annahme der neuen Ordnung durch Russland fehlt bis heute, da es Objekt und nicht Subjekt der Neuordnung war.

(Beifall AfD)

Da hat es nun auch keinen Zweck, immer vom Selbstbestimmungsrecht der Völker zu sprechen, das es den Osteuropäern erlaube, sich jedem Verteidigungsbündnis anzuschließen.

(Dr. Redmann [CDU]: Natürlich!)

Auf den ersten Blick mag das richtig sein, auf den zweiten jedoch galten für die Nachbarschaft einer Groß- oder gar Weltmacht diese Regeln immer nur mit Einschränkungen. Schließlich haben auch die USA in der Kuba-Krise 1961 ihre Sicherheit über das Selbstbestimmungsrecht Kubas, die USA bedrohende Raketen aufzustellen, gesetzt.

(Beifall AfD)

Und viele von uns haben damals Kennedys Raketenblockade gebilligt und als mutig gelobt, obwohl es eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechts Kubas war.

(Beifall AfD - Dr. Redmann [CDU]: Der Kalte Krieg ist doch vorbei!)

Wenn zwei dasselbe tun, meine lieben Kollegen, ist es offensichtlich nicht immer dasselbe.

(Zuruf von der CDU)

Nun lässt sich über verschüttete Milch nur schwer rechten. Doch vielleicht ist ein unkonventioneller amerikanischer Präsident eher in der Lage, aus dem Modus des Kalten Krieges herauszufinden, als die alten transatlantischen Eliten, die die Feindschaft zu Russland über Jahre verinnerlicht haben.

(Beifall AfD)

Soldaten und Panzer sind jedenfalls kein Ersatz für die in den Jahren 1989 bis 1991 versäumte Gelegenheit, eine wirklich neue Ordnung in Europa zu schaffen. Und das, meine Damen und Herren, hat der Ministerpräsident völlig richtig gesehen. - Ich bedanke mich.

(Beifall AfD)

Präsidentin Stark:

Es ist eine Kurzintervention angezeigt worden. Herr Abgeordneter Schulze hat die Gelegenheit dazu.

Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe): *

Frau Präsidentin! Herr Botschafter! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Gauland, ich möchte an dieser Stelle zwei Richtigstellungen vornehmen. Erstens: Egal, wer von der Seite der Bundesrepublik Deutschland seinerzeit mit Herrn Gorbatschow, Herrn Schewardnadse oder wem auch immer geredet hat, er konnte keine Versprechungen zu dem machen, was die

Völker jenseits der Oder für sich entschieden. Dafür gab es weder einen Grund noch eine Legitimation.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und CDU)

Zweitens, Herr Gauland, muss ich Ihnen aufs schärfste widersprechen: Die osteuropäischen Staaten sind nicht von der NATO übernommen worden,

(Genau! bei der CDU)

sondern sie sind aus freiem, eigenem Willen der NATO beigetreten.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und CDU)

Entweder wir respektieren das Recht der Völker, freie Entscheidungen zu treffen und nicht gezwungen zu werden, oder wir tun das nicht.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und CDU)

Deswegen ist das, was Sie hier gesagt haben, ganz klar Geschichtsklitterung.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, CDU, B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD - Oh! und Haha! bei der AfD)

Präsidentin Stark:

Herr Abgeordneter Gauland, möchten Sie auf diese Kurzintervention reagieren? - Dann haben Sie die Gelegenheit dazu.

Dr. Gauland (AfD):

Herr Schulze, ich habe nicht gesagt, dass die Staaten irgendwie gezwungen worden sind, in die NATO zu gehen.

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Übernommen habe Sie gesagt, übernommen!)

Ich habe nur gesagt, dass es falsch war, der damaligen Verhandlungsdelegation der Sowjetunion gegebene Zusagen im Nachhinein für nicht mehr gültig zu halten.

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Das sind falsche Behauptungen!)

- Entschuldigung, reden Sie doch mal mit denen, die damals die Verhandlungen geführt haben.

(Dr. Redmann [CDU]: Fragen Sie doch Gorbatschow!)

Ich behaupte auch gar nicht, dass wir Deutschen die Schuldigen sind. Aber der Westen hat angefangen, sich als Sieger der Geschichte aufzuführen,

(Zurufe von der CDU)

und diese Aussage ist doch nicht falsch.

Ja, ich weiß, Sie von der CDU sind immer noch in dem Modus des Kalten Krieges,

(Gelächter bei der CDU)

der 1989 zu Ende gegangen ist.

(Beifall AfD - Gelächter bei der CDU - Wichmann [CDU]: Das ist ja lächerlich!)

Sie werden noch so viel schreien können: Wenn es keine Friedensordnung mit Russland gibt, wird es keinen Frieden in Europa geben. Wir müssen alles tun - da hat der Ministerpräsident völlig Recht -,

(Zurufe von der CDU)

diese Friedensordnung in Europa herzustellen. Nur dafür werben wir.

(Beifall AfD)

Präsidentin Stark:

Wir setzen die Aussprache fort. Zu uns spricht der Abgeordnete Christoffers für die Fraktion DIE LINKE.

Christoffers (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Exzellenz! Meine Damen und Herren! Herr Gauland, ich hätte mir sehr gewünscht, weil wir heute auch über politische und außenpolitische Sachverhalte reden, dass Ihrerseits zumindest eine Klarstellung erfolgt wäre, wie die Aussagen bzw. die Angaben von Herrn Höcke in Ihrer Partei gewertet werden.

(Frau Schade [AfD]: Ach, jetzt kommt das!)

Wenn man dazu keine klare Position hat, entwertet das auch Positionen anderer Art, über die wir heute debattieren. Insofern hätte ich mir das gewünscht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, CDU, B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Zweitens: Meine Damen und Herren, Herr Senftleben, wissen Sie, was mich als Ostdeutschen geprägt hat, gerade in den Jahren 1989 und danach? Das war ein Punkt: die Erfahrung, dass die Einteilung der Welt in Gut und Böse, in Schwarz und Weiß dazu führt, dass man nicht mehr miteinander redet, dass es die Vorstufe der Eskalation ist und damit auch der Tatsache, dass man nicht mehr in der Lage ist, Interessenkonflikte auszuhalten und auszugleichen. Das betraf und betrifft alle beteiligten Seiten. Deswegen plädiere ich dafür, dass wir uns hier nicht in Schwarz und Weiß einteilen, sondern uns die Frage stellen: Sind die getroffenen Maßnahmen der Stationierung von NATO-Truppen das Mittel, um Konflikte zu bewältigen und Interessen ausgleichen zu können?

(Beifall DIE LINKE)

Wenn man diese Frage stellt, kann man auch die Position beziehen, dass Proteste oder Fragen zu dieser Stationierung völlig legitim sind, ohne dass damit Sicherheitsinteressen Po-

lens oder der baltischen Staaten in irgendeiner Art und Weise infrage gestellt werden.

(Beifall DIE LINKE sowie der Abgeordneten Lieske und Lüttmann [SPD])

Meine Damen und Herren, wir hatten gerade die Diskussion zu den Zwei-plus-Vier-Gesprächen. Diese sind schon eine Weile her, man muss sie heute einigen vielleicht schon wieder erklären. Die Zwei-plus-Vier-Gespräche waren die entscheidenden Gespräche der damaligen beiden deutschen Staaten mit der damaligen Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und den USA. Ohne diese Gespräche hätte es die deutsche Einigung nicht gegeben.

Dann möchte ich darauf verweisen, dass schon 2009 ein Vermerk der Bundesregierung veröffentlicht worden ist. Den können Sie in der damaligen Ausgabe des „Spiegels“ nachlesen. In diesem Vermerk der Bundesregierung steht:

„BM (Bundesminister):“

- also Herr Genscher -

„Uns sei bewusst, dass die Zugehörigkeit eines vereinten Deutschlands zur NATO komplizierte Fragen aufwerfe. Für uns stehe aber fest: Die NATO werde sich nicht nach Osten ausdehnen.“ Und da es in dem Gespräch vor allem um die DDR ging, fügte Genscher ausdrücklich hinzu: „Was im Übrigen die Nichtausdehnung der NATO anbetreffe, so gelte das ganz generell.“

Schewardnadse“

- der damalige sowjetische Außenminister -

„antwortete, er glaube, allen Worten des BM.““

(Zuruf des Abgeordneten Petke [CDU] - Mann! bei der Fraktion DIE LINKE)

Insofern, meine Damen und Herren, ist die Frage, ob man dazu überhaupt das Recht hatte, die eine Seite - dass eine solche Aussage getätigt worden ist, eine andere. Jetzt kann man genauso mit Recht anführen, dass wir heute eine völlig veränderte Welt haben. Damals gab es die völkerrechtswidrige Annexion der Krim nicht, damals gab es den Ukraine-Konflikt nicht. Die Sowjetunion in der damaligen Form existiert nicht mehr. Es gibt legitime Sicherheitsinteressen der baltischen Staaten, Präsident Putin verfolgt eine zum Teil sehr aggressive Außenpolitik - und trotzdem bleibt es eine Tatsache - das meine ich mit Schwarz und Weiß, und das meine ich mit differenziert -, dass diese Zusagen sich im gesellschaftlichen Selbstbild Russlands manifestiert haben.

(Beifall DIE LINKE - Zuruf des Abgeordneten Dr. Redmann [CDU])

Insofern ist es - nochmals - legitim zu fragen, ob getroffene Maßnahmen Spannungen abbauen.

Meine Damen und Herren, ich hatte als Europa- und Wirtschaftsminister sehr viele Gespräche sowohl in Polen als auch in den baltischen Staaten. Ich darf sagen: Es hat nichts mit

aktuellen Zusammensetzungen von Regierungen zu tun, sondern der Hintergrund ist: Die Gefahr, dass ein Hegemonialanspruch Russlands gegenüber weiteren Territorien erhoben wird, ist präsent. Daraus ergibt sich die Verpflichtung auch Deutschlands, auch Europas, Sicherheitsgarantien abzugeben. Das ist doch völlig unstrittig. Neben diesen Sicherheitsgarantien, meine Damen und Herren, kommt es auch darauf an - ich finde, dass deutsche Außenpolitik bis jetzt einen sehr ausgewogenen Mittelweg gefunden hat -, dass wir den Dialog nicht unterbrechen. Glaubt man ernsthaft, dass eine Stationierung in einem derart geringen Truppenumfang diesen Dialog in irgendeiner Art und Weise befördern wird, oder laufen wir nicht Gefahr, dass weitere Missverständnisse, weitere Konfliktlinien präsent werden, die diesen Dialog dann erschweren?

(Beifall DIE LINKE)

Ich finde, dass solche Fragen legitim sind, und das hat nichts mit einer Ablehnung von Sicherheitsgarantien, mit einer Ablehnung der berechtigten Wahrnehmung nationaler Sicherheitsinteressen zu tun.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Redmann [CDU] - Domres [DIE LINKE]: Oh Mann, immer billig!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, Deutschland spielt in diesen Konflikten eine besondere Rolle, und zwar zum einen wegen der politischen Stärke in Europa und zum anderen aufgrund der geografischen Lage. Ich glaube, dass Deutschland in der Lage ist, Interessenlagen Polens, der baltischen Staaten, aber auch Russlands auf dem Wege des Dialogs zu kanalisieren und dabei auch ein westliches Werteverständnis in diesen Prozess einzuspielen, also als ehrlicher Makler aufzutreten.

(Beifall der Abgeordneten Mächtig [DIE LINKE])

Ich finde, diesen Weg sollten wir, den müssen wir weitergehen. Das, meine Damen und Herren, wirft die Frage auf, welche Rolle Europa insgesamt in der Welt spielen wird, wie die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas weiter konfiguriert wird. Ich finde, dass die Interviews des designierten amerikanischen Präsidenten die Beantwortung der Frage, was wir in Europa im Rahmen der Sicherheits- und Außenpolitik gemeinsam gestalten werden, für uns dringender macht. Das bezieht sich auf die Wahrnehmung der Interessenlagen aller europäischen Staaten und schließt ausdrücklich baltische und natürlich polnische Interessenlagen ein.

Wenn wir uns auf diesem Weg politisch verständigen könnten, wie künftig Sicherheit, aber auch Freiheit und Demokratie in Europa gewährleistet werden könnten, so würde dies der Verantwortung, die Deutschland weltweit trägt, tatsächlich gerecht.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Insofern ist es einfach eine Tatsache: Es geht hier nicht um Putin-Versteher. Es geht hier auch nicht darum, dass man in irgendeiner Art und Weise die Interessenlagen einer Region, eines Landes überhöht, sondern es geht um die berechnete Frage, die nicht nur mich umtreibt, sondern die heute in der Diskussion bereits mehrfach deutlich gemacht worden ist: Wie finden wir einen Weg, der sicherstellt, dass unterschiedliche politische Interessen - egal von wem - nicht dazu führen, dass Konfliktlinien entstehen, die keiner von uns will, die unbe-

herrschbar werden und damit auch Frieden und Freiheit in Europa gefährden? - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD sowie des Abgeordneten Vida [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Sie möchten eine Zwischenfrage stellen? Was ist Ihr Anliegen?

Wiese (AfD):

Ich möchte keine Zwischenfrage stellen, sondern ich möchte mich an Sie wenden, damit Sie die Pöbeleien eines Herrn Bretz unterbinden, der uns während des Vortrags von Herrn Christoffers mehrmals als „Braune“ und dann auf meinen Blick hin auch als „Dunkelbraune“ bezeichnet hat.

Ich fühle mich persönlich von ihm beleidigt. Er beleidigt auch die Fraktion. Wir sind keine „Braunen“ oder „Dunkelbraunen“, wir sind demokratisch gewählte Parlamentarier.

Daher bitte ich Sie, zu intervenieren, damit die Pöbeleien dieses Herrn, die schon über Wochen und Monate gehen, endlich beendet werden.

(Beifall AfD)

Präsidentin Stark:

Herr Abgeordneter Wiese, nach § 70 unserer Geschäftsordnung haben Sie gerade eine persönliche Erklärung abgegeben.

Es ist so wie in ähnlichen Situationen in der Vergangenheit: Ich kann nur bewerten, was hier oben ankommt. Hier oben war es nicht zu hören.

(Zurufe von der AfD)

Insofern haben Sie das formuliert.

(Widerspruch von der AfD)

- Ich bin noch nicht fertig. Sie bleiben bitte einmal ganz ruhig. - Ich habe auch das damals nicht gehört, richtig, und habe deshalb demjenigen die Chance gegeben, sich dazu zu äußern. - Das wäre in diesem Fall Herr Bretz. Ich frage Sie, Herr Bretz: Möchten Sie auf diesen Vorwurf reagieren?

Bretz (CDU):

Meine Aussage bezog sich auf das Zitat von Herrn Höcke, der sagte: Wir Deutschen - also unser Volk - sind das einzige Volk in der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat.

(Galau [AfD]: Wir sind aber nicht Herr Höcke!)

Es gab während der Rede von Herrn Christoffers Pöbeleien von der Seite. Ich habe gesagt: Das ist für mich „braun“ und „dunkelbraun“.

(Galau [AfD]: Höcke hat mit uns nichts zu tun! - Beifall AfD - Anhaltendes Lachen bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Stark:

Damit ist aus meiner Sicht das Problem für die heutige Sitzung geklärt, und wir setzen die Aussprache fort. - Zu uns spricht der Abgeordnete Vogel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte Sie, auch ihm die nötige Aufmerksamkeit zu schenken.

(Unruhe - Widerspruch bei der AfD)

Sie haben die Möglichkeit der Kurzintervention. Noch einmal für alle: Eine Ordnungsmaßnahme kann nur erfolgen, wenn die Zurufe für das Sitzungspräsidium vernehmbar sind. Das war nicht der Fall. Insofern bitte ich Sie, den Lärmpegel zu senken und Herrn Kollegen Vogel die Aufmerksamkeit zu schenken, die ihm für seine Rede gebührt. - Vielen Dank.

Vogel (B90/GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Botschafter Przyłębski! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Wir stehen am Vortag der Amtseinführung des neuen US-Präsidenten Donald Trump, eines Präsidenten, der die NATO für obsolet erklärt, der die EU als gegen die Interessen der USA gerichtete Instrument einer angeblich deutschen Vorherrschaft geißelt, den Brexit begrüßt und auf weitere EU-Exits hofft und der bereits morgen beginnen will - ganz im Stil eines Autokraten vom Schlage Putins oder Erdogans -, mit einer Vielzahl von Executives Orders am Parlament vorbei die von ihm avisierte politische Zeitenwende einzuleiten.

Trump ist ein Präsident, der im 140-Zeichen-Takt die Welt in Atem hält und damit in für uns alle gefährliche Turbulenzen stürzen kann, und - das ist auch für die heutige Debatte bedeutsam - ein Präsident, der traditionelle Politik und Diplomatie durch den „Deal“, das vorteilhafteste Geschäft für ihn selbst ersetzt und dabei auf Putin als kongenialen Partner vertraut.

Das Tragische ist, dass diese politische Agenda Trumps nicht einmal in Deutschland auf eine einheitliche Ablehnung stößt. Musterbeispiel dafür ist die Berliner AfD, die nach der Trump-Wahl twitterte: „Wir sind Präsident!“

Die Rückkehr zum Nationalstaat, die Schwächung der EU, die Ablehnung der NATO, die Verurteilung und Stigmatisierung von Angela Merkel wegen der Flüchtlingsnothilfe im Jahr 2015 sind inzwischen nicht nur Positionen des President Elect Trump und der AfD, sondern - und das ist auch bedauerlich - werden von der linken Spitzenkandidatin Wagenknecht nur in Nuancen anders ausgedrückt.

(Domres [DIE LINKE]: Nun ist aber gut!)

Das Demonstrationsrecht steht natürlich allen zu, auch dem stellvertretenden Ministerpräsidenten. Aber er muss sich dann natürlich der Diskussion stellen, mit wem er sich da in eine Reihe begibt. Wer sich eben mit Menschen in eine Reihe stellt, die den russischen Kriegseinsatz in Syrien loben oder das Abzeichen der stalinistischen Warlords im Donbass an ihrer quasi Uniformjacke tragen, der darf sich über den Beifall der neuen deutschen Rechten nicht wundern.

(Beifall B90/GRÜNE und CDU sowie der Abgeordneten Schülzke [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Wer sich über die wortgleichen Erklärungen und die Unterstützung durch die AfD ärgert, der muss sich eben fragen lassen, ob er die Annäherung der europäischen Rechten, deren Ideengeber Putin und dem President Elect Trump irgendwie verpasst hat. Vielleicht bekommt die Linke nicht Beifall von der falschen Seite, sondern steht außenpolitisch einfach auf der falschen Seite.

(Beifall B90/GRÜNE und CDU)

Meine Damen und Herren, was wir jetzt brauchen, ist eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik, die den Beweis antritt, dass ein gerechtes und soziales, ein friedliches Zusammenleben möglich ist und in einer Welt von Kriegen und Krisen auch Sicherheit schafft.

Unsere entscheidende Antwort auf die trumpsche und putinische Herausforderung muss aber die grundsätzliche Absage an außenpolitische Deals sein. Das heißt: Die wichtigste Antwort ist, dass wir völkerrechtlich gültige Verträge penibel einhalten und dies auch und gerade - und deswegen an die Linke gerichtet -, weil Trump die NATO erklärtermaßen nicht ersatzlos auflösen, sondern sie von einem kollektiven System gegenseitiger Sicherheitsgarantien zu einem Instrument der weltweiten Terrorbekämpfung umformen will. Und was das heißt, will ich mir gar nicht erst ausmalen.

Verträge penibel einzuhalten heißt auch, zur NATO-Russland-Grundakte zu stehen, die seit 1997 ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis anstrebt, um einen gemeinsamen Sicherheits- und Stabilitätsraum in Europa zu schaffen. Eine dauerhafte Stationierung einer hohen Anzahl von NATO-Soldaten an der östlichen NATO-Grenze widerspricht dieser und kommt deshalb auch nicht in Betracht.

Soweit der Ministerpräsident darauf hinweist und ein besonnenes Vorgehen der NATO einfordert, ist dies nicht nur sein gutes Recht, sondern auch seine Pflicht. Ein Rüstungswettlauf muss vermieden werden. Stattdessen muss neues Vertrauen aufgebaut und über konkrete, und zwar nachprüfbare Schritte zur Rüstungskontrolle und Abrüstung gesprochen werden. Der Gesprächsfaden darf nicht abreißen. Nur auf die Kraft guter Worte zu vertrauen reicht allerdings auch nicht. Die Benennung der Ursachen der aktuellen Truppenbewegungen gehört zu einer konkreten korrekten Gesamtbewertung dazu.

Wir lehnen es ab, einseitig die NATO für eine Eskalation verantwortlich zu machen. Wir müssen feststellen - das haben mehrere heute schon festgestellt -, welche zentralen Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur durch Russland zerstört wurden mit der Annexion der Krim, mit dem Abrücken von dem Budapester Memorandum, mit dem Angriff auf die territoriale Souveränität der Ukraine. Das hat allen Wünschen nach einer weltweiten Abrüstung einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall B90/GRÜNE und CDU)

Aber erst aus diesen Handlungen heraus hat sich der Wunsch Polens und anderer östlicher NATO-Mitgliedsstaaten nach mehr Präsenz des Bündnisses ergeben. NATO-interne Rückversicherungsmaßnahmen sind auch nötig, um den östlichen Nachbarn ihre Ängste zu nehmen. Je sicherer sich die östlichen NATO-Mitglieder der Bündnistreue sind, desto weniger Truppen werden sie an ihren östlichen Grenzen verlangen und desto weniger Soldaten werden wir dorthin entsenden.

Präsidentin Stark:

Herr Abgeordneter, Sie müssten jetzt zum Schluss kommen.

Vogel (B90/GRÜNE):

Die Lehren aus der Geschichte sollten eindeutig sein: Nie wieder darf Deutschland eine Verständigung mit Russland über die Köpfe der Polen oder der Balten hinweg suchen. Gerade vom deutschen Polen-Beauftragten darf verlangt werden, dass er hieran nicht den geringsten Zweifel lässt. Die heutige Aktuelle Stunde bietet die beste Gelegenheit, entstandene Irritationen auszuräumen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall B90/GRÜNE und CDU sowie vereinzelt SPD)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Die Abgeordneten Christoffers und Königer haben den Wunsch nach einer Kurzintervention angezeigt.

Christoffers (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Vogel, wir sind uns völlig einig, was die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker betrifft. Ich möchte hier nur für die Fraktion DIE LINKE eine Gleichsetzung ihrer außenpolitischen Vorstellungen mit denen der AfD zurückweisen. Uns geht es um mehr Internationalität und nicht um eine Rückkehr zum Nationalstaat.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsidentin Stark:

Herr Vogel, möchten Sie darauf reagieren? - Dann haben Sie die Gelegenheit.

Vogel (B90/GRÜNE):

Herr Christoffers, es geht nicht um Schwarz-weiß-Positionen. Ich habe darauf hingewiesen, was von Frau Wagenknecht in verschiedenen Medien immer wieder verlautbart wurde. Frau Wagenknecht ist Ihre Spitzenkandidatin. Ich habe sie nicht dazu gewählt. Sie müssen sich damit auseinandersetzen, wenn Ihre inhaltlichen Positionen mit den Positionen Ihrer Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl weitgehend auseinanderfallen. Darauf wollte ich hinweisen.

(Zuruf des Abgeordneten Domres [DIE LINKE])

Ich hoffe, dass die Linke in Brandenburg die Position von Frau Wagenknecht nicht teilt. Ich habe das auch bisher nicht so wahrgenommen. Ich weiß, dass Sie einen ganz anderen Ansatz vertreten. Daher danke ich für die Richtigstellung.

Präsidentin Stark:

Der Abgeordnete Königer hat nun Gelegenheit zu seiner Kurzintervention.

Königer (AfD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Vogel, Sie sprachen von Lehren, die man aus der Geschichte ziehen müsse. Die haben

Sie nicht gezogen. Rot-Olivgrün war es, die im Kosovo den ersten Angriffskrieg in der jüngeren Geschichte Deutschlands geführt haben. Da sind Sie, also Ihre Partei zumindest, mit von der Partie gewesen.

Uns und auch der Linksfraktion geht es um Bilder, die hier erzeugt werden.

(Domres [DIE LINKE]: Sie sprechen überhaupt nicht für uns! - Widerspruch bei der Fraktion DIE LINKE - Zurufe von der CDU)

- Herr Domres, hören Sie doch einen Augenblick zu. Dann werden Sie mir zustimmen.

(Widerspruch bei der Fraktion DIE LINKE)

Uns geht es um die Bilder, die hier erzeugt werden. Da fahren Panzer auf deutschen Schienen durch Deutschland, an Berlin vorbei Richtung Osten. Um dieses Zeichen geht es uns. Die Panzer hätten sehr wohl auch in Polen und auch in den Baltenrepubliken bereitgestellt werden können. Nein, sie wurden quer durch Deutschland transportiert. Um diese Bilder ging es uns, und um diese Bilder ging es, denke ich, auch der Linkspartei.

(Widerspruch bei der Fraktion DIE LINKE)

Diese Bilder sind zu vermeiden. Wir müssen diese Kriegsrhetorik, die auch in diesem Parlament immer stärker stattfindet, einfach einmal beenden und mit allen Völkern - auch mit den Polen und den Balten - friedlich zurechtkommen und nicht mit so einem Aufmarschgebiet noch einmal das, was sich geschichtlich schon einmal ereignet hat, bestätigen. Vielleicht nennen Sie von der CDU-Fraktion hier das nächste NATO-Manöver Barbarossa. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsidentin Stark:

Herr Abgeordneter Vogel, möchten Sie auf diese Kurzintervention reagieren? - Das ist nicht der Fall. - Dann setzen wir die Aussprache fort. Zu uns spricht der Abgeordnete Vida für die BVB/FREIE WÄHLER Gruppe.

Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Botschafter! Ich spreche nicht nur für BVB/FREIE WÄHLER, ich spreche auch als ungarischer Staatsbürger in dem Wissen der unverbrüchlichen Freundschaft zwischen Ungarn und Polen, die immer bestand und immer bestehen wird. Deswegen verstehe ich das Drängen Polens nach Sicherheit und vor allem auch den Wunsch nach Verzicht auf unqualifizierte Kommentare von Personen, die dazu überhaupt nicht berufen sind. Und so etwas passiert, wenn sich Personen in die Außenpolitik einmischen, die nicht dazu berufen sind.

Wichtig ist allerdings auch zu verstehen, dass wir den Frieden auf unserem Kontinent als höchstes Gut respektieren und würdigen müssen. Wir müssen auch erkennen, dass es Sorgen auf allen Seiten gibt. Wir denken daran, dass wir immer wieder mahnend den Finger heben, wenn es um die Einhaltung von Menschenrechten auf dem ganzen Kontinent geht. Dazu gehört

auch, die Menschenrechte in den baltischen Republiken einzufordern. Dazu gehört auch, zu fragen, wie es sein kann, dass in Lettland die Europäische Charta der Minderheiten- und Regionalsprachen nicht gilt, dass dort 10, 12, 15 % der Bevölkerung keine Bürgerrechte haben, weil sie einer anderen Ethnie angehören.

Wenn wir die Einhaltung von Verträgen, Frieden und Stabilität fordern, dann gehört auch dazu, von unseren Partnern die unverbrüchliche Einhaltung von Menschenrechten gegenüber allen zu fordern. Dazu gehört auch zu verstehen, dass Frieden und Verständigung mit Russland gut für Europa sind, und zwar insgesamt. Genau deswegen müssen wir zu einer NATO als Bündnis stehen. Wir müssen zur Freundschaft mit Polen und den baltischen Staaten stehen.

Aber wir müssen das aus einer Position der Stärke heraus tun. Das heißt, wir müssen unsere Partner immer wieder daran erinnern: Wer Rechte für Ethnien - Sprachrechte, Minderheitenrechte - einhält, argumentiert aus einer Position der Stärke heraus und tut das dann mit einem moralischen Anspruch. Genau da haben wir noch Defizite, wenn wir an die Behandlung der russischen Minderheiten in den baltischen Staaten denken. Dieses Problem muss behoben werden.

Zugleich, meine Damen und Herren, dürfen wir als Deutsche nie vergessen, was wir daran haben, an all unseren Grenzen Freunde zu haben. Das ist ein großer Wert, den es zu schützen gilt. Daneben ist auch der Kalte Krieg zu Ende und deswegen ist es richtig und wichtig, Freundschaft mit allen Völkern Europas zu suchen. Europa ist größer als die Europäische Union. Wir müssen immer bedenken, dass die Suche nach Sündenböcken uns nicht weiterhelfen wird. Wir müssen unerschütterlich zu unseren Bündnispartnern stehen und den Frieden, die Verständigung und die Versöhnung mit allen europäischen Völkern suchen. Das sollte Konsens sein.

Ich weiß durch Berichte meiner Eltern und kann mich auch dunkel aus meiner Kindheit erinnern, welch ein erhebendes Gefühl 1989/1990 das ungarische Volk ergriff. Auch aus Gesprächen mit befreundeten Familien aus Polen und Lettland weiß ich, wie zu dieser Zeit - wenn man an den Baltischen Weg, Baltijos kelias, am 23.08.89 denkt - diese Völker in ihrer Wiederauferstehung und vor allem in der Wiedererlangung ihrer Souveränität bestärkt und beflügelt wurden. Wir müssen verstehen, dass deswegen dort eine andere Sensibilität gegenüber den Entwicklungen im Osten unseres Kontinents, in Russland, herrscht.

Aber genauso müssen wir verstehen, dass Russland sich nur dann auf Europa zubewegen wird, wenn wir auch seine Befindlichkeiten und Sichtweisen verstehen oder zumindest darauf eingehen und nicht überheblich und doktrinär eine Meinung vertreten. Deshalb ist mein Appell an dieser Stelle: Lassen Sie uns das Ganze nicht ideologisch, nicht rückwärtsgerichtet und nicht doktrinär angehen, sondern mit Respekt für alle Völker unseres Kontinents. Davon haben alle etwas, damit stehen wir zu unseren Bündnispartnern und leisten einen wichtigen - und ich glaube, auch von den Brandenburgern gewollten - Beitrag für den Frieden aller. Das ist der größte Wert, und den gilt es zu schützen. Dazu wollte ich einige Anmerkungen machen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe, SPD, DIE LINKE, CDU und B90/GRÜNE)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung spricht nun der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Dr. Woidke, zu uns.

Ministerpräsident Dr. Woidke:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Botschafter! Ja, wir leben in bewegten Zeiten. In Europa und der Welt tragen sich Entwicklungen zu, die aus dem Rahmen fallen, den wir über die letzten Jahrzehnte gewohnt waren, und die wir vielleicht noch vor einigen Jahren nicht für möglich gehalten hätten.

Gewöhnt hatten wir uns an eine zunehmende internationale Kooperation statt einer Konfrontation. Wir hatten uns auch daran gewöhnt, dass die Erweiterung der EU voranschreitet, sie weiter zusammenwächst und immer solidarischer miteinander gearbeitet wird. Gewöhnt hatten wir uns an die Vorstellung, dass das alte machtpolitische Nullsummend Denken in miteinander konkurrierenden Einflusszonen nach dem Ende der Sowjetunion und des Kalten Kriegs für immer Geschichte sein sollte. Gewöhnt hatten wir uns an die neue europäische Realität, dass die Völker unseres Kontinents über ihre Bündniszugehörigkeiten in freier Selbstbestimmung entscheiden können. Gewöhnt hatten wir uns, kurz gesagt, an das, was einst von Michail Gorbatschow geprägt wurde: das Bild vom gemeinsamen Haus Europa, in dem wir alle - die Völker Europas gemeinsam - im 21. Jahrhundert miteinander in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben würden.

Heute müssen wir leider konstatieren: Vieles ist deutlich anders gekommen. Eine Reihe von hochproblematischen Entwicklungen und teilweise schweren Verwerfungen sind eingetreten, die unsere friedliche und freiheitliche Ordnung in Europa vor große, bisher nicht gekannte Herausforderungen stellen.

Da ist beispielsweise die Finanz- und Eurokrise. Da sind die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland und der nach wie vor andauernde Krieg in der Ostukraine. Da sind die Kriege südlich und östlich des Mittelmeers und die durch diese Kriege verursachten Flüchtlingsströme - auch hier bei uns in Europa. Da ist der verstärkte Auftritt radikal völkischer und rechtspopulistischer Bewegungen in verschiedenen europäischen Staaten, ja, man kann mittlerweile sagen, in fast allen europäischen Staaten. Da ist die Bedrohung unserer Gesellschaften durch islamistischen Terrorismus. Da ist die im vorigen Jahr von den Briten getroffene Entscheidung für den Brexit, den Austritt aus der EU. Hinzu kommt die Unsicherheit bezüglich des Kurses, den die Vereinigten Staaten in der internationalen Politik in den kommenden Jahren einschlagen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir leben heute in einem Europa, in dem es weniger Vertrauen, weniger Miteinander, weniger Zusammenhalt und auch weniger Solidarität gibt, als wir uns das alle gemeinsam einmal erhofft hatten. Dafür gibt es leider umso mehr Misstrauen, mehr Aggressivität in Konfliktsituationen, es gibt mehr Gegeneinander, mehr nationale Egoismen und leider auch mehr Spannungen und militärische Gewalt.

Wir sollten uns in einem einig sein: Das alles sind Entwicklungen, die nicht gut sind. Misstrauen, Aggression, Egoismus,

Spannung und Konflikte führen leider zu immer mehr Misstrauen, zu mehr Aggression, zu mehr Egoismus und dann zu noch mehr Spannungen und noch mehr Konflikten.

Ich bin grundlegend davon überzeugt: Diese Abwärtsspirale in Europa müssen wir unterbrechen.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie vereinzelt B90/GRÜNE und AfD)

Sie nützt niemandem, und sie löst auch keine Probleme. Sie schafft nur immer neue Probleme, und diese Probleme werden dann immer schwerer zu lösen sein.

Wir befinden uns in einer grundlegend veränderten, neuen Situation. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir zur Kenntnis nehmen. Und wir müssen in dieser neuen Situation neu nachdenken. Dieses neue Nachdenken brauchen wir, glaube ich, für Gesamteuropa ganz dringend. Wir sollten diese Debatte nutzen, um die Lage in Europa, vielleicht auch die Lage in der Welt besser zu begreifen. Denn es ist eben nicht so, wie es Herr Vida gerade gesagt hat, dass die Außenpolitik nur für Außenpolitiker reserviert ist.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Ja!)

Ich erlebe bei vielen Gesprächen in Brandenburg, dass sich die Menschen in diesem Land mittlerweile große Sorgen um diese Entwicklung machen, das ist überall zu spüren. Deswegen ist es folgerichtig - und da bin ich der CDU-Fraktion sehr dankbar für diese Aktuelle Stunde -, dass wir uns hier im Landtag mit diesen Fragen beschäftigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir ist in der vergangenen Woche vorgehalten worden, ich würde zu wenig Verständnis für die sicherheitspolitische Sicht der Polen und der baltischen Länder aufbringen. Dieser Vorwurf ist absoluter Unsinn. Glauben Sie mir: Ich kenne die Befindlichkeiten sowohl in Polen als auch in den baltischen Ländern sehr genau. Ich kenne die Sichtweisen, ich kenne die Probleme, und ich kenne auch die Ängste.

(Dr. Redmann [CDU]: Das sind doch keine Befindlichkeiten!)

Eines ist vollkommen klar.

(Dr. Redmann [CDU]: Das sind doch keine Befindlichkeiten!)

- Lassen Sie mich doch einmal ausreden. Ganz ruhig!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Redmann [CDU])

- Bleiben Sie doch einmal ganz ruhig.

(Dr. Redmann [CDU]: Sie haben nichts gelernt!)

Eines ist vollkommen klar: Für Polen ist die Unabhängigkeit, die Souveränität der Nation ein besonders hohes Gut. Die Gründe hierfür liegen auch in der polnischen Geschichte. Wie wir alle wissen, wurde Polen von seinen Nachbarn Preußen, Russland und Österreich Ende des 18. Jahrhunderts geteilt und war für insgesamt 123 Jahre von der europäischen Landkarte verschwunden. Dieses Trauma, zwischen den größeren und

stärkeren Nachbarländern zerrieben zu werden, und der lange und schließlich erfolgreiche Kampf um nationale Unabhängigkeit - das alles prägt das polnische Nationalbewusstsein bis heute. Polen ist fest entschlossen, nie wieder zum wehrlosen Spielball von Großmächten zu werden. Polen, lieber Botschafter, hat da unsere Unterstützung und unsere Solidarität.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie vereinzelt B90/GRÜNE und AfD)

Darum ist es auch kein Wunder, dass Polen klar und deutlich auf das sicherheitspolitische Versprechen der NATO pocht, vor allem auch ein Bündnis zur kollektiven Verteidigung zu sein. Dies ist nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und den bewaffneten Konflikten in der Ostukraine ebenfalls nachvollziehbar. Die Polen nehmen dies als viel direktere Bedrohung wahr - und müssen dies auch so wahrnehmen - als viele hier in Deutschland. Die Ukraine grenzt unmittelbar an Polen. Die Zahl der Ukrainer, die in Polen Schutz und Sicherheit gesucht haben, auf der Flucht waren, ist immens. Wir sind gut beraten, uns auch diese Situation vor Augen zu halten, wenn wir über die Flüchtlingssituation hier in Deutschland und die Flüchtlingssituation in Europa reden.

Die Aufstockung russischer Kampfverbände im Westen des Landes, die direkte Nachbarschaft Polens zum Kaliningrader Gebiet - all das trägt in Polen zur Nervosität und zu verstärktem Sicherheitsstreben bei. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist absolut verständlich, dass gerade Polen, aber auch die baltischen Staaten im besonderen Maß auf die Beistandsverpflichtung der NATO pochen. Diese Beistandsverpflichtung erfüllen die NATO-Bündnispartner durch Abschreckungs- und gegebenenfalls auch Verteidigungsmaßnahmen. Völlig klar ist dabei eines: dass Polen wie auch die baltischen Länder vollwertige Mitglieder der NATO sind. Es gibt keinen NATO-Verbündeten zweiter Klasse.

(Beifall SPD, CDU und B90/GRÜNE)

Unsere Solidarität mit Polen und den baltischen Staaten steht vollkommen außer Frage. Die aktuellen Maßnahmen der NATO in Polen und im Baltikum sind eine Reaktion - auch das ist leider die Wahrheit - auf das russische Vorgehen seit Beginn der Ukraine-Krise. Diese Maßnahmen stehen im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen der NATO. Sie stehen auch, Herr Gauland, im Einklang mit der NATO-Russland-Grundakte. Aber neben dem Prinzip der kollektiven Verteidigung gilt in der NATO ein weiteres Prinzip - quasi als zweites Standbein -, nämlich das der kooperativen Sicherheit. Dazu gehören Dialog und Gespräche, und dazu gehört, wenn es gut läuft, Kooperation - eben eine Politik der ausgestreckten Hand. Vertrauensbildende Maßnahmen sind dort am dringendsten, allerdings auch am schwierigsten, wo das Vertrauen am meisten fehlt.

Wir haben in Deutschland das große Glück, einen international hoch angesehenen Außenminister zu haben. Frank-Walter Steinmeier steht wie kein zweiter Politiker dafür, niemals die Bereitschaft zum Dialog, zum Kompromiss und zum Ausgleich zu verlieren. Unser Außenminister ist der lebende Beweis dafür, dass es falsch ist, Menschen vorschnell zu diffamieren, nur weil sie versuchen, auch die Perspektive des anderen nachzuvollziehen.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie vereinzelt AfD)

Mit der Aufgabe eigener Prinzipien und Werte, lieber Herr Senftleben, hat das eben gar nichts zu tun.

Annäherung statt Konfrontation, lieber kleine Schritte als große Worte - nach dieser Maxime handelte bereits Willy Brandt, als er mit seiner neuen Ostpolitik die Welt des Kalten Kriegs veränderte. Für seine Politik des Wandels durch Annäherung schlug Brandt damals sehr viel Misstrauen, teilweise sogar Hass und Unverständnis entgegen. Heute wissen wir alle, dass dieser Weg genau der richtige Weg war, der am Ende zu einem einheitlichen Europa in Freiheit und Demokratie geführt hat.

Deutschland muss auch heute seinen Einfluss vor allem darauf verwenden, in einem immer unsichereren Europa für mehr Vertrauen durch Kooperation zu sorgen. Ganz Europa - lieber Herr Gauland, da sind wir klar unterschiedlicher Meinung - muss in diesen schwierigen Zeiten zusammenstehen. Wir müssen den Dialog der Europäer untereinander fortsetzen. Wir müssen gemeinsam stärkere Bindungen haben. Nur gemeinsam sind wir Europäer stark.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie CDU)

Das war und bleibt die Kernbotschaft meiner Äußerungen in der vorvergangenen Woche. Ich bin mir sicher, auch Polen und die baltischen Staaten wissen ganz genau, dass schon wegen der gemeinsamen Grenze zu Russland stabile Beziehungen mit Russland auf Dauer die beste Garantie für Frieden in Europa sind. Dauerhaften Frieden in Europa kann es nur mit, aber nicht gegen Russland geben. Auch das bleibt eine Wahrheit.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Gauland [AfD])

Ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Kalten Krieges, liebe Kolleginnen und Kollegen, stehen wir wieder an einer Wegscheide: Werden wir die Visionen kooperativer Sicherheit in und um Europa weiterverfolgen, oder werden wir das nicht tun? Und was wäre denn die Alternative? Wie kann man im Ernst kritisieren, dass Reden und Diplomatie im Zweifel die besseren Mittel der Verständigung sind als militärische Eskalation?

(Beifall SPD, DIE LINKE, B90/GRÜNE sowie AfD)

Auch in diesem Sinne hoffe ich, dass uns allen hier der Kompass nicht verloren geht. Auch wir in Brandenburg sollten den Mut aufbringen, die größeren Zusammenhänge im Blick zu behalten, auch wenn es in der Welt da draußen gerade sehr kompliziert zugeht. Aber je schwieriger die Lage ist, umso besser stehen uns Besonnenheit und Werben für mehr Miteinander und Gemeinsamkeit zu Gesicht. Wir dürfen nicht in eine Spirale von militärischen Maßnahmen und Gegenmaßnahmen geraten.

Jetzt darf ich mein Zitat wiederholen, das heute zumindest von der antragstellenden CDU nicht gebracht worden ist. Ich sage es Ihnen noch einmal:

„Es hilft uns auf Dauer nicht weiter, wenn Panzer auf beiden Seiten der Grenze auf- und abfahren.“

(Beifall SPD, DIE LINKE, B90/GRÜNE sowie AfD)

Die Tür zum Dialog auch und vor allem mit Russland muss weiter offen bleiben. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, DIE LINKE, B90/GRÜNE sowie AfD)

Präsidentin Stark:

Wir danken Ihnen. - Ich frage den Abgeordneten Senftleben, ob er die der CDU verbliebene Redezeit nutzen möchte.

Senftleben (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Ziel - das habe ich ja zu Beginn meiner Rede gesagt - bestand heute darin, einen Schulterchluss mit Polen und den baltischen Staaten zu üben, nämlich die Frage zu beantworten, ob wir zu den Verpflichtungen stehen. Diese Frage war deshalb wichtig, weil diese Ihre Aussage, Herr Ministerpräsident, in den Tagen danach sowohl in Polen als auch in den baltischen Staaten die Nachricht Nr. 1 aus Deutschland war und insofern bei unseren Partnerländern entsprechende Verunsicherung ausgelöst hat.

(Beifall CDU)

Deswegen bin ich Ihnen dankbar, dass Sie heute auch mit Ihren Worten dazu beigetragen haben - wie auch viele andere, wenn auch nicht alle Redner -, diesen Schulterchluss mit unseren Nachbarn entsprechend zu üben. Ich glaube, dass das auch die Botschafter in ihren Ländern so kommentieren werden.

Es ist noch etwas anderes wichtig. Am Tag nach Ihren Äußerungen, Herr Ministerpräsident, hat Ihr Stellvertreter davon gesprochen, dass die Ablehnung des Truppentransports bzw. der Truppenverlegung nach Polen und in die baltischen Staaten die abgestimmte Position der Landesregierung sei. Sie haben heute klargestellt, dass das nicht der Fall ist, dass die Koalition an dieser Stelle offensichtlich eine andere Auffassung hat bzw. Sie eine andere Auffassung haben. Auch das ist wichtig, damit wir Brandenburger wissen, was die Polen von uns erwarten können. - Danke schön.

(Beifall CDU, B90/GRÜNE sowie BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Präsidentin Stark:

Wir sind damit am Ende der Aussprache und kommen zur Abstimmung. Zur Abstimmung steht ein Entschließungsantrag der Fraktion der AfD mit dem Titel „Revolution des Landtages Brandenburg gegen die Truppenverlegung in die baltischen Staaten und Polen“, Drucksache 6/5883. Wer diesem Entschließungsantrag der AfD-Fraktion folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 1 und eröffne **Tagesordnungspunkt 2:**

Fragestunde

Drucksache 6/5846

Drucksache 6/5847

Es liegen Ihnen 15 mündliche Anfragen vor. Der erste Fragesteller ist der Abgeordnete Genilke. Er stellt die **Frage 752** (Betonkrebs an Autobahnen in Brandenburg).

Genilke (CDU):

Große Teile der Autobahnen im Land Brandenburg sind vom sogenannten Betonkrebs, also einer Alkali-Kieselsäure-Reakti-

on, betroffen. Geschwindigkeitsreduzierungen, Streckensperungen und Staus sind die Folgen, unter denen zahlreiche Autofahrer täglich zu leiden haben.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Auf welcher Länge sind welche Autobahnen im Land Brandenburg vom sogenannten Betonkrebs betroffen?

Präsidentin Stark:

Darauf antwortet Frau Ministerin Schneider für die Landesregierung.

Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Schneider:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Genilke, in Brandenburg gibt es rund 800 km Richtungsfahrbahnen von Autobahnen, davon 700 km in Betonbauweise. 275 km davon sind sogenannte AKR-Verdachtsflächen, das heißt von dieser Alkali-Kieselsäure-Reaktion, von der Sie sprachen, betroffen - davon 125 km mit einem sogenannten gesicherten Erkenntnisstand, das heißt, die Untersuchungen sind so weit, dass man Bilder eines sicheren Schadens hat, und 150 km mit unklaren Merkmalen. Besonders betroffen sind die A 2, die A 9, die A 12, die A 13 und die A 10 am Südring.

Seit 2005 - da wurde das festgestellt - wird an diesem Problem gearbeitet. Im Zeitraum von 2005 bis 2015 wurden mit unterschiedlichen Methoden etwa 90 km saniert, teilweise auch als Übergangslösung. Die Erkenntnisse sind in den letzten Jahren erst gereift. Die bisherigen Maßnahmen haben schon um die 60 Millionen Euro gekostet.

Wir haben das Sanierungsprogramm so ausgelegt, dass man die Altersentwicklung der Autobahnen, das heißt das Ende der Nutzungszeit, besser im Blick hat. Im Jahr 2017 sind die A 2, die A 9 und die A 13 im besonderen Fokus; dort werden Maßnahmen realisiert werden. Es wird aber eine Aufgabe sein, die uns noch sehr viele Jahre beschäftigt. Der LS führt dazu regelmäßig ein Monitoring durch und erstellt jährlich einen Bericht, wie es weitergehen soll.

Präsidentin Stark:

Es gibt Nachfragen. Bitte zuerst der Fragesteller, Herr Genilke, dann Herr Prof. Schierack.

Genilke (CDU):

Vielen Dank, Frau Ministerin. Dennoch zwei kurze Nachfragen: Sie sprachen gerade davon, dass es auf 125 km mehrere bestätigte Verdachtsfälle gibt. In wie vielen dieser Bereiche, wo es eventuell zu weiteren Alkali-Kieselsäure-Reaktionen kommt, wurden Geschwindigkeitsreduzierungen festgelegt?

Die zweite Frage: Sie haben gerade ausgeführt, dass einige Bereiche notdürftig saniert worden seien. Das sehe ich selbst vor allem auf der A 13 jeden Morgen. Dennoch wundert es mich, dass selbst nach der Sanierung einzelner Streckenabschnitte, die mittlerweile 7 bis 8 km Länge haben, die Geschwindigkeitsreduzierung, die vor der Sanierung stattgefunden hat, nicht aufgehoben wird. Warum ist das so?

Präsidentin Stark:

Ich würde vorschlagen, dass Herr Prof. Schierack seine Frage gleich anschließt.

Prof. Dr. Schierack (CDU):

Frau Ministerin, ich bin auch Betroffener. Vielleicht können Sie etwas zu den Kosten sagen, die möglicherweise für die Sanierung entstehen werden. Sind diese Sanierungen beim Bund schon beantragt worden? Falls nicht, vielleicht können Sie sagen, wann das der Fall sein wird. Denn die Autofahrer, die tagtäglich auf diesen Strecken unterwegs sind, erleben nur, dass immer wieder neue Abschnitte für die normale Geschwindigkeit gesperrt werden und die Geschwindigkeitsbegrenzung dort einsetzt.

Präsidentin Stark:

Frau Ministerin, Sie haben jetzt Gelegenheit zu antworten.

Ministerin Schneider:

Ich bin mit Ihnen ganz einer Meinung, dass das Problem mit dem Betonkrebs, wie es im Volksmund heißt, also mit dieser Alkali-Kieselsäure-Reaktion, ein großes Ärgernis ist. Die Schadensbilder entwickeln sich auch schneller als einmal prognostiziert. Das hat vielleicht auch etwas mit den anderen Fragen zu tun, die Herr Genilke gestellt hat.

Anfangs versuchte man, die Schadstellen herauszunehmen und in die Lücken eine Art Plombe - wie beim Zahnarzt - zu setzen. Das hat nicht zum Erfolg geführt, sondern führt nur dazu, dass an den Rändern weitere Ausbrüche auftreten und diese Fahrbahn nicht in dem Sinne saniert ist, dass man die Geschwindigkeitsbegrenzung aufheben könnte.

Die nächste Variante ist, den Oberbau, die oberste Schicht, abzutragen und Asphalt aufzutragen. Das ist möglich, das hält länger - das stimmt -, ist aber relativ teuer.

Wenn man sich die betroffenen Autobahnen anschaut, stellt man fest, dass ein großer Teil der geschädigten Autobahnen ein Alter von 16 bis 18 Jahren hat. Sie wurden damals mit 20 Jahren Nutzungsdauer geplant. Insofern trifft der sowieso erforderliche grundsätzliche Ausbau jetzt mit dieser Sanierung zusammen. Deswegen haben wir uns entschieden, verstärkt diesen grundsätzlichen Ausbau vorzunehmen und die Planung darauf auszurichten. Darauf sind auch unsere Anträge in Bezug auf das Erhaltungsprogramm des Bundes ausgerichtet. Vieles geschieht im Rahmen dieser Erhaltung. Das ist angemeldet, und es ist, wie gesagt, keine billige Maßnahme. Wir rechnen im Moment für die Jahre 2016 bis 2023 mit 170 bis 180 Millionen Euro und gehen davon aus, dass wir damit etwa 110 km saniert haben werden. Dieses Programm wird jährlich fortgeschrieben, auch was die konkreten sanierungsbedürftigen Abschnitte angeht.

Ich schlage Ihnen, Herr Genilke, vor - im ersten Quartal gibt es immer diesen Bericht -, dass wir das noch einmal detaillierter im Ausschuss besprechen - wir haben Karten und konkrete Unterlagen dazu -, weil ich auch festgestellt habe, dass viele daran interessiert sind.

Präsidentin Stark:

Frau Ministerin, es gibt einen weiteren Fragesteller. Bitte, Herr Abgeordneter Liebehenschel.

Liebehenschel (CDU): *

Sie haben gesagt, dass Sie seit 2005 90 km Strecke saniert haben. Sie sprachen eben vom Zeithorizont 2016 bis 2023. Deswegen frage ich: Bis wann ist denn geplant oder ist es überhaupt geplant, dass sämtliche festgestellte Betonkrebsschäden dauerhaft behoben werden?

Ministerin Schneider:

Das kann ich Ihnen so nicht beantworten. Ich hatte vorhin gesagt: Es gibt 275 km Verdachtsflächen, davon 125 km mit einem gesicherten Erkenntnisstand und 150 km mit noch unklaren Merkmalen. Das heißt, der ganze Prozess entwickelt sich immer weiter fort. Wir sind darauf angewiesen, mit einem Monitoring und einem Fortschrittsbericht zu diesen Maßnahmen darauf zu reagieren. Aber es wird eine Maßnahme sein, die uns noch sehr lange beschäftigen wird.

Präsidentin Stark:

Bevor wir zum nächsten Fragesteller kommen, möchte ich wieder Gäste im Plenarsaal begrüßen: Schülerinnen und Schüler der Lise-Meitner-Oberschule aus Strausberg. Herzlich willkommen bei uns im Potsdamer Landtag!

(Allgemeiner Beifall)

Die **Frage 750** (Elterngeldzahlung in Brandenburg) stellt die Abgeordnete Fortunato.

Frau Fortunato (DIE LINKE):

In Brandenburg sind die Landkreise und die kreisfreien Städte für das Elterngeld zuständig. Die Antragstellung erfolgt bei der Elterngeldstelle. Elterngeld erhalten alle Mütter und Väter, die nach der Geburt ihr Kind selbst betreuen und beruflich pausieren oder höchstens 30 Stunden in der Woche arbeiten. Aber auch Auszubildende und Studierende, Hausfrauen und Hausmänner sowie Eltern, die wegen der Betreuung älterer Kinder nicht gearbeitet haben, haben einen Anspruch auf die Zahlung von Elterngeld.

In den vergangenen Wochen häufen sich die Beschwerden über die Bearbeitungszeit der Anträge. Mir ist konkret der Fall einer jungen Familie in Märkisch-Oderland bekannt, die monatelang auf das Elterngeld wartet und derzeit nur durch finanzielle Unterstützung vonseiten der Großeltern über die Runden kommt.

Ich frage die Landesregierung: Welche Kenntnis hat sie über Bearbeitungsprobleme und verzögerte Auszahlung von Elterngeld?

Präsidentin Stark:

Hierauf antwortet Frau Ministerin Golze für die Landesregierung.

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Golze:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Fortunato, im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz ist grundsätzlich geregelt, dass das Elterngeld spätestens einen Monat nach Eingang des Antrags bei der oder den Berechtigten eingehen muss. Voraussetzung dafür ist, dass der zuständigen Elterngeldstelle ein schriftlicher und vollständiger Antrag vorliegt. Die Bearbeitungszeiten in der Elterngeldstelle des Landkreises Märkisch-Oderland liegen derzeit bei durchschnittlich vier Wochen, das heißt, innerhalb der gesetzlichen Frist. Sofern ein Antrag vollständig vorliegt, wird er in dieser Zeit auch abschließend bearbeitet und zur Auszahlung gebracht. Bei unvollständigen Anträgen werden innerhalb dieser vier Wochen die fehlenden Unterlagen von der Elterngeldstelle abgefordert. Die Bearbeitungsdauer ist dann von der Reaktionszeit der Antragstellenden abhängig. Nachgereichte Unterlagen werden zeitnah - in der Regel innerhalb einer Woche - geprüft. Somit beträgt die Bearbeitungszeit bei unvollständigen Anträgen derzeit durchschnittlich fünf bis sechs Wochen.

Nach Auskunft der Elterngeldstelle des Landkreises Märkisch-Oderland liegen dort derzeit keine Beschwerden über zu lange Bearbeitungszeiten vor. Der Landesregierung liegen auch für andere Regionen keine Hinweise über generelle Bearbeitungsprobleme und verzögerte Auszahlungen von Elterngeld vor. Konkrete Beschwerden werden im Einzelfall mit der zuständigen kommunalen Elterngeldstelle geklärt.

Ich schlage daher vor, dass Sie die Ihnen bekannte Familie bitten, mit der zuständigen Elterngeldstelle Kontakt aufzunehmen oder sich an die entsprechende Fachaufsicht bei mir im MAS-GF zu wenden, damit wir diesen Fall klären können.

Präsidentin Stark:

Wir kommen zu **Frage 754** (Fachlexikon der Sozialen Arbeit). Frau Abgeordnete Bessin, bitte.

Frau Bessin (AfD):

Im „Fachlexikon der Sozialen Arbeit“ wird nach Angaben der Landesregierung „Gender“ als „soziales Geschlecht“ definiert.

Ich frage die Landesregierung: Was versteht die Landesregierung unter einem „sozialen Geschlecht“?

Präsidentin Stark:

Darauf antwortet Frau Ministerin Golze.

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Golze:

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, ich verweise hierzu auf die Definition unter dem Schlagwort „Gender Mainstreaming“ in der achten aktualisierten Auflage 2017 des von Ihnen angesprochenen Fachlexikons. Herausgeber ist der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge. Sie finden das Zitat auf Seite 340.

Geschlecht wird dort als - ich zitiere - „bedeutsames soziales Phänomen“ beschrieben, das „eine wesentliche Rolle bei der Gestaltung von gesellschaftlichen Lebenssituation“ spielt. Es geht darum - ich zitiere weiter -, „soziale und kulturelle Deutungen von Geschlecht als Grundlage gesellschaftlicher Unterschiede zu erkennen und diese gezielt in den Blick zu nehmen.“

Präsidentin Stark:

Wir kommen zur **Frage 755** (Einflussmöglichkeiten der Kommunen bei der Genehmigung von Tierhaltungsanlagen), gestellt vom Abgeordneten Raschke.

Raschke (B90/GRÜNE):

Mir geht es wieder einmal um die Umsetzung des Volksbegehrens gegen Massentierhaltung. Der Landtag hat dazu am 19. April 2016 einen Beschluss gefasst, mit dem die Landesregierung unter anderem aufgefordert wurde, bis Ende 2016 zu prüfen, wie die kommunalen Einflussmöglichkeiten beim Bau von Tierhaltungsanlagen gestärkt werden können. Es geht also um den Einfluss der Kommunen beim Bau von Massentierhaltungsanlagen.

Über die meisten anderen Punkte wurden wir bereits durch die Landesregierung oder im Fachausschuss informiert, aber über das Ergebnis der Prüfung wurden wir noch nicht informiert.

Daher frage ich die Landesregierung: Was ist das Ergebnis der Prüfung? Wie können die kommunalen Einflussmöglichkeiten sowie die Bürgerinformation und -beteiligung im Zusammenhang mit der Genehmigung von Tierhaltungsanlagen gestärkt werden?

Präsidentin Stark:

Für die Landesregierung antwortet Frau Ministerin Schneider.

Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Schneider:

Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die vorhandenen Instrumente, die es im Planungsrecht und im Genehmigungsverfahren gibt, sind insgesamt gut geeignet, um kommunalen Einfluss sowie Bürgerinformation und -beteiligung zu sichern.

Bei der Genehmigung von Tierhaltungsanlagen ist zwischen den Möglichkeiten der planungsrechtlichen Festlegung durch die Kommunen und den genehmigungsrechtlichen Verfahren für konkrete Vorhaben, die durch die jeweiligen Genehmigungsbehörden durchzuführen sind, zu unterscheiden. Je nach Größe des Vorhabens und je nach Fallkonstellation sind unterschiedliche rechtliche Grundlagen anzuwenden.

Fachgesetzlich sind die jeweiligen kommunalen Einflussmöglichkeiten und Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung festgelegt. Das beginnt mit der Bauleitplanung, also mit dem Planungsrecht nach dem Baugesetzbuch: Die Gemeinden haben im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit immer die Möglichkeit, schon vor dem Genehmigungsverfahren ein B-Plan-Verfahren, also ein Bebauungsplanverfahren, durchzuführen. Sie können damit planungsrechtliche Festlegungen treffen, um die Entwicklung vor Ort zu steuern.

In diesem Bebauungsplanverfahren gibt es eine weitgefächerte Palette von Beteiligungsmöglichkeiten. Es gibt natürlich die gesetzlich geregelten Beteiligungsschritte der frühzeitigen Information der Öffentlichkeit und der formellen Öffentlichkeitsbeteiligung, aber es gibt genauso auch informelle Beteiligungsverfahren wie die Bürgeranhörung, Planungswerkstätten oder auch Planspiele, die angewendet werden können. Sofern die Gemeinde kein Bauleitplanverfahren durchführt, greift im Außenbereich - darum geht es ja in aller Regel - unmittelbar die gesetzlich vorgegebene Privilegierung. Demnach gibt es ungefähr drei Fallvarianten - einmal die nicht privilegierten Vorhaben, das sind gewerbliche Anlagen oberhalb der Schwellenwerte des UVP-Gesetzes, für die in jedem Fall ein B-Plan erforderlich ist. Diese werden in aller Regel nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigt. Daneben gibt es die privilegierten Anlagen - das sind landwirtschaftliche Anlagen - so wie die kleinen Anlagen unterhalb der Schwellenwerte.

In den Genehmigungsverfahren nach BImSchG gibt es natürlich auch die entsprechenden Vorschriften zur Durchführung des Verfahrens und damit auch die Beteiligung der Öffentlichkeit. Diese sind im BImSchG abschließend geregelt. Dabei erhält die Öffentlichkeit nach Beginn des Verfahrens die Möglichkeit, während der Auslegungsfrist von einem Monat die Antragsunterlagen einzusehen und Einwendungen gegen das Vorhaben zu erheben, die dann bei einem öffentlichen Termin mit der Genehmigungsbehörde und dem Vorhabensträger erörtert werden können.

Bei den anderen Anlagen richtet sich das Genehmigungsverfahren nach der Brandenburgischen Bauordnung bzw. den diesbezüglichen Verfahrensvorschriften. Mit der Novelle der Brandenburgischen Bauordnung im letzten Jahr wurden nochmals die Beteiligungsmöglichkeiten gestärkt. Danach kann die Bauaufsichtsbehörde auf Antrag der Bauherrin oder des Bauherrn das Bauvorhaben, zumindest wenn es sich um bauliche Anlagen handelt, die aufgrund ihrer Beschaffenheit oder ihres Betriebs geeignet sind, die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft zu gefährden, zu benachteiligen oder zu belästigen - dazu zählen natürlich grundsätzlich auch Tierhaltungsanlagen - ortsüblich bekannt machen. Damit trägt man dazu bei, dass die Beteiligten sehr früh miteinander ins Gespräch kommen. Dann können auf der einen Seite die Einwendungen vorgetragen werden, und auf der anderen Seite trägt die rechtssichere Drittbeteiligung zur Investitionssicherheit für die Bauherrin oder den Bauherrn bei.

Insgesamt ergab die Prüfung, dass bei Ausschöpfung der vorhandenen Instrumente sowohl der kommunale Einfluss als auch die Bürgerinformation und -beteiligung gesichert sind.

Präsidentin Stark:

Der Fragesteller hat Nachfragen. Bitte, Herr Raschke.

Raschke (B90/GRÜNE):

Der Antwort entnehme ich erstens, dass sowohl der Vorschlag des Bauernbundes als auch der Initiativen des Volksbegehrens gegen Massentierhaltung, in den §§ 35 oder 36 des Baugesetzbuches Änderungen vorzunehmen, verworfen wurde und die Landesregierung keine Bundesratsinitiative vornehmen wird.

Zweitens: Ebenfalls offen ist die Forderung aus dem Volksbegehren nach Einsetzung des Landestierschutzbeauftragten, die

zum 01.01.2017 erfolgen sollte. Dieser Termin ist nun verstrichen. Wann wird der oder die Landestierschutzbeauftragte eingesetzt?

Ministerin Schneider:

Auf Ihre Frage zum Landestierschutzbeauftragten kann ich Ihnen leider keine Antwort geben.

Zu Ihrer ersten Frage: Es ist richtig, dass das Land nicht beabsichtigt, eine Bundesratsinitiative anzugehen.

Präsidentin Stark:

Wir kommen zur nächsten Fragestellerin. Frau Abgeordnete Schülzke stellt die **Frage 739** (Ruhestandszahlungen für Minister und Staatssekretäre).

Frau Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Mit der Kleinen Anfrage 2311 habe ich nach der Besoldung bzw. den Ruhestandszahlungen für vorzeitig in den Ruhestand versetzte oder vom Dienst entbundene Minister und Staatssekretäre gefragt. Diese Frage wurde nur in kleinen Teilen beantwortet. Welche Kosten entstanden sind, welche Kosten zukünftig für das Land anfallen oder für welche Zeit die Kosten noch zu erwarten sind, wurde aus Zeitgründen - so der Minister - nicht beantwortet. Eine Zeitverlängerung wurde nicht erbeten. Im Übrigen wurde darauf verwiesen, dass für die Berechnung der zusätzlichen Kosten eine Vielzahl von Annahmen getroffen werden müssten und hypothetische Annahmen nicht sachgerecht erscheinen.

Es wurde aber nicht nach Hypothesen gefragt, sondern nach den echten Kosten, die aufgrund der geltenden Gesetze für jede einzelne dieser Personen anfallen. Besoldungen im öffentlichen Dienst sind kein Geheimnis und können in öffentlichen Tabellen nachgelesen werden. Sie unterliegen klaren Vorgaben und sind berechenbar. Sie sind auch entsprechend der noch zu finanzierenden Zeit der einzelnen Personen in die Haushalte einzustellen.

Hiermit frage ich nun erneut die Landesregierung: Welche Kosten fallen gegenwärtig und zukünftig im Einzelnen dafür an?

Präsidentin Stark:

Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Görke.

Minister der Finanzen Görke:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete Schülzke, in Bezug auf Ihre Kleine Anfrage 2311 zur Kostenentwicklung und in vorzeitigem Ruhestand versetzte Staatssekretärinnen und Staatssekretäre sowie Ministerinnen und Minister haben Sie Ihre Fragestellung nochmals vorgetragen bzw. präzisiert.

Zu Ihrer Frage, welche Kosten entstanden sind, kann ich Ihnen heute eine aktuelle Antwort geben, und zwar in Bezug auf die Kosten für das abgelaufene Jahr 2016. Die aktuellen besoldungs- und versorgungsrechtlichen Leistungen des Landes beliefen sich für diese Personengruppe im Jahr 2016 auf 764 000 Euro.

Ich kann Ihnen die entsprechenden Kosten für die besoldungs- und versorgungsrechtlichen Leistungen auch für die Jahre 2014 und 2015 benennen, da wir die Zahlen inzwischen zusammengetragen haben. Im Jahr 2015 waren es 658 000 Euro, im Jahr 2014 insgesamt 489 000 Euro.

Sehr geehrte Frau Schülzke, Sie haben auch eine Aufschlüsselung auf einzelne Personen erbeten. Diese erbetene Aufschlüsselung auf einzelne Personen ist aus Gründen des Personalaktengeheimnisses - § 94 Abs. 1 Landesbeamtengesetz - nicht zulässig.

Sie fragen weiterhin nach den zukünftigen Aufwendungen. Dabei bleibt die Landesregierung bei ihrer Aussage, die wir Ihnen in der Kleinen Anfrage 2311 übermittelt haben: Diese sind nicht exakt bezifferbar, weil wir nicht genau wissen, ob und wann eine Staatssekretärin oder ein Staatssekretär im einstweiligen Ruhestand künftige Einkünfte erzielen, beispielsweise wenn sie oder er eine andere Tätigkeit in der Wirtschaft oder in einer anderen Verwaltung aufnimmt. Diese Einnahmen würden das Ruhegehalt mindern und können sogar eine Kürzung des Ruhegehalts auf Null zur Folge haben.

Wir wissen auch nicht, wie hoch das normale Ruhegehalt eines Staatssekretärs nach Ablauf der Zahlung des erhöhten Ruhegehalts, also nach 36 Monaten, konkret ausfällt. Das hängt insbesondere von der Anzahl der Jahre ab, in denen Anwartschaften erworben wurden. Unklar ist auch, ob eine Staatssekretärin oder ein Staatssekretär im einstweiligen Ruhestand künftig in Brandenburg oder anderswo wieder aktiviert wird. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf die konkrete Ermittlung der Leistung.

Wir können auch nicht vorhersehen, wie alt eine Staatssekretärin oder ein Staatssekretär wird, also wie lange das Ruhegehalt gezahlt wird. Wir wissen zum heutigen Zeitpunkt auch nicht, wie sich die tarifliche Entwicklung, an die die Besoldungsentwicklung angelehnt ist, in Zukunft darstellt. Somit sind die von Ihnen geforderten konkreten Aussagen zu den Mehrkosten für die nächsten Jahre nicht ermittelbar. Ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen. Ähnliches gilt auch für die Ministerinnen und Minister. - Vielen Dank.

Präsidentin Stark:

Weitere Zusatzfragen sind nicht angezeigt. Damit kommen wir zur **Frage 757** (Betreuungsverhältnis an Hochschulen in Brandenburg), gestellt von der Abgeordneten Vandre.

Frau Vandre (DIE LINKE):

Anfang Januar wurde das „Uni-Barometer 2016“ veröffentlicht, welches jährlich vom Statistischen Bundesamt im Auftrag der Zeitschrift „Forschung und Lehre“ erstellt wird. Dabei wird vor allem das Betreuungsverhältnis von Professorinnen und Professoren zu Studierenden an den Universitäten beleuchtet. Brandenburg belegt dabei mit 59,6 Studierenden pro Professor/Professorin einen Platz im Mittelfeld. Damit liegt Brandenburg - wenngleich besser als der Bundesschnitt - an letzter Stelle der ostdeutschen Länder. Leider werden die Fachhochschulen in dem angesprochenen Uni-Barometer nicht berücksichtigt.

Daher frage ich nun die Landesregierung: Welche Erkenntnisse haben Sie bezüglich der Betreuungsrelation an den Fachhochschulen?

Präsidentin Stark:

Für die Landesregierung antwortet Frau Ministerin Münch.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur
Dr. Münch:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Vandre, im Uni-Barometer schneidet Brandenburg - Sie haben es bereits dargestellt - relativ gut ab und liegt mit seinem Ergebnis über dem Durchschnitt der Länder. Es ist bundesweit betrachtet eine akzeptable Platzierung, weil sich das Betreuungsverhältnis und damit die Studienbedingungen in den letzten Jahren weiter verbessert haben. Dazu haben sicherlich die zusätzlichen Landesmittel für die Hochschulen, aber auch die Mittel aus dem Hochschulpakt 2020 beigetragen.

An den Fachhochschulen des Landes Brandenburg herrscht ein im Bundesvergleich sehr gutes Betreuungsverhältnis von 42,1 Studierenden je Professor, gemessen in Vollzeitäquivalenten. Das ergibt im Ländervergleich den mit Baden-Württemberg geteilten dritten Rang. Bessere Betreuungsverhältnisse bestehen nur in Sachsen und Thüringen. Der Durchschnittswert der Länder ist mit 52,9 Studierenden je Professor deutlich schlechter. Wir haben also ein sehr erfreuliches Ergebnis hinsichtlich der Situation in den Fachhochschulen. - Danke schön.

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Die nächste Frage, **Frage 758** (Kompetenzzentren), stellt die Abgeordnete Schade.

Frau Schade (AfD):

Zahlreiche Studien zeigen, dass das Wissen über die Chancen und neuen Geschäftsmöglichkeiten digitalen Wirtschaftens und Arbeitens insbesondere im Mittelstand bisher wenig verbreitet ist und sich kaum an den Anforderungen von kleinen und mittleren Unternehmen orientiert. Deshalb wurden Kompetenzzentren geschaffen, deren Aufgabe darin besteht, aktuelles, praxisrelevantes Wissen zur Digitalisierung zu vermitteln, Anwendungen von Industrie 4.0 und Vernetzungen betrieblicher Prozesse zusammenzuführen, weiterzuentwickeln und „in die Sprache des Mittelstandes zu übersetzen“.

Ich frage die Landesregierung: Welche Ergebnisse konnten seit Gründung der Kompetenzzentren für die Unternehmen in Brandenburg erzielt werden?

Präsidentin Stark:

Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Gerber.

Minister für Wirtschaft und Energie Gerber:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Schade, es handelt sich um ein Programm des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Über Ergebnisse der Arbeit dieser Kompetenzzentren, die deutschlandweit agieren und deren Angebote Unternehmen aus ganz Deutschland in Anspruch nehmen können, liegen der Landesregierung aufgrund der Bundeszuständigkeit keine eigenen Erkenntnisse vor.

Allerdings, Frau Schade, ist der Landesregierung die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage im Deutschen Bundestag mit dem Titel „Mittelstandsförderung zur Digitalisierung“ bekannt, die auch die Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren zum Gegenstand hat. Es handelt sich um die Bundestagsdrucksache 18/8365, auf die ich Sie hiermit gerne hinweise. - Danke schön.

Präsidentin Stark:

Es gibt Zusatzfragen. Frau Schade, bitte.

Frau Schade (AfD):

Herr Minister, Berlin und Brandenburg agieren bei dieser Richtlinie gemeinsam. Daher müsste doch ein Überblick darüber bestehen, wie dieses Bundesprogramm in Berlin und Brandenburg umgesetzt wird. Ist Ihnen diesbezüglich etwas bekannt? Und wenn ja: Welche Unternehmen haben sich daran beteiligt?

Minister Gerber:

Frau Schade, es handelt sich um ein Programm des Bundes. Die Landesregierung ist auskunftswillig und zur Auskunft verpflichtet, wenn es um Angelegenheiten geht, die in ihrer eigenen Verantwortung liegen. Wir haben jedoch keine Verantwortung für die Bundesregierung.

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Wir kommen zur nächsten Fragestellerin. Frau Große stellt die **Frage 759** (Engagements von Künstlerinnen und Künstlern durch das Land Brandenburg).

Frau Große (DIE LINKE):

Die öffentliche Hand unterstützt Künstlerinnen und Künstler in vielfältiger Hinsicht, ob über Projektförderung, institutionelle Förderung, Aufträge wie Kunst am Bau oder Ähnliches. Oft finden aber auch Ausstellungen von Künstlerinnen und Künstlern zum Beispiel in Räumen der Verwaltung statt, oder Künstlerinnen und Künstler werden für musikalische oder darstellende Beiträge zu öffentlichen Veranstaltungen gebucht.

Ich frage die Landesregierung: Wie oft hat sie oder haben ihr nachgelagerte Einrichtungen im Jahr 2016 Künstlerinnen und Künstler aus welchen Sparten für Auftritte, Ausstellungen oder Ähnliches engagiert?

Präsidentin Stark:

Es antwortet Frau Ministerin Dr. Münch.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur
Dr. Münch:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Große, die Landesregierung sowie nachgeordnete Einrichtungen beschäftigen Musikerinnen und Musiker sowie darstellende Künstlerinnen und Künstler zu unterschiedlichen Anlässen - etwa im Rahmen des Sommerfestes der Landesregierung oder beim Brandenburg-Tag, für Ausstellungen dar-

stellender Kunst und zur musikalischen Umrahmung der Eröffnung weiterer festlicher Veranstaltungen oder etwa bei Preisverleihungen und Ehrungen.

Eine lückenlose Gesamtübersicht darüber, wie oft Künstlerinnen und Künstler von der Landesregierung im Jahr 2016 engagiert wurden, kann im Rahmen der Beantwortung einer kurzfristigen mündlichen Anfrage nicht erstellt werden. Meine Ministerkollegen konnten mir aber eine Vielzahl von Engagements nennen. Falls das Bedürfnis besteht, könnten wir eine genauere Erörterung für eine Ausschusssitzung vorsehen. Ich berichte nun beispielhaft aus meinem Hause.

Im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur haben wir im Jahr 2016 vier Kunstausstellungen und eine wissenschaftliche Ausstellung durchgeführt. Teilweise wurden die Ausstellungseröffnungen von Künstlerinnen und Künstlern musikalisch begleitet, weitere Engagements gab es beispielsweise bei der Verleihung des Postdoc-Preises und des Denkmalpflegepreises des Landes Brandenburg. Wir entwickeln eine Kommission für das Ausstellungsprogramm und treffen die Künstlerauswahl; die organisatorische Vorbereitung erfolgt über das Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Die ausstellenden Künstler - ich denke, das war auch ein Grund für Ihre Frage - erhalten ein Honorar von 500 Euro und die auftretenden Musiker von 150 Euro, das jeweils vereinbart wird. Ebenso erhielten die Musiker bei der Verleihung des Denkmalpflegepreises sowie des Postdoc-Preises jeweils ein Honorar. Wir zahlen natürlich auch Abgaben an die Künstlersozialkasse. Aus den mir vorliegenden Rückmeldungen der anderen Ministerien ergibt sich für mich nicht der Eindruck, dass dort irgendein Künstler kein angemessenes Honorar erhielt. Wenn Ministerien und andere Behörden Künstler engagieren, ist das auch eine indirekte Form der Kulturförderung.

Ich möchte ebenfalls die direkte Kulturförderung erwähnen: Im Jahr 2016 wurden vom Kulturministerium 31 Förderpreise und Stipendien vergeben. Das sind die Kunst-Förderpreise, die internationalen Stipendien, die Istanbul-Stipendien und die Aufenthaltsstipendien für das Künstlerhaus Schloss Wiepersdorf. Wir fördern die verschiedenen Stipendien mit jährlich 150 000. Wir haben überwiegend Arbeiten von Künstlerinnen und Künstlern gefördert, die ihren Wohnsitz oder ihr Atelier im Land Brandenburg haben. In anderen Fällen bestand ein besonderer Bezug zu unserer Region. Mit der Atelierförderung, die wir mit diesem Haushalt beschlossen haben, haben wir demnächst eine weitere Form der Künstlerförderung; denn es ist mir ein wichtiges Anliegen, auch bildende Künstler zu fördern. - Danke schön.

(Beifall der Abgeordneten Lieske [SPD], Große [DIE LINKE] und von Halem [B90/GRÜNE])

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Wir kommen zur nächsten Fragestellerin. Frau Bessin stellt für Herrn Kalbitz die **Frage 760** (Schienengüterverkehr am Flughafen BER).

Frau Bessin (AfD): *

Der Flughafen BER soll der Planung nach möglichst wenig Kraftfahrzeugverkehr erzeugen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten bestehen am Flughafen BER, Schienengüterverkehr abzuwickeln?

Präsidentin Stark:

Darauf antwortet Frau Ministerin Schneider.

Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung Schneider:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Abgeordnete, die Gleisanlagen für den Schienengüterverkehr am bestehenden Verkehrsflughafen SXF werden derzeit für den Transport von Kerosin zum Tanklager und auch für Frachtgüter genutzt.

Auch am künftigen BER sollen die bestehenden Gleisanlagen dafür genutzt werden. Insofern gibt es da keine Änderung. Die regulären Zugfahrten im Güterverkehr erfolgen ausschließlich über die sogenannte Ostanbindung. Es versteht sich von selbst, dass im Personenbahnhof kein Güterverkehr relevant sein kann.

(Frau Geywitz [SPD]: Auch das noch! - Vereinzelt Heiterkeit)

Präsidentin Stark:

Danke. - Wir kommen zur nächsten Frage. Es ist ein Tausch beantragt worden. Es folgt die **Frage 765** (Auswirkungen der Stallpflicht auf Geflügelhalter), gestellt vom Abgeordneten Domres.

Domres (DIE LINKE):

Aufgrund des Auftretens der Geflügelpest gilt in Brandenburg eine Stallpflicht für Geflügel. Für Tierhalter, die sonst Freilandhaltung betreiben, ist dies nicht nur ein organisatorisches Problem, sondern schafft auch wirtschaftliche Probleme, weil die produzierten Eier nach einer Übergangszeit nicht mehr als Freiland Eier vermarktet werden können.

Ich frage die Landesregierung: Gibt es Hilfs- oder Förderprogramme, um die aus der Stallpflicht resultierenden wirtschaftlichen Folgen für Geflügelhalter zu begrenzen?

Präsidentin Stark:

Es antwortet Herr Minister Vogelsänger.

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Vogelsänger:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Es gibt keine entsprechenden Hilfs- oder Förderprogramme. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Präsidentin Stark:

Das war wohl Ihre kürzeste Antwort hier. - Wenn es keine Nachfragen gibt, kommen wir zum nächsten Fragesteller. Die **Frage 762** (Fördermittel für die Erweiterung der Schweinemastanlage Tornitz) stellt der Abgeordnete Raschke.

Raschke (B90/GRÜNE):

Die Bolart GmbH in Tornitz bei Vetschau plant die Erweiterung der ohnehin schon riesigen, überdimensionierten Schweinemastanlage - sie ist schon heute eine der größten. Es gab erhebliche Kritik von Bürgerinitiativen und eine Schelte vor Gericht, weil dort verschiedene Sachen nicht sauber liefen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung: Für welche Baumaßnahmen und in welcher Höhe wurden hierfür Fördermittel beantragt oder bewilligt?

Präsidentin Stark:

Es antwortet erneut Minister Vogelsänger. Bitte.

(Zuruf: „Es gibt keine Fördermittel!“ - Vereinzelt Heiterkeit - Raschke [B90/GRÜNE]: Genau, das wäre noch kürzer!)

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Vogelsänger:

Es wurden keine Fördermittel beantragt und keine Fördermittel bewilligt. - Vielen Dank.

(Heiterkeit sowie vereinzelt Beifall)

Präsidentin Stark:

Ja, schön. - Wir kommen zur **Frage 763** (Kulturprojekte für Integration von Flüchtlingen), gestellt von der Abgeordneten Große.

Frau Große (DIE LINKE):

2016 hat die Landesregierung ein Förderprogramm gestartet, um die Integration von Flüchtlingen mithilfe von kulturellen Projekten zu unterstützen. So wurden 2016 insgesamt 41 Projekte gefördert, mit denen Geflüchteten die Teilhabe an Kulturaktivitäten erleichtert und der kulturelle Austausch zwischen Flüchtlingen und Brandenburgerinnen und Brandenburgern intensiviert wurde. Dafür standen vonseiten der Landesregierung 300 000 Euro zur Verfügung. In diesem Jahr will die Landesregierung das Förderprogramm fortsetzen.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Projekte wurden 2016 in welchen Landkreisen gefördert?

Präsidentin Stark:

Es antwortet Frau Ministerin Dr. Münch. Bitte.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Dr. Münch:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Große, es geht nicht so schnell wie bei Herrn Vogelsänger; aber ich will die Fragestunde auch nicht sprengen, indem ich alle 41 Projekte vorstelle. Eine Liste können Sie auf unserer Homepage einsehen.

Entscheidend ist, dass eine hohe Anzahl von Projektanträgen - insgesamt über 80 - von Kunst- und Kulturschaffenden sowie

Ehrenamtlern aus allen Teilen des Landes Brandenburg gestellt wurde. Ich möchte beispielhaft drei Projekte nennen.

Aus der Sparte „Bildende Kunst, Malerei“ möchte ich das Projekt „Kunst als Lebensmittel“ und Begleitung in eine neue Welt“ des Kunstvereins Zehdenick in Oberhavel nennen. Dabei ging es um professionell angeleitete Kunstkurse. Diese fanden regelmäßig mit wechselnden Künstlern und Flüchtlingsgruppen sowie Einheimischen statt. Ergänzend und als zusätzliche Inspiration lernten die Flüchtlinge durch Besuche und mehrsprachige Führungen auch Galerien und Museen kennen.

Aus der Sparte „Theater, Schauspiel“ möchte ich das Projekt der „Kleinen Bühne Michendorf“ in Potsdam-Mittelmark nennen. Hier wurde mit Geflüchteten und Einheimischen in mehreren kleinen Gruppen unter professioneller Anleitung das Stück „Die Schneekönigin“ nach Jewgeni Schwarz inszeniert. Als ästhetisches Mittel der Verständigung wurde das Schauspiel mit Simultanübersetzung, Pantomime, Schattentheater und anderen Darstellungsformen genutzt. Die Inszenierung wurde am 16. Dezember vergangenen Jahres im Zuge einer großen Weihnachtsfeier im Flüchtlingswohnheim im ehemaligen Landtag am Brauhausberg präsentiert.

Aus der Sparte „Film“ schließlich möchte ich das Projekt „Prenzlau Clipping“ der Bürgerstiftung Barnim Uckermark erwähnen. Hierbei entwickelte eine Gruppe von Geflüchteten und Einheimischen unter dem Motto „Filme Dein Leben hier“ zunächst ihr persönliches Bild von Prenzlau. In einem zweiten Schritt wurde zur Integrationsthematik Kontakt mit der Öffentlichkeit aufgenommen, und es entstanden weitere Filmsequenzen. Aus den Kurzfilmen und Filmsequenzen wurde dann eine Filmrolle entwickelt.

Wie bei allen öffentlichen Förderungen wurde auch bei den Kulturprojekten überprüft, ob die verfolgten Ziele erreicht wurden. Dabei wurde deutlich, dass die Ziele der Projekte - ich nenne: Partizipation, niedrigschwelliger Zugang zu Kunst und Kultur oder Erfahrungsaustausch - gut erreicht wurden. Ich freue mich deshalb schon sehr auf neue vielversprechende Anträge für unsere Kampagne 2017. - Danke schön.

Präsidentin Stark:

Die **Frage 764** (Jugendliche aus Brandenburg in geschlossenen Heimen) stellt die Abgeordnete Große.

Frau Große (DIE LINKE):

Nach dem Skandal in den Einrichtungen der Haasenburg GmbH haben Landesregierung und Landtag intensiv an der Aufarbeitung und an Schlussfolgerungen gearbeitet. Zahlreiche Maßnahmen wurden bereits ergriffen - Fachkonferenzen haben getagt -, weitere hat der Landtag in seinem Beschluss vom April 2016 empfohlen. Ein zentraler Punkt dabei war, dass auf freiheitsentziehende Maßnahmen weitgehend verzichtet werden und eine geschlossene Unterbringung von Jugendlichen nicht mehr stattfinden soll.

Ich frage die Landesregierung: Wie viele Jugendliche aus Brandenburg sind aktuell im Land selbst oder in anderen Bundesländern in Einrichtungen untergebracht, die freiheitsentziehende Maßnahmen anwenden oder insgesamt eine geschlossene Einrichtung darstellen?

Präsidentin Stark:

Die Frage beantwortet sehr gern Herr Minister Baaske.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Baaske:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!
Liebe Kolleginnen und Kollegen, schönen guten Morgen!

(Zurufe: Guten Morgen! Mahlzeit! - Frau Richstein [CDU]: Zu spät!)

- Es hat gerade noch gepasst; es war noch 11.59 Uhr, als ich auf die Uhr sah.

Kollege Vogelsänger hatte gesagt: Kann ich nicht sagen. - Ich will aber ein paar Worte darüber verlieren. Ich habe die Zahl nicht da, denn die Entscheidung, welcher Jugendliche mit welcher Diagnose in welche Einrichtung geht, wird im Einzelfall von den örtlichen Jugendämtern gefällt. Sie führen vielleicht eine interne Statistik. Eine landesweite Statistik, die darüber Aufschluss gibt, welche Einrichtungen von den kommunalen Jugendämtern jeweils angewählt werden, haben wir nicht.

In der Tat haben wir in Brandenburg eine Einrichtung - die, wie ich der Presse entnommen habe, wohl jeder Abgeordnete schon einmal besucht hat - beim EJF in der Uckermark. In dieser Einrichtung werden sechs Plätze für Jugendliche vorgehalten. Davon dürfen, wenn ich es recht in Erinnerung habe, vier Plätze mit Minderjährigen belegt werden, bei denen ein richterlicher Beschluss vorliegt, dass auch freiheitsentziehende Maßnahmen angewandt werden können. Das ist aber eben nur möglich, wenn sie 14 Jahre alt sind, dieser Beschluss vorliegt und die Personensorgeberechtigten zugestimmt haben.

Nach Auskunft der Einrichtungsleitung in der vergangenen Woche sind derzeit keine Jugendlichen in dieser Einrichtung, bei denen freiheitsentziehende Maßnahmen angewandt werden dürfen.

Die Wohngruppe ist derzeit mit fünf Jugendlichen belegt, davon zwei aus Brandenburg. Die anderen kommen aus Hamburg, Sachsen und Rheinland-Pfalz. Mehr kann ich Ihnen dazu leider nicht sagen. - Danke.

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Damit sind wir am Ende der heutigen Fragestunde. Ich unterbreche die Sitzung. Wir fahren um 13 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.02 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 13.02 Uhr)

Vizepräsident Dombrowski:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Sitzung nach der Mittagspause wieder. Auf der Tribüne dürfen wir Schülerinnen und Schüler des Paulus-Praetorius-Gymnasiums aus Bernau begrüßen. Herzlich willkommen im Landtag von Brandenburg!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Gemeinsames Lernen in der Schule

(gemäß Beschluss des Landtages vom 17.12.2015 - Drs. 6/3157-B)

Konzept
der Landesregierung

Drucksache 6/5781

Die Aussprache wird eröffnet. Für die Landesregierung spricht Herr Minister Baaske. Bitte schön.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Baaske:

Herr Vizepräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hoffmann, wir sind jetzt in der Tagesordnung.

(Heiterkeit bei der SPD - Hoffmann [CDU]: Endlich!)

Es geht nicht mehr nur ums Schönsein.

Ja, „Gemeinsames Lernen in der Schule“! Ich habe für jeden Verständnis, der sagt, Menschenkinder, wir sind so gut vorangekommen, wir haben tolle Werkstätten für Behinderte - ich habe die Diskussionen in den letzten Jahren oft geführt -, wir haben tolle Wohnstätten für behinderte Menschen, und jetzt kommt ihr mit der Inklusion an. Wir haben tolle Förderschulen, und jetzt sollen wir auf Inklusion machen. Natürlich, wir haben eine ganze Menge Geld in diese Strukturen investiert. Trotzdem ist es so, dass behinderte Menschen mitunter eben andere Anforderungen an die Gesellschaft haben, die sie umgibt, in der sie leben, als wir uns das vielleicht in den letzten 25 Jahren gedacht haben.

Nicht umsonst hat dann noch die UN eine Resolution beschlossen und gesagt: Liebe Leute in der Politik, kümmert euch darum, dass Menschen, die eine Behinderung haben, in die Gesellschaft so aufgenommen werden, wie das allen anderen Menschen widerfährt. Nicht die Behinderten müssen sich anpassen, sondern die Gesellschaft soll sich anpassen. - Dabei sind natürlich auch die Schulen gefragt.

Mir ist immer wichtig festzustellen, dass es zunächst zwar Unverständnis gegeben hat, jetzt aber ein Umdenken eingesetzt hat und die Menschen akzeptieren, dass ein Paradigmenwechsel stattfinden muss und die gesellschaftliche Akzeptanz aller in dieser Frage extrem wichtig ist.

Schule leistet zweifelsohne auch einen wichtigen Beitrag zu diesen gesellschaftlichen Entwicklungen. Aber Schule ist eben nicht der einzige Politikbereich, und Schule kann eben auch nicht die Gesellschaft als Ganzes ändern, auch wenn sich manche das wünschen oder sogar erwarten. Aber da muss ich auch als Bildungsminister immer wieder sagen: Liebe Leute, haltet einmal die Füße still, Schule ist nicht der Reparaturbetrieb dieser Gesellschaft, sondern ist ein Teil der Gesellschaft, und als solchen sollten wir sie auch betrachten.

Um Missverständnisse zu vermeiden, haben wir das Konzept nicht „Inklusion in der Schule“ oder womöglich „Inklusion durch die Schule“ genannt, sondern wir nennen es „Gemeinsames Lernen in der Schule“, weil zur Inklusion natürlich sehr viel mehr Dinge gehören.

In Brandenburg - das muss man ja auch ehrlicherweise sagen - steht der gesetzliche Vorrang des gemeinsamen Lernens schon lange im Schulgesetz und wird auch schon lange angewandt. Nicht umsonst ist Brandenburg ein Land, in dem schon, bevor wir die ganze Debatte vor etwa fünf, sechs Jahren geführt haben, viele Schülerinnen und Schüler nicht in Förderschulen, sondern in unseren Regelschulen untergebracht sind.

Die Schülerinnen und Schüler haben natürlich nach wie vor das Recht, die vorhandenen Förderschulen und Förderklassen - wenn die Eltern dies wünschen - zu besuchen. Zur Ehrlichkeit gehört eben auch, zu sagen, dass es in den letzten Jahren eine Abstimmung mit den Füßen gegeben hat: Im Schuljahr 2005/2006 besuchten 6,1 % der Schülerinnen und Schüler die Förderschule, im vergangenen Schuljahr waren es nur noch 4,1 %. Das heißt also, die Abstimmung mit den Füßen hat ergeben, die Eltern wollen, dass ihre Kinder in die Regelsysteme, in die Regelschulen gehen. Insofern ist es an der Zeit, vonseiten der Politik ein besseres Angebot zu machen und auf die Entscheidung der Betroffenen einzugehen.

Wir haben im Schuljahr 2012/2013 ein Pilotprojekt gestartet. 82 Pilotschulen haben sich an dem PInG-Projekt beteiligt. Wir haben an diesen Grundschulen auch die Inklusion - wenn ich das so sagen darf - systematisch umgesetzt.

Die Botschaft des Projekts und die Erfahrungen aus diesen PInG-Projekten - wir haben das evaluiert und das auch schwarz auf weiß und zum Teil auch in bunten Grafiken bekommen - sind relativ eindeutig. Wenn Schulen sich an dieser Stelle grundsätzlich anders aufstellen, das heißt, sich also wirklich dafür öffnen, dass Schülerinnen und Schüler mit den Förderschwerpunkten Lernen, emotional-soziale Entwicklung und Sprache an ihre Schulen kommen, dann ist gar nicht so sehr entscheidend, welche Höhe die Förderung beinhaltet, sondern es muss eine verlässliche, eine dauerhaft geänderte Förderstruktur an diesen Schulen möglich sein. Also nicht so wie im jetzigen System an einigen Schulen: Hat sie ein Kind mit hohem Förderbedarf, erhält die Schule eine besondere Ausstattung, ist das Kind womöglich irgendwann nicht mehr da, wird die Ausstattung zurückgefahren. Das funktioniert nicht.

Schulen müssen sich dafür öffnen können, müssen sich in diesem Bereich anbieten dürfen, den Eltern, den Schülerinnen und Schülern sagen dürfen: Wir sind bereit, das Kind aufzunehmen, bitte kommt zu uns. Die Schülerinnen und Schüler sind bereit, die Lehrer, die Kollegen sind bereit, sie stehen Gewähr bei Fuß, wenn ihr mit eurem Förderbedarf zu uns an die Schule kommt. - Das war eine ganz klare Aussage, und genau darauf fußt nun natürlich auch unser entsprechendes Konzept.

Bei anderen Förderschwerpunkten - das will ich hier der Ehrlichkeit halber noch sagen - haben wir natürlich nach wie vor die Möglichkeit, Schulen zu unterstützen. Wenn also ein blindes, ein gehörloses Kind, ein stärker körperbehindertes Kind oder ein mit einer geistigen Schwäche ausgestattetes Kind an diese Schule kommt, wird es weiter die Möglichkeit geben, dort einen Förderbedarf auszumachen, die Schule dann entsprechend auszustatten, um so sicherzustellen, dass auch diese Schülerinnen und Schüler beschult werden können.

Das können wir nicht überall; das will ich auch ganz deutlich sagen. Das wird auch nicht jede Schule leisten können. Auch das gehört zur Wahrheit. Da sind mitunter viele Gespräche mit

Eltern notwendig, die ich auch selber schon geführt habe. Aber auch das - wie gesagt - sollte man hier ruhig einmal festhalten.

Nach unserer Erfahrung sollte die Klassenfrequenz bei 25 Schülerinnen und Schülern festgesetzt werden. Das geht aber auch nicht immer, insbesondere bei kleinen Schulen im ländlichen Raum nicht. In ein- oder zweizügigen Schulen kann man nicht mit beliebig kleinen Klassen arbeiten, auch hat man nicht genug große Klassen. Aber wenn die Zahl von 25 überstiegen wird, dann wird diesen Schulen eben eine besondere Ausstattung gewährt. Dann muss das Schulamt in der Lage sein - aber das ist es dann auch -, Klassen teilen zu können bzw. besondere Förderprogramme zu fahren.

Das hat bei PInG gut funktioniert, und das wird auch weiterhin gut funktionieren. Davon bin ich fest überzeugt.

Im Rahmen von PInG wird ein umfangreiches Fortbildungsprogramm getestet, und wir haben die Erfahrung gemacht, dass das nicht so gut angenommen wurde, wie wir es uns gewünscht haben. Wir und das LISUM haben die Hausaufgabe, dafür zu sorgen, dass es ein besseres Fortbildungsprogramm gibt, das dichter dran ist an den Problemen, die die Kolleginnen und Kollegen auch gegenüber den Evaluatoren beschrieben haben. Genau so muss dann eben auch diese Fortbildung aussehen. Sie muss praxisnah sein und von Leuten durchgeführt werden, die praktische Erfahrungen haben, sodass die Kolleginnen und Kollegen Fragen, die sich bei ihnen im Unterricht ergeben haben, stellen können, und nicht, dass nur eine große theoretische Wolke erzeugt wird, alle möglichen Dinge zwar mitgeschrieben werden, aber im Unterricht eben nicht angewandt werden können. Das - so habe ich es verstanden - war das Problem. Darauf müssen wir dann auch entsprechend reagieren.

Sie haben in diesem Haus im Dezember 2015 beschlossen, dass die Regierung, also insbesondere mein Ministerium, ein entsprechendes Konzept erarbeiten soll. Das haben wir getan. Wir haben es aber nicht im stillen Kämmerlein entworfen, sondern breit diskutiert und mit vielen Gremien abgestimmt. Es gab viel Lob, es gab auch Kritik. Natürlich könnte man immer noch mehr machen. Aber ich glaube, dass das, was wir jetzt vorgelegt haben, sehr ausgewogen ist.

Ich bin sehr froh, dass das Konzept mit dem Start der Haushaltsverhandlungen schon so ausgereift war, dass die Größenordnung der notwendigen Stellen klar war. Wir konnten uns mit dem Finanzminister darauf verständigen - gerade ist er nicht hier, wenn man ihn schon einmal loben will -, dass für die nächsten beiden Haushaltsjahre 432 Stellen - Stellen und Beschäftigungspositionen - zur Umsetzung des Konzepts zur Verfügung stehen, um dann tatsächlich schon im nächsten Schuljahr starten zu können.

Wir können dann pro Jahr etwa 80 mittelgroße Schulen ans Netz nehmen. Die Anträge für das nächste Schuljahr belaufen sich derzeit auf 60. Darunter sind aber auch sehr große Schulen. Ich gehe deshalb fest davon aus, dass wir die Möglichkeiten, was die Stellen angeht, ausschöpfen werden. Für die Bewerbungen der 60 Schulen gibt es auch Empfehlungen der unteren Schulaufsicht. Das heißt, die Schulen haben mit den Trägern abgestimmte Konzepte, sodass das dann in diesen Schulen tatsächlich starten kann.

Für einige - das ist auch logisch - war die Bewerbungsfrist etwas knapp. Schulträger konnten über bestimmte Dinge noch

nicht entscheiden. Insofern bin ich da gar nicht so sauer. Es wird jetzt noch ein bisschen Zeit brauchen, darüber nachzudenken, wie sich Schule besser vorbereiten kann, die Schulträgerbeschlüsse einzuholen, sodass dann also im nächsten Jahr, zur nächsten Runde, entsprechend viele Anträge vorliegen werden.

Wenn wir solch ein umfangreiches Projekt starten, ergibt sich natürlich auch die Notwendigkeit, ans Schulgesetz heranzugehen. Das betrifft zum einen die pädagogischen Unterrichtshelfer, die die Lehrerinnen und Lehrer im Unterricht im Umgang mit den förderbedürftigen Schülerinnen und Schülern unterstützen. Die haben wir aber derzeit eben nur an den Förderschulen. Das sieht das Schulgesetz explizit so vor. Wir müssen jetzt natürlich allen Schulen die Möglichkeit einräumen, pädagogische Unterrichtshelfer einzustellen. Deswegen wird es an dieser Stelle eine entsprechende Änderung des Schulgesetzes geben.

Der nächste Punkt, den wir uns anschauen müssen, ist Folgender: Wir wollen Schülerinnen und Schülern, die mit Benachteiligungen an die Regelschule kommen, die Möglichkeit einräumen, die Berufsbildungsreife, einen KMK-konformen Abschluss zu erlangen, mit dem sie sich dann in die Ausbildung begeben können. Das wollen wir dadurch erreichen, dass die Schülerinnen und Schüler die neunte Klasse über zwei Jahre strecken und danach die Prüfung machen, die notwendig ist, um die Berufsbildungsreife zu erlangen. Ich gehe davon aus, dass das funktioniert.

Es ist keine brandenburgische Erfindung. Die Bayern, die Berliner und andere Länder handhaben es ähnlich. Ich hoffe, dass wir das entsprechend umsetzen können. Ich setze darauf, dass viele Schülerinnen und Schüler, die derzeit die Förderschule ohne Abschluss verlassen, auf diese Art und Weise einen Abschluss erzielen und danach in die Berufsausbildung starten können.

Wenn man „Gemeinsames Lernen“ voranbringt, so geht es ja im Wesentlichen auch darum, Stigmatisierung zu vermeiden, also dafür zu sorgen, dass die Kinder nicht mit dem Stempel „Förderschüler“ durch die Welt laufen, sondern als ganz normale Schülerinnen und Schüler Bestandteil dieser Schulen sind.

Wir kommen dabei auch sehr schnell bei der Frage der Benotung an. Wenn ein Schüler mit Förderbedarf ständig Fünfen und Sechsen kassiert und neben Schülern sitzt, die Einsen und Zweien schreiben, wird das für ihn nicht gerade ermutigend sein, an dieser Schule weiterzumachen. Darum werden wir auch hier ans Gesetz herangehen müssen. Wir wollen für die ersten und die zweiten Klassen regeln, dass dort verbindlich kompetenzorientierte Zeugnisse und Benotungen eingeführt werden. Ich halte das wirklich für angemessen und richtig, weil dann die Kolleginnen und Kollegen nicht mit einer Note festlegen werden, was ein Schüler besonders gut kann, wo er Stärken hat, sondern sie können schriftlich formulieren, wo noch Schwächen sind, und die Fördermöglichkeiten darlegen. Damit ist den Schülerinnen und Schülern, den Kolleginnen und Kollegen und vor allen Dingen den jeweiligen Klassen geholfen, weil sie dann nicht auf der einen Seite die leistungsschwachen Schüler, die sich durch schlechte Noten auszeichnen, und auf der anderen Seite die guten Schüler, die Überflieger haben. Denn das führt nur zu Frustrationen und selten dazu, dass die Kids gern an dieser Schule lernen. Da wird also eine dritte Änderung des Schulgesetzes erforderlich sein.

Die Erfahrungen mit kompetenzorientierten Zeugnissen, die wir bei PlnG gesammelt haben, waren durch die Bank gut. Alle Kollegen haben gesagt, das habe gut funktioniert und man wolle es beibehalten. Insofern ist das Schultor da geöffnet.

Sicherlich werden wir die Schulen weiter begleiten müssen. Die Fortbildung habe ich angesprochen. Wir wollen aber auch, dass den Schulen das BUSS-System mit einem Tandem beratend, ein bisschen auch als Mittler zur Verfügung steht; dass man einmal guckt, was an welcher Schule besonders gut funktioniert - die BUSS-Leute können das ja besonders gut -, damit man dann mit diesen guten Ideen auch an andere Schulen gehen und sagen kann: Seht mal, die eine oder andere Schule hat das so gelöst, das könntet ihr doch auch machen. Da gibt es gute Ideen, die man damit transportieren kann.

Man muss wissen: Das gemeinsame Lernen findet nicht nur im Unterricht statt. Es findet auf dem Schulhof, in den Pausen, bei der Ganztagsbetreuung im Hort, im Schülerklub statt. All die Partner müssen mitmachen, insbesondere natürlich auch der Schulträger, aber ebenso das Sozial-, das Jugend- und das Gesundheitsamt. Alle müssen mitmachen. Natürlich müssen sie überhaupt erst einmal Kenntnis davon haben, dass es in ihrer Stadt, in ihrer Region eine Schule gibt, die dieses Angebot unterbreitet, dass es nicht mehr nur die Förderschule gibt, die für diese Schüler zuständig ist, sondern fortan eben auch die Grund- und die Oberschulen die Möglichkeiten haben, diese Schülerinnen und Schüler zu fördern.

Da bin ich bei einer wichtigen Sache, die ich hier noch ansprechen möchte. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Schule für gemeinsames Lernen ist und bleibt - vielleicht sogar: wird - eine ganz normale Schule. Es ist und bleibt eine ganz normale Schule! Wir reden hier über Schüler, die Lernschwierigkeiten haben oder verhaltensauffällig sind, die ab jetzt eben nicht mehr die Förderschule, sondern die Regelschule besuchen. Das heißt, ich überfordere niemanden, wenn ich sage: Diese Schule soll baulich bleiben, wie sie ist. Sie wird, nur weil sie Schüler mit einer Lernbehinderung oder einer Verhaltensauffälligkeit aufnimmt, keinen Fahrstuhl und keine Rampe brauchen, sie wird deswegen auch nicht mit Brailleschrift oder Induktionsschleifen für Gehörlose ausgestattet werden müssen. Es ist und bleibt eine ganz normale Schule. Vielleicht wird sie dadurch auch erst die normale Schule. Das ist ja die Zielstellung.

Nun sagen die kommunalen Spitzen: Nein, wir tragen dieses Konzept nicht mit, weil der Gesetzgeber nicht eindeutig gesetzlich regelt, dass Inklusion Vorrang hat, das Land die Schulsozialarbeiter bezahlt und die Schule diese Kinder aufnehmen muss. - Ich finde das, ehrlich gesagt, ziemlich schofflig, denn die Erfahrung mit PlnG hat gezeigt - das ist in der Evaluation ausgewiesen -, dass es keinen Sinn macht, dies alles zum jetzigen Zeitpunkt explizit vorzugeben. Manche Schülerin und mancher Schüler fühlten sich an ihrer PlnG-Schule nicht gut aufgehoben. Das war ein Ergebnis der Evaluation. Wenn also einige Schulen inhaltlich noch nicht bereit sind, kann ich nicht vorschreiben, dass alle Schulen jetzt diese Kinder aufnehmen müssen. Darum möchte ich, dass die Schulen konzeptionell vorarbeiten, dass sie sich überlegen, wie das gemeinsame Lernen an ihrer Schule, mit ihrem Schulträger, mit ihrem Umfeld - Hort und all die Dinge, die ich schon angesprochen habe - funktionieren kann, und dann signalisieren, dass sie zur Aufnahme dieser Schülerinnen und Schüler bereit sind. Dann erhalten sie auch die gesonderte Ausstattung. Aber jetzt daherzukommen und zu sagen, das Land soll sozusagen in die Kompe-

tenzverteilung von Land und Kommunen eingreifen, indem es den Kommunen bestimmte Dinge abnimmt, wird nicht funktionieren. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass die kommunalen Spitzen, wenn wir dies getan hätten, sofort die Konnexitätskeule geschwungen und gesagt hätten: Jetzt müsst ihr die gesamte Ausstattung, die wir für die Schulen vorsehen, übernehmen. - So wollen wir nicht vorgehen. Wir wollen, dass sich Schulen dieser Aufgabe freiwillig stellen, das Konzept freiwillig mittragen und diesbezüglich mit ihren Trägern, den Kommunen, Einigkeit herstellen.

Wir wollen die Kommunen, gerade was die inklusive Bildung und das gemeinsame Lernen angeht, nicht alleinlassen. Wir stellen den Schulen für bauliche Erweiterungen bzw. Umbauten 56 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Mittel können für Maßnahmen wie Brailleschriftzeichen, gesonderte Computertechnik, Induktionsschleifen für Gehörlose, Rampen, Fahrstühle usw. genutzt werden. Da steht also ein Paket zur Verfügung. Es ist das Sahnehäubchen, wenn es um die inklusive Schule bzw. Bildung geht, hat aber mit dem Vorhaben des gemeinsamen Lernens zunächst einmal nur für Kinder mit emotional-sozialen Störungen, Sprach- und Lernbehinderung nichts zu tun. Diese Kinder aufzunehmen kann von den baulichen Bedingungen her jede ordentlich ausgestattete Schule auch jetzt schon leisten.

Ich setze darauf, dass viele Schulen mitmachen wollen. Einige Schulen haben sich bei mir beklagt, dass die Bürgermeister nicht mitziehen wollen, weil der Städte- und Gemeindebund gesagt hat: Nein, das soll alles das Land bezahlen. - Das halte ich natürlich für totalen Unsinn. Es wird wohl zunächst Gemeinden geben, die keine Schule haben, in der gemeinsames Lernen möglich ist, weil ihre Bürgermeister ihnen diesen Anschluss eben verwehren. Aber ich glaube, dass die guten und positiven Erfahrungen, die andere Schulen mit der Umsetzung des Konzeptes machen werden, dafür sorgen werden, dass auch dort die Stimmung kippt und am Ende alle Schulen dabei sind. Wir werden natürlich weiter mit den Spitzenverbänden reden, keine Frage, und versuchen - ich bin zuversichtlich, dass es gelingt -, sie zu überzeugen, ihre starre Haltung aufzugeben und mit uns dafür zu werben, dass in sechs, sieben Jahren alle Schulen des Landes gemeinsames Lernen anbieten können. Nach der für das Jahr 2019/2020 vorgesehenen Evaluation werden wir gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden überlegen können, welche weiteren Schritte wir gehen.

Ich danke Ihnen allen für den Auftrag an das Ministerium, ein solches Konzept zu erstellen, auch für die anregenden Diskussionen, die wir in den letzten Monaten hatten. Ich wünsche uns allen viel Erfolg und eine gute Umsetzung der Ideen, die wir hier zusammengetragen haben. - Danke schön.

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Koß.

Frau Koß (SPD):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Was sagt Ihnen eigentlich das Datum

26. März 2009? Nun - hören Sie gut zu -, an diesem Tag ist die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland in Kraft getreten. Deren Artikel 24 schreibt das Recht behinderter Menschen auf Bildung fest - und dies nicht getrennt, sondern in einem einbeziehenden, einem - ich sage es ganz bewusst - inklusiven Bildungssystem: lebenslanges Lernen, lebenslanges gemeinsames Lernen. Leider ist das Wort Inklusion seitdem in der politischen Diskussion oftmals zu einem Kampfbegriff verkommen. Ich höre schon jetzt wieder das reflexartige Aufstöhnen in bestimmten Kreisen: Alles Quatsch, das funktioniert nicht. Wir sollten eher das Förderschulnetz erhalten, die Förderschulen stärken oder gar ausbauen.

(Beifall des Abgeordneten Königer [AfD])

Bevor Sie klatschen, möchte ich Ihnen mit auf den Weg geben: Das, was Frau Bessin gestern gesagt hat, sollte man noch einmal überdenken. Denn in unserer Konzeption ist sehr wohl das Wahlrecht verankert. Wie dieses Wahlrecht wahrgenommen wird, ob in einer Förderschule, einer Förderklasse oder einer temporären Gruppe, sei doch erst einmal dahingestellt. Also bitte informieren Sie sich vorher genauer.

(Zuruf: Bevor Sie klatschen! - Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Am Ende wird erneut der Verdacht gestreut, in Brandenburg solle wieder etwas von oben aufgedrückt werden, etwas, was die Menschen in der Mark gar nicht wollen. Dem ist nicht so, meine Damen und Herren! Hier wird nichts par ordre du mufti durchgedrückt, sondern es passiert auf freiwilliger Basis.

(Beifall der Abgeordneten Lüttmann und Lehmann [SPD])

Erinnern wir uns daran, wie es wirklich war und ist: Es gibt viele Schulen, die auf dieses Konzept gewartet haben und die ihm gern folgen, weil sie im gemeinsamen Unterricht schon hervorragende Ergebnisse erzielt haben. Sie haben sich auf den Weg gemacht und möchten die Rahmenbedingungen, die wir mit dieser Konzeption vorgegeben haben, mit heranziehen. Eine Schule im Oderbruch möchte zum Beispiel das Horchtraining nach Jozef Vervoort anbieten; das ist nämlich so eine besondere Bedingung für diese Schülerinnen und Schüler. Sie waren sehr froh, dass sie sich nun für diese Konzeption bewerben konnten und dann hoffentlich auch Schule für gemeinsames Lernen werden.

Übrigens: Wir in Brandenburg haben die verschiedenen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen schon sehr früh aufgegriffen. Unter dem Motto „Schule für alle“ wurde bereits im Jahr 1991 der Grundsatz des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderung festgeschrieben. Inhaltlich knüpfte Brandenburg damit an die reformpädagogische Tradition der Weimarer Republik an. Im Geiste einer Pädagogik der Vielfalt wurde so auch der Grundstein für die Auflösung der Disziplinengrenzen zwischen Grundschul- und Sonderpädagogik gelegt. Als sichtbare Veränderung des Schulsystems möchte ich hier nur an den Einstieg in die flexible Schuleingangsphase, FLEX, im Jahr 2000 oder an die Errichtung kleiner Grundschulen, die Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, nun nach 20 Jahren ihrer Existenz auch für sich entdeckt haben, erinnern.

Was, meine Damen und Herren, können wir durch einen Blick in die Praxis also lernen? Erstens: Es kommt nichts von oben über uns. Zweitens: Wir stehen in einer guten Tradition, meine sehr verehrten Damen und Herren. Heute liegt uns das Konzept der Landesregierung zum gemeinsamen Lernen in der Schule vor. Der Minister hat uns eben damit vertraut gemacht und aufgezeigt, wie gemeinsames Lernen an den Schulen im Land gestaltet werden kann.

Bei der inhaltlichen Ausgestaltung standen die guten Erfahrungen der Pilotschulen Pate. Zur Erinnerung: Im Jahr 2012 machten sich 84 Grundschulen, darunter 9 Schulen in freier Trägerschaft, auf den Weg des Pilotprojektes Inklusive Grundschule, kurz PING genannt. Unter wissenschaftlicher Begleitung durch die Universität Potsdam haben die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort ihre Schulprogramme im Sinne einer Schule für alle fortentwickelt. Von Landesseite wurden knapp 120 neue Stellen bereitgestellt, einerseits für die zusätzlichen Lehrerwochenstunden, andererseits um eine Klassengröße von 25 Kindern zu gewährleisten. Ferner wurden entsprechende Fortbildungsangebote für die Lehrerinnen und Lehrer entwickelt und umgesetzt.

Im Landkreis Märkisch-Oderland gab es übrigens keine PInG-Schulen. Wir haben uns damals für einen anderen Weg entschieden und überlegt, welche Stützsysteme es geben kann, um den erfolgreichen Unterricht im gemeinsamen Unterricht weiter voranzubringen. In Märkisch-Oderland wurde das sogenannte MäBUS entwickelt; darauf gehe ich später ein.

An die Erfahrungen der PInG-Schulen knüpfen wir nun an. Wir wollen gemeinsames Lernen auf drei Ebenen voranbringen. Erstens: Alle bisherigen Pilotschulen können, wenn sie es wollen, in den Regelbetrieb überführt werden. Nach meinem Kenntnisstand haben sich diese Schulen bereits dazu bekannt.

Zweitens: Auch für diejenigen Grundschulen, die bisher keine Pilotschulen waren, sollen die Möglichkeiten zum gemeinsamen Lernen geschaffen werden.

Drittens: Wir sind der Auffassung, dass nach der 6. Klasse nicht Schluss ist. Vielmehr wollen wir gemeinsames Lernen auch in der Sekundarstufe I, also bis zur 10. Klasse anbieten. Mir ist bewusst, dass die Herausforderung hier besonders groß ist. Zurzeit ist die Unterrichtsgestaltung in den Ober- und Gesamtschulen anders angelegt als in der Primarstufe. Dennoch gibt es insbesondere durch den neuen Rahmenlehrplan Ansatzpunkte, an die alle Beteiligten gut anschließen können. Ich denke da natürlich auch an die Erfahrungen mit dem integrativen Unterricht an den Oberschulen und den Gesamtschulen. Ebenso sehe ich Chancen und Synergieeffekte im Hinblick auf das Projekt Schulzentren, und zwar vornehmlich dann, wenn die Erfahrungen der Grundschullehrer im Umgang mit den Kindern mit besonderen Bedürfnissen sehr schnell und unproblematisch - da es ja ein Kollegium ist - in die weitere Arbeit der Kollegen an der Oberschule mit einfließen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die ersten Schritte haben wir bereits gemeinsam zurückgelegt. Mit dem Doppelhaushalt 2017/2018 haben wir die Weichen für die Schaffung von 432 Stellen für das gemeinsame Lernen gestellt.

(Beifall SPD und der Abgeordneten Dannenberg [DIE LINKE])

Schulen, die sich hierfür entscheiden, erhalten somit die notwendigen Poolstunden für ihre Arbeit. Übrigens: Die im Konzept aufgezeigte Möglichkeit, sonstiges pädagogisches Personal einzustellen, begrüße ich sehr - wohl wissend, dass dies nicht Schulsozialarbeiter und Sonderpädagogen ersetzen, sondern nur eine stützende Maßnahme im Unterrichtsbetrieb sein kann.

Da der Ansatz des gemeinsamen Lernens auch bauliche Veränderungen in den Schulen mit sich bringen kann, können die betroffenen Schulträger aus dem kommunalen Investitionsprogramm entsprechende Mittel beantragen. Hierfür stehen bis zum Jahr 2019 insgesamt 56 Millionen Euro zur Verfügung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über die Jahrhunderte hinweg wurden Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft separiert - Trennung im Leben, Trennung in der Schule. Dies entspricht aber nicht den Vorstellungen einer modernen Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Für den Lebensbereich Schule wollen wir mit dem hier vorliegenden Konzept den Weg für das gemeinsame Lernen weiter festigen und mit einem guten Geländer versehen.

Mir ist allerdings auch klar, dass für die bestmögliche Entwicklung noch viele andere Faktoren wichtig sind, auch und gerade für Menschen mit Behinderung. Davon haben wir gestern auch schon viel gehört. Darüber wurde gestern auch schon viel gesprochen.

Aus diesem Grund gibt es bereits zahlreiche begleitende Förder- und Unterstützungsleistungen. Bisweilen ist diese Angebotslandschaft für die Betroffenen recht unübersichtlich. Wenn Inklusion, wenn gemeinsames Lernen nachhaltig gelebt werden soll, müssen hier auch zur Ergänzung des gemeinsamen Lernens die einzelnen Akteure besser aufeinander abgestimmt tätig werden. Wie das funktionieren kann, soll das Modellprojekt „Märkische Beratungsstelle“ im Landkreis Märkisch-Oderland zeigen. Im Prozess der weiteren Entwicklung des gemeinsamen Lernens erscheinen Hilfen aus einer Hand äußerst sinnvoll.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Der Erfolg des gemeinsamen Lernens hängt wesentlich von der Motivation der Kollegen in den Schulen ab. Nur wenn alle Beteiligten vor Ort diesen Weg aus Überzeugung gehen wollen, wird Inklusion - sprich gemeinsames Lernen - erfolgreich sein.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Lassen Sie uns die freiwillige Teilnahme der Schulen durch eine positive Diskussion und durch Anerkennung der geleisteten und zu leistenden Arbeit unterstützen. Die Schulzeit hinterlässt bleibende Eindrücke im Leben eines jeden Menschen. Frust und Misserfolg können den weiteren Lebensweg ebenso negativ prägen, wie Erfolg und Freude am Lernen dies positiv zu bewirken vermögen. Dies gilt für alle Menschen - mit oder ohne Beeinträchtigung.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

In diesem Sinne und im Sinne unserer Kinder und Jugendlichen wünsche ich uns, dem MBJS und den Schulen ein glückliches und erfolgreiches Händchen bei der Umsetzung der Konzeption zum gemeinsamen Lernen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vergessen wir nie den Spruch Mutter Teresas: Jedes Kind ist kostbar. Jedes ist ein Geschöpf des Herrn. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und DIE LINKE sowie vereinzelt B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Hoffmann.

Hoffmann (CDU): *

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich fünf Lehrer nach ihrer Meinung zur Inklusion frage, dann erhalte ich in der Regel fünf verschiedene Antworten. Da ist die ganze Bandbreite dabei:

Der erste Lehrer fand den Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung von Anfang an gut und glaubt immer noch daran. Andere Lehrer nehmen es sportlich und sagen: Es ist jetzt die 20. Reform in 20 Dienstjahren. Die überstehe ich auch noch. - Dann gibt es Lehrer, die erst einmal ungläubig den Kopf geschüttelt und gesagt haben: Das schaffen wir nicht. - Sie merken jetzt aber, dass ein Kind mit Behinderung eine Klasse auch zusammenschweißen kann. Wieder andere Lehrer sagen mir klipp und klar: Wenn die auffälligen Kinder nicht da sind, dann bringe ich den anderen Kindern dreimal so viel bei.

Die allermeisten Lehrer sagen jedoch, dass sie gern alle Kinder fördern würden, aber sie schaffen es einfach nicht. Sie sagen: Ich habe einen Schüler, der jeden zweiten Tag einen Wutanfall bekommt; er geht über Tische und Bänke. Ich habe einen anderen Jungen, der ganz artig ist. Er kann aber am Ende der zweiten Klasse immer noch nicht das A vom O unterscheiden. Dann habe ich ein Mädchen, das eigentlich ganz intelligent ist, aber leider nicht so gut deutsch spricht. Dann habe ich einen Jungen, der zwar aus einer deutschen Familie kommt, aber trotzdem nicht richtig sprechen kann. Ganz hinten habe ich ein Mädchen, das immer vor allen anderen fertig ist. Sie könnte so viel mehr, wenn ich nur mehr Zeit für sie hätte.

Das höre ich von Lehrern, wenn wir über Inklusion sprechen. Was ich von Lehrern eigentlich nicht höre, wenn wir über Inklusion sprechen, ist die Forderung: Lasst uns alle Förderschulen schließen. - Genau das aber war die Parole, mit der die damalige Ministerin Dr. Münch vor einigen Jahren die Lehrer und auch die Eltern schockte, als sie sagte: Bis 2019 sind alle Förderschulen dicht.

Mit viel Eifer und relativ wenig Geschick hat sich Brandenburg Hals über Kopf in diesen Prozess der Inklusion gestürzt und damit - sicherlich unbeabsichtigt, das will ich gar nicht in Abrede stellen - leider viel von der anfänglichen Offenheit, die grundsätzlich da war, zerstört. Seitdem ist der Begriff Inklusion in Brandenburgs Bildungslandschaft leider so verbrannt, dass der Nachfolger von Frau Dr. Münch diesen Begriff am liebsten gar nicht mehr verwenden möchte.

Herr Minister Baaske setzt jetzt zum zweiten Anlauf an. Er räumt damit auch mit manch lieb gewordener Illusion auf. Denn noch bis vor kurzem galten in einigen Teilen die Förderschulen als totalitäre oder reaktionäre Anstalten. Mittlerweile

hat sich aber doch die Einsicht durchgesetzt, dass Inklusion für viele Förderkinder eine gute Idee ist, aber eben nicht für alle.

Dass eine totale Inklusion, die überhaupt keine Rücksicht auf den Einzelnen nimmt, die gute Absicht zum Teil in das Gegenteil verkehrt, wenn nämlich das, was kommt, schlechter ist als das, was wir bislang haben, wenn es für niemanden mehr Schutz- oder Schonräume gibt, dann bleibt statt Inklusion nur Frustration. Das kann nicht unser Anspruch sein.

(Beifall CDU)

Nach dem neuen Plan werden Eltern mit gewissen Ausnahmen weiterhin das Recht haben, ihr Kind an die Förderschule zu schicken, zumindest in der Theorie. Wir wollen, dass diese Theorie auch Praxis wird. Es ist nämlich nicht die Aufgabe des Staates, den Eltern aus ideologischen Gründen den Besuch irgendeiner Schule vorzuschreiben.

Parallel dazu schlägt das Konzept sogenannte Schwerpunkt-schulen für die komplizierten Förderbedarfe vor. Dahinter verbirgt sich im Grunde nichts anderes als Förderklassen an Regelschulen. Das ist meines Erachtens ein ganz ordentlicher Kompromiss aus dem inklusiven Gedanken einerseits und der Notwendigkeit eines Schutzraums oder eines separaten Fördersettings andererseits. In der Theorie, wie gesagt, halte ich es für einen guten Ansatz. Allerdings muss sich auch das in der Praxis erst noch beweisen.

Daneben wird der gemeinsame Unterricht für Förderkinder an den Regelschulen ausgeweitet. Der Minister hat es gesagt: Es ist nicht neu. Wir haben eine lange Tradition und eine lange Erfahrung mit dem gemeinsamen Unterricht. Neu ist allerdings, dass an den Inklusionsschulen jeder Schüler aufgenommen wird, und zwar ohne vorherige Prüfung und Diagnose.

Jetzt wollen wir das ausweiten. Jedes Jahr soll es ca. 80 neue Inklusionsschulen geben. Das ist zugegebenermaßen ein Experiment. Ob dieses Experiment gelingt, liegt nicht allein am Menschenbild bzw. an der richtigen Haltung. Es liegt oftmals auch schlicht am Geld und an den Ressourcen, die wir zur Verfügung stellen. Wir müssen uns die Frage stellen: Schafft die Landesregierung jetzt die Bedingungen dafür, dass dieses Experiment gelingen kann?

Für 6 % der Schüler an den Inklusionsschulen hat Herr Minister Baaske vier zusätzliche Lehrerstunden pro Woche eingeplant. Über den Daumen gepeilt, macht das eine Lehrerstelle für jeden hundertsten Schüler an den Inklusionsschulen. Das ergibt zusammen über die nächsten zwei Jahre 430 zusätzliche Lehrerstellen.

Dazu muss man sagen: Jawohl, das ist eine bessere Ausstattung als bisher. Man muss aber auch die Frage stellen: Ist es deshalb schon genug? Da bin ich ehrlich: Es sind durchaus Zweifel angebracht. Die Lehrer der Pilotschulen geben nämlich an, dass immerhin 11 % ihrer Schüler eine Diagnose hatten. Bei weiteren 15 % vermuten sie sonderpädagogischen Förderbedarf. Das heißt, dass das neue Inklusionskonzept weniger als die Hälfte des eigentlichen Bedarfes deckt.

All diese Zahlen kommen jetzt nicht aus „Hoffmanns Erzählungen“, sondern die finden Sie in der wissenschaftlichen Auswertung zum Pilotprojekt. Man darf sich schon fragen: Wozu

geben wir solche wissenschaftlichen Untersuchungen in Auftrag, wenn wir deren Ergebnisse am Ende zum Teil ignorieren?

Ich sehe durchaus ein: Irgendwann müssen wir den ersten Schritt gehen. Als ersten Schritt finde ich die geplante Zusatzausstattung durchaus akzeptabel. Als Zukunftsvision dafür, wie inklusives Lernen auch auf lange Sicht erfolgreich und nachhaltig umgesetzt werden kann, ist diese Ausstattung nicht akzeptabel, sondern miserabel.

Bei den Ressourcen vermisse ich den Ehrgeiz. Beim Zeitplan sind Sie mir dagegen zu ehrgeizig. Jedes Schuljahr sollen 80 Schulen Inklusionsschulen werden. Das heißt: In sechs Jahren soll angeblich das gesamte Brandenburger Schulsystem inklusiv sein. Das halte ich für einen ziemlich waghalsigen Sprint, der vermutlich nur dazu dient, den Dornröschenschlaf der letzten Jahre ein bisschen vergessen zu machen.

Ich hätte es richtig gefunden, wenn man die Vorzeichen umkehrt und statt möglichst viele Inklusionsschulen mit wenigen Ressourcen zu bilden, Schritt für Schritt vorgegangen wäre und dabei wenige Schulen mit vielen Ressourcen geschaffen hätte. Das wäre aus meiner Sicht deutlich sinnvoller gewesen.

(Beifall CDU)

Der Volksmund sagt: Gut Ding will Weile haben. - Es gibt gute Gründe, diese Weisheit auch bei der Inklusion zu beherzigen.

Erstens: Es mag sein, dass kleine Klassen kein Allheilmittel sind. Aber jeder Lehrer wird Ihnen sagen, dass es beim Umgang gerade mit Förderkindern einen riesigen Unterschied macht, ob es 25 Kinder oder 15 Kinder in der Klasse sind. Mir ist völlig klar, dass wir nicht jede Klasse mit 15 Schülern hinkriegen. Aber wir gehen ja sogar den umgekehrten Weg. Bisher war es so, dass in den Integrationsklassen 23 Schüler der Höchstwert war. Jetzt können in diesen Klassen auch 25 Schüler sein. Das ist ein Schritt in die falsche Richtung. Wer 25 Schüler in eine Klasse „stopft“, verurteilt Inklusion von vornherein zum Scheitern.

(Beifall CDU)

Zweitens: Inklusion steht und fällt mit der sonderpädagogischen Kompetenz an Regelschulen. Es stellt sich aber die Frage, woher die kommen sollen, wenn wir schon an den Förderschulen nicht genug Sonderpädagogen haben. An der Stelle verweist das Konzept schmallippig auf den Status quo der Universität Potsdam und auf die dortigen Inklusionspädagogen. Das ist aber alles andere als befriedigend, weil die dortigen Inklusionspädagogen die Inklusion als eine Querschnittsaufgabe kennenlernen. Das ist zwar an sich in Ordnung, ersetzt aber den hochspezialisierten Sonderpädagogen nach wie vor nicht. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, dass in der „Schule für alle“ auch jeder Lehrer alles können muss. Das klingt nach einer netten Parole, ist aber Unfug.

Drittens möchte ich an die Ergebnisse der Begleitforschung aus dem Pilotprojekt erinnern. Das wichtigste Ergebnis war, dass das Selbstwertgefühl vieler Förderkinder schon sehr früh zu leiden beginnt. Ob zu Recht oder zu Unrecht, sie fühlen sich abgehängt, zuweilen ausgegrenzt. Für Skeptiker wie mich kam das nicht so überraschend. Was allerdings schon ein bisschen überrascht, ist das dröhnende Schweigen des Konzeptes genau zu diesem beunruhigenden Befund. Denn wir wissen doch,

dass die Gefahr der Isolation immer größer wird, je älter die Kinder werden. Gerade weil auch die Lernzuwächse auseinandergehen, wächst die Gefahr, dass die Isolation größer wird.

Wir alle kennen diese herzzerreißenden Geschichten von Kindern, die jeden Tag aufs Neue die Erfahrung machen, dass sie immer die Letzten sind, dass sie immer die Langsamsten sind, dass sie mit Mühe und Not mit geschlossenen Augen bis 50 zählen können, während andere Kinder schon schriftlich multiplizieren. Wir müssen uns einfach fragen: Wie fühlen sich diese Kinder nachher in der achten oder neunten Klasse? Reicht es da, wenn wir ihnen einen Inklusionshelfer an die Seite stellen?

Wenn wir darauf keine gute, überzeugende, auch praktikable pädagogische Antwort finden, wird das Konzept zum gemeinsamen Lernen in erster Linie ein hervorragendes Konzept, um Schulverweigerer zu produzieren.

Inklusion gelingt nur, wenn wir alle mitgehen. Leider gibt es in der Bildungspolitik viele, denen es nicht schnell genug gehen kann. Ich würde raten, lieber ab und zu einmal auf die Bremse zu treten, damit wir alle einsteigen lassen können, und nicht immer nur Gas geben, um uns dann im Ziel zu freuen, dass wir früh da sind, aber festzustellen, dass die meisten auf der Strecke geblieben sind.

Meine Damen und Herren, ich will Inklusion nicht verhindern. Verhindern will ich aber, dass in ein paar Jahren fünf Lehrer auf das Konzept zurückblicken und allen Fünfen dann nur noch Bertolt Brecht einfällt, der gesagt hat: Ja, mache nur einen Plan. Sei nur ein großes Licht. Und mache dann noch einen zweiten Plan. Gehen tun sie beide nicht. - Das darf in dem Fall nicht passieren.

Zum Überweisungsantrag der AfD-Fraktion möchte ich Folgendes sagen: Sie wollen, dass wir darüber noch einmal im Ausschuss diskutieren. Ich weise darauf hin, dass wir das schon einvernehmlich beschlossen haben. Das werden wir machen. Dafür brauchen wir keine Überweisung, denn das würde bedeuten, dass dazu noch einmal eine Stellungnahme geschrieben werden muss, um dann hier noch einmal über das gleiche Konzept in unveränderter Form zu diskutieren. Das können wir uns sparen. Die sachliche Diskussion führen wir im Ausschuss ohnehin. Deswegen lehnen wir Ihren Überweisungsantrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abgeordnete Dannenberg, bitte schön.

Frau Dannenberg (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Gäste! Im Mai 2011 war ich als Lehrerin bei einer Regionalkonferenz in Cottbus zugegen, organisiert durch das Bildungsministerium. Auf dem Podium saßen Frau Dr. Münch als damalige Bildungsministerin und Frau Prof. Dr. Frauke Hildebrandt.

Es war eine Informations- und Werbeveranstaltung für das Pilotprojekt „Inklusive Grundschule“. Sie machten damals deutlich, dass es bei der Umsetzung von Inklusion nicht nur um die

Veränderung von Rahmenbedingungen, sondern auch und vielmehr um einen tiefgreifenden Bewusstseinswandel geht. Denn das wesentliche Prinzip von Inklusion ist die Wertschätzung von Vielfalt. Heterogene Gruppen werden der Normalfall in der Gesellschaft wie auch in der Schule.

Ich sage das deshalb, weil wir ziemlich emotional reagiert haben. Da kam Wut auf: Was, das sollen wir als Regelschullehrerinnen und Regelschullehrer auch noch leisten? Ängste, dafür nicht richtig ausgebildet zu sein und auch diesen Kindern nicht gerecht werden zu können, kamen auf. Aber sie hatte Recht. Es geht um einen Bewusstseinswandel.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Es geht auch um die Bereitschaft zur Veränderung und darum, bei sich selbst anzufangen, zum Beispiel bei den eigenen Unterrichtsmethoden, oder die Schule als gemeinsamen Lebensraum, als Lern- und Erfahrungsraum zu entwickeln. Dann fühlen sich alle Kinder wohl, auch diejenigen, die es schwer haben.

Es kommt darauf an, das Kind in seiner Individualität wertzuschätzen und Vielfalt vor allem als Bereicherung für erfolgreiches Lernen aller Kinder anzuerkennen. Denn Inklusion ist ein Menschenrecht. Und, Herr Hoffmann, Inklusion ist eben gerade Rücksicht auf das einzelne Kind.

Aber wir haben ein Problem. Die Aussonderung von Kindern und Jugendlichen in einem mehrgliedrigen Schulsystem nach vermeintlichen Begabungen und Inklusion stehen in einem absoluten Widerspruch zueinander, das kann man schlecht miteinander vereinbaren.

(Zustimmung bei der Fraktion DIE LINKE)

Das ist wie Rechts- und Linksverkehr gleichzeitig. Darauf hat meine Fraktion immer wieder konsequent hingewiesen.

Wir müssen in den nächsten Jahren einen Transformationsprozess vom traditionell selektiven Schulsystem in ein inklusives gestalten. Dabei geht es nicht nur um den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und Kindern ohne Behinderung. Ein inklusives Schulsystem meint das gemeinsame Lernen aller Kinder und Jugendlichen in einer Schule ohne verschiedene Bildungsgänge. Das fordert nicht nur die Linksfraktion, sondern fordern zum Beispiel auch die GEW und der Deutsche Gewerkschaftsbund.

Den Abbau sämtlicher Hürden im Bildungssystem schaffen wir nicht sofort. Dafür sind die politischen Vorbehalte viel zu groß, das haben wir gerade eben wieder gehört. Aber wir haben auch finanzielle und personelle Grenzen. Auch die Ängste der Eltern und der Lehrkräfte sollten wir ernst nehmen. Darum unterstützen wir ein schrittweises Abbauprogramm der Aussonderung oder der selektiven Hürden in diesem Schulsystem.

(Beifall DIE LINKE, B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD)

In Brandenburg hat sich dahin gehend seit 2011 schon einiges bewegt. Beispielshaft dafür sind das Pilotprojekt „Inklusive Grundschule“, der neue Rahmenlehrplan, die Erweiterung der Lehrkräfteausbildung um inklusive Bestandteile, die Inklusi-

onspädagogik für die Primarstufe und das Behindertenpolitische Maßnahmenpaket.

Auf Antrag der Linksfraktion und der SPD vom Dezember 2015 liegt uns nun das Konzept „Gemeinsames Lernen in der Schule“ vor. Es ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu einem inklusiven Schulsystem. Ich danke allen Beteiligten für die Erarbeitung dieses Konzepts. Aus Sicht unserer Fraktion ist es ein gutes Konzept, weil es dem Grundsatz folgt: Das Zukunftsbild der Schule ist es, dass alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen willkommen sind. - So steht es im Konzept geschrieben.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben derzeit ungefähr 16 000 Schülerinnen und Schüler mit einem festgestellten sonderpädagogischen Förderbedarf, das sind 7,8 % aller Schülerinnen und Schüler in Brandenburg. 5,3 % von diesen Kindern haben Förderbedarf in den Bereichen Lernen, emotional-soziale Entwicklung und Sprache. Mehr als die Hälfte dieser Kinder ist schon an den Regelschulen, und es wollen noch mehr dorthin. Denn jedes Kind hat das Recht, gemeinsam mit anderen Kindern eine Schule zu besuchen. Diesen Weg sollten wir weitergehen. Genau auf diesen drei Förderbedarfen liegt der Fokus dieses Konzepts.

Zwei Paradigmenwechsel werden deutlich. Gemeinsames Lernen ohne förmliche Feststellung eines Förderbedarfs - damit entfällt die Stigmatisierung der Kinder, und die Ausstattungen der Schulen werden nicht mehr nach festgestellten Förderbedarfen realisiert, sondern die Schulen bekommen eine zusätzliche Poolausstattung an Stunden. Ihre Auffassung, Herr Hoffmann, dass das viel zu wenig sei, kann ich nicht teilen. Ich finde, das ist eine gute Ausstattung. 3,5 Lehrerwochenstunden pro 6 % der Kinder an den Grund- und Gesamtschulen und 12 % an den Oberschulen - das bedeutet zum Beispiel für eine Oberschule, die 280 Kinder hat, 117,6 Lehrerwochenstunden zusätzlich, die zur freien Verfügung stehen und eigenständig verteilt werden können.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Gemeinsames Lernen mit einer koordinierenden Lehrkraft als Teil der Schulleitung, Fortbildung für die Lehrkräfte, eine andere Leistungsbewertung, multiprofessionelle Teams, vor allem verstärkt mit zusätzlichem pädagogischem Personal, eine Neuausrichtung in der Diagnostik - natürlich werden die Kinder weiter diagnostiziert, aber lernprozessbegleitend, im Laufe ihrer Entwicklung - und die Klassenfrequenz beträgt 25 Schüler. Eine höhere Klassenfrequenz wäre sicherlich eher kontraproduktiv für die Kolleginnen und Kollegen sowie für die Schülerinnen und Schüler.

(Zustimmung bei der Fraktion DIE LINKE - Zuruf des Abgeordneten Hoffmann [CDU])

Es wird eine schrittweise freiwillige Ausweitung für die Schulen geben - wenn die Schulkonferenzen und die Schulträger es möchten. Schulzentren werden bevorzugt berücksichtigt.

Selbstverständlich beschreibt das Konzept den weiteren Umgang mit den Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen und emotional-soziale Entwicklung. Natürlich werden diese schrittweise reduziert, eben weil der Trend dahin geht, dass

Eltern ihre Kinder in Regelschulen lernen lassen wollen. Mit dieser zusätzlichen Ausstattung können die Schulen auch allen Kindern gerecht werden. Evaluiert wird nach zwei Jahren. Die entsprechenden Ressourcen sind im Doppelhaushalt 2017/2018 zur Verfügung gestellt worden: 231 Stellen im Jahr 2017 und 432 Stellen im Jahr 2018. Das kommunale Investitionsprogramm für entsprechende Baumaßnahmen wurde hier schon mehrfach erwähnt.

Es gibt ein paar Kritikpunkte, auf die ich hinweisen möchte. Die Poolausstattung darf nicht für Unterrichtsvertretung missbraucht werden. Ich finde es schade, dass die Gymnasien nicht einbezogen werden. Auch Gymnasiasten haben ein Recht auf Vielfalt. Da gibt es auch Förderkinder.

(Beifall DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Für die Ausweitung des gemeinsamen Lernens in der Sekundarstufe I brauchen wir natürlich auch Inklusionspädagogik an der Universität für die Sek I. Das Material zur lernprozessbegleitenden Diagnostik und Förderung wird laut Konzept erst im Jahr 2019 fertig. Das ist für mich ein Widerspruch, die Kollegen brauchen das Material jetzt an den Schulen.

Im Ausschuss werden wir regelmäßig die Umsetzung dieses Konzepts begleiten. Es ist ein gutes Konzept, ein Schritt hin zu einem inklusiven Schulsystem. Am Ziel sind wir noch lange nicht, denn alle Kinder mit einer Behinderung brauchen eine wohnortnahe Beschulung. Darauf haben sie ein Recht! Dazu brauchen wir aber noch etwas Zeit. - Ich danke Ihnen.

(Beifall DIE LINKE, B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete König.

Königer (AfD):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Meine Damen und Herren Abgeordnetenkollegen! Liebe Schüler und liebe Gäste! Uns liegt entsprechend des Landtagsbeschlusses vom 17. Dezember 2015 das Konzept der Landesregierung „Gemeinsames Lernen in der Schule“ vor. Nun ist es ja kein Geheimnis, dass die AfD-Fraktion eine flächendeckende Inklusion in der Brandenburger Schmalspurvariante ablehnt. Ich bin aber Frau Kollegin Koß sehr dankbar, dass sie noch einmal betont hat, warum es bei uns im Bundesland lebenslanges Lernen heißen muss: Die Bildungspolitik ist halt so kaputt, da reichen zehn Jahre nicht aus, da reichen 12 Jahre nicht aus, stattdessen muss man lebenslang lernen.

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Die Ausschussreise nach Südtirol im vergangenen Oktober hat mir persönlich gezeigt, dass bei dem entsprechenden Mittel- und Ressourceneinsatz Inklusion durchaus funktionieren kann. Aber ich würde wetten, dass die Brandenburger Landesregierung nicht bereit ist, die Mittel entsprechend aufzustocken. Ich habe das an dieser Stelle schon einmal gesagt und wiederhole es sehr gerne: Verglichen mit dem Südtiroler Haushalt müsste

Brandenburg die Ausgaben im Bildungsbereich mehr als verfünffachen, um sich mit Südtirol einigermaßen messen zu können.

(Beifall AfD)

Davon ganz abgesehen - woher will Brandenburg das benötigte Personal für eine adäquate Betreuung nehmen? Selber backen? Den anderen Bundesländern abgaunern? Und ganz ehrlich: Wer möchte schon, dass seine Kinder von, sagen wir, Geschichtslehrern aus Nordrhein-Westfalen unterrichtet werden?

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE - Beifall AfD)

Ihr Konzept mag gut gemeint sein, aber es wird nur noch mehr Bildungsverlierer produzieren. Deshalb bleibt die AfD weiterhin ein grundsätzlicher Verfechter des Erhalts, des Ausbaus und der Förderung der Förderschulen.

Wir sehen das aber durchaus nicht dogmatisch. Dort, wo eine Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Schülern personell und materiell unproblematisch gestaltet werden kann, spricht ja nichts dagegen. Personelle und materielle Ausstattungen, das sind die Nadelöhre, durch die eine sinnvolle Umsetzung der Inklusion hindurch muss. Ihr ganzes schönes Konzept wird wieder einmal an der Realität scheitern. Diese Realität heißt: Schulschließung, Lehrermangel, überfüllte Klassen, unbesetzte Direktorenstellen, Lehrkräfte, die nicht in unsere ländlichen Regionen wollen, und Bachelors of Education, die als Vollzeitlehrkräfte eingesetzt werden, ohne mehr als didaktisches Grundverständnis erworben zu haben.

(Zuruf der Abgeordneten Große [DIE LINKE])

Lösen Sie doch erst einmal diese Probleme! Aber Sie, verehrte Kollegen von Rot-Rot, machen sich lieber im Ausschuss über derartige Nachfragen der Opposition lustig. Allein in diesem Schuljahr sind schon zahlreiche kleine Anfragen zum Unterrichtsausfall gestellt worden. Und wenn wir einmal hinter die Kulissen schauen und jede vertretene Stunde hinterfragen, stellen wir fest, dass fachfremde Vertretungen durch sogenannte Nichtfachlehrer, Stillbeschäftigung oder Malen nach Zahlen das Bild des Unterrichtsausfalls weiter komplettieren.

Vizepräsident Dombrowski:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Königer (AfD):

Nein, jetzt nicht. - Finden Sie das immer noch lustig? Wir nicht. Wenn Sie allein schon fachfremde Vertretungen erfassen würden, gäbe es ein noch erschreckenderes Bild der Situation an den Brandenburger Schulen.

Im Übrigen hat das der Landesrechnungshof der Landesregierung bereits in seinem Jahresbericht von 2011 empfohlen, um die Situation bedarfsgerecht einzuschätzen und gezielte Maßnahmen zu ergreifen. Aber umgesetzt ist davon, wie üblich, bis heute nichts. Stattdessen wird mit aller Macht Ihr Lieblingsprojekt Inklusion vorangetrieben. Genau wie bei Ihrem anderen Lieblingsprojekt, der Verwaltungsstrukturreform, spielen Sie auch hier mit gezinkten Karten.

Uns liegt eine Information des Bildungsministeriums vom November letzten Jahres vor, in der unter „Sonstiges“ zu lesen ist:

„Die Grundschule“

- nennen wir sie einmal ganz poetisch Am-Kiez-Grundschule -

„wird vom Ministerium darüber informiert, beim Anschlussprojekt des Pilotprojekts Inklusion“

- jetzt heißt es „Gemeinsames Lernen“ -

„mit Klassenstärken von 28 Schülern rechnen zu müssen. Bauliche und personelle Unterstützung kann nicht gewährt werden.“

So sieht es aus, das ist die Realität. Im Zusammenspiel mit der bevorstehenden Umsetzung der „Rahmenleerpläne“ - ich spreche das hier, hoffentlich nachvollziehbar, mit einem doppelten E - werden wir bald eine Generation aus den Schulen entlassen, die alle Kompetenzen der Welt hat und absolut nichts wissen und können kann. Es wird wirklich höchste Zeit - da brauchen Sie nicht den Kopf zu schütteln, Herr Domres, dafür sind auch Sie verantwortlich -, dass die Alternative für Deutschland diese Reise ins Land der Irrlichter und Buntdenker beendet.

(Zurufe von SPD und DIE LINKE - Beifall AfD)

Schon jetzt bilden bei uns die Lehrer als Mitglieder und Freunde eine der größten Gruppen innerhalb der Alternative für Deutschland. Und wie groß muss die Verzweiflung in den Lehrerkollegien sein, wenn sich immer mehr Lehrer heimlich oder sogar offen an die AfD wenden, weil selbst die geschätzten Kollegen der CDU-Fraktion sich auf dem großen Brandenburger Bildungsfriedhof zur letzten Ruhe gebettet haben.

(Heiterkeit und Beifall AfD)

Wie es aussieht, sind wir also die Letzten, die sich um die Sorgen und Nöte der Brandenburger kümmern.

(Zuruf von der SPD: Das ist gar nicht wahr!)

Während Sie sich Sorgen über psychologische Hilfe für Opfer von Bullying - bei mir hieß das übrigens noch Rabaukentum - machen, liegen uns vor allem die Bildungsinhalte am Herzen. Wir beantragen deshalb die nochmalige Überweisung an den Ausschuss. - Danke schön.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Dombrowski:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete von Halem.

Frau von Halem (B90/GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hoffen, dass die AfD weiterhin die letzte Fraktion bleibt, an die sich die Lehrer wenden.

(Königer [AfD]: Danke für das Kompliment, Frau von Halem! Sie haben es richtig erkannt! Wir sind die Letzten, die bleiben!)

- Ja, Sie bleiben die Letzten, genau, bleiben Sie die Letzten! - Alle Kinder bleiben Kinder ihrer Schule, auch wenn sie in Verhalten und Leistungen Probleme haben und Probleme machen. Inklusive Pädagogik ist eine Pädagogik, die das einzelne Kind nicht isoliert und nur unter Lernaspekten betrachtet, sondern die sozialen Bedürfnisse und Realitäten in den Mittelpunkt rückt. So hat Prof. Preuss-Lausitz in der Studie, die wir Anfang der letzten Legislaturperiode in Auftrag gegeben haben, die Grundprinzipien inklusiver Pädagogik beschrieben.

In der letzten Legislaturperiode ist in Sachen Inklusion tatsächlich schon eine ganze Menge passiert. Die damalige Ministerin, Frau Münch, wollte Inklusion, aber die SPD hat sie gegen die Wand fahren lassen.

(Zuruf von der SPD: Och, nee!)

Das Pilotprojekt „Inklusive Grundschule“ wurde initiiert, und der Wissenschaftliche Beirat hat hervorragende Empfehlungen verabschiedet, die erst einmal für mehrere Jahre in der Schublade verschwunden sind, denn da kam die böse Fee mit der Spindel und stach Dornröschen in den Finger, die in hundertjährigen Schlaf versank, wie wir alle wissen. Bei der Inklusion waren es nicht ganz 100 Jahre, aber immerhin schon fast volle vier Jahre, innerhalb derer Brandenburg - Brandenburg war ein Spitzenreiter in Sachen Inklusion - auf Platz 7 im bundesweiten Vergleich abgesunken ist.

Während dieser Jahre hat es all die Kinder, die die Unterstützung gebraucht hätten, gegeben. Diese Kinder mit Förderbedarfen sind ja im Schulsystem gewesen, und sie haben nicht die Unterstützung bekommen, die sie hätten kriegen können. Jetzt hat der Schlaf ein Ende, zum Glück. Wir haben das auch immer wieder beantragt, und natürlich begrüßen auch wir dieses neue Konzept.

Ich hätte gern länger geredet und noch mehr positive Dinge aufgezählt; denn wir sehen tatsächlich auch sehr viele positive Punkte an diesem Konzept. Ich würde trotzdem gern noch einmal auf die Vorrednerinnen verweisen, und wir werden im Ausschuss noch einmal ausführlich über dieses Thema diskutieren. Ich möchte hier nur einen einzigen Punkt aufgreifen, den ich ganz besonders gut fand. Das ist das Prinzip der Freiwilligkeit. Ich meine tatsächlich, dass das Prinzip des Konzepts, Schulen nach dem Prinzip der Freiwilligkeit einzubinden, auch die Grundlage für das Gelingen ist, dafür, dass der Plan aufgeht.

Das sehen wir auch ein Stück weit daran, dass die 70 Schulen, von denen noch im Ausschuss die Rede war - Minister Baaske hat vorhin von 60 Schulen gesprochen -, das Quantum der Schulen sind, die sich jährlich beteiligen sollten. Annähernd so viele Schulen haben sich auch schon gemeldet und von sich aus freiwillig gesagt, dass sie gern mitmachen wollen.

Aber trotz des Vorlaufs mit den Pilotschulen und der Erfahrungen, die wir sowohl dadurch als auch durch den gemeinsamen Unterricht insgesamt schon gesammelt haben, gibt es noch eine ganze Menge Stolpersteine. Die Schulvisitationen und interne Evaluationen zeigen bei den Profilerkmalen Differenzierungen im Unterricht. Das sind genau die Dinge, die wir bei der inklusiven Beschulung ganz besonders brauchen. Der absolute Tiefpunkt ist, und zwar durchgängig durch alle Schulformen - das macht nicht munter für die Inklusion -: Jetzt soll es zwar eine 40-stündige Basisqualifizierung geben, aber

wappnet diese wirklich, macht sie wirklich das wett, was fehlt, und wie wird sie eigentlich umgesetzt?

Wir haben in den letzten Jahren sehr wohl gesehen, wie schwierig es mit Fortbildung ist. Nicht nur der Verband Sonderpädagogik sorgt sich tatsächlich um die Befähigung der Lehrkräfte, den Unterricht wirklich anders zu gestalten. Ich habe zum Glück bei Herrn Baaske vorhin durchaus auch kritische Töne herausgehört. Ich meine, viele sind sich dessen bewusst, dass das ein Problem ist, und wir müssen es gut angehen.

Eine große Frage ist aus meiner Sicht auch, wer denn den Lehrkräften im laufenden Verfahren überhaupt hilft, wer sie unterstützt, wenn sie während des laufenden Betriebs, im Unterricht, Fragen haben. Die Frage ist: Wie bekommen wir genügend Sonderpädagogen, wenn wir sie nicht selbst ausbilden? Auch das ist weiter offen.

Den Lehrkräften Sicherheit zu vermitteln, mit den Herausforderungen umzugehen, ist aus unserer Sicht eine der wichtigsten - wenn nicht sogar die wichtigste - Bedingung dafür, dass Inklusion gelingen kann. Ich glaube, die große Frage, die nach der Evaluation des PiNG-Projekts verblieben ist, nämlich die Frage, woher es eigentlich kommt, dass sich die Kinder so unterschiedlich wertgeschätzt fühlen - Kollege Gordon Hoffmann hat das auch angesprochen -, hat sehr viel damit zu tun, dass die Lehrkräfte befähigt werden, das tatsächlich aufzugreifen.

Wo sind die OSZ? Warum sind die OSZ nicht in das Programm aufgenommen worden? Wo sind die Schulen in freier Trägerschaft? Was ist mit den Gymnasien? Wie gehen wir mit Autismus um? Wann bekommen wir endlich Qualitätskriterien für den Ganztagschulbetrieb, der in dem Konzept so gelobt worden ist? Wann wird Inklusion im Schulgesetz verändert? Und sind wir uns eigentlich darüber im Klaren, dass das, worüber wir jetzt reden, nämlich LES, letztendlich Förderbedarfe sind, die im internationalen Kontext gar nicht als solche anerkannt sind? Dort geht es um die ganz anderen Förderbedarfe: körperlich-motorische Entwicklung, Sehen, Hören und geistige Entwicklung, also lauter Stolperfallen, aus denen deutlich wird, dass wir ganz am Anfang eines Weges stehen.

Vizepräsident Dombrowski:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

Frau von Halem (B90/GRÜNE):

Ja, ich weiß es.

Wir stehen am Anfang eines Weges, den zu gehen sich lohnt, auch wenn das in unserem Land eine Generationenaufgabe ist, und das nicht nur im Bildungsbereich. Aber wer nur kriecht, der kann bekanntlich auch nicht stolpern. Ich bin froh, dass das Kriechen jetzt ein Ende hat, und wir werden stolpern, ja; wir müssen nur die richtigen Schlüsse daraus ziehen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Die Landesregierung verzichtet auf ihren Redebeitrag.

Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung. Die AfD-Fraktion beantragt die Überweisung des Konzepts „Gemeinsames Lernen in der Schule“, Drucksache 6/5781, an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport. Wer stimmt diesem Überweisungsantrag zu? - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 3 und rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Unterhaltsvorschuss als familienpolitische Leistung erhalten

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/5835

Die Aussprache wird von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eröffnet. Frau Abgeordnete Nonnemacher, bitte.

Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste! Der Unterhaltsvorschuss wurde im Jahr 1980 eingeführt. Der Staat zahlt ihn an Alleinerziehende, wenn der andere Elternteil sich finanziell nicht an der Fürsorge für das gemeinsame Kind beteiligt. In mehr als 90 % der Fälle sind es die Väter, die nicht zahlen.

Der Anteil der alleinerziehenden Familien liegt im Land Brandenburg bei fast einem Drittel und damit weit über dem Bundesdurchschnitt. Fast die Hälfte dieser Familien bekommt gar keinen Kindesunterhalt vom dazu verpflichteten Elternteil. Das Risiko für Kinderarmut ist in diesen Familien außerordentlich hoch. Der Staat springt hier mit dem Unterhaltsvorschuss unterstützend ein.

Diese wichtige familienpolitische Leistung kann die Armut wenigstens graduell abmildern - nur abmildern, nicht abwenden. Das liegt erstens daran, dass der Unterhaltsvorschuss nicht alle alleinerziehenden Eltern erreicht. Bisher wird er nur für maximal sechs Jahre und nur bis zum 12. Lebensjahr des Kindes gezahlt. Zweitens sind die staatlichen Beiträge des Unterhaltsvorschlusses oft um ein Vielfaches niedriger, als der eigentliche Unterhalt durch die Väter wäre.

Die Höhe des Unterhalts, der eigentlich zu zahlen wäre, orientiert sich an der sogenannten Düsseldorfer Tabelle, die Einkommens- und Vermögensverhältnisse berücksichtigt. In der niedrigsten Stufe beträgt der monatliche Unterhalt für Kinder bis fünf Jahre 342 Euro, für Kinder bis zwölf Jahre 393 Euro. Im Gegensatz dazu beträgt die Höhe der staatlichen Ausfallleistung für Kinder bis fünf Jahre lediglich 150 Euro, für Kinder bis elf Jahre 201 Euro im Monat, und das, um es noch einmal zu sagen, bisher für längstens sechs Jahre und nur, bis das Kind zwölf Jahre alt ist. Danach stehen die Mütter in der Regel allein da.

Natürlich versucht der Staat, sich seine Vorleistung für den nicht gezahlten Unterhalt von den Vätern zurückzuholen. Die sogenannte Rückholquote ist im Land jedoch sehr niedrig. Im

Land Brandenburg gelingt das nur bei 23 % der Väter. Die Landesregierung möchte diese Quote erhöhen, zu Recht. Die Frage ist bloß: Wie? Es gibt bisher wenig Kenntnis über die Ursachen des eher erfolglosen Rückgriffs des Staates auf die unterhaltspflichtigen Väter. Mit Sicherheit hängt das auch damit zusammen, dass es kein ausreichendes Wissen über die Gründe gibt, warum so viele Väter keinen oder nur unzureichenden Unterhalt zahlen. Hier muss die Landesregierung ran; das ist unbefriedigend.

Die Bundesregierung muss dringend an die Reform des Unterhaltsvorschlusses gehen. Sie plant seit Längerem, endlich die Situation der alleinerziehenden Familien zu verbessern. Nun hat das Bundeskabinett dazu im Dezember einen Gesetzentwurf beschlossen, der zum Ziel hat, die Leistungen auszubauen. Unterhaltsvorschuss soll zukünftig für eine unbegrenzte Dauer bis zur Volljährigkeit des Kindes gezahlt werden. Das ist absolut richtig. Damit ist die Bundesregierung auf dem richtigen Weg. Das verspricht eine deutliche Unterstützung von alleinerziehenden Familien und mehr Teilhabemöglichkeiten für die Kinder.

(Beifall B90/GRÜNE)

Absolut unverständlich ist es daher, dass das Gesetzgebungsverfahren nun durch die bisher noch nicht geklärte Finanzierung zwischen Bund und Ländern ins Stocken geraten ist. Natürlich dürfen die Länder nicht einseitig auf den zusätzlichen Kosten sitzen bleiben. Trotzdem dürfen wir jetzt nicht alle Vorschläge akzeptieren. Einer lautet, durch die Abschaffung der Vorrangigkeit des Unterhaltsvorschlusses gegenüber dem Leistungsbezug aus dem ALG II Geld einzusparen oder eher zu verschieben. Für die betroffenen Frauen bedeutete das, dass sie zukünftig keinen Unterhaltsvorschuss, sondern zusätzliche Leistungen aus dem Arbeitslosengeld II bekämen. Das ist aus bündnisgrüner Sicht ein völlig falsches Signal. Den Unterhaltsvorschuss bekommen Alleinerziehende doch nicht, weil sie arm sind, sondern weil sich der andere Elternteil nicht an der Existenzsicherung des Kindes beteiligt.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt DIE LINKE)

In der Diskussion muss ganz deutlich unterschieden werden: Der Unterhaltsvorschuss ist keine reine Sozialleistung für Frauen, sondern eine familienpolitische Leistung, die ihnen absolut zusteht. Der Unterhaltsvorschuss rückt im Gegensatz zu Leistungen aus dem SGB II die Mitverantwortung des anderen Elternteils an der Existenzsicherung des Kindes in den Mittelpunkt, und das muss auch so bleiben.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD und DIE LINKE)

Für das Land Brandenburg ist das eine wichtige Entscheidung. Der Anteil der alleinerziehenden Familien, die vom Arbeitslosengeld II abhängig sind, ist im Bundesvergleich besonders hoch. Oft stecken sie im Sozialleistungsbezug förmlich fest. Mit einer eventuellen Abschaffung der Vorrangigkeit des Unterhaltsvorschlusses gegenüber ALG II wird dieses Problem gerade nicht behoben, sondern zementiert. Können wir wirklich wollen, dass noch mehr Alleinerziehende in den ALG-II-Leistungsbezug gedrängt werden?

Besonders abwegig erscheint diese Überlegung hinsichtlich einer Berechnung des Bundesfamilienministeriums, nach der

nach einer gelungenen Reform des Unterhaltsvorschlusses fast 35 % der Alleinerziehenden vollständig aus einem ergänzenden ALG-II-Bezug ausscheiden könnten. Was würde es bedeuten, wenn Alleinerziehende statt des Unterhaltsvorschlusses ALG II bekämen? Müssten sie dann dem Arbeitsmarkt vollumfänglich zur Verfügung stehen? Würden ihnen Geschenke und andere Zuwendungen abgezogen?

Diese und viele andere problematische Folgen sind bisher nicht abschließend diskutiert worden. Auch die rechtlichen Möglichkeiten zur Rückforderung des Unterhalts von den Vätern wären durch das Auszahlen von SGB-II-Leistungen durch die Jobcenter deutlich erschwert. Kann die Landesregierung das angesichts der jetzt schon mageren Quote wirklich wollen?

Frauen, insbesondere Mütter, haben leider immer noch nicht die gleichen Chancen, ihr Leben selbstbestimmt und unabhängig zu bestreiten. Unabhängigkeit hängt stark mit Geld zusammen. Unter den Teilzeitbeschäftigten mit besonders geringem Einkommen sind drei Viertel Frauen, viele davon unfreiwillig, viele, die gerne mehr arbeiten und damit mehr verdienen würden.

Mir selbst sind zahlreiche Beispiele aus dem Medizinbetrieb bekannt, wo alleinerziehende Frauen wegen ihrer kleinen Kinder Arbeitszeit reduzieren mussten, insbesondere, da sie im Schichtdienst beschäftigt waren. Wollten sie dann einige Jahre später wieder voll arbeiten - es ist nämlich wirklich kein Spaß, als Familie von einem halben Krankenschwesterngehalt zu leben -, wurde ihnen das verwehrt. Der Arbeitgeber hat lieber Leasingkräfte eingestellt. Arbeitsrechtlich ist das leider möglich, und zwar so lange, wie wir kein Rückkehrrecht in Vollzeit haben.

Auch das Beispiel der Frontal-21-Journalistin Birte Meier spricht Bände. Als sie entdeckte, dass ihr männlicher Kollege netto mehr verdient als sie brutto, stockte das ZDF ihr, der langjährigen erfolgreichen Mitarbeiterin, nicht etwa sofort das Gehalt auf das gleiche Niveau auf - aber nein! Es hieß, sie solle lieber gleich ganz gehen und es werde ihr eine Abfindung gezahlt.

Ein Entgeltgleichheitsgesetz könnte eventuell helfen. Aber vom jetzigen Kompromiss, der eine Regelung nur für größere Unternehmen ab 200 Beschäftigte vorsieht, werden viele Frauen nicht profitieren. Die meisten Frauen arbeiten in Kleinunternehmen, wo die Gehaltsunterschiede dazu oft die größten sind.

Wer angesichts dieser Beispiele und angesichts des überwältigenden Anteils alleinerziehender Mütter noch von Genderwahn spricht, will absichtlich nicht erkennen, dass Frauen täglich Diskriminierung erfahren.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD und DIE LINKE)

Diese strukturellen Ungerechtigkeiten müssen wir beseitigen. Deswegen finden wir: Das Land muss seinen Einfluss im Bundesrat nutzen, um den Sozialleistungsbezug für möglichst viele alleinerziehende Frauen zu beenden.

Wir bitten daher die Landesregierung, sich vehement für eine Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses einzusetzen, einem Lösungsvorschlag, der mehr Frauen ins Arbeitslosengeld II drängt, im Bundesrat aber nicht zuzustimmen.

Der Befassung dieses Antrags in einigen Ausschüssen sehen wir mit Freude entgegen. - Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD und DIE LINKE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Müller.

Frau Müller (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses ist ein wichtiges Anliegen der SPD und eng mit einem anderen wichtigen Anliegen, nämlich der Bekämpfung von Kinderarmut, verknüpft. Das Gesetz muss deshalb so schnell wie möglich geändert werden, denn es unterstützt Alleinerziehende bei der Bewältigung ihrer Aufgaben.

Es muss auch deshalb so schnell geändert werden, weil dies längst überfällig ist. Seit 40 Jahren ist die Leistungsdauer beschränkt. 26 % der Mütter und Väter in Brandenburg sind alleinerziehend. Nicht wenige davon sind auch allein für die Finanzierung der Erziehung ihrer Kinder verantwortlich - für das erste Bilderbuch, die Pausenbrote, den Schulranzen, die Kinokarten und die Jugendweihfeier. Wenn in der Mitte des Monats das Portmonee oft leer ist, reicht es eben nur für das Pausenbrot und nicht für die eigentlichen Wünsche der Kinder.

Das ist traurig und beschämend für unsere Gesellschaft. Die Folge für die Kinder, wenn ein Elternteil nicht zahlt, ist oft Kinderarmut. Es sind aber beide Elternteile für die Unterstützung ihrer Kinder verantwortlich. Wenn Väter oder Mütter sich aus der Unterhaltspflicht stellen, ist der Unterhaltsvorschuss oft die einzige Möglichkeit, die Folgen abzumildern. Daher ist die Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses eine sehr gute Nachricht für Alleinerziehende.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie vereinzelt B90/GRÜNE)

In den bisherigen Regelungen ist dieser Vorschuss auf sechs Jahre begrenzt und mit dem 12. Lebensjahr, wenn die Kosten für die Kinder eher noch größer werden, ersatzlos weggefallen. Daher unterstützen wir die Forderung unserer Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig nach Wegfall dieser Begrenzung. Das Bundesministerium muss sich dazu bewegen; die Mehrkosten müssen über den Bund finanziert werden.

Ein Problem ist tatsächlich - Frau Nonnemacher, Sie sprachen es an -, dass die Kinder, die Anspruch auf SGB-II-Leistungen haben, vorrangig Unterhaltsvorschuss erhalten. Das sind zwei verschiedene Finanztopfe: das eine, SGB II, ist kommunal, das andere, der Unterhaltsvorschuss, kommt von Land und Bund. Das ist ein enormer bürokratischer Aufwand. Die Forderung im Grünen-Antrag lautet übrigens, dass es im bürokratischen Verlauf so bleiben soll, wie es ist. Das finde ich nicht überzeugend. Hier gibt es noch viele Fragezeichen, ob man das nicht besser klären kann.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, Frau Nonnemacher, den Sie hier im Antrag nicht erwähnen, aber kurz angesprochen haben,

nämlich zu der Regressquote: Der Staat - in diesem Fall die Jugendämter in kommunaler Verantwortung - soll den Vorschuss zurückfordern. Sie haben es bereits genannt: Die Regressquote hier in Brandenburg ist sehr gering, sie beträgt gerade einmal 20 %. Das heißt also, dass 80 % der Unterhaltsschuldner das Geld nicht zahlen - weder an ihre Kinder noch an den Staat. Das steht meines Erachtens in einem krassen Widerspruch zu den Arbeitslosenstatistiken und auch zur Einkommensentwicklung der Brandenburger.

Das sind Fragen, die wir auch in diesem Zusammenhang beantworten sollten: Welche sind die entscheidenden Faktoren? Wenn wir etwas genauer hinschauen, sehen wir, dass die Regressquote in den Landkreisen sehr unterschiedlich ist. So beträgt sie beispielsweise in Frankfurt (Oder) nur 7 %, in der Uckermark jedoch 31 %. Warum ist das so? Hier besteht Klärungsbedarf. Es gibt tatsächlich recht wenig Wissen darüber, Frau Nonnemacher, warum so häufig kein Kindesunterhalt gezahlt wird.

Meines Erachtens kommen hier mehrere Faktoren zum Tragen. Genau nach diesen Faktoren sollten wir forschen. Was können wir tun, um die Zahlungsbereitschaft der Schuldner zu erhöhen? Sind vielleicht doch verstärkte Sanktionen notwendig? Das alles sind Fragen, die uns hier im Landtag beschäftigen sollten. Wenn die Bezugsdauer ausgeweitet wird, wird auch die Höhe der zu zahlenden Leistungen durch die Jugendämter um ein Vielfaches höher. Damit müsste die Gesellschaft ein noch größeres Interesse daran haben, sich dieses Geld von den eigentlich Verantwortlichen, nämlich den nicht zahlenden Eltern teilen, zurückzuholen.

(Beifall SPD, DIE LINKE, B90/GRÜNE sowie vereinzelt CDU - Frau Schade [AfD]: Das kostet aber Personal!)

Ich möchte einmal eine vereinfachte Rechnung präsentieren - und schaue dabei zum Finanzminister -: 35 Millionen Euro Unterhaltsvorschuss zahlt das Land Brandenburg jährlich. 20 % davon werden zurückgeholt. Unterstellen wir nun eine Steigerung von 10 %, dann wären das 3,5 Millionen Euro jährlich mehr in der Landeskasse.

Doch es geht nicht nur um das Geld. Es ist eine Straftat, sich um den Unterhalt für seine Kinder zu drücken. Es ist ungeheuerlich, dass es manchen Eltern egal ist, ob ihre Kinder am gesellschaftlichen Leben teilhaben können oder nicht. Der Staat darf nicht dabei zusehen, wie sich Unterhaltsschuldner aus der Verantwortung ziehen.

(Beifall SPD, DIE LINKE sowie vereinzelt B90/GRÜNE und CDU)

Unterhaltsschuldner müssen konsequent wie Steuerschuldner verfolgt werden. Ja, die Mütter und vereinzelt auch Väter brauchen eine bessere Unterstützung - aber nicht nur finanzieller Art, sondern auch in der Prozessbegleitung beim Unterhaltsverfahren. Denn damit stehen sie oft allein da.

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE - Zuruf: Wohl wahr!)

Es ist also durchaus ein emotionales Thema, das wir im Ausschuss besprechen sollten. Daher ist Ihr Antrag eine gute Gelegenheit dazu. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Danke. - Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Augustin.

Frau Augustin (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Unterhaltsvorschuss ist eine wichtige familienpolitische Maßnahme. Dass die Kinder von Alleinerziehenden statistisch stärker von Kinderarmut betroffen sind, wissen wir nicht erst seit dem Gutachten, das die CDU 2014 in Auftrag gegeben und vorgestellt hat. Zahlt der andere Elternteil dem oder der Alleinerziehenden nicht den ermittelten Unterhalt, besteht die Möglichkeit des Bezugs von Unterhaltsvorschuss als Leistung aus der Unterhaltsvorschusskasse beim Jugendamt. Die bisherige Begrenzung sah dies nur für Kinder bis zum 12. Lebensjahr und eine maximale Bezugsdauer von sechs Jahren vor. Dass das einen großen Kreis Betroffener ausschließt, ist lange erkannt. Der Schritt, den die CDU/CSU-geführte Bundesregierung nun geht, ist schon länger in der Diskussion. In der Unterstützung von Alleinerziehenden ist es ein wichtiger, notwendiger Vorstoß.

Überlegungen zur Ausweitung des Unterhaltsvorschusses sind dabei nicht neu. Bislang scheiterten Vorstöße vor allem immer wieder an der Finanzierungsfrage - ich weiß das zumindest aus der schwarz-gelben Koalition, wo der Bund überlegt hatte, die Mehrausgaben komplett zu übernehmen, und es deswegen leider verworfen wurde.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Anhebung der Altersgrenze auf das vollendete 18. Lebensjahr sowie die Abschaffung des maximalen Bezugszeitraumes von bislang sechs Jahren ist nach wie vor ein wichtiges familienpolitisches Anliegen. Es steht bei allen Diskussionen, die wir nach wie vor auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene wahrnehmen, trotz der vom Deutschen Städte- und Gemeindebund geäußerten Kritik - für mich, und damit stehe ich sicher nicht allein -, außer Frage, dass das kommt. Vor diesem Hintergrund haben sowohl der Koalitionsausschuss als auch die Ministerpräsidentenkonferenz diese Maßnahmen bereits im Oktober 2016 beschlossen.

Im Rahmen des MPK-Beschlusses wurde darauf hingewiesen, dass die Länder bezüglich der Finanzierung aber noch Beratungsbedarf haben. Insbesondere Kommunen waren es, die sich im November verstärkt an die Bundesregierung, die Koalition und die Fraktionen auf Bundesebene gewandt und darauf aufmerksam gemacht haben, dass die Neuregelung, die zum 01.01.2017 in Kraft treten sollte, nicht leistbar wäre. Das betrifft zum einen den höheren Personaleinsatz; zum anderen bin ich nach wie vor davon überzeugt, dass wir die Leistungen rückwirkend zahlen sollten und dies nach wie vor das Ziel ist.

(Beifall CDU sowie vereinzelt B90/GRÜNE)

Es gibt noch weitere Punkte, die die Kommunen - meiner Ansicht nach zu Recht - ins Gespräch gebracht haben. Da ist die Frage nach der Zahl der Betroffenen. So zweifeln die Kommunen die im Gesetzentwurf enthaltene Zahl von 260 000 an, die jetzt mehr berechtigt wären; sie schätzen diese viel höher ein. Daraus ergäbe sich eine höhere Belastung vor Ort. Darüber hinaus bedarf es einer ergänzenden Regelung mit dem Kreis.

Wenn der Unterhaltsvorschussanspruch bis zum 18. Lebensjahr erweitert wird, sind auch Jugendliche betroffen, die sich bereits in einer Ausbildung befinden und damit ein eigenes Einkommen haben.

Das alles sind Punkte, die bei der Finanzierung eine große Rolle spielen. Bislang zahlte der Bund ein Drittel der Kosten des Unterhaltsvorschusses. Die restlichen zwei Drittel werden - und das von Bundesland zu Bundesland verschieden - auf die Schultern von Ländern und Kommunen verteilt.

Ein großer Teil Alleinerziehender, der Unterhaltsvorschuss bezieht, - wir haben es in der heutigen Debatte bereits gehört - ist gleichzeitig auch Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, wobei der Unterhaltsvorschuss bislang - so soll es auch bleiben - vorrangige Leistung ist. Ein nach wie vor erklärtes Ziel der Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes ist ja auch, die Alleinerziehenden aus dem Hartz-IV-Bezug freizubekommen, und zwar als ergänzende Maßnahme. Die Beantragung von Geldern aus unterschiedlichen Töpfen - meine Kollegin Müller hat es bereits angesprochen - ist natürlich auch mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden. Etwaige notwendige Rückerstattungen bedeuten für die Kommunen dann einen Mehraufwand in der Bearbeitung.

Zudem ist die Rückholquote sehr gering. Woran liegt es also, dass der Anreiz nicht höher ist? Für die Kommunen - so sagen es mir auch die Beigeordneten vor Ort - ist das Problem, dass sie mehr Personal und mehr Sachkosten einsetzen müssten, um diese Gelder zurückzufordern, zum Teil würden diese dann aber an den Bund weiterfließen. Was bringt mir also eine Rückforderung, wenn ich dieses Geld nicht im eigenen Topf behalten kann? Sehr geehrte Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist es, so glaube ich, verständlich, dass die Kommunen mehr Mitsprache eingefordert haben.

Ohne vom eigentlichen Ziel abzuweichen, haben meine Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu Recht darauf hingewiesen, dass der vorgelegte Gesetzentwurf noch nicht ausgereift war. Was nun aber die Finanzierungsregelung betrifft, liegt meines Wissens bereits ein Angebot des Bundes zur Gegenfinanzierung der Mehrausgaben für die Länder auf dem Tisch. Der Bund würde so zum Beispiel künftig auf seinen Anteil bei den Einnahmen aus dem Rückgriff gegen säumige Unterhaltsschuldner verzichten. Dieser Vorschlag ermöglicht es den Ländern, ihre Einnahmen durch eine Erhöhung der Rückholquoten zu steigern. Es liegt nun an der Bundesfamilienministerin bzw. der Bund-Länder-Arbeitsgruppe, eine Klärung herbeizuführen.

Ich halte also fest: Die finanzielle Belastung ruhte auf mehreren Schultern - auf Bund, Ländern und Kommunen. Sie ist nicht zuletzt aufgrund der beabsichtigten Ausdehnung eine größere und teils kompliziertere Belastung. Von daher ist es sinnvoll, dass die Kostenverteilung und der Verwaltungsaufwand weiterhin besprochen werden. Auch ich freue mich, dass wir besprechen wollen, wie wir landesseitig dazu Maßnahmen ergreifen, zur Verbesserung der Unterhaltsvorschusszahlungen und der Rückholquote beitragen können. Deshalb stimmen wir der Überweisung an die Ausschüsse zu. - Danke.

(Beifall CDU sowie vereinzelt B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abgeordnete Große.

Frau Große (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Es ist eigentlich schon ein Skandal, dass wir heute hier über dieses Thema sprechen müssen. Ich möchte jetzt nicht moralisierend die Zahl der Menschen, die insbesondere männlichen Geschlechts sind, nennen, die sich weigert, den Unterhalt ihrer Kinder sicherzustellen, indem sie die Unterhaltszahlung nicht leisten will, kann usw. und sich dadurch dem Ganzen entzieht.

Der richtige Blick meiner Kolleginnen lag jetzt vor allem auf den alleinerziehenden Müttern, denn zu 93 % sind es die Mütter, die das zu tragen haben und die sich aufgrund ihrer vielfachen Belastung gar nicht richtig vernetzen können. Sie stehen daher nicht hier vor dem Landtag und auch nicht vor dem Bundestag, denn sie müssen ihr tägliches Leben mit dem wenigen Geld, das sie haben, irgendwie meistern. Sie müssen übrigens - über diese Leistungen sprechen wir erst gar nicht - die ganze Logistik mit ihren Kindern allein hinbekommen, was sehr viel Kraft und sehr viel Zeit kostet. Was das an Einschränkung der Lebensqualität bedeutet, spielt bei dieser Unterhaltsvorschussdiskussion zunächst noch gar keine Rolle.

Ich bin Frau Kollegin Nonnemacher sehr dankbar, dass sie den Impuls gegeben hat, dass wir uns mit diesem Thema hier beschäftigen müssen - im Interesse der Mütter, die täglich die Versorgung der Kinder leisten müssen, sowie natürlich auch im Interesse der Kinder. Es erhalten zwar „nur“ rund 18 000 Alleinerziehende diesen Unterhaltsvorschuss hier im Land, aber für etwa 80 000 unter 18-Jährige kämen diese Leistungen infrage, wenn dieser Anspruch ausgeweitet wird. Wir sprechen hier von 80 000 Kindern und Jugendlichen, denen bisher eine relativ armutsfeste Grundsicherung verweigert wird. Das ist, so denke ich, auch für unser Land eine hohe Zahl. Ich bin wirklich der Meinung, dass Frau Ministerin Schwesig hier einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung geht. Es ist alles zu begrüßen: die Ausweitung des Zeitraumes von den bisherigen 72 Monaten, die Ausweitung der Altersgrenze von 12 auf 18 Jahren usw. Das allein ist schon ein Fortschritt.

Dennoch - das haben meine Kolleginnen schon betont - gibt es auch hier einige Probleme. Wir sind sehr für die Befassung im Ausschuss, und zwar aus folgenden drei Gründen: Erstens nehmen wir den Gedanken von Frau Kollegin Nonnemacher auf, dass das Ganze hier nicht als Manövriermasse innerhalb der Finanzverhandlungen zwischen den Finanzministern der Länder und des Bundes verschwinden darf. Wir müssen hier wirklich schauen, dass eine gerechte Finanzierung vonseiten des Bundes - das war auch eine Forderung - vorgenommen wird; da ist noch einiges zu leisten. Frau Kollegin Augustin, Sie haben gesagt, es sei auf dem Weg. Wir sind der Meinung, das ist noch nicht auf dem richtigen Weg.

Wir müssen uns auch damit befassen - das hat Kollegin Müller auch zu Recht erwähnt -, warum es in unserem Land so unterschiedliche Rückforderungsquoten gibt, und wir müssen uns natürlich auch mit dem Vorrang, bezogen auf das SGB II, befassen. Sie wissen, dass das für die Linke nie eine wirklich familienfreundliche Gesetzgebung war, dass wir bei Hartz IV

immer der Meinung waren, dass es enge Grenzen gibt. Beim Unterhaltsvorschuss sehen wir das ganz deutlich.

Trotz alledem, ein Herauslösen ist auch nicht die Lösung, das haben Sie, verehrte Kolleginnen, angedeutet. Wir sind immer noch der Meinung, wir bräuchten eine Kindergrundsicherung, um aus diesem Dilemma zu kommen. Darüber können wir auch gerne im Ausschuss reden.

Federführend soll der Antrag an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport überwiesen werden - dorthin gehört er auch -, und ich freue mich sehr, dass sich der Ausschuss für Soziales beteiligen möchte. Natürlich sollten wir uns mit diesem Thema möglichst breit befassen, weil wir alle unsere Verankerung auch auf der kommunalen Ebene haben, denn sie muss letztendlich mitgenommen werden. Insofern danke für den Antrag.

Wir müssen uns mit der Positionierung ein bisschen beeilen. Insofern war das auch höchste Eisenbahn. Danke auch für die schnelle Antragstellung und die Fokussierung auf diese zwei auch aus unserer Sicht wichtigen Punkte, die wir miteinander diskutieren müssen. Ich freue mich auf die Debatte. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD und B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die AfD-Fraktion spricht die Abgeordnete Bessin. Bitte.

Frau Bessin (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Gäste! Das Risiko von Kinderarmut trifft vor allem Kinder von alleinerziehenden Elternteilen. Das ist auch ein Ergebnis einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung. Dort wird offengelegt, dass fehlende Unterhaltszahlungen ein wesentlicher Grund für die Armut der Alleinerziehenden sind. Jedes zweite Kind im Hartz-IV-Bezug lebt in einer Familie mit einem Elternteil. Sehr viele Kinder und Jugendliche in Deutschland können wegen zu knapper Familienkassen nicht in den Urlaub fahren, Elternteile ihren Kindern viele Freizeitaktivitäten nicht ermöglichen. Nach offiziellen Zahlen leben mehr als 3,4 Millionen Kinder und Jugendliche in einem Haushalt, der sich auch keine einwöchige Urlaubsreise leisten kann. Laut Daten des Statistikamtes Eurostat sind in Deutschland 23,8 % davon unter 18-Jährige. In Brandenburg gehören rund 62 000 Minderjährige zu Familien, die von Sozialleistungen leben. Das sind ungefähr 17 %. An dieser Stelle fordere ich die Landesregierung deutlich auf, Armut ernsthaft und vor allem auch schnell zu bekämpfen.

(Beifall AfD)

Es ist zwingend notwendig, dass Unterhaltsleistungen gezahlt werden, und das auch in dem Fall, dass der Unterhaltspflichtige nicht zahlt. Die Regelungen zum Unterhalt sollen verbessert werden. Das ist nötig, da sind wir alle einer Meinung; denn hier liegt vieles im Argen. Es gibt immer noch zu viele Fälle, in denen der Unterhalt nicht gezahlt wird und gleichzeitig die staatliche Vorschussleistung nicht schnell und angemessen erfolgt. Wenn ein Unterhaltspflichtiger seinen Leistungsverpflichtungen nicht nachkommt, muss es sofort eine staatliche

Vorschussleistung geben, um die Existenz der Unterhaltsberechtigten zu sichern. Das ist eine staatliche Aufgabe, und sie muss schnell und unbürokratisch erfüllt werden, da es um die Existenz der Unterhaltsberechtigten geht. Gleichzeitig muss der Staat dafür sorgen, dass die regulären Zahlungen des Unterhaltspflichtigen auch geleistet werden.

Darüber hinaus ist die Ausdehnung des Leistungsbezuges für Kinder vom zwölften auf das achtzehnte vollendete Lebensjahr ausdrücklich zu begrüßen. Bis zu diesem Zeitpunkt sind Kinder nämlich in der Regel nicht voll erwerbstätig. Die Bezugsdauergrenze aufzuheben ist ebenfalls eine notwendige, wichtige und vor allem auch sinnvolle Maßnahme; denn die Notwendigkeit der Existenzsicherung richtet sich nicht nach amtlich festgelegten Zeiträumen. Insofern entsprechen die Änderungen also auch den Realitäten.

Dass sich der Bund wie gewohnt an der Finanzierung beteiligen soll, liegt auf der Hand. Da jedoch - das wurde schon angesprochen - die Kostenverteilung noch strittig ist und so das Gesetz noch nicht, wie es geplant war, in Kraft getreten ist, hoffen wir, dass jetzt schnell eine Einigung erzielt wird und Erstattungen auch rückwirkend geleistet werden. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung spricht Herr Minister Baaske.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Baaske:

Herr Vizepräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass die Reform richtig und notwendig ist, hat hier niemand bestritten, und ich glaube in der Tat, dass das, was bisher an Leistungsdauer gewährt wurde und was die Altersgrenze angeht, nicht mehr zeitgemäß ist. Das diskutieren Jugendpolitiker seit Jahren. Insofern ist es nur folgerichtig, dass Manuela Schwesig jetzt diesen Gesetzentwurf vorgelegt hat.

Unterhaltsvorschuss - auch das wurde hier gesagt - ist keine Sozialleistung, es findet keine Einkommens-, keine Vermögensprüfung statt, sondern es handelt sich um eine familienpolitische Leistung. Gerade jetzt, seit etwa fünf Minuten, sitzt im Bundeskanzleramt die Bund-Länder-Arbeitsgruppe genau zu diesem Thema zusammen. Manuela Schwesig wird dabei sein, die Länder werden vertreten sein, ich weiß, dass Horst Seehofer und die Ministerpräsidentin aus Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, dabei sind. Sie werden überlegen, wie es mit diesem Gesetz weitergehen kann.

Es geht im Wesentlichen um zwei Dinge: Das eine ist die Kostenbeteiligung des Bundes. Sie haben gerade gesagt, es gebe einen Vorschlag. Bei diesem Vorschlag hat sich der Bund aber zu seinem Vorteil verrechnet und die Länder werden das so wohl nicht mitmachen. Es liegen jetzt verschiedene andere Vorschläge vor, wie man das regeln kann, das will ich jetzt hier nicht im Einzelnen diskutieren. Es geht natürlich darum, möglichst Bürokratie zu vermeiden.

Ich hatte genau heute vor einer Woche eine große Gesprächsrunde mit alleinerziehenden Müttern, mit denen ich das Problem diskutiert habe. Sie haben mich nach dem Stand der Dinge

gefragt, sie hatten in der Zeitung gelesen, dass sie bald mehr Ansprüche hätten. Ich habe versucht, das darzustellen. Natürlich ging es dann auch schnell darum, dass es momentan für sie - sie waren alle Hartz-IV-Bezieher - total nervend ist, dass sie zu zwei Behörden gehen müssen. Sie gehen zum Jugendamt und beantragen dort nach dem UVG den Unterhaltsvorschuss, und danach wird ihnen das Geld im Jobcenter wieder abgezogen.

Frau Nonnemacher, ich kann Sie trösten: Es war bisher nie, bei all den Gesprächen, Gegenstand, das Vorrang-Nachrang-Prinzip abzuschaffen. Das hat nie eine Rolle gespielt, das will auch keiner. Das wäre auch irre. Es geht nur darum, genau diesen derzeitigen Doppelweg zu vermeiden bzw. den Frauen nicht einzureden, dass sie mehr Geld bekommen, wenn es ihnen nachher wieder abgezogen wird. Das macht wirklich nicht viel Sinn.

Die Zahl von 35 % habe ich nirgends gefunden - ich habe sie extra noch einmal in der Abteilung recherchieren lassen -, die 35 % kennen wir nicht. Wir wissen nur - die Zahl ist eigentlich unstrittig, auch in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe -, dass 87 % der Frauen oder Kinder, die Unterhaltsvorschussansprüche haben, in Hartz IV sind, das heißt, Leistungen nach dem SGB II beziehen. Insofern macht es Sinn, darüber nachzudenken, wie man dieses Verfahren vereinfachen und klarer gestalten kann. Es darf natürlich keinesfalls so sein, dass der UV durch SGB-II-Leistungen ersetzt wird. Es kann nur so sein, dass die SGB-II-Behörde - sprich: das Jobcenter - als UVG-Behörde auftritt und Unterhaltsvorschuss auszahlt, und wenn erkannt wird, dass der Unterhaltsvorschuss den Bedarf übersteigt, den die Familie hat, sozusagen das Hartz-IV-Niveau verlassen werden kann. Klassischerweise werden es oftmals Aufstockerinnen sein, die davon profitieren. Es können aber auch andere Personengruppen sein, die anderweitig Einnahmen haben.

Es muss jedenfalls Prinzip werden, dass erstens nicht suggeriert wird, dass sie mehr Geld bekommen, um es danach beim Jobcenter wieder abziehen zu lassen, sondern es muss von vornherein Klarheit geschaffen werden, und es darf zweitens nicht sein, dass der Bund dadurch spart. Denn eins ist hier noch nicht gesagt worden: Wenn die Länder und damit die Kommunen in den nächsten Monaten und Jahren mehr Unterhaltsvorschuss zahlen, spart der Bund aufgrund des Verfahrens seinen Anteil am SGB II zuerst. Der kommunale Anteil für das Wohnen wird erst zum Schluss abgezogen. Das heißt, der Bund spart dadurch, dass die Länder Geld hineingeben. Dadurch wird das ganze Rechnen auch relativ kompliziert. Aber das muss bei all dem bedacht werden, und das müssen die Länder auch so einfordern.

Aber ich will noch einmal deutlich machen: Wir werden nicht mitmachen, dass das Vorher-Nachher-Prinzip gelockert wird, sondern es muss, wenn überhaupt, darum gehen, dass das Jobcenter in Teilen, nicht überall, Unterhaltsvorschussbehörde wird, die Verrechnung dort stattfindet und die Frauen - in der Regel sind es Frauen - nicht mehr zum Jugendamt und zum Jobcenter gehen müssen, um dort die böse Nachricht zu bekommen, dass das, was sie sich im Jugendamt erkämpft haben, wieder abgezogen wird. Darum geht es letzten Endes.

Wie gesagt, die Kollegen tagen seit zehn Minuten, und ich hoffe, dass sie heute eine Lösung finden, denn die Frauen in diesem Land warten darauf. Es wäre wirklich zeitgemäß, wenn wir das noch vor der Bundestagswahl - also schnellstmöglich -

hinkämen. Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt. Jetzt geht es darum, dass das Gesetz im Bundestag beschlossen wird. Es muss auch noch zweimal in den Bundesrat. Das ist alles ziemlich eng und darum, wie gesagt, drängt auch die Zeit. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Ich schließe die Aussprache und rufe den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 6/5835, Unterhaltsvorschuss als familienpolitische Leistung erhalten, zur Abstimmung auf. Die Fraktionen SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben die Überweisung an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport - federführend - und zur Mitberatung an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie sowie an den Rechtsausschuss beantragt. Ich darf Sie fragen: Wer folgt diesem Überweisungsantrag? - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Bei einigen Enthaltungen ist die Überweisung beschlossen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Ministerpräsident Woidke beim Wort nehmen - Energiestrategie Brandenburgs ändern - Auf steigende Netzentgelte und höchsten Strompreis reagieren

Antrag
der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/5830

Des Weiteren liegen zu diesem Tagesordnungspunkt ein Entschließungsantrag der AfD-Fraktion, Drucksache 6/5872, ein Entschließungsantrag der CDU-Fraktion, Drucksache 6/5876, ein Entschließungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 6/5878, und - zu guter Letzt - ein Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 6/5881, vor.

Die Aussprache wird von der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER eröffnet; für sie spricht der Abgeordnete Vida.

Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Wenn ein Antrag einer Oppositionsfraktion dazu führt, dass alle Fraktionen Entschließungsanträge einbringen, dann hat man wahrscheinlich mit einem aktuellen Thema den Nagel auf den Kopf getroffen.

Dieses Thema ist aktuell, weil wir in Brandenburg mit den höchsten Strompreisen Europas wahrlich nicht mehr so weitermachen können. Ich will die Diskussion über Windkraft und den weiteren Ausbau von Windrädern in Brandenburg nicht wieder aufwärmen, dazu haben wir uns wahrlich intensiv ausgetauscht, jeder hat seine Position deutlich gemacht.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, sagen, dass alle ihren Beitrag zur Energiewende, einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe - was richtig ist -, leisten sollen, dann ist es, glaube ich,

nicht zu viel verlangt, wenn die gesamte Gesellschaft, also ganz Deutschland, einen Beitrag dazu leistet. Deswegen geht es in dem heutigen Antrag nicht darum, zu diskutieren, wie viele Windkraftanlagen errichtet oder nicht errichtet werden, sondern, wenn wir unterstellen, es soll so sein, wie es ist - ich sehe es nicht so, die Mehrheit in diesem Landtag sieht es so, okay -, um die Frage: Wird dem gesamtgesellschaftlichen Ziel, die Energiewende zu schaffen, unter den derzeitigen Gegebenheiten Rechnung getragen? Nein. Denn wenn es ein gesamtgesellschaftliches Ziel ist, dann ist es nur normal, wenn die Kosten dafür auch von ganz Deutschland gleichmäßig getragen werden.

Wie ist der derzeitige Zustand? Derzeit müssen gerade die Bundesländer, die einen besonders großen Beitrag leisten - beispielsweise aufgrund vieler Windkraftanlagen, ich erinnere: in Brandenburg gibt es 3 300 Anlagen, Ihr Energiekonzept sieht vor, die Anzahl sogar noch zu verdoppeln -, für die Netzentgelte dann auch den höchsten Beitrag zahlen. In Brandenburg sind es derzeit 7,5 Cent je Kilowattstunde, in Hamburg gerade einmal 4,9 Cent. Deswegen fordern wir nichts anderes, als dass die insgesamt in Deutschland entstehenden Netzentgelte gleichmäßig pro Kopf oder nach Wirtschaftsleistung verteilt werden, dass aber eben nicht dort, wo viele Leitungen sind, mehr bezahlt wird.

Nicht nur wir fordern das, sondern Ministerpräsident Woidke hat das auch gefordert und versprochen. Sie können es im Antrag lesen, Ministerpräsident Woidke sagte am 12. Mai:

„Es kann nicht sein, dass die Länder, die am meisten für den Ausbau der Erneuerbaren Energien tun, dafür bestraft werden.“

Und weiter:

„Das trifft jeden Stromkunden und ist ein Standortnachteil für die Wirtschaft.“

Da hat er Recht. Und der Ministerpräsident sagte auch, dass wir, wenn es keine faire Verteilung gibt, prüfen werden, ob wir unsere Ausbauziele einhalten können. Er sagte: Das ist keine Drohung, sondern ein Versprechen. - Deswegen geht es heute auch darum, was ein Versprechen vonseiten der Politik in Brandenburg wert ist. Denn, meine Damen und Herren, die einheitlichen Netzentgelte kommen nicht. Minister Gabriel hat deutlich gemacht, dass er das nicht unterstützt, dass er das nicht weiter vorantreiben wird - zumindest nicht vor der Bundestagswahl. Und danach - das wissen wir - gibt es wieder irgendwelche Verträge. Das kennen wir ja.

Die Voraussetzungen Ihres Versprechens, Herr Ministerpräsident, sind eingetreten - es kommt nämlich nicht zu einheitlichen Netzentgelten, wie wir ab 2017 erwartet haben -, und genau deswegen müssen jetzt die Konsequenzen daraus gezogen werden. Sie haben versprochen, dass die Landesregierung, wenn die einheitlichen Netzentgelte nicht kommen, ihre Ausbauziele, also ihre Energiestrategie, überprüft. Deswegen fordern wir nicht mehr und nicht weniger, als dass Sie Ihre Energiestrategie überprüfen.

Wir sagen in unserem Antrag: Es ist eine Berechnung anzustellen, welche Strompreissteigerungen für Brandenburger Verbraucher und Unternehmer entstehen, und daraus sind bis

30.06. Konsequenzen für die Energiestrategie zu ziehen. - Und das meint nicht eine regelmäßige Überprüfung, wie sie immer wieder einmal durchgeführt wird, sondern soll konkret deshalb erfolgen, weil keine einheitlichen Netzentgelte kommen. Meine Damen und Herren, wir müssen deutlich machen, dass es nicht geht, dass Brandenburg den Ausbau maßlos auf Kosten der Ökologie forciert.

Wir hatten vor dem Saal gerade ein RBB-Interview. Da habe ich, Herr Holzschuher, Ihre Aussage sehr interessiert wahrgenommen, Sie seien auch dagegen, dass Windenergieanlagen in Wäldern gebaut werden. Bemerkenswert!

(Holzschuher [SPD]: Das habe ich nicht gesagt!)

- Das haben Sie im RBB-Interview gesagt. Sie haben dem Moderator gesagt, dass es auch kritisch zu sehen sei, wenn die Windenergiegewinnung im Wald ausgebaut werde. An ihren Taten sollt ihr sie messen!

Sie lehnen hier jeden Antrag ab, der sich gegen Bebauung im Wald richtet. Sie sagen: Wir sehen das in der Entwicklung auch kritisch. - Fakt ist nur: Jeden Antrag hier im Landtag - egal, von wem er kam - zur Einschränkung des Ausbaus oder zumindest auf eine Ausbausepause haben Sie regelmäßig abgelehnt. Und jetzt wundern Sie sich, dass der Strompreis steigt? Das ist ganz klar kausal rückführbar auf die Energiestrategie 2030 der Landesregierung. Das ist ganz offensichtlich, meine Damen und Herren.

(Beifall der Abgeordneten Schülzke [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe] sowie vereinzelt AfD)

Das sagen auch Leute, die Ihnen unverdächtig sind; schauen Sie beispielsweise hier: Presseinformation 50Hertz -

(Der Abgeordnete Vida hält ein Papier hoch.)

wahrlich nicht verdächtig, der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER politisch nahezustehen. Hier ist die Mitteilung der Netzbetreiber eindeutig: Steigerung der Netzentgelte - und, worauf das zurückzuführen ist. Das liegt auch für die Presse aus, füge ich hinzu, weil wir immer Fake News bekommen, daran sei die böse Braunkohle und wer nicht alles schuld. Nein, auch 50Hertz fordert die bundesweite Vereinheitlichung der Übertragungsnetzentgelte - und nicht nur dieses Unternehmen. Die 14 ostdeutschen IHKs fordern in einem im Oktober 2016 an den Wirtschaftsminister gerichteten Papier ebenfalls eine einheitliche Netzentgeltverteilung.

Meine Damen und Herren, die Frage ist: Wie reagieren wir darauf? Wie gehen wir damit um?

Ich kann die Verträge nicht mehr hören. In der gesamten Wahlperiode versprechen Sie nur: Wir werden dem Verbraucher entgegenkommen. - Seit Sie dies versprechen, steigen die Preise.

Der Kausalzusammenhang ist eindeutig. Der in der EEG-Umlage enthaltene Schadensersatz bei Abschaltungen der Anlagen treibt den Strompreis ebenfalls hoch. Wir haben ein Problem in Brandenburg, das die höchsten Strompreise in Europa verursacht. Durch diese horrenden Strompreise, die auch weiter steigen werden, haben unter anderem die kleinen und mittelständischen Unternehmen Brandenburgs einen klaren Wettbewerbs-

nachteil. Wolfgang Krüger, Hauptgeschäftsführer der IHK Cottbus - Klammer auf: auch nicht BVB/FREIE WÄHLER -, warnt vor einer sich abzeichnenden Verdopplung in den nächsten fünf bis acht Jahren, wenn das so weitergeht.

Das kann man doch nicht hinnehmen! Die Frage ist: Wann halten Sie Ihre Versprechen?

(Frau Schade [AfD]: Nie! Wir sind hier in der Politik!)

Sie haben bei der Ablehnung der Volksinitiative gegen die Errichtung von Windkraftanlagen im Wald und auch bezüglich der 10H-Regelung versprochen: Wir werden etwas tun. - An Ihren Ausbauzielen hat sich nichts geändert; es ist weiterhin eine Verdopplung vorgesehen.

Dann haben Sie, als sich die Strompreissteigerung 2016 abzeichnete, versprochen: Wir werden dem entgegenwirken.

Dann haben Sie versprochen: Wir werden bei den Netzentgelten richtig Druck machen. - Auch das kommt nicht.

Und was thematisieren Sie in Ihren Entschließungsanträgen? - Weitere Aufträge, zu verhandeln.

Ich frage Sie, Herr Ministerpräsident: Wann werden Sie Ihr Versprechen einlösen, dass bei nicht einheitlichen Netzentgelten und vor allem bei weiteren Strompreiserhöhungen für Ostdeutschland hier mittels Veränderung der Energiestrategie 2030 die Reißleine gezogen wird? Diese Frage stellt sich, und diejenigen, die das Versprechen gaben, den Menschen hier entgegenzukommen, müssen sich nicht wundern, wenn auch die Frage kommt, wann sie ihr Versprechen einlösen. Das gegebene Wort muss etwas zählen - auch in diesem Bereich. - Vielen Dank.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Holzschuher.

Holzschuher (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Vida, Sie haben ja Gelegenheit, die RBB-Aufzeichnung nachher noch einmal anzusehen. Ich habe natürlich nicht gesagt, dass ich generell gegen den Bau von Windkraftanlagen in Wäldern sei. Es gibt allerdings Akzeptanzprobleme in dem Zusammenhang; das habe ich gesagt. Und es gibt ein Akzeptanzproblem in der Bevölkerung, wenn zahlreiche Windkraftanlagen in der Nähe von Siedlungen errichtet werden. Das wissen wir alle, und mit diesem Akzeptanzproblem müssen wir umgehen. In der Hinsicht sind wir uns nicht einig. Aber wir sind uns absolut einig, dass ein Problem bei der Akzeptanz die grotesk unterschiedlichen Kosten der Stromversorgung sind, die in der Tat maßgeblich durch die unterschiedlichen Netzausbau- sowie die Steuerungs- und Regelungskosten verursacht werden. Wir sind uns einig, dass das ungerecht ist. Wir sind uns auch einig, dass das möglichst schnell angepasst werden muss. Wir brauchen - das sehen wir wie Sie - bundeseinheitliche Netzentgelte, und zwar schnellstmöglich.

(Vereinzelt Beifall SPD - Vida [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Wann? Wann gibt es die?)

Nicht einig sind wir uns aber beim Anlass Ihres konkreten Antrags: dass es eine endgültige Festlegung auf Bundesebene gebe, dass das nicht kommt. Im Gegenteil, Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel hat erst in der letzten Woche im Rahmen einer Konferenz, an der ich teilgenommen habe, ausdrücklich bestätigt, dass er das - so wie ich und Sie - für ungerecht hält und daran festhält, dass es bundeseinheitliche Netzentgelte geben muss.

Es gibt dessen ungeachtet Probleme bei der Umsetzung dieser Erkenntnis; da sind wir uns ebenfalls einig, Probleme, die nicht parteipolitisch begründet sind, sondern klassischerweise auch bei anderen Dingen zwischen verschiedenen Bundesländern auftreten.

Es gibt eine sehr einheitliche Auffassung in Nordrhein-Westfalen, dass man an den derzeitigen unterschiedlichen Netzentgelten festhalten will, weil man dort profitiert, so wie es eine sehr einheitliche Auffassung nicht nur in Brandenburg, nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch in Norddeutschland, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, aber auch in Bayern gibt, dass das ungerecht ist und geändert werden muss. Das liegt eben daran, dass die Profiteure oder diejenigen, die davon Belastungen verspüren, regional unterschiedlich verteilt sind.

Nun geht es darum, diesen klassischen Konflikt zwischen verschiedenen Bundesländern aufzulösen. Da erwarten wir in der Tat von der Bundesregierung schnelle und klare Schritte und gehen davon aus, dass dies noch in diesem Jahr, und zwar - da sind wir relativ optimistisch - noch vor der Bundestagswahl passieren wird.

Ich gebe Ihnen auch Recht - und das hat der Ministerpräsident gesagt; so verstehe ich ihn jedenfalls -, dass, wenn das nicht kommt, die Akzeptanz des Ausbaus der Windenergie weiter schwinden wird. Wir werden uns in der Tat überlegen müssen, wie das noch funktionieren kann, wenn die Menschen vor Ort die Lasten tragen, die teilweise nichts von den finanziellen Vorteilen haben, und die anderen, die den Strom verbrauchen, davon profitieren. Das werden wir auf Dauer nicht dulden können; damit müssen wir umgehen. Derzeit laufen die Debatten auf Bundesebene äußerst intensiv, und deswegen gibt es für Ihren heutigen Antrag keinen Anlass. Unser Entschließungsantrag hingegen wird der aktuellen Debatte gerecht.

Vizepräsident Dombrowski:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Holzschuher (SPD):

Vielen Dank, ich bin am Ende meiner Rede, die Zwischenfrage lasse ich aber noch zu.

Vizepräsident Dombrowski:

Bitte schön.

Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Vielen Dank, sehr großzügig. - Herr Abgeordneter Holzschuher: „Euer Ja sei ein Ja, euer Nein ein Nein.“ Sie haben gerade ausgeführt, dass Sie davon ausgehen, dass sich dieses Jahr etwas tun werde und es keinen Anlass für unseren Antrag gebe. -

Abgesehen davon, dass wir eine 42%ige Steigerung haben - das ist schon ein recht aktueller Anlass! Egal, unterstellen wir, es kommt 2017 nicht zu der von Ihnen jetzt versprochenen Veränderung und der bundeseinheitlichen Regelung der Netzentgelte: Können Sie heute zusagen - quasi in Abwandlung des sozialdemokratischen Versprechens vom letzten Jahr -, dass dann eine nachhaltige Überarbeitung der Energiestrategie 2030 erfolgt - ja oder nein?

Holzschuher (SPD):

Das kann ich Ihnen uneingeschränkt zusagen. Aber das hängt nicht nur mit den Netzentgelten zusammen. Die Überarbeitung findet bereits statt. Selbstverständlich wird man dabei das Akzeptanzproblem intensiv im Blick haben; das ist hier auch mehrfach vom Wirtschaftsminister ausgeführt worden.

Wir beobachten das sehr genau, und wir werden entscheiden müssen, welche Ausbauziele in diesem Land gerade für Windkraftanlagen noch so verträglich sind, dass die Akzeptanz nicht leidet. Das hat auch, aber nicht nur mit den Netzentgelten zu tun, und das Signal an die Bundesebene ist aus unser Sicht insofern sehr deutlich: Die Netzentgelte spielen dabei eine nicht unwesentliche Rolle. Das sollte man berücksichtigen, wenn man die Energiewende zum Erfolg führen will. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Homeyer.

Homeyer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, man kann feststellen: In der Frage bundeseinheitlicher Netzentgelte ist sich das Hohe Haus im Wesentlichen einig. Ich glaube, es geht auch darum, in der jetzt vor uns liegenden Woche, wo noch verhandelt wird, für Brandenburg hier das Beste herauszuholen.

Aber es muss - auch Kollegen Holzschuher - klar sein, dass die Energiewende eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und bleibt. Sie haben es eben so dargestellt, als gebe es hier wie in anderen Politikfeldern auch einmal unterschiedliche Interessen in den Bundesländern. Das gibt es bei vielen kleinen Politikproblemen, keine Frage, aber die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ich glaube, man darf sich bei dieser für unser Land so wichtigen Aufgabe nicht entsolidarisieren lassen.

(Beifall CDU)

Insofern sagen wir glasklar: Gesamtgesellschaftlich bedeutet, dass die gesamte Gesellschaft davon profitieren soll. Das bedeutet aber auch, dass die gesamte Gesellschaft auch die Lasten dafür zu tragen bereit ist.

Die Kosten für den Ausbau der Stromnetze, ihre Instandhaltung, auch für die sogenannten Redispatch-Maßnahmen werden nach wie vor nur regional umgelegt, nämlich dort, wo sie anfallen. Dabei sorgen diese Maßnahmen für das Funktionieren des gesamten Stromnetzes Deutschlands. Das heißt, wir in

Brandenburg tragen eine hohe Verantwortung und auch die Kosten für das Funktionieren des gesamten Stromnetzes Deutschlands. Wir glauben, dass wegen dieser regionalen Kostenverteilung eine große Schieflage in den Netznutzungsentgelten in Deutschland besteht. Am meisten werden ausgerechnet die Verbraucher in den ländlichen Gebieten Brandenburgs zur Kasse gebeten. Die Gründe dafür mögen plausibel, nachvollziehbar sein: steigende Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, der Netzausbau, der in Brandenburg in den letzten zehn Jahren forciert worden ist, eine geringere Bevölkerungsdichte. Von diesen Erklärungen können sich die Brandenburger Bürgerinnen und Bürger aber nichts kaufen. Ich weiß mittlerweile nicht mehr, wie ich den Menschen auf dem Land erklären soll, dass Brandenburg erneuerbare Energien schnell ausbaut, einen Großteil der Bundesrepublik Deutschland mit Strom aus seinen Kohlekraftwerken versorgt - zum Beispiel, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint -, gleichzeitig den Strukturwandel organisiert und dafür dann auch noch die kompletten Kosten tragen soll.

(Beifall CDU sowie vereinzelt AfD)

Ich weiß nicht, Herr Holzschuher, wie Sie das den Menschen in Brandenburg näherbringen wollen. Ich habe ein Problem damit. Wir haben es hier - das ist erkennbar - mit einer himmelschreienden, nicht zu akzeptierenden Ungerechtigkeit zu tun.

Am vergangenen Wochenende, Herr Holzschuher, hat Ihr Bundesparteivorsitzender Sigmar Gabriel vor ca. 300 Parteigenossen in Braunschweig gesagt, mit welchem Slogan die SPD in den Bundestagswahlkampf gehen will: Wenig versprechen - dies aber halten! - Das soll die Maxime Ihres Wahlkampfes sein. Diese Einstellung hätte ich auch gern bei Ihrer Energiepolitik gehabt.

Wir wollen hier unmissverständlich feststellen - ich kenne ja Ihre Attitüde, sich, wenn es eng wird, wegzuducken und zu sagen, die CDU sei schuld, die CDU-Fraktion in NRW sei schuld und wir trügen alle gemeinsam Schuld -, Fakt ist eins: Sigmar Gabriel trägt als Bundeswirtschaftsminister die Verantwortung für die Energiepolitik in Deutschland.

(Beifall CDU und des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Er, Kollege Holzschuher, hat den Gesetzentwurf vorgelegt. Und darin steht unmissverständlich, dass die Netzentgelte bundeseinheitlich angeglichen werden. Das ist erst einmal Fakt.

Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Garrelt Duin kommentierte den Rückzieher seines Parteikollegen Sigmar Gabriel als gute Nachricht für die Verbraucher in Nordrhein-Westfalen. Ich meine: Solidarität sieht anders aus!

(Beifall CDU)

Für Garrelt Duin ist Brandenburg eine Verursacherin, die auch noch am meisten vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitiert. - So wörtlich.

Ich möchte Ihnen einmal ein Beispiel dafür anführen, wie wir „profitieren“: E.ON erzeugt im Windpark Schönwalde SüdOst im Landkreis Dahme-Spreewald Strom. Die Gewinne dieses Windparks fließen zu E.ON nach Essen. Dafür hat der Land-

kreis Dahme-Spreewald einen Windpark. Seine Einwohner können den „schönen Blick“ darauf genießen, und eine vierköpfige Familie in Schönwalde zahlt ungefähr 100 Euro pro Jahr mehr als die Bürgerinnen und Bürger in Essen. Das ist nicht hinnehmbar, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe] sowie vereinzelt AfD)

Herr Holzschuher, da erwarten wir von Ihnen ein bisschen mehr Kampfgeist.

Was das Verursacherprinzip angeht: Mich würde echt einmal interessieren, was der NRW-Wirtschaftsminister sagen würde, wenn man die Kosten für die Entlastung der energieintensiven Industrieunternehmen im Rheinland nur auf die Verbraucherinnen und Verbraucher im Rheinland umlegen würde. Das wäre einmal eine spannende Frage.

Wir fordern von den strukturstarken, dichtbesiedelten Regionen Solidarität ein. Auch sie sollen einen Beitrag für die Netzentgelte leisten. Wir - und zwar als Land, aber auch alle Fraktionen - müssen weiterhin Druck auf die Bundesebene ausüben. Dafür haben wir jetzt noch eine Woche Zeit. Ich weiß - Sie wissen es auch -, es laufen intensive Verhandlungen. Ich hoffe, dass am Ende dieser Verhandlungen, Herr Holzschuher, meine Damen und Herren, nicht herauskommt, dass das Ganze erst einmal vertagt wird - bis nach den Wahlen. Ich hoffe es.

Ich hoffe, dass dabei eine Lösung herauskommt, die akzeptabel ist und die nicht lautet: Wir machen das einmal in kleinen Staffelfungen, so sukzessive, und irgendwann wird dann etwas Positives geschehen. Ich hoffe es.

Ich denke aber auch, gleichzeitig müssen wir uns Gedanken über alternative Lösungswege auf Landesebene machen. Damit meine ich auch: Der Druck muss erhöht werden, auch was die Energiestrategie 2030 anbelangt. So, wie es jetzt ist, kann es nicht weitergehen, dass wir Windausbau in Brandenburg weiterhin forcieren, wir Schneisen in die Wälder schlagen und dort Windräder errichten, ohne dass der Netzausbau finanziert ist. Das alles passt nicht zusammen, meine Damen und Herren. Wir brauchen hier eine konzertierte Aktion des Ministerpräsidenten, ein deutliches Zeichen: Bis hierhin und nicht weiter! Das machen wir nicht länger mit. Entweder gilt in Deutschland, dass wir gemeinsam, solidarisch die Kosten der Energiewende tragen, oder es ist Schluss mit lustig. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU sowie vereinzelt SPD)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Der Abgeordnete Holzschuher hat eine Kurzintervention angekündigt. Bitte schön.

Holzschuher (SPD):

Dazu muss ich noch etwas sagen. Kollege Homeyer, Sie haben mich direkt angesprochen. Sie haben gefragt, was ich denn mache, wie ich das den Bürgern vor Ort erkläre. Ich sage Ihnen: Ich kann es ihnen genauso wenig wie Sie erklären. Deswegen sagen wir: Es ist eine Ungerechtigkeit, dass wir unterschiedliche Netzentgelte haben, die schnellstmöglich aus der Welt geschafft werden muss.

Sie sagen gleichzeitig, wir sollten uns nicht wegducken und hier quasi allein die Verantwortung übernehmen. Ganz so simpel ist es dann aber doch nicht. Sie haben anschließend wieder nur SPD-Leute zitiert, die in Nordrhein-Westfalen aktiv sind. Ich habe hier einen Antrag von CDU und FDP aus dem nordrhein-westfälischen Landtag vorliegen, der darauf gerichtet war, sich dafür einzusetzen, dass es nicht zur Einführung bundesweit einheitlicher Netzentgelte auf Übertragungsebene kommt und die bewährten differenzierten Übertragungsnetzentgelte erhalten bleiben. Das sieht die CDU in Nordrhein-Westfalen ganz genauso.

Und genau das ist das Problem, das ich Ihnen verdeutlichen wollte: Das ist kein parteipolitisches Problem, sondern das ist ein Problem der Regionen, die davon profitieren, und der anderen Regionen, die davon nicht profitieren.

Sie haben einen durchaus interessanten Vorschlag gemacht - den sollte man in der Debatte einmal aufgreifen; das fände ich gut - mit der Frage der Entlastung der Unternehmen, die eine besonders energieintensive Produktion haben, und das Ganze nur regional zu verteilen. Denn in NRW sagt man allen Ernstes, wir profitierten von der Wertschöpfung. Die EEG-Umlage fließt aus Sicht der Nordrhein-Westfalen - wir wissen, dass das nicht so ist - ja ganz überproportional nach Brandenburg. Das halte ich für einen sehr eigenartigen Ansatz. Wenn man das aber konsequent zu Ende denkt - da haben Sie völlig Recht -, dann muss man sagen: Die Wertschöpfung dieser energieintensiven Unternehmen findet ja in NRW statt, und dann können die Leute vor Ort auch überproportional dafür zahlen. Und das wollen wir nicht weiter mittragen.

Das ist ja vielleicht ein Kompromissvorschlag für Gabriel. Das können wir dann einmal aufgreifen. - Danke.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Der Abgeordnete Homeyer möchte nicht entgegen. Okay.

Dann fahren wir in der Aussprache fort. Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abgeordnete Domres. Bitte schön.

Domres (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In das Schwarzer-Peter-Spiel zwischen Herrn Homeyer und dem Kollegen Holzschuher möchte ich mich nicht einmischen. Letztlich verweist auch die CDU häufig darauf, dass der Ministerpräsident eine Richtlinienkompetenz hat. Meines Wissens hat auch die Kanzlerin eine Richtlinienkompetenz. Von daher fand ich die Fokussierung auf Sigmar Gabriel ein bisschen daneben.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Wir haben jetzt hier zum wiederholten Male das Thema Netzausbaukosten und deren Verteilung auf der Tagesordnung. Meine Fraktion und der damalige Wirtschaftsminister haben sich schon in der letzten Legislaturperiode für eine gerechte Lastenverteilung beim Ausbau der Stromnetze eingesetzt. Be-

dauerlicherweise hat in der letzten Legislaturperiode eine Initiative Brandenburgs im Bundesrat keine Mehrheit erhalten. Dabei ging es um die bundesweite Umwälzung der Netzausbaukosten im 110-kV-Bereich.

Brandenburg ist beim Ausbau der erneuerbaren Energien in den Regionen sehr erfolgreich, und so soll es auch bleiben. Dieser Strom aus erneuerbaren Energien muss aber durch entsprechende Leitungen zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern in Brandenburg geleitet werden - häufig auch außerhalb Brandenburgs. Der sich daraus ergebende Netzausbau führt eben zu den unterschiedlichen regionalen Belastungen, weil die Netzausbaukosten im 110-kV-Bereich bisher allein auf die regional angeschlossenen Verbraucherinnen und Verbraucher umgelegt werden.

Am 18. Juni 2015 beschloss die Wirtschaftsministerkonferenz auf eine Initiative des Landes Brandenburg hin, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in seinen Überlegungen berücksichtigen möge, wie die EEG-bedingten Netzbetriebskosten bundesweit gerecht verteilt werden können, weil die regionalen Disparitäten bei den Netzentgelten von den regionalen Endverbrauchern zu tragen sind.

Auch mit diesem Beschluss haben wir uns in Brandenburg auf einem guten Weg zu gerechten Strompreisen gesehen. Leider wird uns anscheinend dieser Weg durch eine Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen möglicherweise durch den Bundeswirtschaftsminister oder - wie wir gestern hören durften - durch die CDU in NRW versperrt.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Die Folgen bekommen die Brandenburgerinnen und Brandenburger weiterhin zu spüren. Der Übertragungsnetzbetreiber 50Hertz in Brandenburg hat für 2017 erhebliche Preiserhöhungen, und zwar von 80 %, angekündigt. Die Netzentgelte machen etwa ein Viertel des Strompreises aus. Die Folge ist: Laut dem Internetportal Verivox bezahlen wir in Brandenburg die höchsten Strompreise. Das ist weder sozial noch gerecht. Im Durchschnitt zahlt eine 3- bis 4-köpfige Familie in Brandenburg 1 180 Euro. Angenommen wurde ein Verbrauch von 4 000 kWh pro Familie. In Bremen dagegen sind es nur 1 054 Euro. Das sind 126 Euro weniger.

Seit Jahren setzt sich die rot-rote Koalition hier in Brandenburg dafür ein, dass diese Nachteile korrigiert werden. Verbraucherinnen und Verbraucher und die Wirtschaft werden in Brandenburg dafür bestraft, dass wir Vorreiter beim Ausbau der erneuerbaren Energien sind. Den Menschen in Brandenburg ist nicht vermittelbar, dass sie die negativen Begleiterscheinungen der Energiewende wie Eingriffe in Landschafts- und Kulturräume tragen müssen, die finanziellen Vorteile jedoch überwiegend in den alten Bundesländern ankommen. Dies belastet die Akzeptanz der Energiewende.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, fraktionsübergreifend eint uns das Ziel, gegen die wachsenden regionalen Unterschiede im Netzentgelt in Höhe und Struktur politisch anzugehen. Der Landtag erwartet von der Bundesregierung, dass die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass die Kosten der Energiewende in den Netzentgelten auf Dauer fair und gerecht verteilt werden ...

Vizepräsident Dombrowski:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Domres (DIE LINKE):

... und dabei die Interessen der privaten Verbraucherinnen und Verbraucher und der Unternehmen im Auge behalten werden. Und das zu Recht. - Ja.

Vizepräsident Dombrowski:

Bitte schön.

Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Herr Abgeordneter Domres, Gegenstand des Tagesordnungspunktes sind nicht Bekenntnisrituale zu einer einheitlichen Netzentgeltverteilung. Ich glaube, da sind wir uns einig. Es geht vielmehr darum: Was geschieht, wenn es nicht zu den einheitlichen Netzentgelten kommt? Sind Sie als Linksfraktion oder als Sprecher für die Linksfraktion dann bereit, auch vom Energiekonzept 2030 abzuweichen? Darum geht es.

Deswegen bitte ich Sie, auch darauf eine Antwort zu geben: Sind Sie, wenn es nicht zu einheitlichen Netzentgelten kommt, bereit, die Ausbauziele im Bereich der Windkraft neu zu justieren, also abzuspecken?

Domres (DIE LINKE):

Darauf würde ich gern mit drei Punkten antworten, Herr Vida. Erstens: Die Fortschreibung der Energiestrategie haben wir auf dem Plan. Wir sind dabei.

Zweitens: Ich glaube, man braucht in der Politik einen langen Atem. Ich kann mich erinnern, dass wir zum Beispiel sehr lange für die FREIEHEID gestritten haben. Da gab es den ehemaligen Parlamentarischen Geschäftsführer Christoph Schulze. Der hat mir hier im Plenum einmal gesagt: Herr Domres, wissen Sie, Parteitagebeschlüsse sind das eine, das reale Leben ist das andere. - Und er hat Anträge zur FREIENHEID abgelehnt.

Drittens: Es gab dann auch einmal das Thema Rüstungsaltslasten. Wir haben über Jahre fraktionsübergreifend darüber gestritten, wie wir zum Beispiel die Kosten für die Bombenräumung in Oranienburg vom Bund übernehmen lassen könnten.

(Vida [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Sie zahlen jetzt den Strompreis!)

Deswegen sage ich: Jetzt haben wir noch keine Kostenübernahme, und deswegen glaube ich, dass wir einen langen Atem brauchen. Ich bin davon überzeugt, dass wir eine solidarische Netzzumlage hinbekommen werden.

Nicht zielführend ist es, von der Landesregierung zu fordern, dass sie die Mehrbelastungen für die Jahre 2017 bis 2030 zwischen der Preisentwicklung bei bundesweit einheitlichen Netzentgelten einerseits und den tatsächlich bestehenden Netzentgeltverteilungen andererseits ermitteln soll. Das können wahrscheinlich nicht einmal wissenschaftliche Institute.

Auch die Forderung nach der Berücksichtigung der Ausbaukosten bzw. der damit verbundenen Netzentgelte bei der Ener-

giestrategie 2030 ist nicht neu. Bereits jetzt kann man im Kapitel 4.1.1. - Grundsätze der Energiestrategie 2030 - nachlesen, dass es bereits Ziel der Landesregierung ist, dass die mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien verbundenen Kosten - zum Beispiel für den erforderlichen Netzausbau - bundesweit getragen werden müssen.

Weiter heißt es dort:

„Eine Mehrbelastung der Bevölkerung in Regionen, aus denen regenerativer Strom exportiert wird, widerstrebt zudem dem Ziel der Landesregierung, eine gesellschaftlich akzeptierte Energiepolitik zu verfolgen.“

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Lyrik!)

Ein entsprechender Handlungsauftrag muss also nicht neu beschlossen werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, setzen wir uns gemeinsam auf unterschiedlichen Ebenen für eine faire Lastenverteilung der gesellschaftlich notwendigen Energiewende ein! Sie von den Grünen haben ja die Möglichkeit, diesbezüglich auf Baden-Württemberg und NRW einzuwirken.

Der Beitrag meiner Partei besteht darin, dass in der nächsten Woche im Deutschen Bundestag ein entsprechender Antrag der Linksfraktion zur solidarischen Gestaltung der Netzentgelte zur Abstimmung steht. Wir sind gespannt, wie sich die Brandenburger Bundestagsabgeordneten bei der Abstimmung verhalten werden. Vielleicht können ja die Bundestagsabgeordneten von SPD und CDU über ihren Schatten springen. Das wäre gut für Brandenburg. Und natürlich werden wir unsere Landesregierung bei ihren Bestrebungen und Bemühungen weiter unterstützen. - Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Schröder.

Schröder (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Die AfD-Fraktion begrüßt es, dass die FREIEN WÄHLER das Energiethema und die Auswüchse dieser Energiepolitik, wie wir sie erleben können, wieder auf die Tagesordnung des Plenums gebracht haben.

Das haben wir ja von Anfang an getan, und ich habe auch mehrfach auf den unsozialen bzw. ungerechten Aspekt dieser Energiewende hingewiesen. Wir haben in der Tat viele Male im Plenum darüber gesprochen, und wir haben immer wieder aufgezeigt, dass die Energiewende kein funktionierendes Konzept hat. Wir sehen das ja am Netzausbau.

Meine Damen und Herren, der Bundesrechnungshof sagt zur Energiewende:

„Das Bundeswirtschaftsministerium hat keinen Überblick über die finanziellen Auswirkungen der Energiewende.“

(Beifall AfD)

Genauso wenig hat ihn die Landesregierung.

Wir haben schon immer verlangt, dass die Kosten transparent gemacht und dass sie vor allem gesenkt werden, dass Gerechtigkeit geschaffen wird.

In unserem Antrag „Kostentransparenz der Energiewende“ haben wir die Berechnung aller Kosten gefordert, wie es letztlich jetzt auch hier gefordert wird. Damals lagen die Kosten bei prognostizierten 270 Euro pro Haushalt pro Jahr. Aktuelle Prognosen gehen von 352 Euro pro Haushalt aus - Tendenz stark steigend.

Allein für Netzeingriffe aufgrund von Schwankungen bei der Erzeugung von Wind- und Sonnenstrom waren 2015 1 Milliarde Euro fällig. Für 2016 sind 1,5 Milliarden Euro prognostiziert. Zwei der größten Netzbetreiber, nämlich 50Hertz und TenneT, haben eine Erhöhung der Netzentgelte von 45 bzw. sogar 80 % angekündigt.

Ich erinnere daran: Der Grünenpolitiker Jürgen Trittin hatte gesagt, dass die Energiewende insgesamt nicht mehr als eine Kugel Eis im Monat kosten werde - damit war der Verbraucher gemeint. Damit hat er sich um das Zifache verrechnet.

An dieser krassen Fehlprognose erkennt man, dass die Energiewende längst aus dem Ruder gelaufen ist. Daran erkennt man aber auch, dass von Anfang an eine durchdachte Konzeption fehlte. Man hat schlichtweg aktionistisch ins Blaue hinein gehandelt - ohne Plan, ohne Prognosen, ohne belastbare Berechnungen. Die Zeche für diese kopflose Umgestaltung der Energiepolitik zahlen nun die Verbraucherinnen und Verbraucher - und das, meine Damen und Herren, ausnahmslos.

Da die Subventionierung bzw. Abrechnung der Kosten der Energiewende über die Stromrechnung erfolgt, trifft sie überproportional die einkommensschwachen Haushalte. Damit wird die Grundversorgung verteuert, was vor allem Geringverdiener belastet - ein Indiz dafür, dass die Energiewende zumindest unsozial ist.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, wir haben deshalb schon früher gefordert, dass die Subvention über Steuergelder erfolgt, sodass die Haushalte mit geringeren Einkünften entlastet werden. Das wäre auch rechtssystematisch der richtige Weg.

(Beifall AfD)

Hierfür will sich die Landesregierung jedoch nicht einsetzen. Ganz im Gegenteil, sie will wider besseres Wissen an ihrer unsozialen und ungerechten Energiestrategie zunächst festhalten, bzw. sie kann hier im Bund nichts erreichen. Die herrschende Politik interessiert sich nicht dafür, dass es einzelne Unternehmen sind, die ihre Gewinne risikolos einstreichen, und dass die betroffenen Gemeinden und Bürger vor Ort immer leer ausgehen. Sie müssen ungefragt den gesundheitsgefährdenden Infraschall, die Zerstörung der Landschaft und die Sicherheitsrisiken, die wir jüngst feststellen konnten, in Kauf nehmen. Nutznießer sind dabei - wie gesagt - andere.

Sie, Herr Ministerpräsident Woidke, verspüren in dieser Sache doch schon seit langem ein Unbehagen. Sie haben hier im Plenum richtig gesagt, dass die Energiewende kein Exportschlager

sei, und Sie haben Recht: Warum sollten sich andere Länder auf eine derartige Vernichtung von Volksvermögen einlassen?

(Vereinzelt Beifall AfD)

Weiterhin wollten Sie, Herr Ministerpräsident, auf die Bremse treten. Der „Märkischen Allgemeinen“ haben Sie erklärt - und das wurde heute schon betont -, dass die Energiewende jeden Stromkunden treffe und dies einen Standortnachteil für die Wirtschaft bedeute.

(Beifall des Abgeordneten Jung [AfD])

Auch da haben Sie Recht. Die Landesregierung riskiert mit dem Ausbau der Windenergie- und Solaranlagen die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Brandenburg. Schon jetzt investieren energieintensive Industrien nicht mehr in großem Umfang in Deutschland. Das haben wir heute schon des Öfteren gehört.

Die Landesregierung wollte sich beim Bund dafür einsetzen, dass die Lasten bei der Verstromung von regenerativen Energieträgern gleichmäßig verteilt werden. Der exzessive Ausbau der Windkraftanlagen hat dazu geführt, dass Brandenburg die höchsten Kosten bei den Netzentgelten aufweist. Die Landesregierung und Wirtschaftsminister Gerber haben immer darauf hingewiesen, dass Ende 2016 Verhandlungen auf Bundesebene erfolgen sollten. Nun hat Bundeswirtschaftsminister Gabriel diesem Anliegen eine Absage erteilt. Die Landesregierung kann nun nicht mehr anderen die Verantwortung für ihre Energiewende zuschieben. Hieraus muss die Konsequenz gezogen werden, den Ausbau sofort zu stoppen. Das ist ein soziales Gebot. Wir können die Bürger nicht weiter für eine unsoziale Energiewende zur Kasse bitten.

Wir nehmen Ministerpräsidenten Woidke beim Wort, der sagt:

„Wenn es keine faire Verteilung der Kosten gibt, werden wir prüfen, ob wir unsere Ausbauziele noch einhalten können.“

Ich hoffe, Herr Ministerpräsident, dass Sie schnell prüfen und zum richtigen Ergebnis - zu einem Ausbaustopp - kommen, und zwar so lange, bis eine neue, realistische Energiestrategie für Brandenburg einschließlich einer gerechten Lastenverteilung vorliegt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete Schinowsky. Bitte schön.

Frau Schinowsky (B90/GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Damen und Herren! Ich habe während des Beitrags meines Vorredners gerade so viele Stichworte mitgeschrieben, auf die ich hätte eingehen müssen, dass das jetzt gar nicht möglich ist.

(Schröder [AfD]: Dann lassen Sie es!)

Um nur eins aufzugreifen: Sie reden immer von der „unsozialen“ Energiewende. Ich sage Ihnen, was unsozial ist: Die Aus-

wirkungen des Klimawandels treffen in erster Linie nicht uns, sondern die Länder der Dritten Welt und die sozial Schwachen. Die werden weggeschwemmt, und das ignorieren Sie einfach!

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD und DIE LINKE - Frau Schade [AfD]: Wir Brandenburger retten die Welt! - Weitere Zurufe von der AfD)

Selbstverständlich haben wir schwierige Fragen zu klären, zum Beispiel wie man die Energiewende in Deutschland organisiert, wie man sie sozial gerecht organisiert. Mit diesen Fragen müssen wir uns auseinandersetzen, aber wir werden sie nicht dadurch beantworten, dass wir die großen Zusammenhänge ausblenden und negieren. Das hilft uns nicht weiter.

(Beifall B90/GRÜNE)

Es ist unbestritten: Die hohen Stromkosten und dabei insbesondere die ungerecht verteilten Netznutzungsentgelte belasten uns in Brandenburg massiv. Unsere Fraktion hatte zu diesem Problem gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Bundesländern und Bayern bereits 2014 eine Studie in Auftrag gegeben, in der die Forderung nach der Vereinheitlichung der Netznutzungsentgelte erhoben wurde. Gut, dass wir uns darüber in diesem Hause einig sind.

Schauen wir uns aber noch einmal genauer an, was die Kostenfaktoren bzw. Kostentreiber bei den Netznutzungsentgelten sind: Im Rahmen der Studie ergaben sich vier Hauptursachen. Eine davon ist die Besiedlungs- und Verbrauchsdichte - dazu wurde schon einiges gesagt -: Je weniger Menschen an einem Ort leben, desto höher sind die Kosten aufgrund der geringeren Verteilung. Das ist das zentrale Problem.

Auch das Thema Anschlusskosten für erneuerbare Energien wurde herausgearbeitet, wobei ich gleich dazusage: Dass die Ausbaukosten für erneuerbare Energien ein Kostenfaktor - aber nicht der einzige - sind, zeigt ein Blick nach Sachsen. Obwohl Sachsen mit dem Ausbau erneuerbarer Energien nicht ansatzweise so weit ist, gibt es dort ähnlich hohe Netznutzungsentgelte wie hier. Darüber muss man einmal nachdenken. Deshalb ist es nicht in Ordnung, die Kosten allein mit den erneuerbaren Energien zu begründen. Das gehört auch zur Wahrheit.

Die dritte Ursache liegt in den sogenannten Redispatch-Kosten, die bei Netzengpässen entstehen. Immer, wenn zu viel Strom im Netz ist und deswegen Anlagen abgeschaltet werden müssen, haben die Betreiber das Recht auf eine entsprechende Entschädigung. Da Braunkohlekraftwerke eben nicht flexibel genug sind, herauf- und heruntergeregelt zu werden, werden in der Regel die Windkraftanlagen abgeschaltet. Auch die dadurch entstehenden Kosten werden auf die Netzentgelte umgelegt. Darauf komme ich gleich zurück.

Die vierte Ursache - auch nicht zu vergessen - ist eine historische: die Kosten aufgrund der Wiedervereinigung. Die DDR-Netze mussten erneuert werden - ich glaube, darüber besteht Einigkeit. Die Gefahr von technischen Problemen wäre deutlich größer, wenn da nichts geschehen wäre.

Vor diesem Hintergrund sollten wir uns aber nicht nur mit ganzer Kraft für bundeseinheitliche Netzentgelte einsetzen, sondern auch andere Möglichkeiten der Kostensenkung ins Auge fassen. Der Umbau der Energieversorgung und die Abkehr von

der unflexiblen Kohle hat auch zur Folge, dass die Einspeisung aus erneuerbaren Energien weniger kostenpflichtig gedrosselt werden muss, womit auch weniger Bedarf an einem weiteren Netzausbau bestünde.

(Beifall B90/GRÜNE - Vogel [B90/GRÜNE]: Genau!)

Je weniger Verbraucherinnen und Verbraucher von den Netznutzungsentgelten befreit werden, desto geringer wird die Umlage. Die Infrastrukturkosten sollten von allen Nutzern und nicht überproportional von den Kleinverbrauchern getragen werden. Aktuell gibt es sehr viele Befreiungstatbestände und Reduzierungsmöglichkeiten für Gewerbe. Ich bin nicht der Meinung, dass sie alle abgeschafft werden sollten, aber sie gehören auf den Prüfstand, um die Kosten gerecht zu verteilen.

(Beifall B90/GRÜNE)

Nächstes Thema: Mindestrendite. Die Mindestrendite wurde von der Bundesebene gesenkt, ist aber immer noch verhältnismäßig hoch. Je deutlicher die Bundesregierung die den Netzmonopolisten zugesagte Mindestrendite reduziert und je konsequenter und transparenter die Bundesnetzagentur die Verwendung der Entgelte kontrolliert, desto sparsamer wird gewirtschaftet - das ist auch eine wichtige Stellschraube. Nicht zuletzt braucht man weniger Netzausbau und hat dementsprechend weniger Kosten, wenn man effizienter und energiesparender arbeitet.

Ich will kurz auf die Äußerungen der Kollegen zurückkommen. Es gibt hier die Forderung nach einem Moratorium für Windenergie bzw. nach einem Ausbaustopp für Windenergieanlagen, und zwar immer mit der Begründung, dass es die hiesige Wirtschaft belastet, dass man so hohe Energiekosten hat. Aber das bedeutet auch: Solange es keine Neuregelung gibt, dürfen keine Windenergieanlagen gebaut werden. Damit haut man einer ganzen Wirtschaftsbranche, nämlich der Windbranche, volle Breitseite in die Kniekehlen. Das ist nicht in Ordnung; das darf man nicht gegeneinanderstellen. Wir müssen die Stellschrauben - ich habe einige davon genannt - jetzt nutzen, um die Kosten zu senken, und uns gemeinsam so schnell wie möglich für bundeseinheitliche Netzentgelte einsetzen. - Danke schön.

(Petke [CDU]: Wunschdenken!)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung spricht Minister Gerber.

Minister für Wirtschaft und Energie Gerber:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wie Sie wissen, haben sich der Ministerpräsident und ich seit vielen Jahren und auch im vergangenen Jahr gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Bundesländern in verschiedenen Gremien stets für eine gerechte Verteilung der Kosten der Energiewende eingesetzt.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Insbesondere haben wir uns für eine Entlastung der ostdeutschen Bundesländer im Bereich der Netzentgelte für Übertragungsnetze eingesetzt. Zuletzt ist dies im Dezember im Zuge der Diskussion über den Gesetzentwurf mit einem Schreiben

des Ministerpräsidenten an Bundesminister Altmaier und Bundesminister Gabriel geschehen. Unser Versprechen, uns für einheitliche Netzentgelte einzusetzen, halten wir also. Wir alle wissen aber, dass es dabei um ein Bundesgesetz geht. Wir haben in der nächsten Woche eine neue Runde im Kabinett, wenn ich das richtig sehe, und sollten bis dahin alle gemeinsam die Möglichkeiten nutzen, die wir noch haben. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier geht es nicht um eine Kleinigkeit. Die Energiewende ist ein gesamtdeutsches Thema; daher brauchen wir einheitliche und solidarische Regelungen bei der Verteilung der Kosten. So, wie es ist, darf es nicht bleiben; es ist unerträglich. Da teile ich das, was hier gesagt worden ist. Es ist ein nationales Thema und keine wie auch immer geartete regionale Folklore.

Aus guten Gründen, meine Damen und Herren, zahlt ein Brandenburger Bürger mit 2 000 Euro Einkommen genauso viel Einkommensteuer wie ein Bürger in Bayern mit demselben Einkommen. Und aus gutem Grunde zahlt ein Brandenburger, wenn er sich eine Bockwurst kauft, darauf genauso viel Mehrwertsteuer wie ein Bayer. Solche Dinge können nur bundeseinheitlich geregelt werden.

(Petke [CDU]: Aber in Bayern gibt es nicht so viel Schulausfall! - Lakenmacher [CDU]: In Bayern gibt's Weißwurst!)

Die aktuelle Spreizung bei den Netzentgelten ist enorm. Die aktuelle Kurzanalyse der Agora Energiewende zur Entwicklung der Stromnetzentgelte für das Jahr 2017 zeigt, dass eine Familie in Nordbrandenburg, die 3 500 kWh Strom verbraucht, 416 Euro, eine Familie in Bremen 196 Euro Netzentgelte pro Jahr zahlt.

Bei Gewerbetreibenden mit höherem Stromverbrauch werden die Unterschiede noch deutlicher. Eine Bäckerei mit 80 000 kWh Stromverbrauch pro Jahr zahlt in Bremen knapp 3 000 Euro, in der Uckermark dagegen knapp 8 000 Euro für die Netznutzung. Ein Haushaltskunde im Gebiet der E.DIS AG in Ostdeutschland zahlt 7 Cent je Kilowattstunde mehr als ein Haushaltskunde in Düsseldorf. Bei Industriekunden ist es noch gravierender. Damit wird der Wettbewerb in der Wirtschaft in Deutschland verzerrt. Ein Stahlwerk in Brandenburg mit 500 000 MWh Stromverbrauch zahlt 10 Millionen Euro, während im Netzgebiet von Amprion im Westen nur die Hälfte anfällt. Das macht einen Unterschied von 5 Millionen Euro aus. Das ist ein ganz schön dicker Batzen, auch für größere Unternehmen. Das sind gute Gründe, sich für eine einheitliche Kostenverteilung einzusetzen.

Wir brauchen - das ist in einigen Anträgen gefordert worden - auch keine weiteren Berechnungen. Ein weiterer Mehrwert ergibt sich daraus nicht; die Zahlen sind vorhanden. Was die Energiestrategie 2030 betrifft: Sie und der zugehörige strategische Maßnahmenkatalog werden derzeit evaluiert - das haben wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen. Eine Evaluation ist aber auch notwendig, weil es in den letzten Jahren umfangreiche Gesetzesänderungen im Energiebereich gegeben hat und wir uns dem Rechtsrahmen anpassen müssen.

Seit September läuft hierzu eine umfangreiche Szenarienanalyse, die sich mit der Entwicklung aller Energieträger - das muss man im Kontext sehen - auseinandersetzt und einen Ausblick auf die Entwicklung bis ins Jahr 2030 gibt. Wenn das abge-

schlossen ist, meine Damen und Herren, werden wir in enger Abstimmung mit der interministeriellen Arbeitsgruppe einen ersten Entwurf einer aktualisierten Strategie vorlegen und einen neuen Maßnahmenkatalog erarbeiten, der dann hier besprochen werden wird. Vor diesem Hintergrund sehe ich auch keine Notwendigkeit einer weiteren Analyse. Den Entschließungsantrag der Koalition unterstütze ich natürlich. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die BVB/FREIE WÄHLER Gruppe erhält noch einmal der Abgeordnete Vida das Wort.

Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Es geht heute nicht darum, wer seine Unterschrift darunter setzen will, dass man weniger zahlt, sondern es geht darum: Was passiert in Brandenburg, wenn es nicht zu einer einheitlichen Verteilung der Netzentgelte kommt? Dass alle hier dafür sind, dass Brandenburg weniger zahlt, möchte ja wohl sein. Auch ich unterschreibe das, ich bin auch für den Frieden, Herr Minister, und ich bin wie jeder hier für einheitliche Netzentgelte. Die Frage ist nur: Was passiert, wenn es nicht dazu kommt?

Ministerpräsident Woidke hat versprochen, dass in diesem Fall die Ausbauziele überdacht werden und die Energiestrategie überarbeitet wird. Auf dieses Versprechen wollen wir Sie festnageln: dass, wenn es nicht dazu kommt - und es kommt nicht dazu, wie wir sehen -, eine Überarbeitung erfolgt. Natürlich gibt es einen Zusammenhang zwischen steigenden Netzentgelten und dem Umstand, dass die Steigerung in Brandenburg besonders intensiv ist, weil wir besonders viele Windkraftanlagen haben. Der Punkt ist also nicht nur, dass die Verteilung uneinheitlich ist. Denn wäre sie uneinheitlich und hätten wir keine Anlagen, würden wir auch nicht mehr zahlen. Aber wir haben gemessen an der Bevölkerungsdichte überproportional viele Anlagen - die meisten in Deutschland. Das ist einer der Gründe. Deswegen reicht es nicht, rituelle Bekenntnisse wie „Ich bin für einheitliche Netzentgelte“ abzulegen,

(Beifall des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

sondern man muss auch sagen können: „Ich bin für eine Überarbeitung der Energiestrategie“.

Im Übrigen haben Sie schon 2016 einheitliche Netzentgelte versprochen. Dann sagten Sie, Sie würden sich dafür einsetzen, dass sie 2017 kommen. Und jetzt sagen Sie, Sie würden versprechen, dass sie bis zum Ende des Jahres 2017 kommen. Erklären Sie uns bitte, mit welchen neuen Argumenten Sie Ihre Kollegen jetzt überzeugen wollen. Sie haben es bisher nicht geschafft. Was hat sich geändert? - Ich sehe da schwarz; ich bin pessimistisch, dass Sie das hinbekommen. Deswegen müssen Sie eine Antwort darauf finden, was passiert, wenn Sie das Versprechen erneut nicht einlösen können.

Im Übrigen hat der Bundesrechnungshof erst vor wenigen Tagen in seiner Analyse mitgeteilt, es gebe keine organisatorische Umsetzung der Energiewende. Elementare Fragen wie „Was

kostet die Energiewende?“ „Wie viel ist sie uns wert?“ würden nicht gestellt, das Bundeswirtschaftsministerium habe keinen Überblick. - Alles Zitate aus dem Bericht des Bundesrechnungshofs - wahrlich keine Institution, die uns nahesteht.

Der Preis steigt jetzt. Wir zahlen jetzt die erhöhten Preise. Wir zahlen 2017, 2018 usw. usf. Deswegen sind Vertröstungen hier absolut unangebracht. Es sind jetzt schon die höchsten Deutschlands und Europas. Die Frage ist: Was passiert, wenn wir die Einheitlichkeit nicht hinbekommen? Ich habe heute gehört: Na ja, wir sind dabei. Wir verhandeln. Wir machen und wir tun.

Deswegen ist es eben nicht so, wie Herr Gabriel sagt, wir versprechen wenig und halten viel, sondern auch dieses Thema droht, wieder im „Mutter-Slogan“ aller sozialdemokratischen Evergreens zu enden: versprochen - gebrochen. - Vielen Dank.

(Beifall des Abgeordneten Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe] - Frau Geywitz [SPD]: Das ist jetzt doch ein bisschen billig!)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Ich schließe die Aussprache, und wir kommen zu den Abstimmungen.

Ich rufe den Antrag auf Drucksache 6/5830 der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER „Ministerpräsident Woidke beim Wort nehmen - Energiestrategie Brandenburgs ändern - Auf steigende Netzentgelte und höchsten Strompreis reagieren“, auf. - Ich darf Sie fragen: Wer möchte diesem Antrag zustimmen? - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Entschließungsantrag der AfD-Fraktion - ohne eigenen Titel -, Drucksache 6/5872, auf. - Ich darf Sie fragen: Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Bei drei Enthaltungen ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

Ich rufe den Entschließungsantrag, der CDU-Fraktion mit dem Titel „Energiewende ohne Grenzen: Faire Lastenverteilung in Ost und West“, Drucksache 6/5876, auf. - Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Bei einigen Enthaltungen ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE LINKE mit dem Titel „Energiewendebedingte Netzausbaukosten auf alle Stromverbraucher in Deutschland gleich verteilen“, Drucksache 6/5878, auf. - Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Bei einigen Enthaltungen und einer Gegenstimme ist dieser Entschließungsantrag angenommen.

Ich rufe zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Titel „Kosten für den Netzausbau durch bundesweit einheitliches Netzentgelt regional fair verteilen“, Drucksache 6/5881, auf. - Wer stimmt dem Antrag zu? - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 5. Bevor ich Tagesordnungspunkt 6 aufrufe, begrüße ich auf der Besuchertribüne Schülerinnen und Schüler der Käthe-Kollwitz-Oberschule Potsdam, die schon seit einer guten halben Stunde zuhören. Herzlich willkommen im Landtag Brandenburg!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Kündigung des Rundfunkstaatsvertrages

Antrag
der Fraktion der AfD

Drucksache 6/5817

Die Aussprache wird vom Abgeordneten Kalbitz von der AfD-Fraktion eröffnet. Bitte schön.

Kalbitz (AfD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Der öffentlich-rechtliche Rundfunk Deutschlands muss auf den Prüfstand. Die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten betreiben 22 Fernsehkanäle und 67 Radioprogramme. Das sind pro Bundesland im Schnitt etwa sechs Kanäle und Radioprogramme. Das Internetangebot ist hier noch gar nicht eingerechnet.

Ein normales Jahr hat 525 600 Minuten. Im Jahr 2012 verzeichneten wir 10,2 Millionen Fernsehminuten der öffentlich-rechtlichen Sender - wohlgernekt ohne die Privaten. Das entspricht 19 Fernsehjahren, um es einmal plastisch zu machen. Wenn ich alles sehen will, was die öffentlich-rechtlichen Sender über das Jahr ausstrahlen, brauche ich 19 Fernseher, die das ganze Jahr rund um die Uhr laufen. Die Zahlen sind nicht von uns. Die hat der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen ausgerechnet.

Artikel 5 Grundgesetz sichert die Existenzberechtigung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die ARD schreibt, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit seinen Programmangeboten „zur Information, Bildung, Beratung, Kultur und Unterhaltung einen Beitrag zur Sicherung der Meinungsvielfalt und somit zur öffentlichen Meinungsbildung“ leisten soll.

Es geht um eine mediale Grundversorgung. Es gehört zu den Defiziten der Rechtsprechung, dass der zentrale Begriff der Grundversorgung selbst allerdings weitgehend ungeklärt bleibt. Auch der Gesetzgeber hat es - ich sage nicht wohlweislich - offensichtlich vermieden, den Begriff der Grundversorgung näher zu definieren.

Man hat es dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk überlassen, diesen Begriff zu definieren. Die ARD schreibt hierzu:

„Grundversorgung meint, dass ein flächendeckender Empfang von Rundfunk für die Allgemeinheit genauso gewährleistet sein muss wie ein vielfältiges Programmangebot.“

Selbst wenn man die ARD-Definition anwendet, bleibt immer noch die Frage, ob man für die Grundversorgung einen öffent-

lich-rechtlichen Rundfunk in seiner jetzigen Form im Sinne des aktuell bestehenden Programmangebotes und des Finanzierungsmodells - darum geht es letztendlich - benötigt.

Die technischen Gründe, mit denen einst das System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gerechtfertigt wurde, sind heutzutage weitgehend verblasst. Die Zahl der Programmkanäle ist technologisch bedingt stark angestiegen, und die Eintrittskosten für neue Programmanbieter sind rapide gesunken. Dazu kommt die verstärkte Nutzung des Internets als „Informationsendmedium“.

Seit 1988 hat sich zum Beispiel die Zahl der frei empfangbaren TV-Sender in Deutschland von unter zehn auf über 80 erhöht. Angesichts dieser auch technologischen Entwicklung gibt es kaum noch Gründe, warum der Rundfunkmarkt wesentlich anders als der Zeitungsmarkt organisiert sein sollte, der bereits jetzt durch ein breites privates Angebot und Subskriptionsmodelle gekennzeichnet ist.

Der Marktanteil von ARD, ZDF und den dritten Programmen, die vor Einführung des Privatfernsehens 1984 den Markt allein beherrschten, lag 2013 nur noch bei 38 %. Das bedeutet: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk verliert nicht nur Marktanteile an private Programme, sondern er verliert auch durch das Internet insgesamt an Bedeutung.

Zu dem massiven technischen Fortschritt, der das aktuelle System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks infrage stellt, tritt als Nebenaspekt auch noch der Vertrauensverlust der Bürger in die Medien im Allgemeinen und in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Speziellen.

Bevor Geschrei beginnt - AfD und Fake News -, erinnere ich an eine Studie des Bayerischen Rundfunks, die vielleicht nicht zu dem Ergebnis kam, das sich der Bayerische Rundfunk gern gewünscht hätte, in der aber genau dieser Vertrauensverlust empirisch nachgewiesen wurde. Nach Ansicht vieler Bürger fehlen der Berichterstattung inzwischen oft die journalistische Unabhängigkeit und eine ausgewogene gründliche Recherche.

Wir kennen das auch von den Printmedien: Früher konnte man eine klare Trennung zwischen dem Beitrag selbst und dem Kommentar finden. Das ist jetzt - ich sage nicht: nie - nicht immer der Fall.

Die Berichterstattung der Medien und viele Wahrnehmungen der Bürger klaffen zunehmend auseinander. Auf die BR-Studie - es gibt auch noch andere - habe ich bereits verwiesen.

Die Sendeanstalten des öffentlichen Rundfunks reagieren wie? Entweder gar nicht oder durch eine maximale Ausdehnung des Angebotes. Problematisch ist, dass die Gesetzgebung seit Jahren der medialen und technischen Realität - den Bezug zum Internet habe ich bereits erwähnt - hinterherhinkt.

Die öffentlich-rechtlichen Sender nutzen dieses gesetzgeberische Vakuum. Es werden finanzierte - wohlgeordnet gebührenfinanzierte - Gutachten in Auftrag gegeben, die dann die Grundlage für Rundfunkstaatsverträge und auch Urteile der zuständigen Richter sind. Wir wissen: Der „Haus- und Hofgutachter“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist Prof. Dr. Paul Kirchhof. Sein Gutachten über die Finanzierung bildete die Grundlage des 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrages.

In diesem Staatsvertrag wurde festgelegt, dass für jede Wohnung und deren Inhaber ein sogenannter Rundfunkbeitrag - wohlgeordnet nicht pro Inhaber, sondern pro Wohnung - in Höhe von 17,50 Euro pro Monat für die Öffentlich-Rechtlichen erhoben wird, egal, ob er das Angebot nutzt oder nicht.

Die Bürger haben nach unserer Verfassung - und das ist auch gut so - ein Recht auf Informationsfreiheit. Sie haben aber auch das Recht, sich vor aufgedrängter Information zu schützen bzw. Informationsangebote nicht zu nutzen. Ein Nichtnutzer muss sich von der Rundfunkabgabe befreien lassen können, sonst ist sein Recht auf negative Informationsfreiheit verletzt.

(Beifall AfD - Frau Mächtig [DIE LINKE]: Überlegen Sie doch erst einmal, bevor Sie reden! - Zuruf von der SPD: Wie will man das kontrollieren?)

- Lassen Sie mich doch einfach weiterreden. Sie empören sich immer so. Ich freue mich ja, dass Sie so ein bisschen Schwung in die Debatte bringen. Sie leisten aber keinen Beitrag zu einer sachlichen Klärung. Das geht immer so nach dem Motto: Den Rundfunkstaatsvertrag, das GEZ-System - ich nenne das einmal GEZ -, wie wir es haben, hält in ihrem Lauf weder Ochs noch Esel auf.

(Bretz [CDU]: Oh! Oh!)

Dass Ihre Truppe aus Salonbolschewisten und Kaffeehausrevolutionären -

(Beifall AfD)

überhaupt nichts dazu beiträgt, irgendwelche produktiven Lösungsansätze zu finden, wissen wir ja inzwischen.

(Frau Dannenberg [DIE LINKE]: Weiter! Weiter! Regen Sie sich nur noch mehr auf!)

- Ich mache doch weiter. Ich kann nicht schneller reden, sonst versteht mich kein Mensch mehr. Empören Sie sich doch nicht so.

Zwei Jahre ab Kündigung des Rundfunkstaatsvertrages sind genug Zeit, um neuen technischen Entwicklungen Rechnung zu tragen, Kosten zu senken und all die anderen Fehlentwicklungen zu korrigieren.

Dieser Antrag soll und muss den Diskurs - und darum geht es - zum Thema zwangsgebührenfinanzierte öffentlich-rechtliche Medien anstoßen, der ob der Unzeitgemäßheit dieses Systems überfällig ist und dem Wunsch vieler Bürger entspricht. Ziel muss ganz klar die Abschaffung steuerraffiner Zwangsgebühren sein, denen die Bürger schutz- und wahllos ausgeliefert sind. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Dombrowski:

Für die SPD-Fraktion spricht die Abgeordnete Geywitz.

Frau Geywitz (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD-Fraktion hat umfangreichen Informations-

und Diskussionsbedarf zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Vielleicht ist es auch besser, wir diskutieren das hier mündlich - das ist ja auch immer erkenntnissteigernd -, als dass die armen Landesregierungen in der ganzen Bundesrepublik über 300 schriftliche Anfragen der AfD zu diesem Komplex GEZ und RBB beantworten müssen.

(Frau von Halem [B90/GRÜNE]: 527!)

- Wir wollen nicht kleinlich sein.

(Heiterkeit SPD)

Jedenfalls haben wir jetzt die Gelegenheit, über die Zusammenhänge zwischen Rundfunkstaatsvertrag und dem dualen Rundfunksystem zu sprechen.

Die AfD-Fraktion hat - wie wir gerade gehört haben - Probleme mit der Ausprägung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Interessanterweise ist der Kollege, der von uns am allerhäufigsten in diesem Medium vorkommt, Dr. Gauland. Ich glaube, man darf die Frage, ob einem ein Sender gefällt, und die Frage, ob es einen Sender gibt, nicht miteinander verwechseln.

(Galau [AfD]: Darum geht es auch nicht!)

Die Kollegen wollen den Rundfunkstaatsvertrag kündigen. Sie beabsichtigen damit, dass es keinen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in dieser Form gibt.

(Dr. van Raemdonck [AfD]: Falsch!)

- Sie selber haben gesagt, Sie hätten da erheblichen Reformbedarf und wollten die nächsten zwei Jahre nutzen, um ein neues System zu etablieren.

(Zuruf von der AfD)

- Können Sie vielleicht einfach kurz zuhören? - Wenn man sich ansieht, was passieren würde, wenn man den Rundfunkstaatsvertrag kündigen würde, stellt man fest: Dann hätten wir nicht nur das Problem, dass es keine Regelung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gäbe, es gäbe auch keine Aussendungsgrundlage für privat-rechtliches Fernsehen. Das wäre ein bisschen schade für die Brandenburger und Brandenburgerinnen. Ich zum Beispiel gucke sehr gern den „Trödeltrupp“ auf „RTL II“. Das würde dann nicht mehr gehen, wenn es nach der AfD ginge. Sie unterbreiten auch keinen Gegenvorschlag.

Die Kündigung des Rundfunkstaatsvertrages würde dazu führen, dass die Fernseher in Brandenburg fast schwarz bleiben würden. Ein bisschen Hoffnung gibt es nämlich noch für die Fernsehsender in Brandenburg. Es gibt einen einzigen Sender, der eine andere staatsvertragliche Grundlage für seinen Sendebetrieb hat. Das ist der RBB. Das ist nämlich eine Zwei-Länder-Anstalt. Es gibt einen Staatsvertrag zwischen Berlin und Brandenburg, sodass der Vorschlag der AfD-Fraktion dazu führen würde, dass alle Brandenburgerinnen und Brandenburger nur noch den RBB sehen können.

(Beifall SPD und B90/GRÜNE)

Das wäre sicherlich hilfreich für die Quotenentwicklung. Ich denke aber, dass die neue Intendantin des RBB andere Pläne hat, die Quote zu steigern.

Wenn man sich die mangelnde Akzeptanz anschaut, die die AfD-Fraktion hier dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk unterstellt, so muss man sagen, dass „Antenne Brandenburg“ eine der beliebtesten Radiostationen in unserer Region - der sendestärksten Region - ist und dass jeden Abend Millionen von Zuschauern die „Tagesschau“ verfolgen und auch der „Tatort“ ein entsprechend großes Publikum findet.

(Galau [AfD]: Nicht nur RBB!)

Liebe Kollegen - vielleicht nicht liebe -, Kollegen der AfD, wir haben in der letzten Hauptausschusssitzung eine sehr intensive Diskussion auch um die Frage, wie man kommerziellen Rundfunk in Brandenburg unterstützen kann, geführt. Vielleicht ist es sinnvoller, dass Sie Ihrem Weiterbildungsbedarf in Fragen des Rundfunkwesens im Hauptausschuss nachgehen. Dann könnte sich dieses Plenum anderen und wesentlichen Fragen zuwenden. - Danke schön.

(Beifall SPD, DIE LINKE und B90/GRÜNE - Zuruf des Abgeordneten Galau [AfD])

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion spricht der Abgeordnete Dr. Redmann.

Dr. Redmann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass wir zu diesem Antrag - ja, ein Antrag ist es ja dann doch -

(Heiterkeit bei der SPD)

das Wort ergreifen, liegt weniger an seinem Inhalt. Ihm fehlt jede Glaubwürdigkeit.

(Zuruf von der AfD: Das haben wir von euch gelernt!)

Unterschrieben ist der Antrag - hören Sie bitte zu - von Herrn Dr. Gauland, jenem Herrn Dr. Gauland, der jahrelang als Autor des RBB-Kulturradios sein Geld verdiente.

(Zuruf von der AfD: Hä? - Dr. Gauland [AfD]: Das stimmt nicht!)

- Selbstverständlich! Haben Sie nie für den RBB als Autor gearbeitet?

(Dr. Gauland [AfD]: Vielleicht ein einziges Mal! - Zurufe von der AfD)

- Also doch. - In Ihrer Zeit in Frankfurt haben Sie sich für Flüchtlinge engagiert, später haben Sie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Autor gearbeitet. Jetzt hetzen Sie gegen Flüchtlinge und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Ihr Lebensmotto scheint zu sein: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.

(Beifall CDU und SPD)

Meine Damen und Herren, dennoch ist es aus meiner Sicht dringend notwendig, einmal über die Grundlagen unserer Demokratie und auch über die Informationen, die für eine demokratische Debatte notwendig sind, zu reden. Eine dieser Grund-

lagen ist die Information der Öffentlichkeit über Fakten. Weltweit - zuletzt in den USA, aber auch immer stärker in Deutschland - ist zu beobachten, dass gezielte Desinformation, üble Nachrede und Verleumdung an Gewicht gewinnen.

Wir sollten deshalb ernsthaft darüber nachdenken, wie wir jene unterstützen können, die Nachrichten gründlich recherchieren, sie auf ihren Wahrheitsgehalt prüfen, die sich journalistischen Standards verpflichtet fühlen und sich auch an ihnen messen lassen.

(Beifall CDU und B90/GRÜNE)

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, aber auch viele private Medien - ob Print, Radio oder Fernsehen - leisten hier seit vielen Jahren eine herausragende Arbeit. Nicht umsonst vertrauen nach einer aktuellen Umfrage 75 % der Menschen dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und halten diesen Rundfunk für das glaubwürdigste Medium.

(Zuruf von der AfD: Das ZDF sagt 85 %! - Weitere Zurufe von der AfD)

Sie fordern mit Ihrem Antrag nicht weniger als die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Sie schreiben zwar, dass Sie eine Debatte wollen, faktisch machen Sie aber keinen Vorschlag für eine Veränderung. Letztendlich machen Sie in Ihrer Antragsbegründung sehr deutlich, dass Sie die Grundlage des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, nämlich die Gebührenfinanzierung ersatzlos entfallen lassen wollen. Insofern wollen Sie, dass „Tatort“, „Tagesthemen“ und auch die Satiresendung „Neues aus der Anstalt“, die auch in Ihren Kreisen recht beliebt ist, ersatzlos entfallen.

(Heiterkeit bei der SPD - Beifall CDU)

Die Medienlandschaft in Deutschland ist vielfältig und ein unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie - so soll es bleiben. Diesem Befund widerspricht auch nicht die Debatte, die wir zuletzt über die Berichterstattung der Tagesschau zum Mord in Freiburg oder die „Bild“-Berichterstattung über Flüchtlinge führten. Im Gegenteil, ich wünsche mir Medien, die sich einer Diskussion um hohe journalistische Standards stellen, die Kritik aushalten und sie auch annehmen.

(Vereinzelt Beifall CDU - Zuruf von der AfD: Da muss man aber klatschen!)

Letztlich muss die Art und Weise, wie Medien in Deutschland arbeiten, immer wieder öffentlich verhandelt werden. Selbstverständlich darf sich auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk einer Reformdebatte nicht verschließen.

Große Sorge mache ich mir jedoch um Verbreitungswege über das Internet, die sich an diese Standards eben nicht halten oder sogar die Desinformation zum politischen Kampfinstrument erhoben haben. Die AfD setzt ja sehr stark auf diese Mittel.

(Beifall CDU sowie vereinzelt DIE LINKE - Zurufe von der AfD)

Zuletzt hat uns der Wahlkampf in den USA gezeigt, wie die öffentliche Meinung durch Falschmeldungen beeinflusst werden kann. Die falsche Meldung, Papst Franziskus unterstütze Donald Trump bei seiner Kandidatur zum US-Präsidenten,

wurde auf Facebook 960 000 Mal geteilt, gelikt oder kommentiert. Vergleicht man die 20 Top-Nachrichtmeldungen mit den 20 Top-Falschmeldungen zum US-Wahlkampf auf Facebook, wird klar: Mit den 20 Falschmeldungen wurden in den fünf Wochen vor der Wahl 1,4 Millionen Interaktionen mehr erzeugt.

Eine derartige Entwicklung in Deutschland kann nicht im Interesse einer offenen und freiheitlichen demokratischen Gesellschaft sein.

(Beifall CDU, DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, ich denke, es ist vielmehr Aufgabe einer demokratischen Gesellschaft, die Aufklärer und Faktenprüfer auch im Internet zu unterstützen. Verdienstvolle Arbeit leisten hier beispielsweise Portale wie Mimikama oder Hoaxmap, die eine stärkere Förderung ihrer wichtigen Arbeit brauchen. Vielleicht brauchen wir auch eine Institution, eine Art Stiftung Faktentest, die nicht nur Fehlinformationen entlarvt, sondern gegebenenfalls auch gerichtlich auf Gegendarstellung hinwirken kann, und zwar auf demselben Verbreitungsweg, auf dem vorher die Falschmeldung verbreitet wurde. Denn es ist schon einigermaßen absurd, dass eine Person sehr wohl gerichtlich gegen eine gegen sie gerichtete Verleumdung vorgehen kann, sofern sie die Kraft dazu hat, es hingegen bei völlig erfundenen Geschichten, die nicht weniger gefährlich für die demokratische Debatte sind, keinen Kläger und damit keinen Richter gibt.

Meine Damen und Herren, wir stehen in dieser Diskussion - wie immer, wenn technische Neuerungen unser Leben beeinflussen - erst am Anfang. Nichtsdestotrotz lohnt es sich, diese Debatte zu führen. Sie scheint mir eine der bedeutsamsten für unser Gemeinwesen in den kommenden Jahren zu sein. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abgeordnete Dr. Schöneburg.

Dr. Schöneburg (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde nicht der Versuchung erliegen, die Argumente meiner Vorrednerin und meines Vorredners zu wiederholen. Ich kann Ihrer Kritik gegenüber dem Antrag der AfD weitestgehend zustimmen. Ich möchte meine Position mit drei Anmerkungen deutlich machen.

Erste Anmerkung: Es ist ein typischer AfD-Antrag.

(Zuruf von der AfD: Ja, ja! Was anderes fällt euch nicht ein!)

- Ja! - Er knüpft an behauptete Gefühle, an Emotionen an, er ist gespickt mit Wahrheiten, Halb- und Unwahrheiten. Er zeigt keine Alternative auf, und er ist mit rechtlichen Fehlern behaftet. Der RBB-Staatsvertrag kann eben nicht gegenüber dem Vorsitzenden der MPK gekündigt werden.

(Zuruf von der AfD: Schauen Sie sich einmal Ihre eigenen Anträge an!)

Das ist einfach Nonsense. Aber die Zielrichtung Ihres Antrags hat ja Herr Meuthen im baden-württembergischen Landtag deutlich zum Ausdruck gebracht, als dort der deckungsgleiche Antrag am 01.12. des vorigen Jahres debattiert wurde. Er hat gesagt: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat ausgedient, er gehört abgeschafft. - Das ist Ihre Zielrichtung.

Da stellt sich mir die Frage - weil Sie sich in den letzten Monaten hier immer als Sachwalter der sozial Schwachen aufgespielt haben -, was Sie den Tausenden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, den freien und festen freien Mitarbeitern, den Kameraleuten, den Maskenbildnerinnen und Maskenbildnern, sagen wollen, wenn die dann auf der Straße stehen. Dieser Antrag zeigt, was Sie wirklich sind: Sie sind nicht nur eine Partei, die Ressentiments schürt, Sie haben nicht nur Mitglieder, die sich in der NS-Sprache wohlfühlen, Sie sind auch neoliberal ausgerichtet.

(Beifall DIE LINKE und SPD - Zurufe von der AfD)

Wenn Sie an die Macht kämen - Sie kommen aber nicht an die Macht -, würden die sozial Schwachen das stark bereuen.

Zweite Anmerkung: Wir als Linkspartei, als Linksfraktion sind von der Notwendigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks überzeugt. Er hat die Aufgabe, mit seinem Programm- und Funktionsauftrag zur Meinungs- und Willensbildung beizutragen, Informationen und Unterhaltung zu liefern, aber auch einer kulturellen Verantwortung gerecht zu werden.

(Zurufe von der AfD)

Ich glaube, dass die Bedeutung - das hat auch das Bundesverfassungsgericht im letzten Urteil festgestellt - vor dem Hintergrund der Entwicklungen, die wir auf dem Medienmarkt konstatieren können und die Sie zum Teil genannt haben, sogar angewachsen ist. Wir haben einen immensen Druck auf Redaktionen von Print und Rundfunk zu verzeichnen. Es geht darum, schnell zu berichten, um Rendite, Quote und Umsatz zu erzielen. Dieser Produktionsprozess hat natürlich Einfluss auf die Qualität von Berichterstattung. Damit sind oft politische oder thematische Verengungen und Verkürzungen verknüpft.

(Zuruf von der AfD: Mir kommen gleich die Tränen!)

Stefan Berg, ein bekannter Autor des „Spiegels“, hat das auf den Punkt gebracht. Er hat in der Ausgabe des „Spiegels“ von vor drei Wochen geschrieben: Die Wahrheit braucht lange Sätze. - Das ist der Anspruch, die wichtige Funktion, die der öffentlich-rechtliche Rundfunk in dieser Situation hat.

(Beifall DIE LINKE, SPD und B90/GRÜNE)

Er muss zu einer inhaltlichen Vielfalt beitragen,

(Zuruf von der AfD: Tut er aber nicht!)

die der freie Markt so nicht gewährleisten kann. Das ist die Funktion, daran muss er sich messen lassen.

Dritte Anmerkung: Das heißt, dass man an bestimmten Dingen auch Kritik üben muss. Sie, Herr Redmann, haben es getan. Man muss sich neuen Entwicklungen stellen. Da gibt es verschiedene Punkte, die man benennen kann. Ich will darauf ver-

weisen, dass die Quote nicht das allein Seligmachende bei öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sein darf. Der Programmauftrag muss im Zweifelsfall vor Quote gehen. Das bedeutet zum Beispiel, dass wir im Programm qualitativ hochwertige Dokumentationen stärker in den Vordergrund rücken müssen.

Ich will ein Beispiel aus Brandenburg nennen: 2012 kam der Film „Nach Wriezen“, ein Dokumentarfilm des Regisseurs Daniel Abma, eines Absolventen der Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf, auf den Markt. Dieser Film beschreibt die Schwierigkeiten bei der Reintegration von drei jugendlichen Straftätern, die in der Brandenburger Jugendstrafvollzugseinrichtung in Wriezen gesessen haben. Wir sind mit diesem Film durchs Land gezogen - Frau Nonnemacher, Herr Vogel, Frau von Halem, Isabelle Vandre und ich. Dieser Film hat 2015 den Grimme-Preis bekommen. Er lief dann im RBB um 23.30 Uhr, wo ihn eigentlich nur noch Freaks gesehen haben, wo seine Wirkung verpufft ist.

(Frau Schade [AfD]: Sehen Sie?!)

So ein Film braucht einen hervorgehobenen Sendeplatz und muss von Debatten flankiert werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD und CDU - Zurufe von der AfD)

Eine weitere Bemerkung: Sie kritisieren das Beitragsmodell und leiten daraus die Folgerung ab, dass es aufgehoben werden muss. Nein, das Beitragsmodell ist Ausdruck unserer Solidargemeinschaft, ähnlich wie die Arbeitslosen- oder Pflegeversicherung. Das heißt natürlich nicht, dass das gegenwärtige Beitragsmodell das Nonplusultra ist. Ich gehe davon aus, dass die sozialen Ausschlussstatbestände erweitert werden müssen.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE und B90/GRÜNE - Zuruf von der AfD)

Dass Studenten, die nicht BAföG-berechtigt sind, von der Beitragsbefreiung ausgenommen sind, ist ein Unding. Es ist nicht logisch, dass man den Beitrag zahlen muss, nachdem man den Bachelorabschluss gemacht hat, wenn man im Anschluss den Masterabschluss machen will. Es ist auch denkbar, dass man für Pflege- und Altersheime, für Zweitwohnungen oder Kleingartenanlagen den Beitrag aufhebt; da könnte man noch mehr Beispiele nennen.

Wir müssen natürlich immer wieder die Staatsferne diskutieren. Es gibt direkte und indirekte Versuche, Einfluss auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu nehmen. Das Bundesverfassungsgericht hat das in dem ZDF-Medienratsurteil entsprechend zurückgewiesen, hat Kriterien entwickelt, nach denen die Kontrollgremien organisiert werden müssen.

Vizepräsident Dombrowski:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Schöneburg (DIE LINKE):

Da müssen sich die Länder fragen - es gibt einen entsprechenden Beschluss des Landtags in Sachsen-Anhalt -, wie sie ihre eigene Organisation daran ausrichten. Da sind wir in Branden-

burg aber relativ gut aufgestellt. Ich glaube, dass der Rundfunkrat des RBB den Ansprüchen des Bundesverfassungsgerichtsurteils entspricht. Wir werden solche Fragen diskutieren, auch die Fragen der Sportrechte und die der Aufbewahrungszeit in Mediatheken, weil die 7-Tage-Regelung zu problematisch ist; der Konsument hat einen Anspruch darauf, auf die mit seinen Beitragsgeldern produzierten Sendungen länger zugreifen zu können.

Vizepräsident Dombrowski:

Herr Abgeordneter, kommen Sie jetzt bitte endlich zum Schluss.

Dr. Schöneburg (DIE LINKE):

Wir werden es hier im Landtag diskutieren.

Vizepräsident Dombrowski:

Aber nicht mehr jetzt.

(Allgemeine Heiterkeit)

Dr. Schöneburg (DIE LINKE):

Wir werden es in den Rundfunkräten diskutieren. Wir werden Ihren Antrag ablehnen.

(Zuruf)

- Na ja, abtreten. Ich bin lieber ein Salonbolschewist als ein Nazifaschist. - Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE sowie vereinzelt SPD)

Vizepräsident Dombrowski:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abgeordnete von Halem.

Frau von Halem (B90/GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätze wie Akzeptanz, Transparenz, Staatsferne, Ehrlichkeit, Bürgernähe, Nachvollziehbarkeit und Nachhaltigkeit müssen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch realisiert werden. - So steht das in der Begründung des Antrags der AfD und klingt erst einmal ehrenwert. Wie das allerdings durch die Kündigung der Rundfunkstaatsverträge erreicht werden soll, verrät uns die AfD nicht. Ich könnte mir vorstellen, dass ein Beitrag zu Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Bürgernähe zumindest sein könnte, Journalistinnen und Journalisten auf Parteiveranstaltungen zuzulassen.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD, DIE LINKE und CDU - Zuruf von der SPD)

Ich denke, wir müssen in Einzelfällen immer wieder über das Verhältnis zwischen Politik und Medien diskutieren, und wir haben es in diesem Bundesland getan. Es ist zum Beispiel hier vorgekommen, dass Landtagsabgeordnete einer Regierungsfraktion die Presse aufforderten, nicht über die braune Spree zu berichten, weil das unserem Image schade, oder dass der RBB eine Sequenz aus den Nachrichten geschnitten hat, nachdem

sich der Regierungssprecher beim Chefredakteur über sie beklagt hat, oder dass in einer Stadt das Oberbürgermeisteramt und der lokale, allerdings private, einzige TV-Sender in den Händen derselben Familie liegen, ohne dass daran jemand Anstoß nimmt, oder dass es Streit um die Anzahl von Politikerinnen und Politikern in Rundfunkräten gibt - darüber entscheiden dann allerdings Verfassungsrichter.

Ja, auch wir müssen immer wieder über Staatsferne diskutieren. In der weltweiten Rangliste der Pressefreiheit, veröffentlicht von „Reporter ohne Grenzen“, liegt Deutschland, leider absteigend, aber immerhin auf Rang 16 von insgesamt 180 Staaten. Wer in andere Länder fährt und dort Zeitung liest oder fernsieht, kann feststellen, dass wir im Großen und Ganzen stolz auf die Vielfalt und Unabhängigkeit unseres öffentlich-rechtlichen Rundfunks sein können.

Diese Unabhängigkeit basiert aber auf einer unabhängigen Finanzierung. Ja, auch wir können uns vorstellen, dass neben dem ALG-II-Bescheid auch andere Härtefälle zur Befreiung von Rundfunkbeiträgen berücksichtigt werden können, wenn das Einkommen zum Beispiel unter der Armutsgrenze liegt, oder in ähnlichen Fällen, wie Herr Schöneburg sie schon genannt hat.

Aber wenn man den Rundfunkbeitrag als Solidarfinanzierung einfach abwählen könnte, hätte der Rundfunk in diesem Moment doch sofort seine Unabhängigkeit verloren, einmal ganz abgesehen davon, dass mit diesen Beiträgen ja auch private und nicht-kommerzielle Rundfunkanbieter, Medienbildung und Jugendmedienschutz, auch Filmförderung, finanziert werden, der Beitrag also eher eine allgemeine Kulturabgabe ist.

Schimpf und Schande schütten Sie über die Öffentlich-Rechtlichen aus, beklagen zu viele Programme und zu wenig Staatsferne, zu große Konkurrenz mit privaten Anbietern und im Netz verfügbaren Inhalten. Ich bin allerdings der Meinung, dass gerade diese Konkurrenz ein Argument dafür sein sollte, die Öffentlich-Rechtlichen aufrechtzuerhalten, vielleicht sogar noch mehr zu unterstützen.

Unter Staatsferne verstehen Sie sicher etwas anderes als ich. Was Sie damit meinen, wird wahrscheinlich am besten am Ende des ersten Absatzes auf der zweiten Seite Ihres Antrags deutlich:

„Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland ist nur noch ein kleiner Teil einer weltweit vernetzten, expandierenden und immer weniger zu kontrollierenden Medienindustrie.“

Ist es das, was Sie wollen, die Medienindustrie kontrollieren? Das steht zumindest in Ihrer Begründung.

Über diesen Punkt hinaus ist der Antrag der AfD völlig frei von konkreten Vorschlägen, wie man den Rundfunk besser organisieren könnte. Es ist ein bisschen so, als würde mir die Inneneinrichtung meines Hauses missfallen und ich deshalb die Abrißbirne bestellen. Es kann doch nicht sein, dass Sie wochenlang mit einem Antrag durch die Republik tingeln, ohne die Frage beantworten zu können, was Sie sich eigentlich vorstellen, was Sie wollen.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD, CDU und DIE LINKE)

Bei Ihrer Auftaktpressekonferenz im Dezember gab es von Ihrer Parteispitze nur eine Kakophonie zu hören. Es war durchaus nicht so, dass Meuthen und Petry sich einig gewesen wären. Es waren nämlich unterschiedliche Meinungen, die da kundgetan wurden. Jetzt legen Sie einen Antrag mit neuer Drucksachennummer vor, in dem Sie ein neues Datum einsetzen, aber immer noch keine Antwort formulieren. Sie äußern sich ja nicht einmal darüber, ob Sie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aufrechterhalten wollen oder nicht. Wir hätten vielleicht die Beantwortung Ihrer 500 heute vorgelegten Fragen abwarten sollen.

Nein, ich meine, was Sie hier machen, ist keine Sternstunde für das Parlament. Dass Ihnen das nicht peinlich ist, muss ich ehrlich sagen, verstehe ich einfach nicht.

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt SPD, CDU und DIE LINKE)

Vizepräsident Dombrowski:

Für die Landesregierung spricht der Chef der Staatskanzlei, Herr Staatssekretär Kralinski.

Chef der Staatskanzlei Staatssekretär Kralinski:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zuerst einmal danke für diese Debatte sagen, weil sie ziemlich unmissverständlich klargemacht hat, wo hier jeder steht, wenn es darum geht, wie es mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk weitergeht. Dafür bin ich dankbar.

Um es gleich vorwegzunehmen: Die Landesregierung hat mitnichten vor, die Rundfunkstaatsverträge zu kündigen. Artikel 5 des Grundgesetzes verpflichtet die Länder, für einen unabhängigen Rundfunk zu sorgen. Alle Bemühungen, die darauf hinauslaufen, die Rundfunkstaatsverträge zu kündigen, mit dem Ziel, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu gängeln oder zu zerschlagen, vielleicht sogar abzuschaffen, wären der Meinungsvielfalt in Deutschland nicht zuträglich; sie wären ihr abträglich. Das ist mit anderen Worten nichts anderes als ein Verfassungsbruch, und diese Landesregierung wird sich nicht an einem Verfassungsbruch beteiligen.

(Vereinzelt Beifall B90/GRÜNE, SPD, CDU sowie DIE LINKE)

Ich erinnere mich an eine der letzten Sitzungen im Hauptausschuss. Dort hat Herr Kollege Gauland von politischen Vorbildern geredet, nämlich von der ungarischen Regierung und der polnischen Regierung. Wenn ich mir anschau, was die ungarische und die polnische Regierung mit den Öffentlich-Rechtlichen und auch den sonstigen Medien machen,

(Zurufe von der AfD)

dann wird mir, ehrlich gesagt, mulmig. Ich glaube, dass Sie das zum eigentlichen Ziel haben und es mit diesem Antrag nur ein bisschen verbrämen.

Meine Damen und Herren, klar ist aber auch: Nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden könnte; das ist überhaupt keine Frage. Die Länder haben sich deshalb verständigt, im Rahmen der Rundfunkkommission eine Arbeitsgruppe einzurichten,

die sich um die Struktur und den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Zukunft kümmern wird. Wenn wir die Rundfunkstaatsverträge kündigen würden, würden wir am Katzentisch genau dieser Verhandlungen sitzen. Was das bringen sollte, erschließt sich mir nicht.

Ich kann Ihnen versichern: Die brandenburgische Landesregierung wird sich sehr energisch in diese Debatte einbringen. Ich kann Ihnen auch versichern, dass diese Gespräche bzw. Verhandlungen alles andere als Kaffeekränzchen sind. Es sind ziemlich harte Gespräche, ziemlich harte Verhandlungen mit den Intendanten. Denn worum geht es? Es geht darum, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk effizienter zu machen. Unser Ziel ist es, ein hohes Maß an Beitragsstabilität für eine möglichst lange Zeit hinzubekommen. Zweitens geht es uns darum, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in eine neue Zeit zu führen. Hier geht es um Medienkonvergenz, darum, dass klassisches Fernsehen und Internet zunehmend zusammenwachsen, dass wir für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch Möglichkeiten schaffen müssen, genau in diese neue Zeit zu kommen.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Wir haben uns in der Rundfunkkommission für genau diese Debatte bzw. diese Verhandlungen bis in das nächste Jahr hinein Zeit gegeben. Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir etwas Ordentliches zustande bekommen werden. Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir am Ende einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben werden, der besser ist, der erfolgreicher ist.

Mein persönlicher Wunsch wäre, dass wir etwas hinkriegen, was vielleicht am Ende an Modernität und Attraktivität der BBC gleichkommt, dass wir einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben, auf den man vielleicht auch stolz sein kann, weil er im wahrsten und im übertragenen Sinne des Wortes über unser Land hinausstrahlt. In diesem Sinne werbe ich dafür, dass dieser Antrag abgelehnt wird.

(Beifall SPD, DIE LINKE, CDU sowie B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Vielen Dank. - Das Wort erhält noch einmal die AfD-Fraktion. Herr Abgeordneter Kalbitz, bitte.

Kalbitz (AfD):

Ich möchte teilweise auf die Argumente bzw. Scheinargumente meiner Vorredner eingehen. Liebe Kollegin Geywitz, Sie malen da ein Horrorszenario: Wir würden dafür sorgen, dass die Bildschirme schwarz bleiben. Wenn Sie so argumentieren und uns Populismus vorwerfen, muss ich schon etwas schmunzeln. Das ist natürlich hanebüchener Unsinn.

Sie haben in Ihrer Gegenargumentation etwas verwechselt: Beliebtheit und Glaubwürdigkeit. Das sind zwei Dinge. Sie haben mit der Beliebtheit völlig Recht, aber Beliebtheit ist kein Synonym für Glaubwürdigkeit. Das ist eben auch belegt. Wenn Sie, rhetorisch etwas billiger, noch darauf abzielen, diese Diskussion sei überflüssig, man müsse sich mit wesentlich wichtigeren Inhalten beschäftigen, kann ich nur entgegnen: Erinnern wir uns nur an die Anfragen mancher Fraktion zum Thema Spaghettimonster. Da muss man sich also ganz doll zurückhalten, bevor man so schießt.

Herr Redmann, dazu, dem Antrag fehle jede Glaubwürdigkeit: Gut, das liegt im Auge des Betrachters.

(Zuruf von der CDU: Dr. Redmann!)

- Herr Dr. Redmann, Entschuldigung!

Es entspricht aber dem Interesse vieler Menschen. Wenn Sie meinen, dass die Rundfunkgebühren so bleiben sollen, wie sie sind, und sich nach den Prognosen, die wir haben, noch erhöhen werden, dann sagen Sie das Ihren Wählern!

(Beifall AfD)

Aber es ist völlig unmaßgeblich, denn Sie sind mit Ihrem entmerkelten Kanzlerwahlverein, der sich nur noch durch Themenklau bei der AfD irgendwie über Wasser hält, sowieso auf dem Weg ins politische Nirwana.

(Beifall AfD)

Etwas anderes ist es ja nicht. Wenn Sie sagen, die AfD setze aufs Internet, entgegne ich: Ja, das tun wir, wir setzen auf freie und unzensurierte Medien. Wenn Sie das nicht gut finden, dann sagen Sie das auch!

(Domres [DIE LINKE]: Dann setzen Sie das ZDF aus, ja?)

- Zu Ihnen komme ich gleich.

(Oh! bei der Fraktion DIE LINKE)

Herr Schöneburg, Sie werfen uns Unwahrheiten vor und führen keinen einzigen Beleg dafür an. Ihr ehemaliger Arbeitgeber, Genosse Mielke, hat einmal gesagt:

„Die beste Form von Desinformation ist eine Mischung aus Lüge und Wahrheit.“

Ich kann nur sagen: Gelernt ist gelernt.

(Beifall AfD)

Da ist Ihnen politisch auch nicht mehr zu helfen. Genießen Sie die Restzeit, in der Sie noch Regierungsbeteiligung simulieren. Danach wird es das nämlich gewesen sein.

Zu Frau von Halem kann ich nur sagen: Danke für die sachlichen Gegenargumente. Am Schluss haben Sie sich ein bisschen Polemik nicht sparen können, aber der Anfang war echt gut. Schimpf und Schande schütten wir nicht über die Öffentlich-Rechtlichen aus, sondern mahnen einen zeitgemäßen Reformbedarf an. Das tun wir nicht mit dem Ziel, die Öffentlich-Rechtlichen abzuschaffen; das tun wir ganz genau nicht.

Es geht auch nicht um einen Verfassungsbruch, weil wir den Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen überhaupt nicht in Abrede stellen; das tun wir nicht. Wir mahnen einen zeitgemäßen Reformbedarf an.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Warum haben wir kein Kochrezept für irgendwelche Patentlösungen, die wir aus der Hüfte schießen würden? Weil sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen müssen. Es geht der Alternative für Deutschland nicht um eine ordre du mufti.

Ganz kurz noch zu Herrn Staatssekretär.

Vizepräsident Dombrowski:

Herr Abgeordneter, bitte nur noch ganz kurz.

Kalbitz (AfD):

Jawohl. - Sie haben einen Verfassungsbruch herbeifabuliert. Ich will nur noch einen Satz sagen, weil sich meine Redezeit dem Ende zuneigt.

Vizepräsident Dombrowski:

Nein, sie ist zu Ende.

Kalbitz (AfD):

Die politische Feigheit, darauf zu warten, bis der polnische Botschafter weg ist, um dann auf der Medienpolitik der demokratisch gewählten Regierung unseres Nachbarn Polen herumzuhacken, ist schon bezeichnend und selbsterklärend. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Dombrowski:

Herr Abgeordneter Kalbitz, ich möchte Sie nur auf Folgendes hinweisen. Ihre Rechte kennen Sie alle. Die Verfassung sieht die freie Rede der Abgeordneten im Parlament vor. Man kann hier fast alles sagen. Aber wenn Sie hier Behauptungen als Tatsachen in den Raum stellen, zum Beispiel, dass der Arbeitgeber des Kollegen Schöneburg Herr Mielke war, dann müssen Sie das bitte auch belegen. Das wäre mir jetzt neu. Wenn Sie da mehr Erkenntnisse haben, dann lassen Sie uns das bitte wissen. Wenn Sie einen Abgeordneten öffentlich verdächtigen, bei Herrn Mielke im MfS angestellt gewesen zu sein, müssen Sie das bitte auch belegen.

(Vereinzelt Beifall DIE LINKE)

Das möchte ich Ihnen einfach an dieser Stelle gesagt haben. Wie der Kollege Schöneburg damit umgeht, ist seine Sache. Ich wollte es zumindest nicht einfach so stehenlassen. Ansonsten bekommen solche Dinge Füße. Wenn Ihnen da nicht widersprochen wird, behaupten Sie es woanders noch dreimal. - Gut - oder auch nicht gut.

Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion „Kündigung des Rundfunkstaatsvertrages“, Drucksache 6/5817. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? - Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wenn ich es richtig gesehen habe, hat die AfD-Fraktion gar nicht mitgestimmt. Aber das ist ihre Sache.

(Zurufe von der AfD)

Ich beende aber den Tagesordnungspunkt 6

(Unruhe im Saal - Zurufe von der AfD)

und rufe Tagesordnungspunkt 7 auf ...

Sie haben sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte, Frau Bessin.

Frau Bessin (AfD): *

Bei uns ist nicht angekommen, dass Sie gefragt haben: „Wer ist für den Antrag?“ Es war hier so laut, wir haben es nicht gehört. Ich beantrage, dass neu abgestimmt wird.

Vizepräsident Dombrowski:

Bei Geschäftsordnungsanträgen gibt es Rede und Gegenrede. Ich habe es aufgerufen. Sie können es sicherlich im Protokoll nachlesen. Alle anderen haben es gehört. Sie waren in dem Moment mit sich selbst beschäftigt, weil Sie vielleicht über meine Worte nachgedacht haben.

(Beifall SPD, CDU sowie vereinzelt DIE LINKE)

Daher steht es Ihnen frei, diese Abstimmung anzuzweifeln.

Der Tagesordnungspunkt 6 ist geschlossen. Ich rufe jetzt **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Raus aus dem Funkloch - Für eine flächendeckende Mobilfunkversorgung in Brandenburg

Antrag
der Fraktion der CDU
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/5828
(Neudruck)

Die Aussprache wird von der CDU-Fraktion eröffnet. Herr Abgeordneter Homeyer, bitte.

Homeyer (CDU):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrter Präsident! Ich hoffe, es gelingt mir jetzt nach dieser Diskussion, Ihr Augenmerk noch einmal auf ein Problem zu richten, das für die Brandenburgerinnen und Brandenburger von Relevanz ist.

Meine Damen und Herren, im Oktober letzten Jahres hat mich ein Hilferuf aus dem Amt Rhinow im schönen Landkreis Havelland erreicht, und es waren keine Parteikollegen von mir. Seit Jahren leiden die Menschen dort unter einer schlechten Mobilfunkversorgung. Sowohl das Mobilfunknetz als auch das Digitalfunknetz haben große Lücken.

Die Landesregierung sieht die Telekommunikationsunternehmen in der Pflicht. Für die Telekom ist ein weiterer Mast aus wirtschaftlichen Gründen nicht realisierbar. Das Problem bleibt mithin ungelöst.

Wenn wir ganz ehrlich sind, meine Kolleginnen und Kollegen: Wir alle ärgern uns doch jeden Tag auch, wenn wir in Branden-

burg unterwegs sind, über die Funklöcher. Wenn ich fragen würde: Jeder von Ihnen -

(Schulze [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Kennt eines oder sogar Dutzende!)

- kennt ein Funkloch, kennt Dutzende Funklöcher, so höre ich gerade. Es wäre sicherlich eine vergnügliche Sache, wenn wir jetzt einmal auflisten würden, wo wir, wenn wir unterwegs sind, Funklöcher feststellen.

Wir fragen uns sicherlich oftmals: Warum ist das eigentlich so? Ist das ein unabänderlicher Tatbestand? Ist das so gegeben vom lieben Gott, von der Landesregierung? Deshalb sind wir der Meinung, es ist Zeit für eine Veränderung. Die Themen Digitalisierung und Gigabit-Gesellschaft - das spüren wir auch im Gespräch mit den Bürgern - werden immer sensibler und rücken immer mehr in den Vordergrund.

Das, was früher in den ländlichen Räumen vielleicht nicht so wichtig war, weil es damals vielleicht ausreichte, einen Festnetzanschluss zu haben, ist heute eben wichtig. Die meisten haben heute ein Smartphone, mit dem sie entsprechend empfangen und senden können.

(Beifall CDU)

Das sind leider auch keine Einzelfälle. Meine Damen und Herren, wir wissen es doch: Außendienstmitarbeiter berichten, dass sie Kollegen und Arbeitgeber nicht erreichen können. Geschäftsleute können unterwegs ihre Telefonate nicht erledigen. Touristen beklagen sich, dass sie sich in Brandenburg oft in die Vergangenheit zurückversetzt fühlen. Wir fragen uns: Ist das eigentlich unabänderlich? Bürger berichten auch, dass sie beispielsweise mobil keinen Notruf absetzen können. Das ist auch im Amt Rhinow an der Tagesordnung. Ich finde, das ist nicht hinnehmbar. Wir müssen alles dafür tun, dass das nicht Alltag in Brandenburg bleibt.

Ich vermute, dass meine Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen gleich argumentieren werden, dass es hier Ausbaupflichtungen der Mobilfunkanbieter gibt, die bei der letzten Frequenzversteigerung abgegeben worden sind. Dieses Argument, meine Damen und Herren, ist nichts Neues.

Ich möchte Ihnen dazu Folgendes sagen: Ich glaube, die Einstellung „Wir werden jetzt ein paar Jahre abwarten, um zu erfahren, welche Gebiete vom Netzausbau am Ende nicht betroffen sind“ ist den betroffenen Menschen nicht zumutbar. Das ist eine Politik der Vergangenheit, mit der wir die Aufgaben der Zukunft nicht werden lösen können.

(Beifall CDU)

Zumal wir heute, meine Damen und Herren, bereits konkrete Aussagen von den Netzbetreibern dazu haben, wo kein weiterer Ausbau möglich sein wird; das wissen wir heute schon. Insofern kommen wir mit diesem Argument nicht weiter.

Zweitens: Selbst wenn die aktuellen Ausbaupflichtungen der Provider tatsächlich erfüllt werden sollten, betrifft das lediglich 97 % der Bevölkerung. Das heißt, 3 % werden auch in Zukunft keine Mobilfunkverbindung haben. Ich glaube, das können wir nicht hinnehmen. Ich sagen Ihnen, meine Damen

und Herren: Wir sprechen mit den Bürgerinnen und Bürgern über den 5G-Standard, leben aber in Verhältnissen des 19. Jahrhunderts.

(Beifall CDU)

Auch Ihre von mir vermutete Argumentationslinie „Nun warten wir erst einmal ab, bis die Staatskanzlei eine Strategie entwickelt - denn wir haben ja im Dezember die Digitalisierungsstrategie beschlossen -, und wenn es diese Strategie gibt, unterhalten wir uns darüber, wie wir das dann mit dem Mobilfunk in den Griff bekommen“, wird nicht die Lösung des Problems forcieren. Ich möchte nicht sagen, dass das ein schlechter Witz ist, aber das Problem ist so dringlich, dass wir hier nicht einfach warten können, bis die Staatskanzlei eine Strategie entwickelt hat, und erst dann langsam anfangen zu arbeiten. Das kann es nicht sein. Wir müssen jetzt beginnen - die Landesregierung muss Dampf machen!

(Beifall CDU sowie vereinzelt B90/GRÜNE)

Meine Damen und Herren, wir beschweren uns immer wieder über die Politikverdrossenheit der Bevölkerung. Aber wie sollen uns denn die Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen, wenn wir ihnen von der Gigabit-Gesellschaft, von Datenautobahnen und von vernetzten Autos erzählen und sie beispielsweise im Oderbruch nicht einmal mobil telefonieren können? Das ist doch unglaublich. Das können wir nicht weiter hinnehmen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, der Landesregierung fehlt das Bewusstsein dafür, dass ein Funkloch heute genauso wirtschaftlichen Schaden anrichtet wie ein Schlagloch. Das ist doch gar keine Frage. Das Bewusstsein dafür, dass es schon längst eine Frage der Daseinsvorsorge ist, ist doch auch vorhanden. Daseinsvorsorge bedeutet für mich, dass der Staat damit auch Verantwortung übernehmen muss. Für mich gilt daher, was John Maynard Keynes sagt: Aufgabe der Politik ist, Entscheidungen zu treffen, die niemand trifft, wenn sie der Staat nicht trifft. - Wenn wir die Verantwortung nur den Providern zuschieben, gibt es am Ende keine Lösung. So können wir mit diesem Problem im Jahr 2017 nicht umgehen.

(Beifall CDU)

Niemand bestreitet, meine Damen und Herren, dass wir es in den ländlichen Gebieten mit Herausforderungen zu tun haben, für die wir andere technische und finanzielle Lösungen brauchen. Aber ich werde niemals glauben und es auch nicht hinnehmen, dass diese Herausforderungen nicht überwindbar sein sollen. Es ist doch langsam lächerlich, dass wir in Brandenburg immer wieder Dinge für nicht möglich erklären, die unsere Nachbarn schon längst machen. Die Menschen aus Grenzregionen werden Ihnen das bestätigen. Wenn man auf der Ostseite, also auf der polnischen Seite der Oder ist, dann kann man dort hervorragend telefonieren; auf unserer, also auf der westlichen Seite dagegen nicht. Ich weiß natürlich auch: Dafür gibt es technische Gründe - LTE; wir müssen aufpassen wegen der starken Strahlung, da die Schirme nur nach Westen ausgerichtet sind usw. Es gibt zig Gründe dafür. Aber das heißt doch nicht, dass wir das hinnehmen müssen. Dann müssen diese Probleme eben gelöst werden. Wir können doch wohl nicht

hinter unseren polnischen Freunden zurückstehen; das kann es doch nicht sein, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Ich glaube auch, wir dürfen uns in Brandenburg nicht immer nur auf „billig“ fokussieren, sondern müssen unseren Fokus mehr auf Investitionen legen. Darum werden wir nicht umhinkommen. Wir brauchen daher dringend eine umfassende Bestandsaufnahme. Das können wir nur mit den Wettbewerbern gemeinsam tun, insbesondere in den dünn besiedelten Gebieten. Wir müssen die Menschen an einen Tisch holen; wir haben im Antrag einen Runden Tisch formuliert. Wie man das dann nennt, ist mir egal, auf alle Fälle müssen die Leute zusammengeholt werden. Wenn es gar nicht anders geht - darüber wird es eine Diskussion geben, gar keine Frage -, dann müssen wir, wenn es eine Wirtschaftlichkeitslücke gibt, ähnlich wie in der Breitbandversorgung darüber nachdenken, wie wir diese Lücke schließen, damit die Menschen in den unterversorgten ländlichen Räumen nicht von der Außenwelt abgeschnitten bleiben.

(Beifall CDU)

Ich möchte am Ende sagen, meine Damen und Herren: Wir wissen, dass die ländlichen Regionen unseres schönen Landes Brandenburg der Maschinenraum des urbanen Lebens sind.

(Frau Geywitz [SPD]: Das haben Sie jetzt aber schön gesagt!)

Der Motor, meine Damen und Herren, ist nach meinem Verständnis die Landesregierung, die Politik, die Exekutive. Wenn diese aber schon bei geringem Gasgeben stottert, dann frage ich: Wie weit wollen wir kommen? Mein Petitum ist daher, Frau Kollegin: Gas geben, anfangen, Leute an den Tisch holen, sich des Problems annehmen, dafür sensibilisieren, es nicht von einer Ecke in die andere schieben und auf Lösungen warten, die vielleicht irgendwann in der Zukunft kommen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU sowie vereinzelt B90/GRÜNE)

Vizepräsident Dombrowski:

Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Barthel.

Barthel (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Werter Gast! Herr Homeyer hat darauf verwiesen, dass wir uns bereits im letzten November ausführlich mit dem Thema Mobilfunkausbau in Brandenburg befasst haben. Eingeflossen sind die Erkenntnisse dieser Diskussion und vorhergehender Diskussionen in einen Antrag, den wir in großer Einmütigkeit am zweiten Tag des November-Plenums beschlossen haben: „Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg“.

Ein wichtiger Teilaspekt dieser Zukunftsstrategie ist der Ausbau der digitalen Infrastruktur. Dazu gehört auch ein leistungsfähiges Mobilfunknetz; da sind wir uns mit den Kollegen der CDU, insbesondere mit Herrn Kollegen Homeyer, aber auch mit anderen einig. Nur über den Weg dahin gibt es offensichtlich unterschiedliche Auffassungen.

Wir haben uns im November auf folgenden Weg geeinigt - ich darf ihn noch einmal ins Gedächtnis rufen -: „Schaffung von Anreizen für die Mobilfunkbetreiber für eine weitere Erschließung des Landes mit leistungsfähigen mobilen Datennetzen und eine schnellstmögliche Etablierung des 5G-Standards“ - das war die Festlegung in unserem gemeinsamen Antrag. Wir haben uns bewusst - ich betone: bewusst - für die Formulierung „Schaffung von Anreizen“ entschieden. Das bedeutet im Klartext: Es ist mehr als Förderung; das Spektrum liegt zwischen Sanktionen und Förderung.

Zurück zu Herrn Kollegen Homeyer: Natürlich ist der Staat verantwortlich dafür, nur muss ich die Adresse konkret benennen. Wenn ich mich recht erinnere, war es eine Entscheidung des Bundestages, den Kommunikationsmarkt zu liberalisieren. Die Rahmenbedingungen dafür wurden und werden durch die Bundesnetzagentur und nicht durch den lieben Gott oder die Brandenburger Landesregierung definiert. Wenn also bei der Frequenzversteigerung vereinbarte Ausbauziele der Provider nicht erreicht werden, dann ist in erster Linie der Bund bzw. die Bundesnetzagentur gefragt, durch ordnungspolitische Maßnahmen dafür zu sorgen, dass die Ausbauziele tatsächlich zeitnah umgesetzt werden. Das hat im Ergebnis der Vergabe der UMTS-Lizenzen, also des 3G- und 4G-Standards, eben nicht funktioniert.

Zukünftig geht es - da sind wir uns auch einig - um den Ausbau des 700-MHz-Bandbereichs, also den 5G/LTE-Standard. Nach dem Beschluss des Beirates der Bundesnetzagentur müssen ...

(Petke [CDU]: 3G würde mir hier schon völlig ausreichen!)

- Genau das habe ich gerade erklärt. Wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie vernommen, dass ich gesagt habe, es geht in Zukunft um 5G-Standards.

(Petke [CDU]: Ach so!)

Ich hatte vorher auch schon gesagt, lieber Kollege, dass der 3G- und 4G-Standard schon viel länger etabliert ist. Nur hat die Bundesnetzagentur nicht dafür gesorgt, dass diejenigen, die den Vertrag unterschrieben haben, auch ihre Verpflichtungen einhalten.

(Petke [CDU]: Also sind wieder die anderen schuld!)

Wir haben einen liberalisierten Markt. In den nächsten drei Jahren geht es um den Ausbau des 700-MHz-Bereichs. Hier hat Kollege Homeyer Recht: Es geht in der Vereinbarung nur um einen Ausbau von 97 %. Es gibt aber eine Initiative des Bundeslandes Bayern, der sich auch Brandenburg anschließt, mit der nicht 97 %, sondern 100 % angestrebt sind.

(Zurufe)

Im Übrigen gehe ich davon aus, dass das MWE mit den Providern zu laufenden Ausbauprozessen im Gespräch ist und sich zeitnah über Fortschritte und Probleme informieren lässt.

(Lakenmacher [CDU]: Davon kann man nicht einfach so ausgehen!)

Bis zum Ausbau 2018/2019 - das ist der vereinbarte Zielhorizont - halte ich aber zusätzliche staatliche Förderung für falsch.

Prämien für schnellen Ausbau wären aus meiner Sicht allerdings ein denkbarer Ansatz im Sinne von Anreizen.

Zum Schluss noch ein weiterer Aspekt: Warum soll das Land, also die öffentliche Hand, der Steuerzahler Unternehmen wie beispielsweise Vodafone subventionieren? Die EBITDA-Margen von Vodafone liegen bei 31 %. Wer sich ein wenig mit Betriebswirtschaft auskennt, weiß, dass Unternehmen ab 15 % Marge bereits als sehr ertragsstark gelten. Also ist es doch keine Frage des Geldes, dass die Unternehmen nicht ausbauen, sondern eine Frage der Renditen, die ihnen in bestimmten Regionen einfach zu niedrig sind. Wenn ich aber eine Vereinbarung mit dem Staat getroffen habe, dass ich ausbaue, dann kann es nicht der Renditegesichtspunkt sein, der mich daran hindert, meine Verpflichtung zu erfüllen.

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Man könnte es auch anders formulieren: Wir sind hier wieder genau auf der Strecke, dass Gewinne privatisiert, aber Verluste sozialisiert werden. Es gibt andere Bereiche, in denen wir das sehr deutlich erleben - aktuell im Bereich der Automobilindustrie.

Zum Thema Funklöcher: Ihre Zahl nimmt nicht nur im ländlichen, sondern auch - das ist interessant - im innerstädtischen Bereich zu.

Vizepräsident Dombrowski:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Barthel (SPD):

Warum ist das so? Weil die Ausbauziele nicht eingehalten werden. Aus dieser Sicht halten wir den Antrag der CDU für hinter den Realitäten zurückbleibend. Wir lehnen ihn deshalb ab.

(Beifall SPD sowie vereinzelt DIE LINKE)

Vizepräsident Dombrowski:

Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Kalbitz.

Kalbitz (AfD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nach vielen Jahren der Mobilfunkversorgung gibt es immer noch weiße Flecken in Deutschland. Das ist nicht nur ärgerlich für die Verbraucher, das ist an manchen Stellen auch gefährlich - Stichwort: Rettungsdienste, Polizei und Feuerwehr. Wir kennen die Interventionen der Polizei, die sich darüber schon einmal beklagt hat. Das betrifft auch Krankentransporte, die in Ausübung ihrer Dienste auf diesem Wege nichts kommunizieren können. Gerade in Notfallsituationen zählt jede Sekunde.

Ja, die Telefongesellschaften sind originär für diese Aufgabe zuständig, das ist richtig. Ich nehme es mit Schmunzeln zur Kenntnis, wenn Rot-Rot hier den freien Markt beschwört. Sie decken aber nicht alle Gebiete ab, weil das stellenweise nicht wirtschaftlich betrieben werden kann. Hier ist staatliche Regulierung oder Unterstützung gefordert, wie es in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge der Fall ist.

Ähnliches haben wir ja beim Breitbandausbau. Da liegt Brandenburg auch zurück. Das ist auch kein gutes Zeugnis.

Natürlich ist auch das Mobilfunknetz wichtig für den Wirtschaftsstandort Brandenburg. Ich denke, da könnten Sie sich mit uns sogar einig sein.

(Zuruf von der SPD: Nein!)

- Auch nicht. Genau. Immer prinzipiell dagegen. Das spricht für inhaltliche Differenzierung. Vielen Dank für Ihren Beitrag.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Weil wir seit Jahren daran arbeiten!)

Ein schlechtes Wirtschaftsnetz schadet dem Wirtschaftsstandort, und natürlich ist die Landesregierung deshalb aufgefordert, Gespräche mit den Netzbetreibern, der Bundesnetzagentur und den Kommunen zu führen.

Das Problem ist ja nicht neu und sollte bald gelöst werden. Die Lücken müssen identifiziert, und geeignete Maßnahmen ergriffen werden. Deshalb ist es wichtig, dass man erst einmal feststellt, wo genau diese Lücken sind.

Wir haben die Lücken im Mobilfunknetz schon einmal thematisiert. Im Wege einer Kleinen Anfrage wollten wir Informationen zu ihrem Ausmaß bekommen. In der Antwort der Landesregierung dazu hieß es, dass die Mobilfunkleistungen von Unternehmen eigenverantwortlich und im Wettbewerb angeboten werden.

Wie gesagt: Das ist richtig. Doch nicht überall dort, wo die Grundversorgung durch den Markt nicht geregelt werden kann, herrscht Marktversagen. Die Antwort auf Marktversagen da, wo Lücken bestehen, muss staatliches Handeln im Rahmen der Daseinsvorsorge sein. Deshalb ist die Schlussfolgerung der Landesregierung vielleicht nicht zwingend komplett falsch, aber sie ist zumindest unzureichend, weil sie damit zum Ausdruck bringt, dass sie keine Möglichkeit sieht, die Netzdichte zu verbessern. Das ist ein Sichdavonstehlen - ähnlich wie beim Breitbandausbau. Da hat die Landesregierung ebenfalls ihre Verantwortung verschlafen, und die Kommunen wurden alleingelassen.

Wir sollten das beim flächendeckenden Mobilfunknetz nicht tun. Wir glauben, dass die Landesregierung Regulationsmöglichkeiten hat, und wenn es nur darum geht, mit den Betreibern zu kommunizieren und entsprechend Druck - positiv gemeint - auszuüben.

Natürlich sind in erster Linie - auch technisch gesehen - Unternehmen gefragt, die Leistungen bereitzustellen. Doch es ist staatliche Aufgabe, die Grundversorgung gerade im ländlichen Raum sicherzustellen. Der ländliche Raum ist immer wieder ein Thema; wir haben dazu eine Enquetekommission eingesetzt. Das eine lässt sich nicht vom anderen trennen.

Der Mobilfunk ist eine ausgereifte Technologie. Es ist ja schon angesprochen worden, dass bei unseren polnischen Freunden das Netz besser ist. Etwas polemisch formuliert kann man sagen: In Südkorea gibt es auf jedem Reisfeld 4G. Nur in Brandenburg, in Deutschland als Hochtechnologieland gibt es noch Funklöcher.

(Zuruf von der SPD: Wir haben auch keine Reisfelder!)

Wenn wir uns die Antwort auf unsere Anfrage - Drucksache 6/5254 - ansehen, kommen uns Zweifel, dass dieses Problem überhaupt erkannt wurde. Auf sieben Fragen folgten sechs Antwortsätze. - So viel sind der Landesregierung die Funklöcher wert.

Wir hatten auch nachgefragt, welche Regionen in Brandenburg prozentual die größten Lücken aufweisen und welche Probleme sich nach Ansicht der Landesregierung für unterversorgte Regionen in Brandenburg ergeben. Die Informationen hatte die Landesregierung leider auch nicht. Sie verkennt damit die Bedeutung der mobilen Infrastruktur - darum geht es ja beim Mobilfunknetzausbau - für die Unternehmen und für die Verbraucher.

Es geht - wir hatten das vorhin im Interview mit dem RBB -, lieber Kollege Loehr, nicht nur darum, dass man unfallfrei telefonieren kann, sondern es geht heutzutage natürlich auch um Datenübertragung in einem Umfang, der darüber hinausgeht.

Wir fordern die Landesregierung auf, umzudenken, ihre Verantwortung wahrzunehmen und helfend und steuernd in diesen Prozess einzugreifen, damit Mobilfunkversorgung schlicht und ergreifend überall gewährleistet ist. In diesem Sinne unterstützen wir auch den Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsidentin Stark:

Wir setzen die Aussprache fort. Zu uns spricht der Abgeordnete Loehr für die Fraktion DIE LINKE.

Loehr (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Unter der Überschrift „Wie Herr Thomas von der CDU das Internet in Sachsen-Anhalt retten will“ eines Interviews mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU in Sachsen-Anhalt heißt es in der Einleitung:

„Guter Handyempfang und schnelle mobile Datenübertragung? In Sachsen-Anhalt ist das nicht selbstverständlich - vor allem nicht auf dem Land. Plätscherndes Internet mag niemand. Wenn Netflix nicht lädt, hilft selbst die Liebe zum eigenen Bundesland: wenig.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Einleitung zu einem Interview mit dem wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU in Sachsen-Anhalt macht deutlich, dass wir hier ein sehr populäres Thema diskutieren, das in allen Bundesländern eine Rolle spielt. Ähnliche Anträge, wie wir sie heute diskutieren, spielen in Bayern, in Baden-Württemberg und auch in den Plenardebatten in Nordrhein-Westfalen eine Rolle. Das heißt: Ja, das Mobilfunknetz in Deutschland weist Lücken auf.

Für Ihre These, dass das Mobilfunknetz in Brandenburg erhebliche Lücken aufweist und diese größer sind als in anderen Bundesländern, bleiben Sie einen Beleg schuldig. Nach Angaben der Netzbetreiber, Zahlen der Bundesnetzagentur und aufgrund unabhängiger Tests renommierter Fachzeitschriften liegt Brandenburg im Mittelfeld mit anderen Bundesländern. Wir reden hier bei der GSM-Versorgung von ungefähr 95 bis 98 %. Zu den Zahlen von LTE komme ich nachher noch.

Das heißt, zwischen den Bundesländern gibt es keine signifikanten Unterschiede. Wir sind also genauso gut oder schlecht wie alle anderen auch.

(Genilke [CDU]: Ja, dann geht es ja!)

In Ihrem Antrag sagen Sie:

„Gerade im ländlichen Raum machen zahlreiche weiße Flecken im 3G/UMTS-Netz die Nutzung von Online-diensten per Smartphone und selbst das Telefonieren nicht möglich.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist fachlicher Unsinn. Sie brauchen zum Telefonieren kein UMTS. Dafür reicht 2/GSM völlig aus.

In der Begründung Ihres Antrags sagen Sie weiter:

„Zwar deckt der schnelle 4G/LTE-Netzstandard weite Teile Brandenburgs ab, aber auch hier bestehen Versorgungslücken.“

Ich zitiere an der Stelle einmal den Breitbandatlas der Bundesregierung mit Zahlen aus der Mitte des Jahres 2016: Brandenburg-Versorgungsgrad von 93,4 %, Baden-Württemberg-Versorgungsgrad von 93,5 %, Rheinland-Pfalz-Versorgungsgrad von 94,1 %. - Das heißt, die Zahlen weichen unwesentlich voneinander ab. Das hat etwas damit zu tun, dass die Bundesnetzagentur hierfür die Rahmenbedingungen festlegt.

Sie wissen, im Jahr 2015 hat die letzte Versteigerung stattgefunden. Die drei erfolgreichen Bieter, also die drei Netzbetreiber, müssen jetzt innerhalb von drei Jahren in jedem Bundesland mindestens 97 % und bundesweit 98 % der Haushalte versorgen. Zudem obliegt ihnen die vollständige Versorgung mit mobilem Breitband entlang der Bundesautobahnen und der ICE-Strecken. Das war bei der Versteigerung 2010 ähnlich. Vielleicht können Sie sich daran erinnern, dass es da für die Netzbetreiber Ausbaustufen gab.

Dass wir uns insgesamt mehr wünschen, ist doch nachvollziehbar. Das Ziel teilen wir doch. Wir wollen eine nahezu flächendeckende Mobilfunkversorgung. Aber hier zu suggerieren, wir als Land hätten die Möglichkeit, 100 % herzustellen, meine sehr verehrten Damen und Herren, führt in die Irre, denn das ist nicht möglich. Das ist Quatsch.

Wir sollen darüber hinaus - das will Ihr Antrag - die Möglichkeiten prüfen, ob wir hier nicht staatlich fördern können. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir reden hier über Vodafone, wir reden hier über die Deutsche Telekom. Das sind Mobilfunkbetreiber, die in diesem Land Milliardengewinne erzielen. Ich bin nicht bereit, darüber nachzudenken, hier staatliches Geld in die Hand zu nehmen, sondern ich bin eher dafür, dass wir über die Bundesnetzagentur die Auflagen erhöhen und die Netzbetreiber zwingen, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Herr Homeyer, zu Ihrem Einwand, was das autonome Fahren angeht: Das bezieht sich natürlich nicht auf unsere jetzige Inf-

rastruktur. Da reden wir vielmehr tatsächlich über 5G. Mit der jetzigen Mobilfunkversorgung ist das nicht möglich.

Herr Kalbitz, Ihr Schwenk auf die Feuerwehr und auf die Polizei ging natürlich völlig daneben, da Feuerwehr und Polizei nicht auf das übliche Mobilfunknetz zurückgreifen, weil sie eine eigene Infrastruktur haben. Das möchte ich an der Stelle schon deutlich erwähnen.

(Beifall DIE LINKE und SPD - Widerspruch des Abgeordneten Kalbitz [AfD])

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht so, dass wir hier keine Aufgaben sehen. Ich bin sehr dafür, Herr Homeyer, dass wir uns die Netzbetreiber in den Ausschuss einladen, mit ihnen über ihre Ausbauziele und Vorhaben für die nächsten Jahre reden und uns möglicherweise auch in Abstimmung mit Frau Schneider anschauen, was wir im Bereich des Schienenpersonennahverkehrs machen können. Ist es sinnvoll, der Deutschen Bahn oder der ODEG die Auflage zu erteilen, beispielsweise in den RE Repeater einzubauen? Darüber muss man reden. Man muss dann aber auch wissen, dass das eine ganze Menge Geld kostet. Ich denke, das können wir prüfen. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihren Antrag lehnen wir ab.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Präsidentin Stark:

Herr Loehr, vielen Dank. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Abgeordneten Schinowsky fort. Sie spricht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frau Schinowsky (B90/GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Schneller Mobilfunk per LTE ist für viele Nutzerinnen und Nutzer in Brandenburg leider immer noch mehr Wunschtraum als Realität, und das insbesondere in den ländlichen Regionen. Aber die Zukunft ist digital. Alles wird mit allem vernetzt sein. Jeder kann mit jedem kommunizieren. Das ist - so denke ich - auch unstrittig.

Von daher besteht im kabelgebundenen und auch im Mobilfunknetz erheblicher Handlungsbedarf.

Die aktuelle Entwicklung beim Mobilfunk hat inzwischen 5G-Netze erreicht. Der LTE-Nachfolger will intelligenter, schneller sowie verzögerungsfrei sein und soll 2020 Marktreife erlangen.

Aber wird Brandenburg bei diesem Trend mithalten können? Das ist hier das zentrale Thema. Derzeit sieht es nicht so richtig danach aus. Ich bin ganz froh, dass Herr Loehr jetzt einige Vorschläge gemacht hat, wie wir das Ganze zusammen anpacken können. Auch wir haben dazu Vorschläge gemacht. Ich will mich jetzt auch nicht hinstellen und sagen, die Landesregierung mache gar nichts, aber ich glaube, wir sollten uns darauf verständigen, dass mehr geht und wir uns diesbezüglich zusammenraufen und gucken sollten, was wir gemeinsam machen können. Bei uns in Brandenburg gibt es eben nicht nur Verbindungsprobleme im hintersten Winkel, sondern leider in großen Teilen des ländlichen Raums - selbst wenn man die gro-

tesk niedrigen Standards anlegt, mit denen die Bundesregierung Breitband definiert.

Es wird daher Zeit, dass sich die Landesregierung von ihrer Position, das regelt der Markt - dazu sage ich gleich noch einmal etwas -, wegbewegt, und zwar am besten im Sinne unseres gemeinsamen Antrags mit der CDU-Fraktion.

(Beifall des Abgeordneten Genilke [CDU]: Richtig!)

- Genau, das war Ihr Stichwort!

(Genilke [CDU]: Ja, ja, nochmal! Aber bei der Abstimmung sind wir helle!)

Wenn wir die ländlichen Räume nicht auch von dieser Entwicklung abhängen wollen, muss nicht nur mobiles Telefonieren, sondern auch mobiles Internet wirklich im ganzen Land schnell und zuverlässig verfügbar sein - auch in Prenzlau, Perleberg oder Peitz.

Auf eine Kleine Anfrage von Herrn Homeyer zur mangelhaften Mobilfunkabdeckung im Amt Rhinow - darum ging es vorhin schon - antwortete die Landesregierung, die Mobilfunkabdeckung würde „der Markt regeln“. Das, denke ich, kann man so nicht stehen lassen. Weiter heißt es dort, die Landesregierung sei nicht zuständig, bemühe sich aber im Gespräch mit den Anbietern, auf eine Verbesserung der Versorgungssituation hinzuwirken. - Das mag früher hinreichend gewesen sein; inzwischen gehört eine gute Internetversorgung zur Daseinsvorsorge. Daher hat die öffentliche Hand die Pflicht zu handeln.

(Beifall B90/GRÜNE und CDU)

Wir begrüßen daher die Hartnäckigkeit, mit der die Kollegen von der CDU-Fraktion das Thema immer wieder auf die Tagesordnung setzen. Wir erhoffen uns mehr vom Wirtschaftsministerium. Während man in Potsdam noch mit der Glasfaserstrategie ringt, bereitet sich Berlin schon auf den 5G-Standard beim Mobilfunk vor.

Auch wenn das andere im Grunde schon weitgehend gesagt ist, will ich noch einmal deutlich machen: Allein auf den Markt zu setzen ist uns zu wenig, wenn man sagt, das gehöre zur Daseinsvorsorge. Der Markt hat entschieden, dass sich ein guter Mobilfunkstandard in den dünn besiedelten Landstrichen Brandenburgs nicht lohnt. Ich bin zwar auch dafür, mehr Druck zu machen, aber man muss auch anerkennen, dass Sie sich diesem Druck bisher nicht beugen wollten.

Ich finde, wir sollten eine andere Rechnung aufmachen: Das Land ist hier in der Pflicht, einer offensichtlichen Fehlentwicklung des Marktes gegenzusteuern, auch wenn es zunächst sicher nicht billig wird. Aber wir können und sollten es uns nicht leisten, weite Teile des Landes vom modernen mobilen Internet abzuhängen. - Vielen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE und CDU)

Präsidentin Stark:

Wir danken Ihnen. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag der Abgeordneten Schülzke für die Gruppe BVB/FREIE WÄHLER fort.

Frau Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir hatten das Thema Mobilfunk ja zur Aktuellen Stunde im November vergangenen Jahres aufgerufen. Es erstaunt mich ein bisschen, Herr Barthel, dass Sie jetzt erst mitbekommen haben, dass es auch in Großstädten teilweise keinen Mobilfunkempfang gibt - darauf hatte ich nämlich damals schon hingewiesen. Der Landrat des Landkreises Spree-Neiße hatte beim Durchfahren von Cottbus keinen Mobilfunkempfang. Wenn wir an Ludwigsfelde vorbeifahren, haben wir das gleiche Problem.

Ich hatte schon damals darauf hingewiesen, dass wir inzwischen in einem intensiven Austausch mit der Telekom sind. Mein Telefon funktioniert auch in Jagsal nicht, obwohl ich eigentlich Zugang zum 4G-Netz habe. Das widerspricht dem, was Sie, Herr Loehr, sagen, ein wenig. Es funktioniert einfach nicht. Die Telekom hat verschiedene Angebote und Hinweise aufgegriffen. Sie hat einige Netze stabilisiert, aber auch darauf hingewiesen, dass es wirtschaftliche Zwänge gibt.

Und hier stellen sich eine Menge Konflikte dar, zum Beispiel der Bau von Funkmasten in Naturschutzgebieten oder Biosphärenreservaten, die dem Naturschutz untergeordnet sind. Diese Konflikte müssen gelöst werden - das muss man gemeinsam angehen. Dazu sind einfach auch die Aktivitäten der Ministerien gefragt. Sonst sind unsere Schulkinder, Unternehmer und Bürger gehandicapt, und ein Ausfall oder Nichtvorhandensein von Funknetzen ist schlichtweg nicht mehr zeitgemäß. Hier läuft uns, auch unseren Unternehmen und Kindern, der technische Fortschritt davon. Selbst im dünn besiedelten Finnland und in Norwegen ist eine nahezu flächendeckende Versorgung mit Mobilfunk und mobilem Internet gegeben. Wenn die das können, müssen wir das auch können, dann müssen wir unsere Unternehmen einfach dazu bringen, aktiver zu werden.

Das Problem hier in Brandenburg bezieht sich auf die großen Netzbetreiber. Sie sind zuständig, lösen das Problem aber nicht. Aber es besteht in jedem Fall die Möglichkeit, Verbindung zu den Energieversorgern aufzunehmen, um die Hochspannungsnetze und -masten mit zu nutzen. Die Skriptleitungen geben es her, dass bessere und stabilere Netze erzeugt werden.

Die Funklöcher im ländlichen Raum müssen einfach verschwinden. Die Menschen dort müssen die Vorteile des E-Government nutzen können, und unsere Schulkinder dürfen nicht weiter benachteiligt werden.

Wir unterstützen den Antrag der CDU und der Grünen. - Vielen Dank dafür.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe sowie vereinzelt CDU und B90/GRÜNE)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Herr Barthel hat eine Kurzintervention angemeldet. Herr Barthel, Sie haben das Wort.

Barthel (SPD):

Liebe Frau Schülzke, ich habe nicht gesagt, dass ich das zum ersten Mal festgestellt habe. Ich habe gesagt: Die nehmen zu. - Der Grund dafür ist, dass die Dienstleister immer mehr Telefo-

ne und Anbindungen verkaufen, aber das 3G- und das 4G-Netz diesen Anforderungen nicht gewachsen sind, da man in einer Funkzelle nur eine bestimmte Zahl von Telefonen bedienen kann. Wenn eine Zelle ausgelastet ist, kann man darin also nicht weitertelefonieren. Das ist ihr Funkloch. Der gleiche Effekt entsteht beispielsweise zu Silvester, wenn sehr viele Menschen zur gleichen Zeit versuchen, Grüße zu verschicken. Auch dann ist das Funknetz nicht erreichbar.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Präsidentin Stark:

Frau Schülzke, wollen Sie auf diese Kurzintervention reagieren? - Da das nicht der Fall ist, kommen wir zum Beitrag der Landesregierung. Bitte, Herr Minister Gerber.

Minister für Wirtschaft und Energie Gerber:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Debatte hat gezeigt, dass wir inhaltlich sehr nahe beieinander liegen. Im November 2016 haben wir im großen Konsens auf Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE den umfassenden Beschluss zur Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg gefasst. Die Landesregierung stellt sich - und das nicht erst seit gestern - dieser Herausforderung. Wir haben auch schon eine Menge erreicht: Bei der Breitbandversorgung in Ostdeutschland liegen wir - auch wenn viele es nicht hören wollen - auf Platz 1, und da wollen wir auch bleiben.

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Der Beschluss Zukunftsstrategie Digitales Brandenburg enthält zur digitalen Infrastruktur unter anderem folgenden Auftrag:

„Schaffung von Anreizen für die Mobilfunkbetreiber für eine weitere Erschließung des Landes mit leistungsfähigen mobilen Datennetzen und eine schnellstmögliche Etablierung des 5-G-Standards.“

Das beschreibt, mit Verlaub, sogar mehr als der Prüfauftrag, den die CDU-Fraktion heute hier eingebracht hat.

Apropos CDU: Herr Homeyer, Sie haben soeben wieder eines Ihrer gefürchteten rhetorischen Feuerwerke abgebrannt. Wenn ich das einmal zusammenfassen darf: Der Ministerpräsident und ich sind persönlich schuld und verhindern persönlich, dass hier Mobilfunkmasten errichtet werden; helfen kann uns nur noch der liebe Gott. - Ist das so richtig?

(Zuruf des Abgeordneten Homeyer [CDU])

Meine Damen und Herren, die Landesregierung ist mit den Mobilfunkanbietern im Gespräch, um eine Verbesserung der Netzqualität zu erreichen, auch wenn wir das nicht „Runder Tisch“ nennen. Denn das würde nicht klarmachen, wo die Verantwortung liegt, nämlich bei den Mobilfunkbetreibern. Die Nichteinhaltung der Zusagen, was die Netzabdeckung betrifft - im Übrigen nicht nur in Brandenburg, sondern zum Beispiel auch in Baden-Württemberg und Bayern, wo die prozentuale Abdeckung nur unwesentlich besser ist -, ist absolut inakzeptabel; da stimme ich Ihnen vollkommen zu.

Es kommt jetzt aber darauf an, den richtigen Weg und das richtige Instrument zu finden, um diesen Missstand abzustellen.

Der richtige Weg ist, dass wir in der März-Sitzung des Beirats bei der Bundesnetzagentur den Antrag, die Provider bei der Vergabe neuer Frequenzen zu beauftragen, die Netzabdeckung mit nahezu 100 % tatsächlich umzusetzen, behandeln, der mit Unterstützung Brandenburgs verabschiedet werden wird.

Das ist das Instrument, das zu einer tatsächlichen Verbesserung der Mobilfunkabdeckung in Brandenburg führen kann. Deswegen unterstützen wir das natürlich ausdrücklich. Denn da ist die Verantwortung. Die Mobilfunkunternehmen verdienen ihr Geld und sie müssen auch dafür sorgen, dass in den dünner besiedelten Gebieten die Abdeckung ein akzeptables Maß erreicht, das sie im Moment nicht hat.

(Beifall SPD sowie der Abgeordneten Domres und Büchel [DIE LINKE])

Meine Damen und Herren, an einer Bestandsaufnahme der Netzabdeckung, die im Antrag gefordert wird, arbeitet die Landesregierung bereits. Hier sind wir allerdings auf die Mithilfe der Netzbetreiber angewiesen. Insofern ist diese Forderung entbehrlich.

Die Landesregierung wird, wie im letzten Beschluss des Landtages festgelegt, dem Landtag im 2. Quartal 2017 über die unternommenen Schritte berichten. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Herr Homeyer, Sie haben die Gelegenheit, noch die Redezeit von einer Minute und 36 Sekunden zu nutzen.

Homeyer (CDU):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Minister Gerber, nichts von dem, was ich hier seit nunmehr fast 22 Jahren sage, ist persönlich gemeint. Ganz im Gegenteil sogar, Herr Minister Gerber, ich schätze Sie als Person.

Aber alles, was Sie hier sagen und was ich hier kritisch äußere, bezieht sich immer auf Ihr Amt - das Amt der Exekutive. Es ist immer das Gleiche, was wir von der Landesregierung erwarten, dass Sie für die Bürgerinnen und Bürger des Landes das Maximale herausholen, sich einsetzen, sich engagieren und um Lösungen ringen.

(Beifall CDU und der Abgeordneten Schülzke [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Meine Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Barthel, Herr Loehr, ganz so verkehrt können wir ja nicht liegen. Sie haben gesagt: In Bayern gibt es auch das eine oder andere Funkloch. Das ist so. Übrigens, die These von Herrn Loehr finde ich echt gut: Alle in ganz Deutschland haben Funklöcher, und damit ist das Problem für Brandenburg erledigt. - Das finde ich schon echt stark.

(Beifall CDU - Zuruf der Abgeordneten Lieske [SPD])

Die SPD in Bayern ist da übrigens viel weiter, Herr Minister Gerber. Die hat von der Bayerischen Staatsregierung sogar ein eigenes Landesprogramm gefordert. Das haben wir nicht ge-

tan. Ich meine, die SPD in Bayern ist auch nicht so bedeutend wie die CDU in Brandenburg, das muss man auch einmal sagen. Aber gefordert haben wir das nicht.

(Heiterkeit CDU - Zurufe von der SPD)

- Entschuldigung, ich habe doch Recht, denn wir haben das Land ja schon einmal zehn Jahre mitregiert. Ich kann mich nicht erinnern, dass die SPD das in Bayern jemals getan hat. Aber gut.

(Zurufe von der SPD)

Wissen Sie eigentlich, wie man Brandenburg in Berlin nennt? Das „Edge-Land“. Der Edge-Standard ist der älteste Mobilfunk-Standard, den es gibt. Das ist nicht Standard drei oder vier oder fünf. Das ist der erste Standard, den wir hatten. So sagt man in Berlin, weil es hier so viele Funklöcher gibt und der Standard so schlecht ist.

Präsidentin Stark:

Herr Abgeordneter, das ist sehr interessant, aber die 1 Minute und 36 Sekunden Redezeit sind jetzt um.

Homeyer (CDU):

Ich komme zum Ende. - Ich habe viele Argumente gehört, gerade vom Kollegen Barthel, warum der Antrag gut ist und er eigentlich überwiesen werden müsste. Alle Argumente sprechen dafür, uns länger damit zu beschäftigen. Insofern hoffe ich, dass wir auch durch den Beitrag, den ich jetzt noch einmal dem Hohen Haus abgeliefert habe, Ihr Bewusstsein verändert haben und wir uns im Ausschuss gemeinsam darüber unterhalten können. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU)

Präsidentin Stark:

Wir werden gleich sehen, ob das mit dem Bewusstsein geklappt hat, denn wir kommen zur Abstimmung. Wir sind am Ende der Rednerliste angelangt.

Wir stimmen über den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/5828, Neudruck, ab: „Raus aus dem Funkloch - Für eine flächendeckende Mobilfunkversorgung in Brandenburg“. - Wer diesem Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag abgelehnt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 7 und rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Flächenraubbau für Kies in Mühlberg und Umgebung stoppen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der BVB/FREIE WÄHLER Gruppe

Drucksache 6/5829
(Neudruck)

Wir beginnen die Aussprache mit dem Beitrag der Abgeordneten Schülzke. Sie spricht für die Gruppe BVB/FREIE WÄHLER.

Frau Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Lehmann! In Mühlberg an der Elbe wird seit 1967 Kies abgebaut. 530 Hektar landwirtschaftliche Fläche sind bereits abgetragen.

In den letzten 20 Jahren wurden in nur unbedeutendem Umfang Flächen rekultiviert. Die Bevölkerung behauptet, gar keine Flächen wurden rekultiviert. Schon im September 2015 wurde dieses Thema hier von uns aufgerufen - mit dem Ziel, insbesondere Rekultivierungen besser zu überprüfen und entsprechende Maßnahmen oder Sanktionen umzusetzen, wenn die Rekultivierungen ausbleiben.

Am 7. Dezember 2016 wurde dieser Sachverhalt erstmalig im Fachausschuss behandelt. Fünf Tage vor der Ausschusssitzung wurde mir die Einladung zur Kenntnis gegeben - völlig ohne Vermerk oder Hinweis, dass beabsichtigt ist, uns als Antragsteller dieses Tagesordnungspunktes einzubeziehen. Gern hätte ich sonst die anderen Termine, die an diesem Tag stattgefunden haben, verlegt oder abgesagt. So hat eben nur ein Mitarbeiter unserer Gruppe im Zuschauerraum teilgenommen.

Da der Vorsitzende des Ausschusses nun weitere Initiativen ergreifen will, wäre ich dankbar, wenn eine ordentliche Information an uns als Antragsteller erginge. Beim Lesen des Protokolls über die Ausschusssitzung ist festzustellen, dass überhaupt nicht klar ist, für wie viele Flächen um Mühlberg der Abbau beantragt ist. Sind es 50 Hektar, 500 Hektar oder sogar 700 weitere Hektar?

Begründet wird die Notwendigkeit des Abbaus damit, dass er die Rohstoffbasis der beantragenden Firmen für die nächsten 50 Jahre sichert. Es wird von einem Konflikt aus der Sicht des Landkreises und der Kommune gesprochen. Es ist von 80 festen Arbeitsplätzen im Bereich der Rohstoffgewinnung die Rede. Des Weiteren sei auch die Landwirtschaft nicht unerheblich, aber die Rohstoffgewinnung sei schon eine der wirtschaftlichen Basen im Raum.

Sehr geehrter Herr Minister, bitte sagen Sie das den Mühlbergern. Sagen Sie, dass die über 100 Arbeitsplätze in der Landwirtschaft unwichtiger sind als die Interessen der Rohstofffirmen in Passau oder Frankreich. Dort in Passau bei der Firma Berger oder in Frankreich bei Eurovia sind vermutlich auch die 80 Arbeitsplätze zu finden, von denen im Ausschuss seitens Ihres Hauses berichtet wurde. In Mühlberg berichten die Einwohner von 25 bis 30 Beschäftigten in den beiden Kieswerken. Der Kämmerin in Mühlberg ist auch nichts von Steuereinnahmen bekannt, wobei die Landwirtschaft erhebliche Steuern zahlt.

Ebenso wurde von den Problemen bei der Rekultivierung gesprochen. Diese sind für die Bevölkerung am wenigsten nachvollziehbar. Für die Rohstoffunternehmen ist es ein großer Vorteil, wenn für große Maschinen viel Platz zum Arbeiten vorhanden ist. Bepflanzungen würden stören. Behörden wurden ausgetrickst. Sogar die überhohe Halde, die viel Treibsand verursacht, soll zum Biotop erklärt werden, damit die Nutzflächen nicht wiederhergestellt werden müssen.

Von der Firma Elbekies liegen jetzt einige Rekultivierungsvorschläge vor. Gut wäre es, diese straff zu begleiten, und zwar bevor die nächsten Flächen zum Abbau freigegeben werden. Auch sollen die bis drei Hektar Waldfläche aufgeforstet werden. Zu begrüßen wäre es, wenn man mit der Rekultivierung endlich beginnen würde, anstatt die überbürokratisierten Planungsverfahren dafür zu nutzen, Rekultivierungen unmöglich zu machen. Es wäre ein guter Anfang nach den vielen Jahren der Wildwirtschaft.

(Beifall des Abgeordneten Vida [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe])

Die Mühlberger sind nicht gegen den Kiesabbau. Sie erwarten aber, dass diese Firmen ihre Auflagen einhalten und so viel Nutzfläche wie möglich wiederhergestellt wird. Wenn aus Mühlberg Kies zum Flughafen BER oder zu den Bundesstraßen verbracht wird, ist es ein Leichtes, auf der Rückfahrt Bodenaushub oder Bankette mitzunehmen und diese auf den Abraum, der zunächst eingebaut werden könnte, aufzubringen. Sollten Sie Rekultivierung wollen, gibt es einfache Lösungen, aber bisher ist eben fast nichts passiert.

Sehr große Sorgen bereiten uns die neuen Anträge bis hin zu den Verkaufsabsichten des Bundes zu den Flächen des ehemaligen Lagers Mühlberg, einem ehemaligen Kriegsgefangenen- und Internierungslager, in dem Tausende Menschen gequält wurden und fast Zehntausend Menschen starben. Dort ist Bergrecht eingetragen, und wenn ein Käufer das Gelände erwirbt, wird er seine Interessen früher oder später durchsetzen. Bei der Nicht-Rekultivierung hat das ja auch geklappt.

Lippenbekenntnisse helfen uns bei diesem sensiblen Thema nicht weiter. Es müssen Taten und klare Regelungen her. Auch ist der Fläche der heutigen Gedenkstätte schnellstens das Bergrecht zu entziehen.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und B90/GRÜNE)

Im Infrastrukturausschuss empfahl Frau Ministerin Schneider, für Mühlberg einen integrierten Regionalplan aufzustellen. Genau das wollen die Mühlberger schon lange, aber die rechtlichen Bedingungen sind nicht gegeben. Das alte Bergrecht aus der DDR-Zeit lässt den Abbau zu. Früher oder später - wenn sich die Behörden austricksen lassen - leiden die Brandenburger Einwohner darunter.

Seit Jahren sind die Kommunen mit der Landesentwicklungsplanung unzufrieden. Viele Kommunen klagen dagegen. Das Bergrecht findet kaum Eingang in den Landesentwicklungsplan, obwohl ca. 700 Hektar neue Fläche für den Abbau vorbereitet werden, um - so das Protokoll - die Rohstoffgewinnung für die nächsten 50 Jahre für nichtbrandenburgische Großunternehmen zu sichern, und das, obwohl noch keine befriedigenden Lösungen für die 500 Hektar umfassende bereits abgebagerte Fläche vorliegen.

Im Entwurf des Landesentwicklungsplanes ist für viele Ortschaften einerseits eine sehr begrenzte Entwicklung vorgesehen - mit dem Ziel, Freiflächenversiegelungen zu begrenzen. Andererseits werden solche Großflächenentnahmen gänzlich toleriert oder noch gefördert. Das ist nicht hinnehmbar. Darum müssen schnellstens Änderungen der dem alten Bergrecht ent-

stammenden Regelungen erfolgen. Mecklenburg-Vorpommern hat das schon umgesetzt.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und B90/GRÜNE)

Auch muss das Mitspracherecht der Gemeinden bei der Landesentwicklungsplanung verbessert werden.

Wir bitten darum, den Antrag an die entsprechenden Ausschüsse zu überweisen, damit für Mühlberg und Umgebung langfristige tragfähige Lösungen herbeigeführt werden können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und B90/GRÜNE)

Präsidentin Stark:

Frau Schülzke, wir danken Ihnen. - Wir setzen die Aussprache fort. Zu uns spricht Kollegin Hackenschmidt für die Fraktionen SPD und DIE LINKE.

Frau Hackenschmidt (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mühlberg - eine unendliche Geschichte, könnte man meinen. Vor allen Dingen gab es vor Ort Probleme, die darin bestanden, dass man nicht miteinander, sondern übereinander gesprochen hat, statt sich an einen Tisch zu setzen.

Im Juli 2015 hat der damalige Fraktionsvorsitzende der SPD, Klaus Ness, in Elbe-Elster eine Kreisbereisung durchgeführt. Wir waren in Mühlberg und haben vor Ort Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern und den Vertretern der Bürgerinitiative geführt. Wir haben dort vereinbart, uns um das Thema zu kümmern, und trafen am 03.12. hier in der Fraktion mit Herrn Freytag und Staatssekretär Fischer zu einem Gespräch zusammen. Wir haben die Dinge noch einmal mit den Vertretern der Vor-Ort-Initiative und der Bürgermeisterin besprochen und beraten, wie wir vorgehen wollen, um zu erreichen, dass vor Ort erst einmal eine vernünftige Kommunikation stattfindet. Die war bis dahin nicht gegeben. Da inzwischen alle Fraktionen vor Ort waren, müsste das auch von ihnen dort vorgetragen worden sein. Daraufhin haben wir einen Bürgerdialog geführt, zu dem - absichtlich - nicht nur ich, sondern die Bürgerinitiative, unsere Regionalbeauftragte und ich gemeinsam eingeladen hatten. So haben wir die Bürger, die Vertreter der Landwirtschaft, die Stadtverordneten, aber auch die Geschäftsführer der Kieswerke eingeladen. Und ich kann Ihnen berichten: Alle Seiten - die Bürgerinnen und Bürger, die Vertreter der Unternehmen, die Landwirte - haben hinterher gesagt: Endlich hat das mal jemand moderiert! - Und es lief friedlich ab; das war die erste Veranstaltung, wo man sich nicht anbrüllte und mit Unterstellungen und Ängsten arbeitete.

Wir hatten zur Beantwortung der Fragen, die wir im Vorfeld erahnten, Herrn Dr. Freytag mitgebracht, der damals gerade Abteilungsleiter wurde, und Herrn Thiem, damals Abteilungsleiter im LBGR.

Im Nachhinein erschien ein Presseartikel, wo noch einmal deutlich wurde: Ja, die Leute waren zufrieden. Sie konnten ihre von Angst geprägten Fragen und ihre Vermutungen vortragen.

Beispielsweise ging es um Fragen wie: Können wir enteignet werden? Was ist mit der Renaturierung? - Dr. Freytag hat ganz nett geantwortet, es gebe keinen Kiesnotstand - er wisse jedenfalls nichts davon -, und deswegen könne es auch nirgendwo - an keiner Stelle - eine Enteignung geben.

Die Bürgerinnen und Bürger waren wie die Bürgerinitiative im Nachhinein sehr zufrieden.

Danach gab es ein Gespräch des Ministerpräsidenten vor Ort, und es fand eine Einwohnerversammlung statt, auf der das MIL die Raumbelastungsstudie vorstellte. Die Firma Elbekies hat sich auch eingebracht und einen Tag der offenen Tür für Bürgerinnen und Bürger veranstaltet. Ich war vor Ort und habe erlebt, dass die Menschen kamen, sich die rekultivierten Flächen dort ansahen und sagten: Das haben wir gar nicht gewusst! - Es herrschte eine sehr positive Stimmung.

Am selben Tag fand im Kloster eine Veranstaltung der Bürgerinitiative statt; auch dort war ich und stellte fest, dass sich die Konfliktsituation entschärft hatte und man miteinander redete. Ich glaube, das ist der größte Erfolg für diese kleine Gemeinde, dass man Probleme offen anspricht und sich auch jemanden als Moderator holt.

Der Tag der offenen Tür war auch im Sinne der Transparenz wichtig. Ja, dort gibt es eine hohe Halde; die Bürger können nicht auf das Werksgelände sehen. Aber das Werk hat alles möglich gemacht, um Einblicke zu gewähren. Auf solche Weise vermeidet man, dass Ängste und Vermutungen entstehen. Es wurde sichtbar, was in puncto Renaturierung erfolgt ist und welche Biotop an welchen Ecken geplant sind.

Nun komme ich zum Grundübel. Dieses Kieswerk ist häufiger verkauft worden. Es gab mehrere Eigentümerwechsel, und es gab keine Verpflichtung, die schriftlich festgehalten worden wäre, die alten Renaturierungsvorhaben - nämlich aus DDR-Zeiten - umzusetzen, denn das geht so einfach nicht. Alles andere übernimmt man ja bei einem Kauf, aber das war nicht geregelt. - Aber es gibt bei beiden Kieswerken freiwillige Renaturierungsvorhaben, die zum Teil auch schon realisiert worden sind.

Die Raumbelastungsstudie steht im Raum. Bei jeder Planung erfolgt eine Offenlegung, und die Kommunen werden beteiligt bzw. können sich beteiligen. Ein grundlegendes Problem ist hier die Fortsetzung der Kommunikation. Dafür gibt es Arbeitsgruppen. Sie tagen, es gibt Aktennotizen dazu, und man vereinbart sich. Ich glaube, wir sind da auf einem guten Weg, die bestehenden Möglichkeiten zu nutzen.

Es war, sage ich einmal für Außenstehende, etwas Ruhe hineingekommen - bis die BVVG-Flächen veröffentlicht wurden; Frau Schülzke hat es gesagt. Da ging es um die eine Lagerstätte, die bis nach Bad Liebenwerda, bis an die Kurstadtregion heranreicht, und um die Ortslage Neuburxdorf, wo sich das alte Lagergelände befindet, das heute Gedenkstätte ist. Niemand, wirklich niemand beabsichtigt, diese Fläche, die im Ganzen Bestandteil einer Planung der BVVG ist, zur Kiesgewinnung zu nutzen. Diese Lagerstruktur soll herausgelöst werden, um sie zu schützen. Das muss aber in den richtigen Schritten erfolgen. Ich denke, der zuständige Minister wird sich dazu deutlich äußern.

Sie haben es deutlich gesagt - das wurde in allen Gesprächen deutlich -: Die Bürgerinnen und Bürger sind nicht grundsätz-

lich gegen den Kiesabbau, denn das ist neben der Landwirtschaft die einzige noch bestehende Wirtschaftsstruktur. Aber es besteht ein Raumkonflikt zwischen Kiesabbau und Landwirtschaft. Beides ist Wirtschaft, und ich denke, hier müssen wir in Zukunft genauer hingucken.

Wir sind am Thema dran. Im Ausschuss wurde es behandelt. Am 16.02. haben wir noch ein internes Gespräch mit dem Staatssekretär vor Ort, und das Thema wird auch auf der Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung stehen. - Danke.

(Beifall SPD)

Präsidentin Stark:

Danke. - Zu uns spricht nun der Abgeordnete Homeyer für die CDU-Fraktion.

(Der Abgeordnete Homeyer [CDU] unterhält sich auf dem Weg zum Rednerpult mit der Abgeordneten Hackenschmidt [SPD].)

Homeyer (CDU):

Das war ein reines Gespräch unter Experten.

(Jungclaus [B90/GRÜNE]: Und was hast du dann da gemacht? - Vereinzelt Heiterkeit DIE LINKE und B90/GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Von den Funklöchern zu den Kieslöchern!“, hätte ich fast gesagt. Wir alle wissen ja, meine Damen und Herren, dass sich in Brandenburg gerade, wenn es um den Abbau von Rohstoffen geht - ob Braunkohle oder Kies -, die Gemüter erhitzen. Das liegt in der Natur der Sache. Es ist von Unrecht die Rede, von untätiger Politik und auch von ausbeutender Wirtschaft. Die positiven Faktoren werden dabei manchmal komplett ausgeblendet.

Der Kiesabbau in Brandenburg hat eine lange Tradition. Die beiden Kieswerke in Mühlberg, um die es geht, sind vor Ort - das wird wohl niemand bestreiten - ein wichtiger Arbeitgeber: 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Familien, deren Existenz an diesen Arbeitsplätzen hängt. Wichtig ist auch: Die hochwertigen Kiese und Kiessande sind ein wichtiger Rohstoff für diverse Industriezweige und damit übrigens die wirtschaftliche Basis für die Region.

Ich will die Nutzungskonflikte in Bezug auf die Landwirtschaft und den Naturschutz nicht bestreiten. Aber ich möchte uns alle vor Schwarz-Weiß-Malerei warnen. Das Thema ist sehr vielschichtig, und die Lösungen müssen im Dialog mit allen Beteiligten diskutiert werden. Nach dem, was ich bis jetzt gehört habe, kann man nicht in Abrede stellen, dass sich alle - die Landesregierung, insbesondere das MWE, das Landesbergamt, mittlerweile der Staatssekretär höchstpersönlich, Herr Freytag, der Abteilungsleiter - bemühen, vor Ort vernünftige Gespräche zu führen, um zu einer Lösung zu kommen.

Wahr ist auch: Landwirtschaft gehört in Mühlberg genauso wie Kiesabbau zu den tragenden wirtschaftlichen Säulen. Deshalb halte ich die Frage der Rückgabe von Flächen für sehr wichtig. Aber um für beide Seiten tragbare Lösungen zu erreichen, braucht es eben Gesprächs- und Kompromissbereitschaft von beiden Seiten; anders wird es nicht funktionieren. Einige Kon-

flikte konnten bereits gelöst werden. Vielleicht wäre einmal zu überlegen, die Ausbeutung der Kiesgruben effizienter durchzuführen als in der Vergangenheit - damit meine ich, mehr in die Tiefe zu gehen, den Flächenverzehr zu verringern.

Die vor zwei Jahren entstandene Debatte um die Rekultivierung hat gezeigt, dass die Auflagen in Mühlberg leider nicht so umgesetzt werden, wie es in der Genehmigung vorgesehen ist. Das ist nicht hinnehmbar. Vielleicht muss der Minister gleich noch einmal Stellung dazu nehmen, ob es daran liegt, dass im Landesbergamt nicht genügend Personal vorhanden ist, um diese Aufgabe zu erfüllen. Wenn das so ist, muss darüber nachgedacht und nachgesteuert werden. Das ist ein wichtiger Umstand. Die Bürger müssen Vertrauen haben, dass die Einhaltung der Auflagen für das, was der Staat genehmigt, geprüft wird.

(Beifall CDU)

Zum Thema Gedenkstätte: Ich denke, es ist völlig klar, dass dort, wo eine Gedenkstätte ist, niemand jemals Kies abbauen wird - jedenfalls nicht in Brandenburg und nicht in Deutschland. Das wird nicht der Fall sein. Frau Heinrich sagte mir, sie habe auch eine Petition dazu eingereicht. Inzwischen hat auch der Leiter des Landesbergamtes - ich glaube, am Wochenende - presseöffentlich gesagt, dass das niemals Realität werden wird. Unabhängig davon wurde außerdem gesagt, dass das illusorisch ist und niemand Verlustängste um seine Heimat haben muss, wenn es um die BVVG-Flächen geht. Wir nehmen das einmal so hin.

Frau Schülzke, es ist Ihr gutes Recht, Anträge zu stellen und sich in der Region zu engagieren. Sie stecken sicherlich gut in den Details - Frau Hackenschmidt auch -, weil Sie sich als Abgeordnete jeden Tag um diese Dinge kümmern. Das gilt auch für Frau Heinrich und Herrn Genilke. Ich möchte Ihnen dennoch Folgendes sagen: Im September 2015 haben wir hier schon einmal einen Antrag behandelt, in dem es um die Kiesgruben in Mühlberg ging. Ich weiß noch, wie ich hier dazu gesprochen habe, und kann mich übrigens gut daran erinnern, Frau Schülzke, dass ich dafür geworben habe, den Antrag an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Das war ursprünglich nicht geplant, ist dann aber geschehen. Der Antrag ist letztendlich auch behandelt worden. Am 7. Dezember hat das MWE einen Bericht dazu vorgelegt. Wenn ich richtig informiert bin, liebe Frau Schülzke, sind Sie eingeladen worden.

(Vida [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Nein! - Frau Schülzke [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe]: Nein, eben nicht. Das hab' ich doch gerade erzählt!)

- Dann muss das nachgeprüft werden. Ich hatte vom Ausschussdienst die Information, dass Sie dazu eingeladen wurden. Wenn das nicht geschehen ist, ist das eine Unterlassungssünde. Das würde ich sehr bedauern; denn selbstverständlich hätten Sie dabei sein müssen, weil Sie den Antrag eingebracht haben. Wir haben den Antrag nun noch einmal auf der Tagesordnung. Sie werden sicherlich eingeladen. Dann müssen wir noch einmal darüber sprechen.

Insofern bin ich doch guter Hoffnung, Frau Schülzke, dass wir hier keinen dritten Antrag von Ihnen erhalten, sondern die Dinge jetzt auf einem guten Weg sind und wir auch im zuständigen Ausschuss - federführend bei uns - weiter über das Thema

sprechen und zu einer guten Lösung für die Bürgerinnen und Bürger kommen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU sowie vereinzelt SPD)

Präsidentin Stark:

Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag des Abgeordneten Schröder für die AfD-Fraktion fort.

Schröder (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Gast! Der Kiesabbau im Raum Mühlberg ist seit geraumer Zeit mit erheblichen Konflikten belastet, wie sich unschwer erkennen lässt. Dass eine schnelle Lösung hier anscheinend nicht in Sicht ist, zeigt allein die Tatsache, dass wir uns nun schon zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode mit den Auswirkungen dieses Kiesabbaus befassen müssen.

Auf der einen Seite stehen dabei die wirtschaftlichen Interessen - getragen durch die jeweiligen Unternehmen. Die besondere Beschaffenheit der bei Mühlberg geförderten Kiessande macht die Förderung nämlich sehr attraktiv. Ein weiterer Profiteur ist das Land. Pro Tonne Kies werden 21 Cent an Abgaben erhoben, die dem Landeshaushalt zugutekommen. Bei einem geschätzten potenziellen Lagerstättenvolumen der Elbtalwanne zwischen Belgern und Fichtenberg - das sind ca. 130 km² - von rund 6 Milliarden Tonnen Kies und Kiessand ergibt sich eine nicht ganz unbedeutende Summe. Daraus ist selbstverständlich der große öffentliche Belang abzuleiten, der auch als Begründung für diesen Kiesabbau angeführt wird.

Auf der anderen Seite stehen - wie so oft bei entsprechenden Großprojekten der Landesregierung - die betroffenen Bürger. Sie befürchten eine Minderung ihrer Immobilienwerte, und das zu Recht. Die Bürger leiden unter der mit dem Kiesabbau verbundenen Lärm- und Staubbelastung. Es geht dabei aber auch um die mögliche Blockade von Zufahrtswegen und sonstiger Infrastruktur, welche die Lebensqualität der dort lebenden Menschen drastisch einschränken könnte. Aber auch Landwirte sind besorgt - darüber, dass ihnen mit der Ausweitung des Kiesabbaus ertragreiche klimarobuste Ackerflächen entzogen werden könnten. Ganz zu schweigen vom Tourismus- und Erholungswert der Region, der ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen werden könnte; denn selbst FFH- und Landschaftsschutzgebiete mit ihrer schützenswerten Tier- und Pflanzenwelt werden nicht von den Abbauplänen ausgenommen.

Nun muss eine Balance gefunden werden, um einen Interessenausgleich zu schaffen, meine Damen und Herren. Aus Sicht der AfD liegt das Problem dabei nicht im Kiesabbau selbst, sondern im schon erwähnten groben Missverhältnis von Profiteuren und Benachteiligten: Während die Unternehmen und die Landesregierung zu den Gewinnern zählen, verlieren im Grunde alle anderen. Vor allem die gesamte Region Mühlberg bleibt auf der Strecke.

(Zuruf der Abgeordneten Lieske [SPD])

Renaturierung und Wiederherstellung von Flächen? - Fehlanzeige! Man lässt die ausgebaggerten Flächen größtenteils verwässern. Damit ist keine wirtschaftliche Nachnutzung möglich.

Neue Arbeitsplätze für die Region? - Fehlanzeige! Bei unter 100 lokal angesiedelten Beschäftigten handelt es sich nicht gerade um einen gewichtigen Wirtschaftsfaktor.

Regionale Wertschöpfung und Gewerbesteuern? - Auch hier: Fehlanzeige! Denn der Firmensitz der Rohstoffunternehmen liegt nicht in Brandenburg. Damit bleibt für die Region auch nicht viel von den Steuereinnahmen.

Die Bürger in Mühlberg haben ein Recht darauf, einen Teil vom Kuchen abzubekommen, wenn der Kiesabbau ihre Heimat in zunehmendem Maße verändert. Dies kann entweder durch finanzielle Entschädigungen oder durch ernsthaft vorangetriebene Renaturierungsmaßnahmen mit einem Konzept für die Nachnutzung erfolgen. In jedem Fall müssen alle Beteiligten der Region in den Prozess des Kiesabbaus einbezogen werden, denn es kann nicht sein, dass Mühlberg mit seinem Rohstoffreichtum nicht einmal das Geld hat, seine Rad- und Gehwege zu sanieren.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, ich fordere Sie zum Handeln auf. Sie müssen die Verteilungsgerechtigkeit in Mühlberg beheben. Auch Mühlberg hat das Recht auf eine entsprechende Zukunft. Wir werden dem Antrag der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER zustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall AfD)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Wir setzen die Aussprache mit dem Beitrag des Abgeordneten Jungclaus für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fort.

Jungclaus (B90/GRÜNE): *

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! 750 Fußballfelder - das entspricht ungefähr der Fläche, die seit 1968 im Mühlberger Raum ausgekieset wurde. Abgesehen vom bereits bestehenden Kiesabbau bietet die BVVG nun zwei weitere Berechtigungsfelder an. Für die Zukunft Mühlbergs kann dies bedeuten, dass zusätzlich Kies auf einer Fläche abgebaut werden würde, die noch einmal Hunderten Fußballfeldern entspräche.

Dabei liegen die Berechtigungsfelder auf Ackerböden, die zu den fruchtbarsten Brandenburgs gehören - der Traum eines jeden Landwirts! Ich weiß nicht, ob Kollege Folgart noch hier ist. Gerade er müsste sich dabei besonders angesprochen und berufen fühlen. Die Böden sind aber nicht nur besonders ertragreich, sondern auch klimarobust und wurden vom Innovationsnetzwerk Klimaanpassung als besonders schützenswert bewertet. Dies schreit doch geradezu danach, dass solche Böden zukünftig auch von der Regionalplanung explizit als landwirtschaftliche Vorrangflächen eingestuft werden.

(Beifall B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Vielleicht können Sie Ihre Kollegen wenigstens noch bei diesem Punkt überzeugen. Ich habe den Eindruck, dass wir in der Diskussion schon einmal weiter waren, was Ihr Engagement betrifft - Stichwort: Flächenfraß.

In dem Gebiet liegen aber auch ausgewiesene Hochwasserschutzgebiete sowie eine Gedenkstätte für ein Kriegsgefangenenlager, in dem fast 10 000 Menschen starben und begraben wurden. Außerdem befinden sich Siedlungen in dem Gebiet.

An den Bergwerksflächen haben bereits drei Unternehmen Interesse bekundet. Minister Gerber sagte zu den Befürchtungen, die infolgedessen geäußert wurden: Der Erwerb einer Bergwerkseigentumsfläche berechtigt noch nicht zum Abbau. - Vom Landesbergbauamt kam die Aussage:

„Ein Rohstoffabbau im Bereich [...] des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers ist genehmigungsrechtlich völlig illusorisch.“

Aber im Ernst: Glauben Sie tatsächlich, dass Unternehmen auf Flächen bieten, die sie nicht nutzen können? Ihr Geschäft ist nun einmal nicht Boden- und Grundstücksverwaltung, sondern Kiesabbau - das weiß, denke ich, auch der Wirtschaftsminister. Und wenn sie die Flächen erst einmal haben, dann steht unser Bergrecht in der Regel über allen anderen Belangen. Das ist ein Missstand, den wir auch auf Bundesebene schnellstmöglich beheben müssen.

(Beifall B90/GRÜNE sowie der Abgeordneten Schülzke [BVB/FREIE WÄHLER Gruppe] und Schade [AfD])

Aber selbst wenn nun Teilbereiche vom Abbau ausgeschlossen würden, bedeutet das, wir reagieren wieder einmal nur. Es geht daher nicht allein um diesen konkreten Einzelfall, sondern auch darum, dass wir anhand dieses Einzelfalls sehr anschaulich durchdeklinieren können, dass es selbst in einem so dünn besiedelten Land wie Brandenburg immer auch Nutzungskonflikte dahin gehend geben wird, wie wir mit unseren Rohstoffen und vor allen Dingen mit den Menschen umgehen, die zufällig auf diesen Rohstoffen „sitzen“ oder deren Existenz von diesen Flächen abhängt. Ja, es gibt Arbeitsplätze im Bereich Kiesabbau, aber es gibt auch Arbeitnehmer, die in der Landwirtschaft tätig sind und sich erhebliche Sorgen machen.

Wie können wir also landesplanerisch vorbeugen - an dieser Stelle finde ich es schade, dass die zuständige Ministerin nicht anwesend ist -, um einen Ausgleich zwischen den Interessen der Flächenerwerber einerseits und der Landwirtschaft andererseits, den naturschutzfachlichen Belangen, dem Hochwasserschutz sowie in diesem konkreten Fall dem Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft zu schaffen?

Ministerin Schneider räumte in der Ausschusssitzung vergangene Woche ein, dass die Regionalplanung für die Frage der Vorbeugung und auch jetzt schon für integrierte Regionalpläne zuständig sei und diese auch aufsetzen könne. Sie werbe schon lange dafür. Es ist aber eine Sache, dafür zu werben und auf die freiwillige Umsetzung zu hoffen; eine andere ist, die entsprechenden Vorgaben zu machen und die Aufgabe dann auch angemessen zu finanzieren, wie wir es fordern. Das hat auch nichts mit Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung zu tun, wie Sie gelegentlich suggerieren. Die Raumordnung ist dazu da, verschiedene Planungen aufeinander abzustimmen, und das Mittel der Raumordnung ist nun einmal der Landesentwicklungsplan. Deswegen muss er auch Spielregeln für die unteren Ebenen festlegen, und zwar nicht als Empfehlungen, sondern als verbindliche Regeln - andere Bundesländer zeigen, dass es geht.

Doch nicht nur bei der Planung, sondern auch beim Vollzug gibt es Defizite in der Region, ob nun bei der Rekultivierung oder der Höhe der Halden, die mit 30 m teilweise doppelt so hoch sind wie zulässig - und zwar seit Jahren. Aber anstatt zu handeln, schaut das Landesbergamt nur zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz aller Probleme befürworten die Bewohnerinnen und Bewohner Mühlbergs auch weiterhin Kiesabbauflächen. Aber sie fordern mit Recht ein, dass den Konflikten vor Ort Rechnung getragen und wirksam kontrolliert wird, ob bestehende Vorgaben eingehalten werden. Unser gemeinsamer Antrag wird beiden gerecht: der langfristigen Planung wie auch den aktuellen Problemen. Ich bitte ihn daher zur Beratung an die entsprechenden Ausschüsse - an den Wirtschaftsausschuss und den Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung - zu überweisen. - Vielen Dank.

(Beifall B90/GRÜNE und BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung spricht nun Minister Gerber zu uns.

Minister für Wirtschaft und Energie Gerber:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Kiesandlagerstätten im Raum Mühlberg gehören mit Mächtigkeiten von teilweise bis zu 50 m zu den größten Lagerstätten im Land Brandenburg. Sie stellen damit eine der wichtigsten Rohstoffressourcen der Baustoffindustrie in Brandenburg und Sachsen dar.

Wir haben es - das ist schon gesagt worden - mit einem Raum zu tun, der sowohl reich an diesem Rohstoff ist als auch landwirtschaftlich hochwertige Böden hat. Die Bodenwertzahlen gehören zu den höchsten im Land Brandenburg. Insofern herrscht dort ein Nutzungskonflikt zwischen der wirtschaftlichen Nutzung in der Landwirtschaft einerseits und dem Kiesabbau andererseits, der bei bergrechtlichen Entscheidungen natürlich zu berücksichtigen ist.

In Ihrem Antrag wird zunächst die Gedenkstätte des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers einschließlich des Gräberfeldes angesprochen, das von einem der Bergwerksfelder überdeckt wird. In der Plenarsitzung des Landtages im Dezember habe ich eine mündliche Anfrage des Abgeordneten Jungclaus zu diesem Thema beantwortet. Die BVVG als bundeseigene Besitzerin des Bergwerksfeldes Mühlberg-Neuburxdorf, in dem diese Gedenkstätte liegt, hat diese Fläche bereits im Interessenbekundungsverfahren als nicht abbaubar ausgespart. Im Zusammenhang mit der Vorratssituation wurde darauf hingewiesen, dass sich die Fläche des abbaubaren Bergwerksfeldes bezogen auf das Gräberfeld von 366 auf ca. 200 Hektar reduziere. Um hier Rechtssicherheit zu schaffen, sind wir gemeinsam ...

Präsidentin Stark:

Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Minister Gerber:

Nein. - Um hier Rechtssicherheit zu schaffen, sind wir gemeinsam mit dem Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe

in Gesprächen mit der BVVG. Ziel ist es, das Bergwerkseigentum aufzuteilen. Für den Teil, in dem die Gedenkstätte liegt, würde ein Abbau dann versagt. Das Bundesberggesetz sieht eine solche Regelung in § 48 Abs. 2 vor, da hier ein überwiegendes öffentliches Interesse dem Bergbau entgegensteht. Das Ergebnis der Gespräche ist noch abzuwarten.

Nun wird hier wie so oft das Argument angeführt, das Bundesberggesetz sei zu überarbeiten und den heutigen Gegebenheiten anzupassen. Das ist von uns jetzt nicht zu entscheiden. Ich will jedoch sagen, dass ich an einem Punkt nicht erkennen kann, inwieweit das Bergrecht in wesentlichen Teilen DDR-Recht sein soll. Mit dem Gesetz zur Vereinheitlichung der Rechtsverhältnisse bei Bodenschätzen wurde im April 1996 die unterschiedliche Zuordnung der Bodenschätze in Ost und West beseitigt, allerdings - da stimme ich Ihnen zu - mit der Maßgabe, dass alte Rechte - hierzu zählen auch die Bergwerksfelder der BVVG in Mühlberg - als sogenannte bergfreie Bodenschätze Bestandsrecht genießen. Das Thema wird also auf der bundespolitischen Ebene weiter diskutiert werden. Ich bin der Meinung, dass die derzeitige Regelung nach wie vor sinnvoll ist, um die Rohstoffsicherung in Brandenburg zu gewährleisten.

Was den eingangs erwähnten und manifesten Interessenkonflikt im Raum Mühlberg anbelangt, war die Erstellung der aktuellen Raumbelastungsstudie auf jeden Fall hilfreich. Wer diese neue Studie aufmerksam gelesen hat, wird erkannt haben, dass hier anhand verschiedener Szenarien durchaus diskutierenswerte Vorschläge unterbreitet werden, mit denen sich die Belange von Umwelt und Landwirtschaft sowie die berechtigten Interessen der Anwohner besser miteinander verbinden lassen. Nun muss die Regionalplanung sehen, wie sie damit umgeht, und auch gemeinsam mit den sächsischen Kollegen die richtigen Schlüsse daraus ziehen.

Es ist darauf hingewiesen worden, dass es auch auf Initiative des Landes intensive Gespräche vor Ort gibt. Die nächsten, bei denen Staatssekretär Fischer zugegen sein wird - Frau Hackenschmidt hatte es erwähnt - , finden im Februar statt. Wir werden das Thema weiter mit hoher Aufmerksamkeit verfolgen. - Herzlichen Dank.

(Vereinzelte Beifall SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Stark:

Das Wort erhält nun noch einmal die antragstellende Fraktion. Frau Schülzke, bitte.

Frau Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe):

Frau Hackenschmidt, ich hatte nie den Eindruck, dass man in Mühlberg nicht miteinander redet. Man war dort enttäuscht, hat sich alleingelassen gefühlt und um Hilfe gebeten. Das war die Situation, die wir dort vorgefunden haben. Man hat sich vor Ort einfach hilflos gefühlt, und ich habe sehr oft erlebt, dass Frau Mieritz, Ihre Regionalbeauftragte, dort gesagt hat: Das müssen wir bremsen, das müssen wir stoppen. - Erfolge sind aber einfach keine vorhanden. Die große Halde, die wir hier vor anderthalb Jahren angesprochen haben, ist immer noch da, und bis heute gibt es kein Konzept, wie mit ihr und dem entstehenden Flugsand umgegangen werden soll.

(Beifall des Abgeordneten Raschke [B90/GRÜNE])

Das ist im Prinzip das, was eingefordert wird und worauf die Bürger immer wieder hinweisen. Es ist gut und dringend notwendig, dass man jetzt versucht, Vertrauen wiederherzustellen. Das haben auch wir hier eingefordert.

Herr Minister, noch einmal an Ihre Adresse: Genau die Regionalplanung hat darauf hingewiesen, dass es aufgrund der bestehenden alten DDR-Rechtsbedingungen problembehaftet ist. Im Gespräch mit Mecklenburg-Vorpommern wurde darauf hingewiesen, wie die jetzige Situation zustande kommt. Wir sehen es ja: Die Bergwerksbetriebe nutzen es gegenüber den Bürgern schamlos aus. Da muss ein Riegel vorgeschoben werden! Ich bitte Sie, sich intensiv weiter darum zu kümmern und für die Mühlberger entsprechende Regelungen zu treffen. Die gleiche Bitte richte ich auch an die Ministerin - sie ist jetzt nicht hier -: Sorgen Sie für entsprechende Regelungen in der Landesplanung. - Vielen Dank.

(Beifall BVB/FREIE WÄHLER Gruppe und B90/GRÜNE)

Präsidentin Stark:

Vielen Dank. - Frau Schülzke war doch noch nicht die letzte Rednerin. Frau Hackenschmidt hat noch einmal um Worterteilung gebeten.

(Zurufe: Och nö!)

Frau Hackenschmidt (SPD):

- Ach doch! Wat mutt, dat mutt!

(Einzelbeifall und Heiterkeit)

Frau Schülzke, ich weiß nicht, wann Sie da waren. Als wir da waren, wurden wir um Hilfe gebeten - sowohl von der Bürgerinitiative als auch von den Stadtverordneten. Ich kann nur sagen - ich kann Ihnen den Artikel gern geben, Sie können gegebenenfalls auch noch einmal nachfragen -: Vorher gab es keine Kommunikation. Das war das Grundproblem. Und wenn Sie an dieser Stelle sagen, die Werke nutzen die Situation gegenüber den Bürgern schamlos aus, dann fallen wir zurück in den Zustand, den wir gerade überwunden hatten. Wir sind miteinander im Gespräch.

(Beifall SPD)

Es gibt zwei Arbeitsgruppen. Die Akteure vor Ort sprechen in den entsprechenden Gremien miteinander. Ich finde, wenn wir uns einmischen und der Region unsere Hilfe anbieten, sollten wir vermeiden, dabei etwas aufleben zu lassen, was endlich be-

graben ist, nämlich das Kriegsbeil. Ich war da, als es noch keine Kommunikation gab.

Dass Sie von der AfD von einem „Großprojekt der Landesregierung“ sprechen, finde ich unmöglich. Es ist ein wirtschaftliches Unternehmen. Angeblich sitzen in Ihren Reihen irgendwelche Unternehmensberater. Da stellt sich mir die Frage, wie sie beraten. Unternehmen haben Rechte und Pflichten, und wir kontrollieren auf politischer Ebene deren Einhaltung.

Zu den DDR-Flächen, die nicht rekultiviert sind: Ich hatte gesagt, dass dies bei beiden Werken zum Teil auf Freiwilligkeit beruht, weil es bei der Übernahme nicht geregelt wurde; es sind Altlasten. Es ist Bereitschaft zu erkennen, und ich finde, man sollte anerkennen, dass die Werke gut dabei vorankommen, der Region rekultivierte Flächen zurückzugeben. Vor Ort wird der Boden gesichert; denn es sind eben sehr gute Böden. Ich denke, wir begleiten den Prozess weiter und werden uns des Themas weiterhin im Ausschuss für Wirtschaft und Energie annehmen. Ich hoffe und denke, dass die Einladung dieses Mal schneller ergehen wird. - Danke.

(Beifall SPD)

Präsidentin Stark:

Wir sind am Ende der Aussprache und stimmen zunächst über den Antrag auf Überweisung ab. Die Antragsteller beantragen die Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie - federführend -, des Weiteren an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur, an den Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft sowie an den Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung. Wer diesem Überweisungsantrag der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Überweisungsantrag abgelehnt worden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag in der Sache: Flächenraubbau für Kies in Mühlberg und Umgebung stoppen. Wer dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe BVB/FREIE WÄHLER auf Drucksache 6/8529, Neudruck, folgt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich schließe die heutige Sitzung und erinnere Sie an den Parlamentarischen Abend in der Lobby des Landtags auf Einladung von Rolls-Royce.

Ende der Sitzung: 17.34 Uhr

Anlagen**Gefasster Beschluss**

**Ministerpräsident Woidke beim Wort nehmen -
Energiesstrategie Brandenburgs ändern -
Auf steigende Netzentgelte und höchsten Strompreis reagieren**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 40. Sitzung am 19. Januar 2017 zum TOP 5 folgenden Beschluss gefasst:

**„Energiewendebedingte Netzausbaukosten
auf alle Stromverbraucher
in Deutschland gleich verteilen**

Der Landtag stellt fest:

Ein Verzicht auf eine bundesweite Angleichung der Übertragungsnetzentgelte wäre nachteilig für Brandenburg und steht einer gerechten Verteilung der Kosten der Energiewende entgegen.

Im Gegensatz zu den direkten Kosten des Ausbaus der Erneuerbaren Energien, die bundesweit einheitlich über die EEG-Umlage auf die Verbraucher verteilt werden, werden die Kosten des Netzausbaus dort getragen, wo sie anfallen. Jeder Verteilnetz- und Übertragungsnetzbetreiber legt die Kosten auf die Kunden in seinem Netzgebiet um. Dies führt dazu, dass die Entwicklung der Netzentgelte regional sehr unterschiedlich verläuft. Insbesondere in ländlichen und zumeist auch bevölkerungsärmeren Räumen steigen die Netzentgelte stark an, da hier - und nicht in den Städten - der Erneuerbare-Energien-Zubau stattfindet, gleichzeitig aber der Stromverbrauch oft aufgrund der geringeren Bevölkerungsdichte in der Summe relativ niedrig ist.

Das führt dazu, dass die Brandenburgerinnen und Brandenburger in einer Region mit einem hohen Erneuerbare-Energien-Zubau, insbesondere im Bereich der Windenergie, weiterhin deutlich steigende Netzentgelte tragen müssen. Dadurch entsteht ein immer größeres Gefälle zwischen den regionalen Netzentgelten in Deutschland. Da die Netzentgelte mittlerweile ein Viertel des Strompreises ausmachen, führt das dazu, dass der Strom in Brandenburg für die Verbraucher - nach der jüngsten Erhebung eines Internet-Vergleichsportals - im Vergleich aller Bundesländer am teuersten ist. Damit werden die Verbraucherinnen und Verbraucher am stärksten in den Bundesländern belastet, die beim Ausbau der erneuerbaren Energien führend sind.

Aus energiewirtschaftlicher Sicht sind die wachsenden regionalen Unterschiede in Netzentgelthöhen und -strukturen nicht begründbar. Es ist Aufgabe des Gesetzgebers, die energiewendebedingten Netzausbaukosten auf alle Stromverbraucher in Deutschland gleichmäßig zu verteilen, da die Energiewende eine nationale Aufgabe ist und sonst ein erhebliches Energiewende-Akzeptanz-Problem für die Bürger in den betroffenen Gebieten droht.

Mit dem im November 2016 vom Bundeswirtschaftsministerium erstellten Entwurf eines Gesetzes zur Moderni-

sierung der Netzentgeltstruktur sollten zum einen die vermeintlichen Netzentgelte in den kommenden zehn Jahren abgebaut und die Übertragungsnetzentgelte deutschlandweit vereinheitlicht werden.

Durch aktuelle Presseberichte konnte der Eindruck entstehen, dass von der Einführung eines bundesweit einheitlichen Netzentgeltes Abstand genommen wurde.

Der Landtag Brandenburg erwartet von der Bundesregierung, dass die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass die Kosten der Energiewende in den Netzentgelten auf Dauer fair und gerecht verteilt werden und dabei die Interessen der privaten Verbraucher und die der Unternehmen im Auge behalten werden. Dazu gehört auch der bundesweite Ausgleich der Übertragungsnetzentgelte.

Der Landtag Brandenburg begrüßt die diesbezüglichen Initiativen der Landesregierung und fordert sie auf, sich weiterhin für bundesweit einheitliche Übertragungsnetzentgelte einzusetzen.“

Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 19. Januar 2017

Frage 761**Fraktion DIE LINKE****Abgeordneter Thomas Domres****- Wie weiter mit dem Rudower See? -**

Seit mehreren Jahren sorgt die Wasserqualität des Rudower Sees bei Lenzen für Verärgerung bei den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Lenzen und darüber hinaus. Ein für mehrere Wochen ausgesprochenes Badeverbot und ein Fischsterben im Jahr 2016 sind Beleg dafür. Zwischenzeitlich hat sich eine Bürgerinitiative gegründet, die einen Forderungskatalog an Stadt, Landkreis und Land erarbeitet hat. Unter anderem fordert sie die vorrangige Einordnung bzw. zusätzliche Aufnahme der erforderlichen Maßnahmen in die Bewirtschaftungspläne zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie für die Herstellung eines guten ökologischen/chemischen Zustandes des Rudower Sees, Nausdorfer Kanals und der Löcknitz sowie die Erarbeitung eines Konzeptes für die Restauration des Rudower Sees und die Sanierung des Einzugsgebietes, die Sanierung und naturnahe Entwicklung des Nausdorfer Kanals und der Löcknitz - Bereich Lenzen - einschließlich Kostenschätzung. In der Antwort auf meine frühere mündliche Anfrage hat die Landesregierung auf einen geplanten Runden Tisch „Rambower Moor und Rudower See“ verwiesen. Dieser hat am 15.11.2016 stattgefunden.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Maßnahmen wurden verabredet, um die Situation des Rudower Sees in den oben beschriebenen Punkten zu verbessern?

Antwort der Landesregierung

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Vogelsänger

Der Runde Tisch, den ich in meiner Antwort zur 33. Sitzung des Landtags am 28. September in Aussicht gestellt hatte, fand

auf Einladung der Biosphärenreservatsverwaltung Flusslandschaft Elbe Brandenburg statt. Mitgewirkt haben die untere Wasserbehörde, das Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei Berlin, das Landesamt für Umwelt - LfU - sowie die Abteilung Landwirtschaft aus dem MLUL.

Das enge Ursachengefüge von Wasserverfügbarkeit, Moorschutz und Gewässergüte zieht nach sich, dass einseitige Maßnahmen oder Symptombehandlungen am Rudower See nicht zum Erfolg führen können. Nachhaltig wirksame Lösungen erfordern einerseits eine fundierte Datenlage. Andererseits können sie nur im unmittelbaren Zusammenhang mit der Renaturierung des Rambower Moors gefunden werden.

Deshalb wurden folgende Maßnahmen verabredet:

Das Landesamt für Umwelt führt vertiefende Untersuchungen zu den hydrologischen Verhältnissen des Moors und den hiermit verbundenen Nährstoffausträgen durch. Die beiden Gewässergütemessstellen im Nausdorfer Kanal sowie die Messstelle am Rudower See werden durch das LfU weiter betrieben. Ferner wird geprüft, ob in Kooperation mit Anwohnern eine dichtere Beobachtung von Pegelständen organisiert werden kann. Im Rudower See werden in diesem Jahr weitergehende gewässerökologische Untersuchungen durchgeführt.

Ferner werden durch die Biosphärenreservatsverwaltung sondernde Gespräche mit den Eigentümern bzw. Nutzern der angrenzenden Flächen durchgeführt. Hierin sollen im Vorfeld etwaiger Maßnahmen zum Abflussregime des Nausdorfer Kanals die Handlungsspielräume erörtert und mit den Flächennutzungsinteressen abgeglichen werden.

Das MLUL bemüht sich, für die Landwirte und Eigentümer die Rechts- und Planungssicherheit für alternative Nutzungsformen, zum Beispiel die Haltung von Wasserbüffeln, zu erhöhen. Außerdem wurde über bestehende Fördermöglichkeiten im Rahmen der Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen informiert.

In der Region wurde die Initiative des LfU begrüßt, die Gesamtheit aufzugreifen und alle maßgebenden Akteure einzubinden. Die Koordinierung wird auch weiterhin durch die Biosphärenreservatsverwaltung wahrgenommen.

Frage 766

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Bettina Fortunato - Krankenhaushygiene -

Ein ARD-Magazin hat am 11. Januar 2017 einen „Hygiene-Atlas“ der Krankenhäuser veröffentlicht. Dargestellt wird, ob die Mindestkriterien für Hygiene im Jahr 2014 erfüllt oder nicht erfüllt wurden. Die Recherchen ergaben, dass bundesweit jede vierte Klinik zu der damaligen Zeit die Hygiene-Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts nicht erfüllte. Für das Land Brandenburg wurden elf Kliniken aufgelistet, die die Mindestkriterien nicht erfüllten.

Ich frage die Landesregierung: Wie hat sich die Hygiene-Situation in Brandenburger Krankenhäusern seit 2014 entwickelt?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Golze

Auf der Basis der Verordnung über die Hygiene und Infektionsprävention in medizinischen Einrichtungen des Landes Brandenburg, die im Jahr 2012 in Kraft getreten ist, und nach Initiierung des Hygieneförderprogramms der Bundesregierung im Jahr 2014 haben alle Krankenhäuser ihre Bemühungen verstärkt, die erhöhten Anforderungen an die Krankenhaushygiene umzusetzen. Mit Unterstützung des MASGF wurden die Ausbildungsangebote für Hygienefachpersonal im Land Brandenburg erhöht, um es den Krankenhäusern zu ermöglichen, die Strukturvorgaben schneller zu realisieren. Die Krankenhäuser haben diese Angebote gut angenommen, was die erfolgreich abgeschlossenen Hygienefachausbildungen der Jahre 2012 bis 2016 eindrucksvoll zeigen: 218 hygienebeauftragte Ärztinnen/Ärzte, 204 hygienebeauftragte Pflegekräfte und 23 Hygienefachkräfte haben die Ausbildung erfolgreich absolviert.

In enger Zusammenarbeit des MASGF mit der Landesärztekammer Brandenburg wurden zusätzlich Ausbildungskapazitäten für die curriculare Weiterbildung „Krankenhaushygiene“ geschaffen. Im Jahr 2016 haben 16 Fachärzte diese berufs begleitende zweijährige Ausbildung erfolgreich absolviert. Während dieser Weiterbildung haben sie entsprechend der Weiterbildungsordnung schon mit einem halben Stellenanteil im Bereich der Krankenhaushygiene gearbeitet.

Durch die regelmäßigen Netzwerktreffen zur Prävention der Übertragung multiresistenter Erreger - MRSA/MRE - mit hoher Beteiligung der Krankenhäuser wurden die notwendigen Umsetzungsmaßnahmen im Rahmen der Empfehlung der Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention am Robert-Koch-Institut - KRINKO - berufsgruppenübergreifend vorgestellt und diskutiert. Durch diesen intensiven und regelmäßigen fachlichen Austausch im Zusammenwirken mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst hat sich die Implementierung von hygienerelevanten Maßnahmen in den Krankenhäusern deutlich verbessert. Das risikobasierte Aufnahmescreening auf multiresistente Erreger sowie Patienteninformationen zu speziellen Krankheitserregern einschließlich der notwendigen Hygienemaßnahmen in den Krankenhäusern haben zugenommen. Des Weiteren erfolgen verstärkt ein Monitoring des Händedesinfektionsmittelverbrauches sowie die Teilnahme an der „Aktion Saubere Hände“ - eine nationale Kampagne zur Verbesserung der Compliance der Händedesinfektion in deutschen Gesundheitseinrichtungen. Auch die standardisierte Erfassung ausgewählter krankenhauserworbener - nosokomialer - Infektionen hat deutlich zugenommen. Dies zeigt sich auch bei den jährlich durchgeführten amtsärztlichen Begehungen der Krankenhäuser. Bei diesen Begehungen werden die Umsetzungen der KRINKO-Empfehlung, die Ausstattung mit Hygienefachpersonal, die durchgeführten Hygienepflichtfortbildungen sowie die Bewertung der Ergebnisse zur Händehygiene, von nosokomialen Infektionsraten und multiresistenten Keimen, wie in der Landeshygieneverordnung Brandenburg gefordert, überprüft. In den Jahren 2014 und 2015 waren zu diesen Punkten keine Anordnungen vonseiten der Gesundheitsämter im Sinne gravierender Abweichungen notwendig.

Die für das Jahr 2017 angebotenen Weiterbildungskurse verzeichnen gute Anmeldezahlen, sodass davon auszugehen ist, dass die Kliniken ihren Personalbestand an Hygienefachpersonal noch weiter aufstocken, um die Vorgaben der Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention am Robert-Koch-Institut zu erfüllen.

Anwesenheitsliste

Frau Alter (SPD)
 Frau Augustin (CDU)
 Frau Bader (DIE LINKE)
 Herr Barthel (SPD)
 Herr Dr. Bernig (DIE LINKE)
 Frau Bessin (AfD)
 Herr Bommert (CDU)
 Herr Bretz (CDU)
 Herr Büchel (DIE LINKE)
 Herr Christoffers (DIE LINKE)
 Frau Dannenberg (DIE LINKE)
 Herr Dombrowski (CDU)
 Herr Domres (DIE LINKE)
 Herr Eichelbaum (CDU)
 Herr Folgart (SPD)
 Frau Fortunato (DIE LINKE)
 Herr Galau (AfD)
 Herr Dr. Gauland (AfD)
 Herr Genilke (CDU)
 Frau Geywitz (SPD)
 Herr Gliese (CDU)
 Frau Gossmann-Reetz (SPD)
 Frau Große (DIE LINKE)
 Herr Günther (SPD)
 Frau Hackenschmidt (SPD)
 Herr Hein (fraktionslos)
 Herr Hoffmann (CDU)
 Herr Holzschuher (SPD)
 Herr Homeyer (CDU)
 Frau Johlige (DIE LINKE)
 Herr Jung (AfD)
 Herr Jungclaus (B90/GRÜNE)
 Herr Kalbitz (AfD)
 Frau Kircheis (SPD)
 Herr Königer (AfD)
 Herr Kosanke (SPD)
 Frau Koß (SPD)

Herr Kurth (SPD)
 Herr Lakenmacher (CDU)
 Frau Lehmann (SPD)
 Herr Liebehenschel (CDU)
 Frau Dr. Liedtke (SPD)
 Frau Lieske (SPD)
 Herr Loehr (DIE LINKE)
 Frau Dr. Ludwig (CDU)
 Herr Lüttmann (SPD)
 Frau Mächtig (DIE LINKE)
 Frau Muhß (SPD)
 Frau Müller (SPD)
 Frau Dr. Münch (SPD)
 Frau Nonnemacher (B90/GRÜNE)
 Herr Nowka (CDU)
 Herr Petke (CDU)
 Herr Raschke (B90/GRÜNE)
 Herr Dr. Redmann (CDU)
 Frau Richstein (CDU)
 Herr Roick (SPD)
 Herr Rupprecht (SPD)
 Frau Schade (AfD)
 Herr Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)
 Frau Schier (CDU)
 Herr Prof. Dr. Schierack (CDU)
 Frau Schinowsky (B90/GRÜNE)
 Herr Schmidt (SPD)
 Herr Dr. Schöneburg (DIE LINKE)
 Herr Schröder (AfD)
 Herr Schulze (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)
 Frau Schülzke (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)
 Frau Schwarzenberg (DIE LINKE)
 Herr Senfleben (CDU)
 Frau Stark (SPD)
 Herr Stohn (SPD)
 Frau Tack (DIE LINKE)
 Frau Theiss (SPD)
 Herr Dr. van Raemdonck (AfD)
 Frau Vandre (DIE LINKE)
 Herr Vida (BVB/FREIE WÄHLER Gruppe)
 Herr Vogel (B90/GRÜNE)
 Herr Vogelsänger (SPD)
 Frau von Halem (B90/GRÜNE)
 Herr Wichmann (CDU)
 Herr Wiese (AfD)
 Herr Dr. Woidke (SPD)

